



Deutsche
Bundesbank
Monatsbericht
April 2003

55. Jahrgang
Nr. 4

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 5601071

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 17. April 2003.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte	5
<hr/>	
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte	10
Zahlungsbilanz	12
Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland nach der Qualifikation für die Europäische Währungsunion	15
<hr/>	
Die Entwicklung der Bankeinlagen in Deutschland	35
<hr/>	
Ertragslage und Finanzierungsver- hältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2001	49
<hr/>	
Finanzsanktionen: Rechtsrahmen und Umsetzung in Deutschland	73
<hr/>	
Statistischer Teil	1*
<hr/>	
Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*
Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
<hr/>	

Kurzberichte

Konjunkturlage

Industrie

Die Lage in der Industrie, die sich zu Jahresbeginn deutlich verbessert hatte, blieb auch im Februar positiv. Zwar erreichten sowohl die Auftragseingänge als auch die Produktion nicht wieder ganz das Niveau vom Januar, in dem es zu Nachholeffekten im Zusammenhang mit dem durch Feier- und Brückentage beeinträchtigten vierten Quartal des vergangenen Jahres gekommen war. Der Rückstand hielt sich jedoch in engen Grenzen. Im Januar und Februar zusammen wurde daher das Ergebnis vom Herbst 2002 bei den Aufträgen saisonbereinigt um nahezu 1½ % übertroffen. Im Vorjahrsvergleich ergab sich eine Zunahme um 2¾ %.

*Auftrags-
eingang*

Ein mit saisonbereinigt 2¼ % besonders hoher Zuwachs gegenüber dem vierten Quartal wurde im Januar/Februar bei den Auslandsaufträgen erreicht. Diese hatten speziell im Januar merklich zugenommen. Der Februar blieb demgegenüber zwar zurück, lag jedoch weiterhin deutlich über dem Vergleichsniveau von Anfang 2002. In den ersten beiden Monaten wurde das Vorjahrsergebnis um 4¾ % übertroffen, nach 5½ % im Jahreschlussquartal 2002.

Die Nachfrage aus dem Inland hat sich saisonbereinigt im Februar deutlich erholt. Januar und Februar zusammen waren um ¾ % höher als das vierte Quartal 2002. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich im Zweimonatsabschnitt eine Zunahme um 1%, verglichen mit ¼ % im Herbst vergangenen Jahres.

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2000 = 100			
	Industrie 1)			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2002 2. Vj.	98,3	93,5	104,3	89,6
3. Vj.	97,1	93,5	101,6	87,1
4. Vj.	97,4	94,0	101,7	86,9
Dez.	95,2	93,5	97,4	87,6
2003 Jan.	99,1	93,7	105,9	81,7
Febr.	98,5	95,7	102,0	...
Produktion; 1995 = 100				
Zeit	Industrie 2)			Bau- haupt- gewerbe
	darunter:			
	insgesamt	Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten 3)	
2002 2. Vj.	118,1	116,0	130,4	73,3
3. Vj.	119,0	116,9	132,2	72,6
4. Vj.	117,6	115,4	131,6	73,7
Dez.	115,7	112,4	129,8	72,3
2003 Jan.	120,4	120,2	132,7	70,4
Febr.	120,0	118,0	133,9	67,3
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbs- tätige 4)	Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in % 5)
	Anzahl in 1 000			
2002 3. Vj.	38 633	445	4 097	9,8
4. Vj.	38 513	409	4 158	10,0
2003 1. Vj.	...	385	4 323	10,4
Jan.	38 419	390	4 291	10,3
Febr.	...	380	4 362	10,5
März	...	375	4 414	10,6
1995 = 100			2000 = 100	
Zeit	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Pro- dukte 6)	Gesamt- wirt- schaft- liches Baupreis- niveau 7)	Ver- braucher- preise
2002 3. Vj.	108,8	104,1	99,5	103,4
4. Vj.	109,1	104,6	99,4	103,5
2003 1. Vj.	99,6	104,3
Jan.	110,1	106,1	.	104,0
Febr.	110,2	106,5	.	104,3
März	104,5

* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-
teilen. — 4 Inlandskonzept. — 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 6 Im Inlandsabsatz. — 7 Eigene Berechnung. Stand zur Quartalsmitte.

Deutsche Bundesbank

Die Produktion der Industrie, die sich im Januar im Ausgleich für das durch die Feier- und Brückentage gedrückte Dezemberebeneau kräftig erhöht hatte, hielt sich im Februar saisonbereinigt weitgehend auf dem zuvor erreichten Stand. Im Mittel der ersten beiden Monate wurde das vierte Quartal 2002 um 2 ¼ % übertroffen. Gegenüber dem Vergleichsergebnis des Vorjahres ergab sich eine Zunahme der Erzeugung um ebenfalls 2 ¼ %, nach lediglich ¾ % im Zeitraum Oktober/Dezember 2002.

Erzeugung

Bauhauptgewerbe

In der Bauwirtschaft kam es Anfang 2003 zu einem erneuten Rückschlag. Bei den Auftragseingängen wirkte sich besonders aus, dass im Wohnungsbau nicht wenige Bauherren angesichts der angekündigten Einschränkungen der öffentlichen Förderung ihre Geschäftsabschlüsse in die letzten Monate des vergangenen Jahres vorgezogen hatten. Dem folgte zu Jahresbeginn 2003 ein spürbarer Rückgang. Zusammen mit einer schwachen Nachfrage im gewerblichen Bau sind daher die gesamten Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe saisonbereinigt im Januar um rund 6 % niedriger gewesen als im vierten Quartal 2002. Das Minus gegenüber dem Vorjahr, das in jener Zeit noch bei 5 ½ % gelegen hatte, vergrößerte sich im Januar auf 9 ¼ %.

Nachfrage

Die Produktion des Bauhauptgewerbes ist saisonbereinigt im Februar eher noch stärker als bereits im Januar gesunken. Im Mittel der ersten beiden Monate dieses Jahres unterschritt sie das Niveau vom vierten Quartal 2002 um

Produktion

rund 6 ½ %. Im Zwölfmonatsvergleich ergibt sich eine Abnahme der Bauleistungen um nicht weniger als 17 ¼ %. Hierbei hat nicht zuletzt das anhaltend kalte Winterwetter eine Rolle gespielt.

Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit

Der Arbeitsmarkt stand weiterhin im Zeichen sinkender Beschäftigung und zunehmender Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Erwerbstätigen ist nach der Rechnung des Statistischen Bundesamtes im Januar – bis zu dem die Angaben gegenwärtig reichen – saisonbereinigt auf 38,42 Millionen gesunken. Das waren 455 000 Personen oder 1,2 % weniger als zwölf Monate zuvor. Im vierten Quartal war der Rückstand mit 0,9 % noch deutlich geringer gewesen. Zu der Verschlechterung hat auch das ungünstige Wetter beigetragen, das die Beschäftigung in den Außenberufen spürbar beeinträchtigte.

Arbeitslosigkeit

Die Zahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen hat sich im März zwar wie jahreszeitlich üblich etwas verringert. Die Abnahme war aber merklich kleiner als gewöhnlich, so dass die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt weiter auf 4,41 Millionen zunahm. Immerhin war der Anstieg mit rund 50 000 Personen etwas geringer als in den vorangegangenen Monaten, in denen sich der Wintereinfluss stärker ausgewirkt hatte. Der vergleichbare Vorjahrsstand wurde im März um 450 000 Personen überschritten, nach lediglich 260 000 zur Jahreswende 2002/2003. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich saisonbereinigt in der Rechnung der Bun-

desanstalt auf 10,6 %, nach der standardisierten europäischen Definition waren es 8,9 %.

Preise

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich im März fortgesetzt, war aber etwas schwächer als zuvor. Nach Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Bewegungen verringerte sich die Zunahme auf 0,2 %, die Vorjahrsrate sank auf 1,2 %, nach 1,3 % im vorangegangenen Monat. Während die Preise der gewerblichen Waren und der Dienstleistungen saisonbereinigt unverändert blieben, kam es bei Nahrungsmitteln und im Bereich der Energie zu deutlichen Preisanhebungen. Bei den Ernährungsgütern waren speziell Saisonwaren betroffen, unter den Energieträgern betraf es insbesondere das Heizöl. In beiden Fällen dürfte die recht kalte Witterung zu dem Preisauftrieb beigetragen haben.

Verbraucherpreise

Die internationalen Ölpreise haben sich nach dem Beginn des Irakkrieges deutlich verringert. Waren in den ersten Märztagen noch Notierungen von bis zu 33 ½ US-\$ für ein Barrel Brent erreicht worden, so sanken diese bis Anfang April auf unter 25 US-\$.

Ölpreise

In den bis Februar verfügbaren Angaben über die Einfuhrpreise hat sich dies noch nicht niedergeschlagen. Vielmehr war eine weitere Verteuerung der Energiebezüge zu verzeichnen. Wenn trotzdem die Importpreise insgesamt saisonbereinigt kaum höher als im Januar waren, so hing das mit erneuten Preissenkungen bei wichtigen anderen Gütern zusammen. Hier dürften nicht zuletzt von der Aufwertung des Euro preisdämpfende Effekte

Einfuhrpreise

ausgegangen sein. Das Niveau des Vorjahres überschritten die Einfuhrpreise im Februar um 0,6 %, ohne Energie ergibt sich ein Rückgang um 2,5 %.

Industrielle
Erzeugerpreise

Die Abgabepreise der Industrie im Inlandsabsatz sind im Februar saisonbereinigt nochmals deutlich gestiegen. Die Vorjahrsrate erhöhte sich auf 1,9 %, nach 1,6 % im Januar. Auch hier hat die Energieverteuerung eine wichtige Rolle gespielt. Ohne Energie gerechnet sind die Erzeugerpreise saisonbereinigt stabil geblieben. Der Abstand zum Vorjahr betrug unverändert + 0,8 %.

Öffentliche Finanzen

Verschuldung der Gebietskörperschaften

Februar

Im Februar nahm die Verschuldung der Gebietskörperschaften recht kräftig, nämlich um 7,4 Mrd €, zu. Gut ein Drittel dieses Betrages (2,6 Mrd €) entfiel auf den Bund. Unter Einschluss des Mittelbedarfs zur Rückführung ausstehender Geldmarktkredite um 1,2 Mrd € und für weitere Tilgungen in Höhe von 12,0 Mrd € ergab sich eine Beanspruchung des Kapitalmarkts von brutto 15,7 Mrd €. Allein der Absatz von Bundesobligationen erbrachte hier 7,8 Mrd €. Nach Tilgung der im Februar fälligen Serie konnte der Bund per saldo einen Zufluss von 1,3 Mrd € verzeichnen. Außerdem wurden aus dem Abbau von Marktpflegebeständen bei Anleihen und zweijährigen Schatzanweisungen 2,1 Mrd € beziehungsweise 0,8 Mrd € erzielt. Bankkredite wurden in Höhe von netto 0,3 Mrd € getilgt.

Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Mrd €

Kreditnehmer	2002		2003	
	insgesamt ts)	darunter: Jan./Febr.	Jan./Feb. ts)	Febr. ts)
Bund 1)	+ 24,4	+ 15,5	+ 20,6	+ 2,6
Länder	+ 27,2	+ 2,0	+ 8,4	+ 4,6
Gemeinden 2) ts)	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,4
ERP-Sondervermögen	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
Fonds „Deutsche Einheit“	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,1
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 55,3	+ 17,6	+ 29,7	+ 7,4

1 Einschl. der hier nicht ausgewiesenen Sondervermögen. — 2 Einschl. Zweckverbände.

Deutsche Bundesbank

Die Länder beschafften sich im Februar per saldo Fremdmittel in Höhe von 4,6 Mrd €. Bei der Begebung von Schatzanweisungen und Anleihen im Umfang von brutto 6,1 Mrd € und netto 5,6 Mrd € war eine ähnlich hohe Emissionstätigkeit wie im Vormonat zu verzeichnen. Dabei traten insbesondere die Länder Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen mit Verkaufsvolumina von per saldo jeweils mehr als 1 Mrd € in Erscheinung. Während die Länder insgesamt kurzfristige Kassenkredite von Banken in Höhe von 2,4 Mrd € zurückzahlten, gingen sie zusätzliche Verbindlichkeiten in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 1,4 Mrd € ein. Der Fonds „Deutsche Einheit“ tilgte Darlehen in Höhe von netto 0,1 Mrd €. Die Gemeinden dürften ihre Verschuldung im Februar noch etwas erhöht haben.

Kreditaufnahme des Bundes

Im März ...

Im März baute der Bund seine Verschuldung leicht um 0,7 Mrd € ab. Noch erheblich stärker als im Vormonat wurden Verbindlichkeiten am Geldmarkt zurückgeführt (– 6,2 Mrd €). Dem stand eine Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt in Höhe von 5,5 Mrd € gegenüber. Sie wurde insbesondere durch den Verkauf von Bundesanleihen (netto 6,5 Mrd €) und durch den Absatz von Bundesobligationen (netto 3,9 Mrd €) geprägt. Hingegen nahmen die Verbindlichkeiten des Bundes aus Bundesschatzanweisungen um 4,5 Mrd € ab. Aus einer Neuemission dieser Papiere mit einem Volumen von 6,4 Mrd € wurden 4,4 Mrd € an den Fonds „Deutsche Einheit“ weitergeleitet. Von der auslaufenden Emission vom März 2001 entfielen 6,5 Mrd € auf den Bund und 3,5 Mrd € auf den Fonds (dem somit netto 0,9 Mrd € aus dem Absatz von Bundesschatzanweisungen zufließen). Sowohl bei Bundesschatzbriefen als auch bei Bankkrediten waren geringfügige Nettotilgungen zu verzeichnen.

... und im
ersten Quartal

Im ersten Vierteljahr 2003 belief sich die Nettokreditaufnahme des Bundes auf 19,9 Mrd € und lag damit nur geringfügig unter dem Vergleichswert des Vorjahrsquartals (20,5 Mrd €). Am Geldmarkt beschaffte sich der Bund 4,2 Mrd €, jedoch war hier der Stand der ausstehenden Verbindlichkeiten zum Quartalsende mit 10,2 Mrd € nur gut halb so hoch wie ein Jahr zuvor. Die Zunahme der Kapitalmarktverschuldung in den ersten drei Monaten dieses Jahres betrug brutto 56,6 Mrd € und netto 15,7 Mrd €. Die Mittelaufnahme erfolgte vor allem im mittel- und langfristigen

Marktmäßige Nettokreditaufnahme des Bundes

Mrd €, 2003

Position	März		Januar/März	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Veränderung der Geldmarktverschuldung	– 6,2	– 6,2	4,2	4,2
Veränderung der Kapitalmarktverschuldung insgesamt ¹⁾	18,1	5,5	56,6	15,7
Unverzinsliche Schatzanweisungen	4,9	0,1	14,7	0,1
Finanzierungsschätze	0,0	– 0,1	0,2	– 0,3
Schatzanweisungen ²⁾	2,0	– 4,5	8,3	1,8
Bundesobligationen	3,9	3,9	12,0	5,5
Bundesschatzbriefe	0,0	– 0,1	0,4	– 2,5
Anleihen ³⁾	6,5	6,5	19,7	12,6
Bankkredite	0,6	– 0,2	1,3	– 1,4
Darlehen von Nichtbanken	–	–	–	–
Sonstige Schulden	–	– 0,0	–	– 0,0
Kreditaufnahme insgesamt	11,9	– 0,7	60,8	19,9

¹ Nachrichtlich: Kreditaufnahme gemäß Planungen des Bundes im Gesamtjahr 2003: brutto 204 Mrd €, netto 19 Mrd €. — ² Einschl. Aufnahme für FDE 6,4 Mrd € (März) bzw. 12,6 Mrd € (Jan./März). — ³ Einschl. Aufnahme für FDE 6,8 Mrd € (März) bzw. 20,4 Mrd € (Jan./März).

Deutsche Bundesbank

Bereich: Sowohl bei den Bundesanleihen (+ 12,6 Mrd €) als auch bei den Bundesobligationen (+ 5,5 Mrd €) war gegenüber dem Stand zum Jahresende 2002 ein leichter Anstieg des relativen Anteils an der Bundesverschuldung zu verzeichnen. Zudem setzte sich im ersten Quartal die seit längerem bestehende Tendenz zum Rückgang der Verbindlichkeiten in Form von Bundesschatzbriefen (– 2,5 Mrd €) und Schuldscheindarlehen (– 1,4 Mrd €) fort. Aus der hier analysierten kalendermäßigen Abgrenzung der Neuverschuldung lassen sich nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf die Entwicklung der haushaltsmäßigen Nettokreditaufnahme im Gesamtjahr ziehen.

Hinsichtlich der Finanzierungsbedingungen bei Neuemissionen fand der Bund im abgelaufenen Quartal sehr günstige Bedingungen in

allen Laufzeitsegmenten vor, wie aus der Anschlussfinanzierung fälliger Wertpapiere deutlich wird. Im unterjährigen Bereich lagen die Emissionsrenditen von Bubills in den ersten drei Monaten des Jahres um durchschnittlich 78 Basispunkte unter denjenigen der in diesen Monaten fälligen Papiere. Im zwei-jährigen Bereich konnten Bundesschatzanweisungen um $1\frac{3}{4}$ Prozentpunkte günstiger abgesetzt werden als die getilgten Papiere. Bei fünfjährigen Bundesobligationen konnte der Bund vor allem in Form eines sehr hohen Agio vom Rückgang der Kapitalmarkt-zinsen profitieren. Am stärksten wirkte sich das niedrige Zinsniveau im langfristigen Bereich zehnjähriger Anleihen aus, wie aus dem Unterschied der mit einem Kupon von 4,5 % ausgestatteten Bundesanleihe vom Januar dieses Jahres zu einer im gleichen Monat getilgten, mit 7,125 % verzinsten Anleihe der Treuhandanstalt sichtbar wird.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

*Absatz von
Rentenwerten*

Am deutschen Rentenmarkt begaben inländische Emittenten im Februar Schuldverschreibungen im Kurswert von 99,1 Mrd €, verglichen mit 118,6 Mrd € im Vormonat. Auf Grund gesunkener Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten lag der Netto-Absatz mit 24,8 Mrd € dennoch etwas über dem Niveau vom Januar (22,6 Mrd €). Ausländische Schuldverschreibungen wurden für netto 1,6 Mrd € im Inland untergebracht; dabei handelte es sich per saldo ausschließlich um auf Euro lautende Titel. Der

Netto-Absatz in- und ausländischer Schuldverschreibungen insgesamt erbrachte damit im Februar 26,4 Mrd €, verglichen mit 24,2 Mrd € im Monat zuvor.

Knapp die Hälfte des Mittelaufkommens kam den Kreditinstituten zugute. Sie erlösten aus dem Verkauf eigener Schuldverschreibungen netto 11,2 Mrd €, gegenüber lediglich 1,0 Mrd € im Januar. Im Vordergrund standen weiterhin die Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten und die Sonstigen Bankschuldverschreibungen, die im Ergebnis für 9,9 Mrd € beziehungsweise 7,6 Mrd € abgesetzt wurden. Der Umlauf von Hypothekendarlehen erhöhte sich um 1,5 Mrd €. Öffentliche Pfandbriefe wurden hingegen für 7,9 Mrd € (netto) getilgt.

Bankschuldverschreibungen

Die öffentliche Hand weitete ihre Rentenmarktverschuldung im Februar um 8,3 Mrd € aus. Die Länder erlösten aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen per saldo 4,9 Mrd €. Der Bund nahm den Rentenmarkt – hauptsächlich im Rahmen der Marktpflege – mit lediglich 2,9 Mrd € in Anspruch, gegenüber 17,5 Mrd € im Vormonat. Er setzte damit seine Politik fort, die langfristigen Emissionen im Januar und Juli zu bündeln.

*Anleihen der
öffentlichen
Hand*

Industrieobligationen wurden im Februar per saldo für 5,4 Mrd € verkauft, nachdem im Januar noch ein Rekordabsatz von 7,3 Mrd € erzielt worden war.

Industrieobligationen

Erworben wurden Schuldverschreibungen im Februar vor allem von ausländischen Anlegern, die ihr Engagement am deutschen Rentenmarkt um 17,6 Mrd € erhöhten. Die

*Erwerb von
Schuldverschreibungen*

inländischen Nichtbanken stockten ihre Anleiheportefeuilles um 9,0 Mrd € auf. Sie investierten vornehmlich in inländische Schuldverschreibungen (7,5 Mrd Euro) und kauften dabei überwiegend Titel privater Schuldner. Die Kreditinstitute gaben im Ergebnis für 0,2 Mrd € festverzinsliche Wertpapiere ab, wobei sie hauptsächlich Bankschuldverschreibungen verkauften (- 2,4 Mrd €).

Aktienmarkt

*Aktienabsatz
und -erwerb*

Die Emissionstätigkeit am deutschen Aktienmarkt blieb im Februar nach wie vor schwach. Inländische Unternehmen platzierten junge Aktien im Kurswert von lediglich 0,9 Mrd € (Januar: 0,7 Mrd €). Dabei handelte es sich in etwa zur Hälfte um Anteile börsennotierter Unternehmen. Gleichzeitig sank der Umlauf an ausländischen Dividentiteln um 4,9 Mrd €. Erworben wurden Aktien deutscher Unternehmen im Ergebnis ausschließlich von den Nichtbanken (4,8 Mrd €), die ihre Bestände an ausländischen Dividentiteln um 3,7 Mrd € reduzierten. Die inländischen Kreditinstitute und ausländischen Investoren verringerten hingegen ihre Bestände an heimischen Aktien um netto 2,1 Mrd € beziehungsweise 1,9 Mrd €.

Investmentzertifikate

*Absatz von
Investment-
zertifikaten*

Das Mittelaufkommen der inländischen Investmentfonds betrug im Februar 9,7 Mrd €, gegenüber 12,9 Mrd € im Januar. Die Gelder wurden vornehmlich in Spezialfonds angelegt (6,2 Mrd €). Die Publikumsfonds verkauften Zertifikate für 3,5 Mrd €. Den Offenen Immobilienfonds floss davon mit 2,0 Mrd € wie

Absatz und Erwerb von Rentenwerten

Mrd €	2003		2002
	Januar	Februar	Februar
Absatz inländischer Rentenwerte ¹⁾	22,6	24,8	11,7
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	1,0	11,2	13,1
Anleihen der öffentlichen Hand	14,3	8,3	2,0
Ausländische Rentenwerte ²⁾	1,6	1,6	5,8
Erwerb			
Inländer	14,0	8,7	14,4
Kreditinstitute ³⁾	6,8	-0,2	10,5
Nichtbanken ⁴⁾	7,2	9,0	3,9
darunter:			
inländische Rentenwerte	7,7	7,5	0,7
Ausländer ²⁾	10,2	17,6	3,1
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	24,2	26,4	17,5

¹ Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — ² Transaktionswerte. — ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. — ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

schon im Vormonat der größte Teil zu. Rentenfonds und Geldmarktfonds konnten für 1,2 Mrd € beziehungsweise 0,9 Mrd € Anteilscheine verkaufen. Aktienfonds und Gemischte Fonds mussten hingegen Zertifikate zurücknehmen (0,4 Mrd € bzw. 0,1 Mrd €). Ausländische Fondsanteile wurden im Februar für netto 0,7 Mrd € zurückgegeben.

Erworben wurden die Investmentzertifikate zum weitaus größten Teil von den heimischen Nichtbanken (8,4 Mrd €), die im Ergebnis ausschließlich inländische Fondsanteile kauften. Die Bestände der Kreditinstitute an Investmentzertifikaten nahmen um 0,6 Mrd € zu.

*Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Februar 2003 einen Überschuss von 4,7 Mrd € auf, nachdem im Vormonat noch ein geringfügiger Passivsaldo von 1,3 Mrd € verzeichnet worden war. Diese Entwicklung wurde vor allem durch ein deutlich niedrigeres Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen getragen, die Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen. Darüber hinaus schloss die Handelsbilanz mit einem höheren Aktivsaldo.

Außenhandel

Im Außenhandel nahm der Überschuss – den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge – im Februar auf 10,6 Mrd € zu. Er lag damit gut 1½ Mrd € über dem Ergebnis des Vormonats. In saisonbereinigter Rechnung ergab sich dagegen ein leichter Rückgang um gut ½ Mrd € auf 10 Mrd €, da sich die Wareneinfuhren etwas stärker abschwächten als die Wareneinfuhren. So verringerten sich die Lieferungen an das Ausland im Februar um 2½ % gegenüber dem Vormonat und die Importe um 1½ %. Im Dreimonatszeitraum Dezember bis Februar blieben die Exporte damit um 1 % hinter dem Ergebnis der vorangegangenen drei Monate zurück. Dagegen konnten die Wareneinfuhren ihr Niveau im Dreimonatsvergleich halten.

„Unsichtbare“ Leistungs- transaktionen

Bei den übrigen Leistungstransaktionen mit dem Ausland wurde im Februar ein Minussaldo von 5,8 Mrd € ausgewiesen. Im Januar hatte er noch bei 9,6 Mrd € gelegen. Zu dem Rückgang haben insbesondere niedrigere

Netto-Ausgaben bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen beigetragen. Im Februar wurde hier ein Defizit von 1,1 Mrd € verzeichnet, nach einem Passivsaldo von 4,9 Mrd € im Vormonat, der durch hohe Zinszahlungen an das Ausland für festverzinsliche Wertpapiere geprägt worden war. Daneben verringerte sich auch das Minus in der Dienstleistungsbilanz auf 2,2 Mrd € (Januar 3,9 Mrd €). Dagegen nahmen die Netto-Leistungen an das Ausland im Bereich der laufenden Übertragungen im Februar im Vergleich zum Vormonat um 1,7 Mrd € auf 2,5 Mrd € zu.

Die grenzüberschreitenden Finanztransaktionen führten im Februar zu recht hohen Netto-Kapitalimporten im Wertpapierverkehr, während bei den Direktinvestitionen und den nicht verbrieften Kreditgeschäften die Mittelabflüsse überwogen. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Spannungen und der Verschiebungen im Zins- und Wechselkursgefüge engagierten sich ausländische Anleger mit 15,7 Mrd € an den deutschen Wertpapiermärkten, verglichen mit 9,0 Mrd € im Monat davor. Das Hauptaugenmerk richteten sie dabei auf heimische Geldmarktpapiere (12,0 Mrd €). Darüber hinaus erwarben sie öffentliche (4,0 Mrd €) und private (1,7 Mrd €) Anleihen, während sie sich von Dividendepapieren per saldo trennten (1,9 Mrd €). Inländische Anleger zogen hingegen im Berichtsmonat 5,2 Mrd € von den ausländischen Wertpapiermärkten ab. Per saldo verkauften sie neben Geldmarktpapieren (3,5 Mrd €) und Investmentzertifikaten (0,7 Mrd €) vor allem ausländische Aktien (6,0 Mrd €). In begrenztem Umfang fragten sie lediglich ausländische Anleihen (5,0 Mrd €) nach, und

Wertpapier-
verkehr

zwar in erster Linie in Euro denominierte Titel (3,1 Mrd €). Alles in allem beliefen sich im Februar die Netto-Kapitalimporte im Wertpapierverkehr auf 21,0 Mrd €.

*Direkt-
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im Februar zu spürbar geringeren Netto-Kapitalexporten (3,1 Mrd €) als noch im Vormonat (14,7 Mrd €). Ausschlaggebend hierfür war der Rückgang der grenzüberschreitenden Investitionen heimischer Unternehmen, die ihren im Ausland ansässigen Niederlassungen 2,8 Mrd € (nach 16,6 Mrd €) zuzukommen ließen. Ausländische Eigner zogen hingegen per saldo Mittel in Höhe von 0,2 Mrd € aus ihren Filialen und Töchtern in Deutschland ab.

Kreditverkehr

Der unverbriefte Kreditverkehr der Nichtbanken schloss im Februar insgesamt gesehen mit leichten Kapitalexporten ab. Unternehmen und Privatpersonen transferierten netto 2,6 Mrd € ins Ausland und stockten dabei ihre Guthaben bei ausländischen Banken etwas auf. Staatliche Stellen nahmen dagegen netto 1,6 Mrd € im Ausland auf. Das inländische Bankensystem hatte – gleichsam als Reflex aller übrigen grenzüberschreitenden Transaktionen – Netto-Kapitalexporte in Höhe von 29,8 Mrd € zu verzeichnen. Von den heimischen Kreditinstituten flossen dabei Mittel in Höhe von 30,8 Mrd € ins Ausland ab, und zwar nahezu ausschließlich im kurzfristigen Segment des Kreditgeschäfts (27,7 Mrd €), während bei der Bundesbank im Wesentlichen aus der Abwicklung des Zahlungsverkehrs netto betrachtet Gelder aus dem Ausland aufkamen (1,0 Mrd €).

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €	2003		
	2002	2003	2003
Position	Febr.	Jan.	Febr.
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel 1)			
Ausfuhr (fob)	51,6	53,3	53,8
Einfuhr (cif)	41,6	44,4	43,3
Saldo	+ 10,0	+ 9,0	+ 10,6
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	53,3	56,3	54,9
Einfuhr (cif)	43,6	45,6	44,9
2. Ergänzungen zum Warenverkehr 2)	- 0,3	- 0,7	- 0,1
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	7,7	8,7	7,4
Ausgaben	10,8	12,6	9,7
Saldo	- 3,2	- 3,9	- 2,2
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 0,4	- 4,9	- 1,1
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	0,9	4,1	1,1
Eigene Leistungen	4,0	4,8	3,6
Saldo	- 3,1	- 0,8	- 2,5
Saldo der Leistungsbilanz	+ 3,0	- 1,3	+ 4,7
II. Vermögensübertragungen (Saldo) 3)	- 0,2	+ 0,5	- 0,5
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
Direktinvestitionen	- 1,0	- 14,7	- 3,1
Deutsche Anlagen im Ausland	- 8,6	- 16,6	- 2,8
Ausländische Anlagen im Inland	+ 7,6	+ 1,9	- 0,2
Wertpapiere	- 7,2	+ 9,1	+ 21,0
Deutsche Anlagen im Ausland	- 11,3	+ 0,2	+ 5,2
darunter:			
Aktien	- 3,6	+ 3,8	+ 6,0
Rentenwerte	- 3,3	- 2,2	- 5,0
Ausländische Anlagen im Inland	+ 4,1	+ 9,0	+ 15,7
darunter:			
Aktien	- 0,0	- 0,5	- 1,9
Rentenwerte	+ 3,2	+ 4,9	+ 5,7
Finanzderivate	+ 1,1	- 0,1	+ 1,5
Kreditverkehr	+ 2,9	+ 0,3	- 30,8
Kreditinstitute	- 7,3	+ 2,4	- 30,8
darunter kurzfristig	- 1,8	+ 10,2	- 27,7
Unternehmen und Privatpersonen	+ 8,9	- 7,8	- 2,6
Staat	- 0,2	- 1,2	+ 1,6
Bundesbank	+ 1,5	+ 6,9	+ 1,0
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 4,3	- 5,6	- 11,6
IV. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 4)	+ 0,1	- 0,1	- 0,3
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 1,4	+ 6,6	+ 7,7

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 2 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

*Währungs-
reserven*

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im Februar – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,3 Mrd € gestiegen.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland nach der Qualifikation für die Europäische Währungsunion

Die Lage der Staatsfinanzen in Deutschland ist derzeit äußerst angespannt. Die Defizitobergrenze des Maastricht-Vertrages von 3% des Bruttoinlandsprodukts wurde 2002 deutlich überschritten. Ausschlaggebend hierfür war, dass in den beiden vergangenen Jahren die gesamtwirtschaftliche Eintrübung und die 2001 in Kraft getretene Steuerentlastung zu einem außerordentlich starken Defizitanstieg geführt haben. In den drei vorangegangenen Jahren waren die Defizite zwar kontinuierlich gesunken. Diese scheinbar günstige Entwicklung beruhte jedoch auf den vorteilhaften konjunkturellen Einflüssen und den außerordentlich positiven Steuerergebnissen in dieser Zeit. Bereinigt um diese Effekte hätten die Defizite zugenommen. Der Ausgabenanstieg fiel seit 1997 mit jahresdurchschnittlich rund 2% moderater aus als in den vorangegangenen Jahren seit der Wiedervereinigung. Angesichts des niedrigen gesamtwirtschaftlichen Wachstumstrends blieb der Konsolidierungsbeitrag der Ausgabenseite freilich sehr begrenzt. Die Finanzpolitik steht nunmehr vor der Aufgabe, das hohe strukturelle Defizit zurückzuführen. Dies macht auch auf Grund der bereits beschlossenen umfangreichen Einkommensteuersenkungen in den nächsten Jahren eine stärkere Begrenzung der Ausgaben der Gebietskörperschaften als in den vorangegangenen Jahren erforderlich.

Vorbemerkung

*1997:
Jahr wichtiger
Entscheidungen
im Zusammen-
hang mit der
Währungs-
union*

Der nachfolgende Beitrag erläutert die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit 1997, dem entscheidenden Jahr für die Qualifikation Deutschlands als Gründungsmitglied der Europäischen Währungsunion. Zudem wurde im Jahr 1997 der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen, der das im Maastricht-Vertrag enthaltene finanzpolitische Regelwerk für die Europäische Union konkretisiert und erweitert. Nachdem das staatliche Defizit in den Jahren 1995 und 1996 noch über der Grenze von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gelegen hatte, wurde 1997 – trotz weiterhin ungünstiger konjunktureller Einflüsse – ein Wert von 2,7 % erreicht, mit dem das Maastricht-Defizitkriterium erfüllt wurde. Die Schuldenquote stieg zwar vor dem Hintergrund eines niedrigen nominalen Wirtschaftswachstums auf 61 % und lag damit über dem Referenzwert in Höhe von 60 %. Angesichts der vereinigungsbedingten Sonderlasten, der nur geringen Überschreitung und der Aussicht, dass die Schuldenquote in den folgenden Jahren wieder zurückgehen würde, stellte der ECOFIN-Rat jedoch das mit dem Überschreiten des 3 %-Defizitlimits eingeleitete Verfahren bei einem übermäßigen Defizit für Deutschland ein. Somit waren die finanzpolitischen Konvergenzkriterien erfüllt.

*Staat in den
Volkswirtschaft-
lichen Gesamt-
rechnungen*

Bei der Analyse der öffentlichen Finanzen wird hier auf die Darstellung des Staates gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zurückgegriffen. Dieses System ist die Grundlage für das Defizitkriterium des Maastricht-Vertrages und die Überwachung der Haus-

haltslage im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die Basis für die VGR in Deutschland bilden dabei im Regelfall die Haushaltsergebnisse der einzelnen staatlichen Ebenen, die sich in der Finanzstatistik widerspiegeln. Im Einzelnen bestehen zwischen den beiden Rechenwerken allerdings einige Unterschiede (siehe Übersicht auf S. 17).

Zwei Phasen der staatlichen Finanzentwicklung

1998 bis 2000: Scheinbare Verbesserung der öffentlichen Finanzen bei relativ günstiger Wirtschaftslage

Nachdem die staatliche Defizitquote die 3 %-Grenze im Jahr 1997 knapp unterschritten hatte, sank sie im weiteren Verlauf schrittweise bis auf 1,4 % im Jahr 2000.¹⁾ Ausschlaggebend hierfür war die insgesamt günstige konjunkturelle Entwicklung. Während die öffentlichen Finanzen 1997 noch von einer Konjunkturflaute beeinträchtigt worden waren, lag die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP in den drei Folgejahren (+ 2,3 %) deutlich über dem mittelfristigen Trend. Die gesamtwirtschaftliche Verbesserung führte zu einem konjunkturbedingten Defizitrückgang, der sich bis 2000 auf rund 1 % des BIP belaufen haben dürfte (siehe zur Methode der Konjunkturberreinigung staatlicher Defizite und dem dieser

*Positiver
konjunktureller
Einfluss*

¹ Die einmalig angefallenen Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd € bzw. 2 ½ % des BIP) werden auf Grund ihres temporären Charakters und ihres Umfangs im Rahmen der hier vorgenommenen Analyse aus den VGR-Ergebnissen herausgerechnet.

Die öffentlichen Finanzen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Im Maastricht-Vertrag zur Schaffung einer Europäischen Währungsunion wurden im Jahr 1992 auch für die öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten Kriterien festgelegt, deren Einhaltung zur Bedingung für den Beitritt gemacht wurde. Die (finanzstatistischen) Haushaltsergebnisse, die Einnahmen und Ausgaben entsprechend der jeweiligen nationalen Haushaltssystematik darstellen, waren jedoch international auf Grund verschiedener Abgrenzungen und Methoden nur sehr begrenzt vergleichbar. Aus diesem Grund wurde auf das europaweit weitgehend vereinheitlichte System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zurückgegriffen, das ebenfalls eine statistische Dokumentation der Staatsfinanzen enthält. Inzwischen wurde dieses Konzept weiter entwickelt und bildet – seit gut drei Jahren in der dritten Auflage des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995) – die Grundlage für die Beobachtung der Entwicklung der öffentlichen Finanzen und die Einhaltung der finanzpolitischen Regeln in der Europäischen Union. Eurostat – das statistische Amt der EU-Kommission – überwacht die Ermittlung der VGR-Ergebnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit und trifft in Zweifelsfällen – nach Konsultation der nationalen und bedarfsweise auch der internationalen Fachstellen – die Entscheidung bezüglich der Verbuchung im europäischen Rahmen.

Die beiden statistischen Konzepte verfolgen unterschiedliche Zielsetzungen. Die Finanzstatistik steht im engen Zusammenhang mit dem Haushaltsverfahren. Sie stellt vor allem darauf ab, Zahlungsvorgänge in den öffentlichen Haushalten systematisiert zu erfassen. Damit soll nicht nur ein Überblick über die Finanzlage vermittelt, sondern auch eine Kontrolle ermöglicht werden, inwieweit die Haushaltspläne umgesetzt worden sind. Die VGR bilden dagegen den gesamtwirtschaftlichen Prozess der Einkommensentstehung, -verwendung und -verteilung ab. In diesem Rahmen stellt der Staatssektor einen Teilbereich dar, der systematisch mit den anderen Sektoren verbunden ist. Obwohl die Haushaltsergebnisse grundsätzlich auch das Basismaterial der VGR-Darstellung der öffentlichen Haushalte sind, haben die verschiedenen Konzeptionen mitunter eine recht unterschiedliche statistische Erfassung zur Folge.

Im Hinblick auf den Verbuchungszeitpunkt ist in der Finanzstatistik die in der Regel an der Kassenwirksamkeit anknüpfende Zurechnung zu einem Haushaltsjahr ausschlaggebend. In den VGR ist dagegen der Moment des Entstehens eines Anspruchs maßgeblich. Steuereinnahmen und Sozialabgaben, aber auch Zinsausgaben werden somit gegenüber der finanzstatistischen Erfassung grundsätzlich auf den Zeitpunkt der Entstehung der Leistungspflicht „zurückversetzt“. Auf der Ausgabenseite orientieren sich die VGR bei den Bauinvestitionen am Baufortschritt. Allein diese Phasenverschiebungen können für die öffentlichen Haushalte insgesamt eine Abweichung zwischen den beiden Konzepten von mehreren Milliarden Euro zur Folge haben.

Die Ausrichtung auf Zahlungsströme hat in der Finanzstatistik zur Folge, dass auch Umschichtungen im Finanzvermögen wie Beteiligungsveräußerungen und Darlehensrückflüsse das staatliche Defizit beeinflussen. Im Regelwerk der VGR haben solche rein finanziellen Vorgänge ohne unmittelbare Auswirkungen auf die Einkommen dagegen keinen Einfluss auf den Finanzierungssaldo. Diese unter-

schiedliche Verbuchung ist im Hinblick auf die ausgewiesenen staatlichen Haushaltsdefizite mitunter sehr bedeutsam. So übertrafen in den letzten Jahren die staatlichen Einnahmen aus Finanzvermögensverkäufen (insbesondere aus Privatisierungen) zumeist die entsprechenden Ausgaben (insbesondere Darlehensvergaben) deutlich. Von 1997 bis 2002 belief sich dieser Effekt beim Bund auf zusammen genommen mehr als 30 Mrd €. Als (in den VGR defizitunwirksame) finanzielle Transaktion wird zudem der Teil des Bundesbankgewinns gewertet, der – wie etwa bei Gewinnen aus Devisenverkäufen – nicht auf „normale“, vorrangig aus der Geldschöpfung resultierende Zentralbanktätigkeiten zurückgeht. Die Grenzziehung zwischen einer Umschichtung im Finanzvermögen und einer defizitwirksamen Transaktion ist allerdings nicht in allen Fällen trennscharf. So ist beispielsweise bei Kapitalzuführungen an öffentliche Unternehmen mitunter davon auszugehen, dass hier kein werthaltiger Beteiligungserwerb erfolgt, sondern vielmehr ein Verlustausgleich stattfindet, der dann in den VGR defiziterhöhend zu verbuchen ist. Ein Beispiel hierfür ist die Kapitalzuführung an die Bankgesellschaft Berlin im Jahr 2001, die in den VGR als Vermögenstransfer ausgewiesen wurde.

Neben den Unterschieden im Hinblick auf die Höhe des Defizits weisen die beiden Konzepte mitunter auch abweichende Trends der Ausgaben und Einnahmen aus. Ursächlich hierfür ist das in den VGR strenger verfolgte Prinzip der Bruttoverbuchung. So wird etwa das Kindergeld in der Finanzstatistik zu Lasten der Lohnsteuereinnahmen verbucht, während die VGR es als monetäre Sozialleistung auf der Ausgabenseite nachweisen. Eine Kindergelderhöhung schlägt sich somit in den VGR als Ausgabenanstieg und in der Finanzstatistik als Einnahmenverkürzung nieder, ohne dass es zu einem unterschiedlichen Defizitausweis kommt. In ähnlicher Weise divergiert die Behandlung von Steuervergünstigungen wie der Eigenheimzulage oder auch von Investitionszulagen. Die Anhebungen des Kindergelds sowie das Hineinwachsen weiterer Förderjahrgänge in die seit 1996 gewährte Eigenheimzulage haben dazu geführt, dass der Ausgabenzuwachs gemäß der VGR-Abgrenzung zwischen 1997 und 2002 jahresdurchschnittlich um einen halben Prozentpunkt höher lag als in der finanzstatistischen Darstellung. Dementsprechend ist die finanzstatistische Steuerquote in dieser Zeit um fast einen Prozentpunkt zurückgegangen, während die vergleichbare VGR-Größe nur leicht abnahm.

Der im Rahmen dieses Aufsatzes vorgenommene Ausweis des Staates in den VGR unterscheidet sich insofern von der Darstellung gemäß ESVG, als Transaktionen des Inlands mit dem EU-Haushalt vollständig im Sektor Staat nachgewiesen werden, während das ESVG unter anderem unterstellt, dass die von den Mitgliedstaaten weitergeleiteten Umsatzsteueranteile direkt an die übrige Welt (zu der der EU-Haushalt zählt) fließen. Durch die hier vorgenommene Darstellung wird verhindert, dass die mittelfristig abnehmende Bedeutung der Mehrwertsteuer-Eigenmittel und der umgekehrt entsprechend steigende (gemäß ESVG im Staatssektor nachgewiesene) Anteil der BSP-Mittel zu einer verzerrten Tendenz der Steuer- und auch der Ausgabenquote im Zeitablauf führen. Ohne eine solche statistische Bereinigung würden nämlich diese Quoten steigen, obwohl sich an der tatsächlichen Abgabenbelastung der Steuerpflichtigen bzw. den deutschen Gesamtbeiträgen zur Finanzierung des EU-Haushalts faktisch nichts ändert.

Analyse zu Grunde gelegten Verfahren die Ausführungen im Anhang, S. 30 ff.).

*Sprudelnde
Steuerquellen*

Von großer Bedeutung für den Defizitrückgang war auch, dass sich die „gewinnabhängigen“ Steuern²⁾ wesentlich positiver entwickelt haben, als dies auf Grund der Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen und der Entwicklung der in den VGR ermittelten Unternehmens- und Vermögenseinkommen (die im von der Bundesbank genutzten Konjunkturbereinigungsverfahren, aber auch im Rahmen der offiziellen Steuerschätzungen als Anhaltspunkt für die Bemessungsgrundlage dieser Steuern angesehen werden) zu erwarten gewesen wäre. Dieser unerwartet kräftige Aufkommensanstieg spiegelte sich in deutlichen Mehreinnahmen gegenüber den offiziellen Steuerschätzungen in diesem Zeitraum wider.³⁾ Der starke Steuerzufluss hatte aber letztlich – wie sich in den Folgejahren herausstellen sollte – großenteils temporären Charakter und begründete somit keine grundlegende Verbesserung der Staatsfinanzen (vgl. hierzu im Einzelnen die Übersicht auf S. 19).

*Per saldo
leichte Senkung
der Abgaben*

Das Wachstum der staatlichen Einnahmen wurde per saldo durch eine leichte Senkung der Abgaben gedämpft. Dabei erfolgte strukturell eine Gewichtsverlagerung von Sozialversicherungsbeiträgen hin zu Verbrauchsteuern. Die sonstigen Einnahmen waren rückläufig, wobei sich im Jahr 2000 vor allem ein stark gesunkener Bundesbankgewinn niederschlug.

Die Ausgabenseite leistete keinen Konsolidierungsbeitrag. Zwar wuchsen die Ausgaben

nur um jahresdurchschnittlich 2 %, womit die Ausgabenquote insgesamt gesehen um einen Prozentpunkt zurückgeführt wurde. Berücksichtigt man allerdings die günstige konjunkturelle Entwicklung, die sich auch in deutlich sinkenden Arbeitslosenzahlen niederschlug, so lag der um diesen Faktor bereinigte Ausgabenanstieg bei rund 2 ½ %. Einer insgesamt eher sparsamen Haushaltsführung, die mit einem merklichen Personalausgang einherging, standen unter anderem umfangreiche Mehrausgaben für das Kindergeld, die Eigenheimzulage und die Versorgung der Pensionäre der Post gegenüber. Im Jahr 2000 kamen einmalig Aufwendungen im Rahmen der Zwangsarbeiterentschädigung hinzu.

Insgesamt gesehen hat sich die strukturelle Lage der öffentlichen Finanzen im Zeitraum 1997 bis 2000 somit nicht verbessert, sondern – trotz des kräftig gesunkenen Gesamtdefizits – sogar verschlechtert. Eine aus heutiger Sicht günstige Gelegenheit zu einer umfassenden strukturellen Konsolidierung wurde verpasst – nicht zuletzt, weil allgemein zu optimistische Erwartungen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den darauf folgenden Jahren gehegt wurden und somit die strukturelle Haushaltslage falsch eingeschätzt wurde.

*Kein Konsolidierungsbeitrag
der Ausgabenseite*

*1998 bis 2000:
Strukturelle
Verschlechterung der
Haushaltslage*

² Dazu werden hier – stark vereinfachend – die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, die Gewerbesteuer (die in den VGR als indirekte Steuer ausgewiesen wird), die Zinsabschlagsteuer sowie die veranlagte Einkommensteuer gerechnet. Diese Steuern knüpfen vor allem an Unternehmensgewinnen und Vermögenserträgen an.

³ Vgl. zur Entwicklung der Steuereinnahmen auch: Deutsche Bundesbank, Neuere Tendenzen der Steuereinnahmen, Monatsbericht, Dezember 2002, S. 15 ff.

2001 und 2002: Starker Defizitanstieg im Abschwung

*Rasanter
Defizitanstieg*

In den Jahren 2001 und 2002 weiteten sich die staatlichen Defizite in Deutschland drastisch aus. Im vergangenen Jahr wurde mit einer Defizitquote von 3,6 % die 3 %-Grenze des Maastricht-Vertrages erheblich überschritten, was dazu führte, dass der ECOFIN-Rat im Januar 2003 ein übermäßiges Defizit für Deutschland feststellte.

*Negativer
konjunktureller
Einfluss ...*

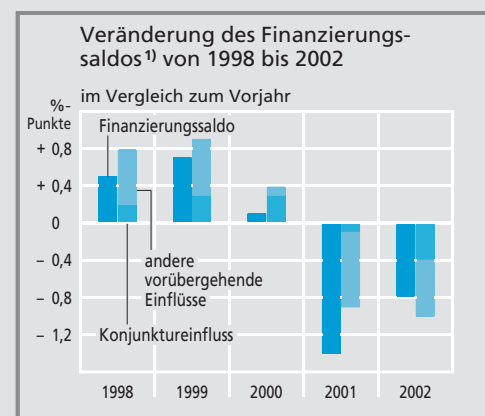
Der Defizitanstieg, der sich zusammen genommen auf mehr als 2 % des BIP belief, ist teilweise Folge der starken konjunkturellen Eintrübung. Das hier zu Grunde gelegte Konjunkturbereinigungsverfahren zeigt an, dass sich die öffentlichen Finanzen im Jahr 2002 im Vergleich zum Jahr 2000 konjunkturbedingt um rund ½ % des BIP verschlechtert haben.

*... nur Teil des
Einbruchs
der Steuer-
einnahmen*

Darüber hinaus schlugen bei den Steuereinnahmen weitere aufkommensdämpfende Einflüsse zu Buche. So wirkten sich die umfangreichen Steuersenkungen aus, die Anfang 2001 in Kraft getreten sind. Insgesamt dürften sich die Einnahmenschwäche aus dieser Reform auf gut 1 % des BIP belaufen haben. Dem standen dann zwar 2002 Abgabenerhöhungen – insbesondere bei den Verbrauchsteuern und den Krankenversicherungsbeiträgen – gegenüber, die jedoch wesentlich niedriger ausfielen als die Steuersenkungen des Vorjahres. Außerdem ergab sich eine ausgeprägte Gegenbewegung zu den in den Vorjahren zu beobachtenden überschäumenden Einnahmen bei den „gewinnabhängigen“ Steuern. Diese sind deshalb zuletzt außer-

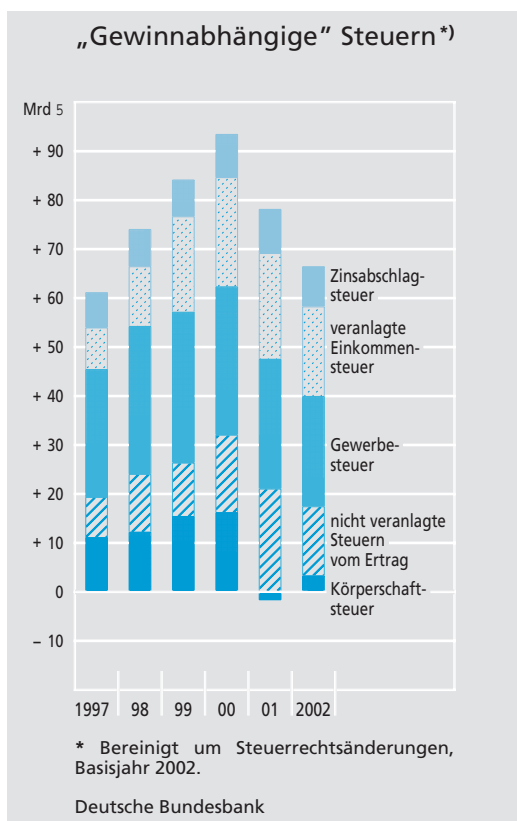
Die Entwicklung der Defizitquote von 1997 bis 2002 — Die Abschätzung des Beitrags konjunktureller und anderer vorübergehender Einflüsse

Die folgende Abbildung zeigt die Veränderung des Finanzierungssaldos im Vergleich zum Vorjahr. Sie enthält darüber hinaus eine Abschätzung der konjunkturellen beziehungsweise anderer vorübergehender Effekte, die die Entwicklung des Saldos beeinflusst haben. Der „Konjunktüreinfluss“ wurde mit dem Konjunkturbereinigungsverfahren der Bundesbank ermittelt (siehe hierzu den Anhang auf S. 30 ff.). Unter „anderen vorübergehenden Einflüssen“ werden hier zum einen größere Einmaleffekte verstanden. Dabei schlagen sich vor allem außergewöhnliche Überschüsse (1999) beziehungsweise Defizite (2002) der Rentenversicherung, die auf Prognosefehler bei der Bemessung des Beitragssatzes zurückzuführen sind, einmalige Belastungen aus Zwangsarbeiterentschädigungen (2000), Zuführungen an die Bankgesellschaft Berlin (2001) und der in den VGR außerordentlich niedrig erfasste Bundesbankgewinn im Jahr 2000 nieder. Zum anderen werden Veränderungen der „gewinnabhängigen“ Steuern grob abgeschätzt, die nicht auf Steuerrechtsänderungen (gemäß der Angaben des BMF) und zyklische Schwankungen (wie auf Basis des Konjunkturbereinigungsverfahrens geschätzt) zurückgeführt werden können. Dazu wurden diese Steuereinnahmen zunächst um diese Faktoren bereinigt. Die Differenz der Wachstumsrate der bereinigten Größe und der Wachstumsrate des Trends des nominalen BIP (die weitgehend identisch mit dem Wachstum des Trends des Unternehmens- und Vermögenseinkommens ist) wurde näherungsweise als vorübergehender Einfluss interpretiert (zur Entwicklung der „gewinnabhängigen“ Steuern vgl. auch Schaubild auf S. 20).



¹⁾ Finanzierungssaldo: in % des BIP. Ein positiver (negativer) Wert entspricht einer gesunkenen (gestiegenen) Defizitquote.

Deutsche Bundesbank



ordentlich niedrig ausgefallen. So hat unter anderem die Neubewertung der bilanziellen Aktiva nicht zuletzt wegen der starken Kursverluste an den Aktienmärkten zu umfangreichen Abschreibungen geführt. Insgesamt gesehen war die Einnahmenentwicklung entscheidend für den starken Defizitzuwachs. Die steuerlichen Maßnahmen führten im Zusammenspiel mit den zuvor genannten negativen Einflüssen zu einem Rückgang der Abgabenquote um 2 ½ Prozentpunkte in zwei Jahren.

*Gedämpftes
Ausgaben-
wachstum*

Die Ausgaben wuchsen wie in der vorangegangenen Phase um jahresdurchschnittlich rund 2 %. Hierin spiegelte sich freilich insofern eine vorteilhaftere Tendenz wider, als dies nicht mit einer günstigen konjunkturellen Entwicklung einherging. Bereinigt um den

konjunkturellen Faktor belief sich das Ausgabenwachstum nur auf 1¾ % und leistete damit einen Konsolidierungsbeitrag. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere eine sparsame Haushaltsführung mit sinkenden Investitionsausgaben sowie Entlastungen auf Grund des niedrigen Zinsniveaus und geringerer Abführungen an den EU-Haushalt. Hierdurch konnten Leistungsausweitungen an anderer Stelle (u. a. beim Kindergeld, Arbeitslosen- und Krankengeld) mehr als ausgeglichen werden.

Zusammenfassend betrachtet war die Ausweitung der Defizite in den Jahren 2001 und 2002 zum großen Teil konjunkturellen und anderen vorübergehenden Einflüssen zuzuschreiben (vgl. die Übersicht auf S. 19). Überdies führten die umfangreichen Steuersenkungen des Jahres 2001 auch zu einer strukturellen Verschlechterung der Finanzlage, da sie nicht in ausreichendem Maße durch Haushaltsentlastungen an anderer Stelle kompensiert wurden. Nachdem in den Vorjahren das strukturelle Defizit nicht abgebaut und kein ausreichender Sicherheitsabstand zur Defizitobergrenze geschaffen worden war, führte die gesamtwirtschaftliche Eintrübung in Verbindung mit umfangreichen Steuersenkungen dazu, dass das Staatsdefizit die 3 %-Grenze zuletzt deutlich überschritt. Es wurde somit in diesem Zeitraum zusammen genommen keineswegs in den Abschwung „hineingespart“. Vielmehr haben nicht nur die automatischen Stabilisatoren ihre Wirkung entfaltet, sondern darüber hinaus wurden auch die Steuern per saldo in einem beträchtlichen Ausmaß gesenkt.

*2001 und
2002:
Ungünstige
Konjunktur
und Steuer-
senkungen*

Öffentlicher Gesamthaushalt (VGR)

Position	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Mrd €					
Einnahmen	883	908	943	964	951	953
Steuern	438	459	490	512	488	485
Direkte Steuern	210	222	237	254	230	227
Indirekte Steuern	228	237	253	258	258	258
Sozialversicherungsbeiträge	368	372	376	379	384	389
Sonstige Einnahmen	77	77	77	74	80	79
Ausgaben	934	951	973	992	1 009	1 029
Personalausgaben	163	163	165	166	165	166
Vorleistungen (insbes. Sachaufw.)	72	74	77	78	82	84
Sozialleistungen 1)	517	524	537	549	563	589
Subventionen	40	42	42	41	40	37
Zinsausgaben	68	70	69	68	68	67
Investitionen	36	36	38	37	36	34
Vermögensübertragungen	23	27	27	30	36	35
Sonstige Ausgaben	15	15	18	22	20	17
Nachrichtlich: Leistungen für:						
Alterssicherung 2)	234	241	252	260	268	278
Gesundheit 3)	128	131	134	139	142	146
Arbeitslosigkeit 4)	67	66	68	64	66	72
Saldo	-51	-43	-30	-28	-58	-76
Bund	-30	-36	-31	-25	-29	-35
Länder	-22	-14	-10	-8	-27	-31
Gemeinden	0	4	5	5	1	-4
Sozialversicherungen	1	3	5	-1	-3	-7
	in % des BIP					
Einnahmen	47,2	47,1	47,7	47,5	45,9	45,2
Steuern	23,4	23,8	24,8	25,2	23,6	23,0
Direkte Steuern	11,2	11,5	12,0	12,5	11,1	10,8
Indirekte Steuern	12,2	12,3	12,8	12,7	12,5	12,2
Sozialversicherungsbeiträge	19,7	19,3	19,0	18,6	18,5	18,4
Sonstige Einnahmen	4,1	4,0	3,9	3,6	3,8	3,7
Ausgaben	49,9	49,3	49,2	48,9	48,7	48,8
Personalausgaben	8,7	8,5	8,4	8,2	8,0	7,9
Vorleistungen (insbes. Sachaufw.)	3,8	3,8	3,9	3,9	3,9	4,0
Sozialleistungen 1)	27,6	27,2	27,1	27,0	27,2	27,9
Subventionen	2,1	2,2	2,1	2,0	1,9	1,8
Zinsausgaben	3,6	3,6	3,5	3,4	3,3	3,2
Investitionen	1,9	1,9	1,9	1,8	1,7	1,6
Vermögensübertragungen	1,2	1,4	1,4	1,5	1,7	1,7
Sonstige Ausgaben	0,8	0,8	0,9	1,1	0,9	0,8
Nachrichtlich: Leistungen für:						
Alterssicherung 2)	12,5	12,5	12,7	12,8	12,9	13,2
Gesundheit 3)	6,9	6,8	6,8	6,8	6,8	6,9
Arbeitslosigkeit 4)	3,6	3,4	3,4	3,1	3,2	3,4
Saldo	-2,7	-2,2	-1,5	-1,4	-2,8	-3,6
	Veränderungsraten in %					
Einnahmen	1,3	2,8	3,9	2,2	-1,3	0,1
Steuern	0,8	4,7	6,9	4,3	-4,6	-0,7
Direkte Steuern	-0,3	5,8	6,8	7,1	-9,5	-1,2
Indirekte Steuern	1,9	3,7	7,0	1,8	0,2	-0,2
Sozialversicherungsbeiträge	3,4	1,0	1,0	0,8	1,3	1,3
Sonstige Einnahmen	-4,8	0,8	0,2	-4,9	8,3	-0,8
Ausgaben	0,0	1,8	2,4	1,9	1,7	2,0
Personalausgaben	-0,2	0,1	1,3	0,1	-0,4	0,6
Vorleistungen (insbes. Sachaufw.)	-1,7	2,8	4,3	2,1	4,0	3,3
Sozialleistungen 1)	1,5	1,4	2,5	2,3	2,6	4,5
Subventionen	-6,6	3,7	0,8	-1,7	-2,4	-7,7
Zinsausgaben	1,1	2,4	-1,3	-1,0	-0,5	-0,9
Investitionen	-9,1	0,7	5,7	-2,1	-3,3	-5,9
Vermögensübertragungen	-2,0	17,5	-0,7	9,9	19,8	-1,5
Sonstige Ausgaben	-0,3	1,1	18,7	22,5	-12,0	-14,8
Nachrichtlich: Leistungen für:						
Alterssicherung 2)	2,3	3,2	4,5	3,2	3,1	3,7
Gesundheit 3)	-2,1	1,8	2,9	3,2	2,2	3,0
Arbeitslosigkeit 4)	0,5	-0,9	1,8	-5,4	2,7	9,0

1 Einschl. Zuweisungen des Bundes an Postunterstützungskassen. — 2 Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherungen, Pensionsleistungen und Zuweisungen an Postunter-

stützungskassen. — 3 Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen und Beihilfe. — 4 Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit und Arbeitslosenhilfe.

Tendenzen bei den staatlichen Einnahmen

Direkte Steuern volatil

Die Haushaltsentwicklung wurde im Berichtszeitraum entscheidend von der Einnahmenseite geprägt. In den Jahren 1997 bis 2000 hat das Aufkommen aus den direkten Steuern stark zugenommen, obwohl hier per saldo einnahmensenkende Steuerrechtsänderungen (wie die Senkung des Solidaritätszuschlags) überwogen haben. In Relation zum BIP nahmen die Erträge aus den direkten Steuern um fast eineinhalb Prozentpunkte zu. Hierfür war entscheidend, dass die „gewinnabhängigen“ direkten Steuern exorbitant gewachsen sind, nämlich um rund 80 % (bzw. 1 ½ % des BIP) in nur drei Jahren. In diesem Zeitabschnitt fielen hohe Nachzahlungen mit einer kräftigen Heraufsetzung der Vorauszahlungen zusammen. Hierin hat sich auch die Entwicklung an den Finanzmärkten niedergeschlagen. In den Jahren 2001 und 2002 kehrte sich das Bild dann um. Zu den umfangreichen Steuersenkungen kamen eine konjunkturelle Eintrübung sowie ein Kursverfall an den Aktienmärkten hinzu. Die direkte Steuerquote bildete sich um fast zwei Prozentpunkte zurück, wozu auch hohe Abschreibungen im Unternehmenssektor beitrugen.⁴⁾ Die Gewinnschwäche schlug sich in niedrigeren Vorauszahlungen nieder. Teilweise kam es auch zu größeren Rückerstattungen für Vorjahre.

Indirekte Steuern: Erhöhung der Verbrauchssteuern

Bei den indirekten Steuern waren merkliche Steuererhöhungen zu verzeichnen, die insbesondere dazu dienten, über eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialversicherungen die unmittelbare Abgabenbelastung des Fak-

tors Arbeit zu begrenzen. So wurde 1998 die Umsatzsteuer angehoben, und 1999 begann im Rahmen der „ökologischen Steuerreform“ die stufenweise Erhöhung und Ausweitung der Energiebesteuerung. Insgesamt dürften hieraus im Jahr 2002 Mehreinnahmen von 1 % des BIP (gegenüber 1997) geflossen sein. Dennoch lag die Quote der indirekten Steuern zum BIP im Jahr 2002 lediglich auf der Höhe des 1997 verzeichneten Wertes, nachdem sie zwischenzeitlich im Jahr 1999 um einen halben Prozentpunkt angestiegen war.

Ausschlaggebend hierfür waren mehrere Faktoren. So nahmen die Erträge aus der Gewerbesteuer, die im Rahmen der VGR als indirekte Steuer erfasst wird, bis 1999 noch stark zu, obwohl die Gewerbesteuer ab dem Veranlagungsjahr 1998 abgeschafft wurde. In den Jahren 2001 und 2002 nahmen sie dann allerdings kräftig ab. Auch bei der Grunderwerbsteuer war 1999 eine Einnahmenspitze festzustellen. Hinzu kam, dass das Aufkommen aus der Umsatzsteuer (bereinigt um die Steuersatzerhöhung im April 1998, die vorübergehend zu einem Anstieg der Umsatzsteuerquote führte) in Relation zum BIP zurückging. Dies beruhte zu einem guten Teil darauf, dass die umsatzsteuerbelasteten Komponenten schwächer zunahmen als das BIP insgesamt, das zuletzt vor allem durch

⁴ Hierbei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass Unternehmen letztmals steuerliche Abschreibungen auf ihren Beteiligungsbesitz vornehmen konnten, bevor die Steuerbefreiung hieraus stammender Veräußerungsgewinne in Kraft trat und somit auch die Abschreibungsmöglichkeiten entfielen. Die Auskehrung früher gebildeter Gewinnrücklagen dürfte dagegen das Steueraufkommen insgesamt allenfalls begrenzt belastet haben. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Neuere Tendenzen der Steuereinnahmen, a. a. O., S. 24 ff.

den (steuerunergiebigem) Export gestützt wurde. Darüber hinaus haben sich die Umsatzsteuererträge in den vergangenen beiden Jahren schwächer entwickelt als ihre gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage, wie sie sich annähernd aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herleiten lässt. Angesichts der Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs wäre im vergangenen Jahr eigentlich eine entgegengesetzte Entwicklung zu erwarten gewesen. Schließlich hat sich auch der steuerbelastete Energieverbrauch nicht zuletzt wegen des gestiegenen Rohölpreises und der „Ökologischen Steuerreform“ wesentlich schwächer entwickelt als das BIP insgesamt.

*Einnahmen aus
Sozialabgaben
gedämpft*

Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen nahmen von 1997 bis 2002 lediglich um jahresdurchschnittlich 1% zu. Ihr Anteil am BIP sank infolgedessen von 19,7% auf 18,4%. Dies ist zu einem guten Teil auf den Rückgang des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um mehr als einen Prozentpunkt zurückzuführen, der durch die oben genannte verstärkte Steuerfinanzierung der Rentenversicherung ermöglicht wurde.⁵⁾ Auch ist zu berücksichtigen, dass die Beitragssätze zur Sozialversicherung im Jahr 2002 nicht ausreichend bemessen waren. So belief sich das Defizit auf 7 Mrd €, während 1997 noch ein Überschuss von 1 Mrd € zu verzeichnen war. Dies erklärt fast ein Drittel des Rückgangs der Sozialabgabenquote. Die Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge wurde zudem durch niedrigere Beitragszahlungen für Lohnersatzleistungen, die vor allem zur Entlastung des Bundeshaushalts und der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen wurden, gedämpft.

Die sonstigen staatlichen Einnahmen erhöhten sich im Beobachtungszeitraum nur leicht (um jahresdurchschnittlich ½%), so dass sie in Relation zum BIP um fast einen halben Prozentpunkt auf 3,7% zurückgingen. Hierin spiegelt sich unter anderem die Abnahme der Einnahmen aus Verkäufen des Staates (die zum überwiegenden Teil Gebühreneinnahmen darstellen) wider. Dies dürfte freilich vor allem darin begründet sein, dass Gebührenhaushalte als selbständige Einheiten aus den staatlichen Haushalten ausgegliedert wurden.⁶⁾

*Gewicht
sonstiger
Einnahmen
rückläufig*

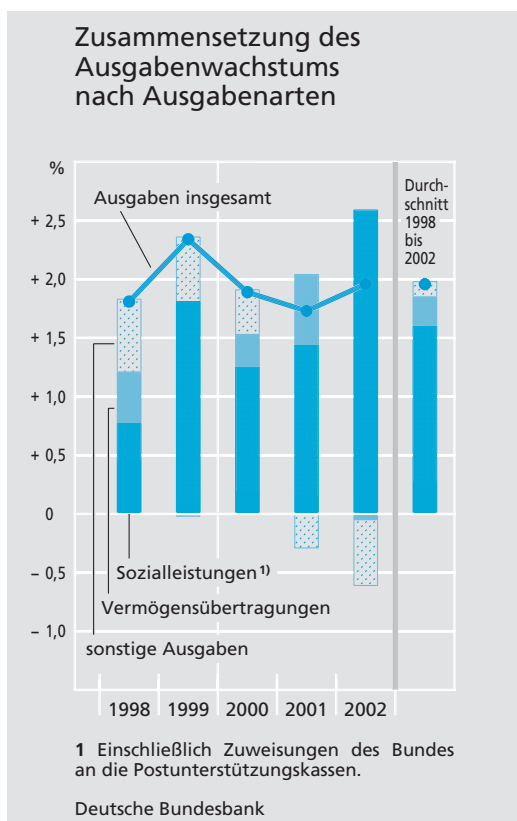
Tendenzen bei den staatlichen Ausgaben

Die Ausgaben nahmen in den Jahren 1998 bis 2002 relativ gleichmäßig um jahresdurchschnittlich rund 2% zu. Werden konjunkturelle Faktoren ausgeklammert, dürfte sich die bereinigte Ausgabenquote im Berichtszeitraum etwas verringert haben, wozu aber auch Ausgliederungen aus den staatlichen Kernhaushalten beigetragen haben. Es wird hierbei deutlich, dass bei einem niedrigen Trend des nominalen Wirtschaftswachstums kaum noch Spielraum für einen Ausgabenzuwachs des Staates bleibt, wenn eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ohne Abgabenerhöhungen erreicht werden soll.

*Kleiner Konsolidierungsbeitrag
der Ausgaben-
seite*

⁵ Allerdings hat sich im gleichen Zeitraum der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung um einen halben Prozentpunkt erhöht.

⁶ Von dieser Bilanzverkürzung sind auf der Einnahmenseite die Gebühreneinnahmen, auf der Ausgabenseite insbesondere die Personalausgaben, die Vorleistungskäufe und die Investitionen betroffen. Für eine weitergehende Analyse vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Kommunalfinanzen seit Mitte der neunziger Jahre, Monatsbericht, Juni 2000, S. 52 ff.



Sozialleistungen verantwortlich für Ausgabenanstieg

Der Ausgabenanstieg war insbesondere auf die Sozialleistungen⁷⁾ zurückzuführen, die 2002 einen Anteil von 57 % an den Staatsausgaben hatten und vor allem auf die Sozialversicherungen entfielen. So können rund 80 % des jahresdurchschnittlichen Anstiegs der Gesamtausgaben von 1997 bis 2002 mit der Entwicklung dieser Kategorie erklärt werden (siehe oben stehendes Schaubild). Hierin schlug sich die mehrmalige Erhöhung des Kindergeldes nieder. Weitaus stärker fiel freilich das Wachstum im Bereich der Alterssicherung, der mit Abstand bedeutendsten Sozialleistungskategorie, ins Gewicht. Angesichts stetig zunehmender Rentenzahlen und der regelmäßigen Rentenanpassungen (jahresdurchschnittlich jeweils + 1½ %) sowie stark wachsender Pensionsaufwendungen einschließlich der erstmals 1999 erfolgten

Zahlungen an die Postunterstützungskassen war hier ein Zuwachs von 3½ % pro Jahr zu verzeichnen.

Die Gesundheitsausgaben erhöhten sich um jahresdurchschnittlich 2½ %, wobei es starke Unterschiede in den verschiedenen Teilbereichen gab und zuletzt insbesondere die Aufwendungen für Arzneimittel stark zunahmen. Die Tatsache, dass die Gesundheitsausgaben in Relation zum BIP im gesamten Berichtszeitraum (bei zuletzt allerdings wieder steigender Tendenz) etwa konstant geblieben sind, ist nicht zuletzt den verschiedenen „Kostendämpfungsrounden“ in diesem Bereich zuzuschreiben. Sie darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Struktur des Gesundheitswesens insgesamt gesehen einen grundlegenden Reformbedarf im Hinblick auf Effizienzsteigerungen aufweist.

Gesundheitsausgaben im Trend

Während die Aufwendungen für Arbeitslose vor dem Hintergrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit bis 2000 um rund 5 % gesunken waren, stiegen sie danach wieder stark an und lagen 2002 über dem Niveau von 1997 – obwohl die Zahl der Arbeitslosen um rund eine halbe Million niedriger war als im Ausgangsjahr und die Sozialbeitragszahlungen für Leistungsempfänger deutlich eingeschränkt wurden. Ausschlaggebend hierfür war, dass sich die Zahl der Empfänger von Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sogar noch leicht erhöhte. Auch wurden die Arbeitslosengeldleistungen im Zusammenhang mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2000 deutlich angehoben.

Aufwendungen bei Arbeitslosigkeit ausgeweitet

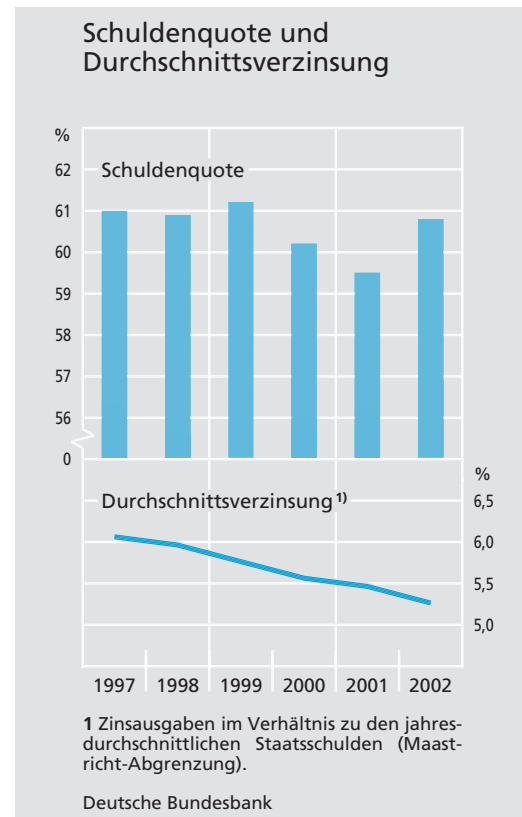
⁷ Einschließlich der Zuweisungen des Bundes an die Postunterstützungskassen.

*Merklicher
Personal-
rückgang*

Die Personalausgaben – die wichtigste Ausgabenkategorie der Gebietskörperschaften – wuchsen im Berichtszeitraum nur moderat (jahresdurchschnittlich rund + ½ %) und leisteten somit einen fühlbaren Konsolidierungsbeitrag. Hierzu trug entscheidend der Personalrückgang im öffentlichen Dienst um jahresdurchschnittlich rund 1½ % bei. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die Abnahme des Personalbestandes teilweise auf Ausgliederungen (insbesondere von Gebührenhaushalten) zurückzuführen ist und in den neuen Bundesländern eine Anpassung der weiterhin überdurchschnittlichen Beschäftigtenzahl vorgenommen wurde. Die Tarifentgelte im öffentlichen Dienst stiegen von 1997 bis 2002 um jahresdurchschnittlich rund 2 %. Das Wachstum war damit etwas niedriger als im privaten Sektor.

*Günstige
Finanzierungs-
bedingungen
wirken
entlastend*

Die Zinsausgaben gingen im Beobachtungszeitraum sogar leicht zurück. Ausschlaggebend hierfür waren die niedrigen Kapitalmarktzinsen, die eine günstige Refinanzierung fällig werdender (höher verzinslicher) Schuldtitel ermöglichten. Der Schuldenstand wuchs dagegen um insgesamt 12 % beziehungsweise mehr als 140 Mrd €, obwohl die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (51 Mrd €) zum Schuldenabbau genutzt wurden. Die Schuldenquote überstieg im vergangenen Jahr mit 60,8 % wieder die 60 %-Grenze, nachdem diese 2001 erstmalig seit dem Jahr 1996 unterschritten worden war (zur Entwicklung der Schuldenquote vgl. nebenstehendes Schaubild). Das Verhältnis von Zinsausgaben zum Schuldenstand, das näherungsweise als Durchschnittsverzinsung der Staatsschuld interpretiert werden kann,



sank von 6,1% im Jahr 1997 auf zuletzt 5,3%.

Die staatlichen Sachinvestitionen verringerten sich von 1997 bis 2002 um jahresdurchschnittlich gut 1%, wobei einem Anstieg bis 1999 ein merklicher Rückgang in den drei letzten Jahren gegenüberstand. Im Jahr 2002 hatten die Investitionen einen Anteil von knapp 3½ % an den Staatsausgaben (nach fast 4 % 1997). Diese Entwicklung ist teilweise Folge der in den vergangenen Jahren stark verschlechterten Haushaltslage der Kommunen, die den überwiegenden Teil der Sachinvestitionen tätigen und auf den Druck in den Haushalten vor allem mit einer Kürzung von Investitionen reagieren. Dabei dürfte aber auch die Ausgliederung von Gebührenhaushalten beziehungsweise der staat-

*Rückgang
der Sach-
investitionen*

lichen Immobilienverwaltung (einschließlich der Investitionstätigkeit) aus den Kernhaushalten eine Rolle spielen. Im Rahmen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist ein Rückgang der staatlichen Investitionen dann nicht negativ zu bewerten, wenn dies Ausdruck einer effizienteren Verwaltung des staatlichen Sachvermögens beziehungsweise einer zielgenaueren staatlichen Investitionstätigkeit ist – möglicherweise verbunden mit einer verstärkten Bereitstellung von Infrastruktur durch den privaten Sektor. Gleichwohl stellt die „Pflege“ der staatlichen Infrastruktur eine für das gesamtwirtschaftliche Wachstum besonders bedeutsame Staatsaufgabe dar, so dass die Abnahme des Gewichts dieser Ausgabenkategorie die Struktur der Staatsfinanzen eher verschlechtert hat.

Vermögensübertragungen deutlich gestiegen

Dagegen sind die staatlichen Vermögensübertragungen kräftig gestiegen. Hierzu zählen insbesondere die Investitionszuschüsse an den Unternehmenssektor sowie die Eigenheimzulage, die in den VGR als Vermögensübertragung an die privaten Haushalte verbucht wird. Letztere weist deshalb einen starken Zuwachs auf, weil sie 1996 eingeführt wurde und jeweils acht Jahre gewährt wird, so dass bis zum Jahr 2003 ein zusätzlicher Jahrgang in die Förderung hineinwächst. Von 1997 bis 2002 stieg das jährliche Volumen der Eigenheimzulage um 7 ½ Mrd €. ⁸⁾

Tendenzen auf einzelnen staatlichen Ebenen

Die Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften wurde durch die starken Schwan-

kungen der Steuereinnahmen geprägt. Dabei hatten die Gemeinden, denen mit der Gewerbesteuer eine besonders konjunkturabhängige Steuer zufließt, in den vergangenen zwei Jahren den stärksten Rückgang zu verzeichnen, wozu auch die Heraufsetzung der Bund und Ländern zufließenden Gewerbesteuerumlage beigetragen hat. Allerdings hatten die Gemeinden von dem Zuwachs des Aufkommens der gewinnabhängigen Steuern in den vorangegangenen Jahren zeitweise besonders kräftig profitiert. Insgesamt gesehen sind die Einnahmen des Bundes im Beobachtungszeitraum am stärksten gestiegen. Dies war freilich vor allem auf die Steuererhöhungen zurückzuführen, mit denen sich der Bund zunehmend an der Finanzierung der Rentenversicherung beteiligte.

Schwankungen der Steuereinnahmen prägen Haushalte der Gebietskörperschaften

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften wuchsen um 2,2 % pro Jahr. Betrachtet man die Ausgaben ohne die überdurchschnittlich gestiegenen Zahlungen an die Sozialversicherungen, so weiteten die Gebietskörperschaften ihre Aufwendungen um durchschnittlich 1,3 % pro Jahr aus, darunter der Bund und die Gemeinden um rund 1% und die Länder um 2 %. Die personalintensiven Länderhaushalte wurden durch die steigenden Pensionsaufwendungen stark belastet. Diese Zahlungen nahmen um rund ein Viertel zu und machen mittlerweile bereits mehr als 6 % der Länderausgaben aus.

⁸ Die Eigenheimzulage soll grundsätzlich die vorangegangene Förderung gemäß § 10e EStG ersetzen. Das „Auslaufen“ des § 10e schlägt sich vor allem in einem erhöhten Aufkommen der Lohnsteuer nieder.

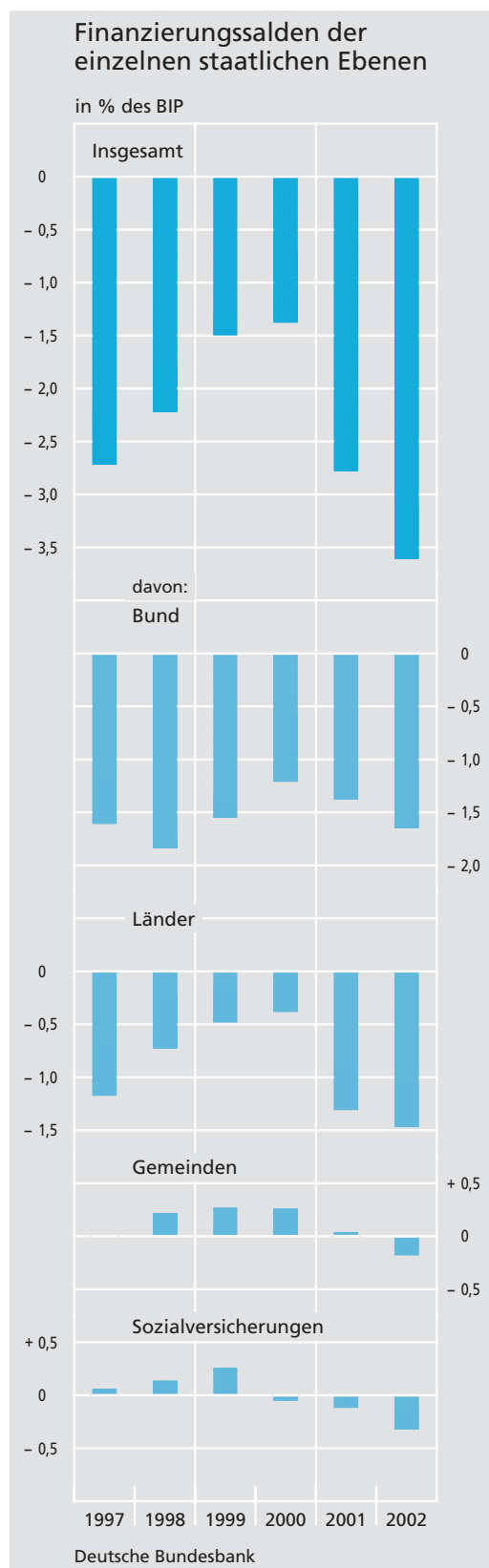
*Defizit der
Gebiets-
körperschaften
drastisch
ausgeweitet*

Das Defizit der Gebietskörperschaften lag 2002 mit 70 Mrd € um fast 20 Mrd € über dem 1997 verzeichneten Wert. In vielen Fällen wurden dabei die haushaltsrechtlichen Obergrenzen für die Nettokreditaufnahme überschritten. Das Defizit verteilte sich dabei je zur Hälfte auf den Bund einerseits sowie die Länder und Gemeinden andererseits.

*Sozial-
versicherungen
rutschten in
Defizitzone*

Bei den Sozialversicherungen ist eine Schuldenfinanzierung grundsätzlich nicht zugelassen. Nach dem Verzehr noch vorhandener Reserven haben gleichwohl viele Krankenkassen zuletzt Kredite aufgenommen. Insgesamt schlossen die Sozialversicherungen in den Jahren 1997 bis 1999 mit steigenden Überschüssen⁹ ab, vor allem weil die Schwankungsreserve der gesetzlichen Rentenversicherung auf den gesetzlichen Mindestumfang aufgefüllt werden musste, nachdem dieser durch umfangreiche Defizite in den Vorjahren deutlich unterschritten worden war. Ab dem Jahr 2000 rutschten die Sozialversicherungen aber wieder in die Defizitzone. Im Jahr 2002 beliefen sich die Deckungslücken auf 0,3 % des BIP; sie entfielen jeweils etwa zur Hälfte auf die Renten- und die Krankenversicherung. Ausschlaggebend für diese Entwicklung, die trotz einer Anhebung der Beitragssätze zur Krankenversicherung und der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung eintrat, war das unerwartet schwache Wachstum der beitragspflichtigen Einkommen insbesondere im vergangenen Jahr. Dabei wirkte sich vor allem die negative Lohn-drift (nicht zuletzt durch sinkende Sonderzahlungen und Überstunden) aus. Auch spielte

⁹ Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit wird durch Bundeszuschüsse abgedeckt.



die rückläufige Beschäftigung eine Rolle. Der Ausgabenzuwachs bei den Sozialversicherungen lag im Berichtszeitraum mit 2 ¾ % erheblich über dem der Gebietskörperschaften.

Ausblick

*2003 mit hoher
Unsicherheit
verbunden*

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im laufenden Jahr ist angesichts der gesamtwirtschaftlichen Risiken mit großer Unsicherheit behaftet. Aus heutiger Sicht wird sich die weiterhin ungünstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in steigenden konjunkturbedingten Einnahmenschwächen bei Steuern und Sozialabgaben sowie in arbeitsmarktbedingten Mehrausgaben niederschlagen. Auch die Fluthilfen werden die Gebietskörperschaften zusätzlich belasten, wenn auch voraussichtlich in geringerem Ausmaß als ursprünglich erwartet. Dem stehen allerdings umfangreiche einnahmenerhöhende Maßnahmen in einem Gesamtumfang von rund ½ % des BIP gegenüber.¹⁰ Darüber hinaus befinden sich noch steuerliche Maßnahmen, die zu Mehreinnahmen führen sollen, im Gesetzgebungsverfahren. Auf der Ausgabenseite ist angesichts der im Finanzplanungsrat getroffenen Vereinbarungen und der außerordentlich angespannten Haushaltslage der Gebietskörperschaften eine sehr sparsame Haushaltsführung zu erwarten. Zudem dürften ausgabenbegrenzende Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit den Ausgabenzuwachs dämpfen. Insgesamt gesehen ist deshalb im laufenden Jahr mit einem Rückgang des strukturellen Staatsdefizits und somit einem Konsolidierungsfortschritt zu rechnen. Allerdings er-

scheint aus heutiger Sicht ein Überschreiten der 3 %-Grenze für das Gesamtdefizit wahrscheinlich. Das Ergebnis wird letztlich von der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und dem Umfang der ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen abhängen.

In der mittelfristigen Perspektive ist eine umfassende strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Finanzen notwendig. Solide öffentliche Haushalte sind eine wichtige Grundlage für ein nachhaltiges gesamtwirtschaftliches Wachstum bei stabilen Preisen. Sie schaffen Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, die Abgabenbelastung in der Zukunft zu begrenzen sowie die demographischen Belastungen der öffentlichen Finanzen zu bewältigen. Eine strukturell ausgeglichene Haushaltslage ist nicht zuletzt eine zentrale Anforderung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Sie ermöglicht eine Verringerung der drückenden Zinsbelastung und das Atmen der staatlichen Haushalte im Konjunkturverlauf, ohne dass das Risiko besteht, die 3 %-Grenze zu überschreiten.

*Mittelfristige
Konsolidierung
unumgänglich*

Das jüngste deutsche Stabilitätsprogramm vom Dezember letzten Jahres setzt auf einen Konsolidierungspfad, der im Einklang mit den europäischen Verpflichtungen für 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht, wobei allerdings optimistische Wachstumsannahmen zu Grunde gelegt wurden. Von zen-

¹⁰ Neben der Verschärfung der Energiebesteuerung, der vorübergehenden Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes und der weiteren Tabaksteuererhöhung wurde der Beitragssatz zur Rentenversicherung heraufgesetzt und die Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und der Arbeitslosenversicherung angehoben. Außerdem stieg der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung bereits zum Jahresanfang deutlich an.

traler Bedeutung ist es nunmehr, die angekündigte strukturelle Verbesserung auch durch geeignete finanzpolitische Maßnahmen zu fundieren. Kurzfristige überplanmäßige Defizite auf Grund einer vorübergehenden konjunkturellen Schwäche können dann verkraftet werden, wenn der dem Stabilitätsprogramm zu Grunde liegende Kurs realisiert wird. Dies bedeutet freilich auch, dass die Defizite dann im Aufschwung umso stärker reduziert werden müssen. Hier sollte die Entwicklung in den Jahren 1998 bis 2000 als Warnung dienen, in denen ein Abbau der strukturellen Defizite versäumt wurde, weil die günstige konjunkturelle Entwicklung und Sondereffekte eine scheinbare Konsolidierung vorspiegelten. Grundsätzlich erscheint es vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den vergangenen Jahren geboten, die Haushaltsplanungen auf vorsichtige gesamtwirtschaftliche Annahmen aufzubauen. Dies bedeutet auch, dass Selbstfinanzierungseffekte steuerpolitischer Maßnahmen nicht von vornherein in die Planungen einkalkuliert werden sollten. Um die strukturelle Haushaltsentwicklung besser einschätzen zu können, sollte überdies die Analyse der öffentlichen Finanzen durch eine konjunkturbereinigte Betrachtung und die Abschätzung anderer temporärer Einflüsse unterstützt werden.

*Kein Spielraum für Ausgaben-
ausweitung bei
Gebietskörperschaften*

Die Rückführung der staatlichen Defizite muss an den Haushalten der Gebietskörperschaften ansetzen. Sie wiesen 2002 eine Defizitquote von 3,3 % aus, wobei rund die Hälfte auf den Bund, die andere Hälfte auf Länder und Gemeinden entfiel. Daraus ergibt sich ein struktureller Konsolidierungsbedarf von knapp 2 ½ % des BIP,¹¹⁾ zu dem in den

Jahren 2004 und 2005 Einkommensteuersenkungen von insgesamt gut 1 % des BIP hinzukommen. Wird davon ausgegangen, dass die Abgabenbelastung nicht an anderer Stelle erhöht werden soll, so müssten die Ausgaben der Gebietskörperschaften bis zur Erreichung dieses Ziels annähernd unverändert bleiben, um die europäischen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierbei sind alle Gebietskörperschaften gefordert, jeweils in ihrem Bereich auf eine effizientere und letztlich „schlankere“ Staatstätigkeit hinzuwirken. Strukturell ausgeglichene Haushalte sollten für alle Gebietskörperschaften finanzpolitischer Maßstab sein.

Die Sozialversicherungen wiesen 2002 ein im Vergleich zu den Gebietskörperschaften verhältnismäßig geringes Defizit auf. Angesichts des grundsätzlichen Verbotes der Kreditfinanzierung ist hier der Haushaltsausgleich notfalls über Beitragssatzerhöhungen sicherzustellen. Dies entbindet diesen Bereich freilich nicht von umfassenden Reformen. So stellen die hohen und noch steigenden Sozialbeiträge mit der daraus resultierenden Verteuerung des Faktors Arbeit ein erhebliches Wachstumshemmnis dar. Die demographische Entwicklung wird die Probleme zukünftig noch verschärfen. Es bedarf somit insbesondere auch bei den Sozialversicherungen einer umfassenden Überprüfung der gesetzlichen Leistungen – und zwar nicht nur, um einen Anstieg der Beitragssätze zu verhindern, sondern um diese merklich zurückzuführen.

*Reformbedarf
bei Sozial-
versicherungen*

11 Dies unterstellt, dass ein strukturelles Defizit von ½ % des BIP erreicht werden soll und konjunkturelle und andere temporäre Faktoren die Gebietskörperschaften 2002 mit ½ % des BIP belastet haben.

Anhang

Zur Rolle der Konjunkturbereinigung bei der Beurteilung der öffentlichen Finanzen

Im Rahmen der Analyse der öffentlichen Finanzen ist es von besonderem Interesse, ob eine beobachtete Veränderung auf dauerhafte – strukturelle – Einflüsse zurückzuführen ist oder ob es sich um eine temporäre Entwicklung handelt, die sich lediglich einmalig oder vorübergehend in den öffentlichen Haushalten niederschlägt. Die strukturelle Entwicklung wird vor allem durch die Finanzpolitik bestimmt. Darüber hinaus kann sie aber auch durch andere Faktoren wie die Demographie begründet sein. Bei den temporären Einflüssen stehen zumeist die Auswirkungen der Konjunktur im Vordergrund. Hier liegt die Vorstellung zu Grunde, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung um eine „Normallage“ schwankt und sich hieraus ergebende Einflüsse auf die Staatshaushalte „automatisch“ wieder zurückbilden werden. Darüber hinaus können sich weitere temporäre Maßnahmen oder Einflüsse (z. B. die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern oder einmalige Einnahmen aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen) in den staatlichen Haushalten widerspiegeln.

Bei der „Konjunkturbereinigung“ wird versucht, den konjunkturellen Einfluss auf den Staatshaushalt – und hier insbesondere auf den staatlichen Finanzierungssaldo – zu ermitteln. Verfahren zur Konjunkturbereinigung werden beispielsweise von der Europäischen Kommission bei der Bewertung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und der Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verwendet. Auch die Deutsche Bundesbank, das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) und internationale Organisationen wie IWF und OECD set-

zen Konjunkturbereinigungsverfahren zur Unterstützung ihrer finanzpolitischen Analyse ein.¹²⁾

Den Ansätzen von EU-Kommission, Bundesbank und ESZB ist gemeinsam, dass sie konjunkturelle Schwankungen als mittelfristige, symmetrische Abweichungen von einem Trend auffassen, die sich über den Konjunkturzyklus hinweg ausgleichen. Damit wird sichergestellt, dass sich positive und negative Einflüsse im Zeitverlauf die Waage halten. Diese Sichtweise bezüglich der automatischen Stabilisatoren liegt auch dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu Grunde, mit dem sich die Mitgliedstaaten verpflichtet haben, ihre Staatshaushalte mittelfristig – über den Konjunkturzyklus hinweg betrachtet – mindestens annähernd auszugleichen.

Die Konjunktur beeinflusst die Staatshaushalte grundsätzlich sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Das Konjunkturbereinigungsverfahren der Bundesbank berücksichtigt auf der Einnahmenseite die Lohnsteuer, die „gewinnabhängigen“ Steuern, Umsatz- und Verbrauchsteuern sowie die Sozialversicherungsbei-

¹² Zum Verfahren der Europäischen Kommission siehe: Europäische Kommission (2003), Cyclical adjustment of budget balances, ECFIN/158/2003-EN. Eine Beschreibung der Methoden von Bundesbank und ESZB findet sich in: Deutsche Bundesbank, Zur Konjunkturbereinigung des staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland – ein disaggregierter Ansatz, Monatsbericht, April 2000, S. 33 ff.; M. Mohr (2001), Ein disaggregierter Ansatz zur Berechnung konjunkturbereinigter Budgetsalden in Deutschland: Methoden und Ergebnisse, Volkswirtschaftliches Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank, Diskussionspapier, Nr. 13/01; sowie in C. Bouthevillain et al. (2001), Cyclically adjusted budget balances: an alternative approach, ECB Working Paper, Nr. 77. Zum Verfahren der OECD siehe: Van den Noord (2000), The size and role of automatic fiscal stabilizers in the 1990s and beyond, Economic Department Working Papers, Nr. 230. OECD, zum Ansatz des Internationalen Währungsfonds R. Hagemann (1999), The Structural Budget Balance, IMF Working Paper, Nr. 99/95.

träge an die Bundesanstalt für Arbeit und zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Auf der Ausgabenseite werden vor allem die Arbeitslosengeldzahlungen als konjunkturabhängig betrachtet.¹³⁾

Die konjunkturelle Komponente dieser Budgetposten wird im Wesentlichen durch die zyklischen Schwankungen ihrer jeweiligen (makroökonomischen) Bemessungsgrundlage und durch ihre Abhängigkeit von dieser Bezugsgröße (Einnahmen- und Ausgabenelastizitäten) bestimmt. Beim hier zu Grunde liegenden Ansatz wird auf die nominalen Bemessungsgrundlagen zurückgegriffen. Es werden die Lohnsteuer an die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten und die Beschäftigung im privaten Sektor, die „gewinnabhängigen“ Steuern an das Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die Umsatzsteuer an den privaten Konsum und die privaten Wohnungsbauinvestitionen, die Verbrauchsteuern an den privaten Konsum sowie die Sozialversicherungsbeiträge an die Bruttolohn- und -gehaltssumme im privaten Sektor geknüpft. Die konjunkturell bedingten Ausgaben beim Arbeitslosengeld werden aus der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (bereinigt um Veränderungen durch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik) bestimmt. Die jeweiligen Einnahmen- und Ausgabenelastizitäten werden dabei weitgehend aus den gesetzlichen Regelungen abgeleitet.

Um die zyklische Komponente der verschiedenen makroökonomischen Bemessungsgrundlagen zu ermitteln, wird auf ein statistisches Trendbereinigungsverfahren zurückgegriffen. Mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters wird für jede Bemessungsgrundlage der mittelfristige Trend ermittelt und die Abweichung der beobachteten Größe von diesem Trend als zyklische Komponente (vorübergehende Trendabweichung) interpretiert.¹⁴⁾ Dabei ist insbesondere

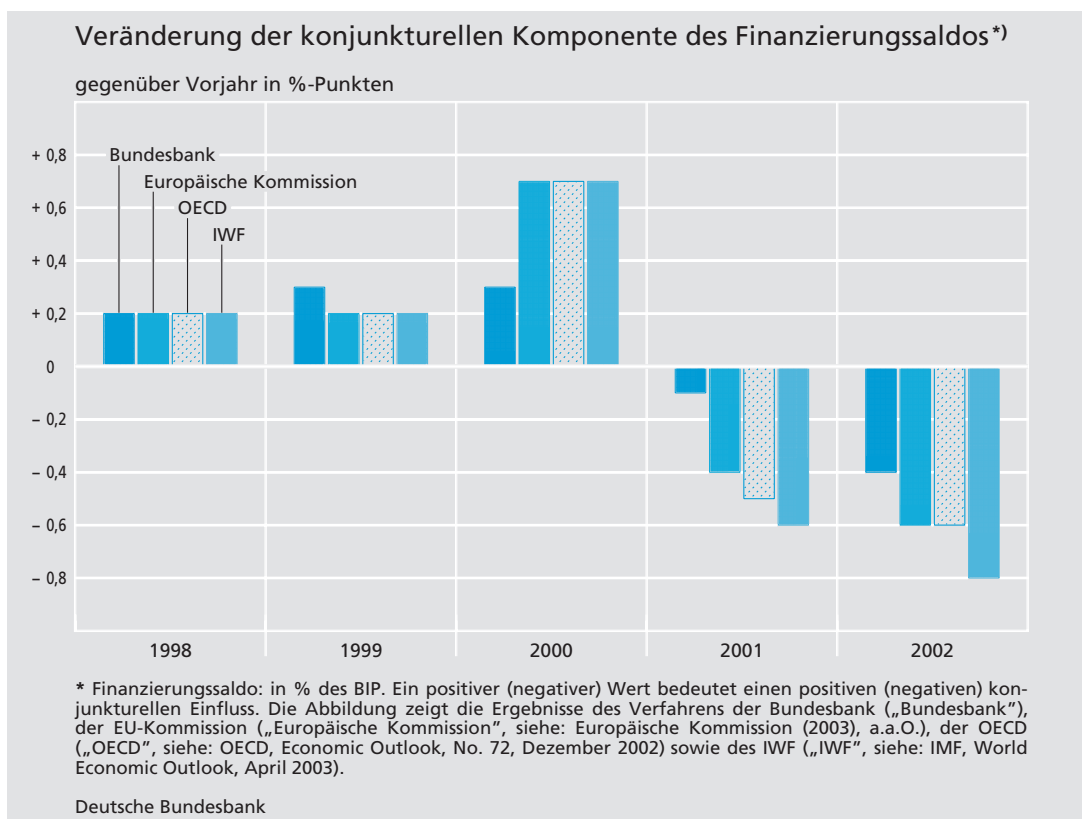
für die Ergebnisse des Konjunkturbereinigungsverfahrens am aktuellen Rand von Bedeutung, wie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren eingeschätzt wird (das sog. Endpunktproblem). Hier kann es zu Korrekturen der Ergebnisse und der Interpretation kommen, wenn die Prognose revidiert werden muss und dadurch auch nachträgliche Anpassungen der Trendschätzung erforderlich werden. Dies ist Ausdruck der Tatsache, dass die Beurteilung der aktuellen Lage (verhältnismäßig gut, schlecht oder normal) erheblich von der – unsicheren – zukünftigen Entwicklung abhängig ist. Nachträgliche Revisionen betreffen allerdings zumeist lediglich das Niveau des zyklischen Saldos. Die Einschätzung hinsichtlich der Veränderung des Konjunktуреinflusses im Vorjahrsvergleich muss eher selten im Nachhinein wesentlich korrigiert werden.

Im Gegensatz zu dem in diesem Monatsbericht herangezogenen „disaggregierten Verfahren“, das die einzelnen makroökonomischen Bemessungsgrundlagen getrennt analysiert und auf nominale Bezugsgrößen abstellt, wird bei den „aggregierten Ansätzen“ von EU-Kommission, OECD und IWF eine proportionale Beziehung zwischen der zyklischen Komponente des Finanzierungssaldos und des realen BIP unterstellt.¹⁵⁾ Damit werden Sonder-

13 Darüber hinaus wird auch der konjunkturelle Teil des Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung ermittelt. Zu den Details der Abgrenzung und anderer Aspekte siehe: Deutsche Bundesbank, Zur Konjunkturbereinigung des staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland – ein disaggregierter Ansatz, a. a. O. und C. Bouthévilain et al., Cyclically adjusted budget balances: an alternative approach, a. a. O.

14 Hier wird für den HP-Filter ein Glättungsparameter (λ) von 30 zu Grunde gelegt, was einer durchschnittlichen Länge des Konjunkturzyklus von etwa acht Jahren entspricht. Obwohl die Wahl des Glättungsparameters das Niveau der geschätzten zyklischen Komponenten beeinflusst, bleiben die grundsätzlichen Aussagen auch bei Verwendung anderer gebräuchlicher Werte – wie etwa 20 oder 100 – unverändert.

15 Ein Überblick über Methoden zur Berechnung der zyklischen Komponente des BIP findet sich in: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung des Produktionspotenzials in Deutschland, Monatsbericht, März 2003, S. 43 ff.



entwicklungen einzelner Bemessungsgrundlagen oder Phasenverschiebungen zwischen Haushaltskomponenten und BIP nicht berücksichtigt. So hatte beispielsweise die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 einen relativ geringen positiven zyklischen Einfluss auf die öffentlichen Haushalte, weil die Struktur eher steuerunergiebig war. Daher weist der disaggregierte Ansatz hier eine schwächere konjunkturbedingte Verbesserung des Finanzierungssaldos aus als die aggregierten Verfahren. Für 2001 zeigt das Verfahren der Bundesbank einen relativ schwachen Rückgang der Konjunkturkomponente an, vor allem weil sich die durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen kaum verändert haben und der private Verbrauch relativ stark gestiegen ist. Daher sind auch die konjunktur bedingten Ausgaben für die Arbeitslosigkeit sowie der konjunkturelle Anteil der Umsatz- und Verbrauchsteuereinnahmen nahezu konstant geblie-

ben. Hinzu kommt, dass in diesem Jahr die Preise etwas stärker angezogen haben, so dass sich die konjunkturelle Verschlechterung im Staatshaushalt weniger deutlich niederschlägt, als die Betrachtung auf Basis des realen BIP nahelegt.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Konjunkturbereinigungsverfahren besteht darin, dass die Ansätze der EU-Kommission, der OECD und des IWF bei der Ermittlung der konjunkturellen Situation nicht auf ein statistisches Trendbereinigungsverfahren, sondern auf einen Produktionspotenzialansatz zurückgreifen.¹⁶⁾ Schließlich nimmt die

¹⁶ Die EU-Kommission verwendet seit Herbst 2002 einen Produktionspotenzialansatz, nachdem sie zuvor einen HP-Filter zur Trendbereinigung eingesetzt hatte. Die für Deutschland und einige andere Länder ausgewiesenen konjunkturbedingten Finanzierungssalden werden für eine Übergangszeit allerdings noch nach dem alten Verfahren berechnet. Siehe: Europäische Kommission, Cyclical adjustment of budget balances, a. a. O.

diesem Monatsbericht zu Grunde liegende Methode eine differenziertere Abgrenzung der konjunktur reagiblen Einnahmen und Ausgaben vor – so werden unter anderem Zahlungen innerhalb des Staatssektors konsolidiert und somit nicht als konjunkturbedingt berücksichtigt.

Obwohl die verschiedenen Verfahren aus den genannten Gründen zu teilweise unterschiedlichen Einschätzungen über das Niveau des konjunkturellen Einflusses auf den Staatshaushalt gelangen, sind die Aussagen bezüglich der Veränderung des zyklischen Einflusses im Vergleich zum Vorjahr doch zumeist sehr ähnlich. So ergeben die Berechnungen von Europäischer Kommission, OECD und IWF ebenso wie der hier zu Grunde gelegte disaggregierte Ansatz, dass das Absinken der Defizitquote um etwa $1\frac{1}{4}$ Prozentpunkte von 1997 bis 2000 im Wesentlichen mit der konjunkturellen Entwicklung zu erklären ist (siehe Schaubild auf S. 32). Den darauf folgenden Anstieg um etwa $2\frac{1}{4}$ Prozentpunkte in den Jahren 2001 und 2002 werten die verschiedenen Ansätze zu einem guten Teil als

nicht konjunkturbedingt. Der Ansatz der Bundesbank weist für diese Periode einen geringeren Konjunkteinfluss aus. Neben den genannten Faktoren ist hierfür von Bedeutung, dass sich die Konjunktur in den nominalen Budgetkomponenten auf Grund gegenläufiger Preiseffekte weniger stark niedergeschlagen hat als in der Entwicklung des realen BIP.

Die (auch unter Berücksichtigung von Steuerrechtsänderungen) sehr starken Schwankungen bei den „gewinnabhängigen“ Steuern in den Jahren 1998 bis 2002 werden von den hier betrachteten Verfahren nur sehr begrenzt als konjunkturell bedingt ausgewiesen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich einige der dafür relevanten Faktoren nur eingeschränkt im BIP insgesamt beziehungsweise den Unternehmens- und Vermögenseinkommen niedergeschlagen haben. Grundsätzlich sollten bei der Beurteilung der Haushaltsentwicklung über die Konjunkturbereinigungsverfahren hinausgehende sonstige Einflüsse berücksichtigt werden.

Die Entwicklung der Bankeinlagen in Deutschland

Die Anleger im Euro-Währungsgebiet haben in der jüngeren Vergangenheit bei ihren Portfolioentscheidungen eine ausgeprägte Liquiditätspräferenz gezeigt. Seit fast zwei Jahren wird das Geldmengenwachstum dadurch stark nach oben verzerrt. Neben den üblichen zinszyklischen Einflüssen haben dazu der dramatische Einbruch der Aktienkurse ebenso wie die Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Auch in Deutschland prägten das Vorsichtsmotiv sowie zins- und kursspekulative Überlegungen die Dispositionen der Anleger. Insbesondere die täglich fälligen Einlagen sind zuletzt kräftig gewachsen, während die übrigen Bankeinlagen insgesamt nur moderat ausgeweitet wurden. Im Folgenden werden die Entwicklungstendenzen im Einlagengeschäft der deutschen Kreditinstitute im Einzelnen dargestellt und vor dem Hintergrund der längerfristigen Trends eingeordnet.

Einführung

Entsprechend ihrer Rolle als Finanzintermediäre nehmen Banken in ihrem Passivgeschäft fremde Gelder entweder in Form von Einlagen oder gegen die Emission eigener Wertpapiere entgegen. Im Aktivgeschäft gewähren sie Kredite oder erwerben Wertpapiere anderer Emittenten. Dabei sind Einlagen nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) „rückzahlbare Gelder des Publi-

*Zum Begriff
der „Einlage“*

*Dominanz des
Einlagen-
geschäfts*

kums, sofern der Rückzahlungsanspruch nicht in Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen verbrieft wird, ohne Rücksicht darauf, ob Zinsen vergütet werden.“¹⁾

Die Hereinnahme von Einlagen ist der Kernbereich des traditionellen Passivgeschäfts der Kreditinstitute. Auf Einlagen von Nichtbanken entfiel Ende Februar 2003 ein Anteil von gut 41 ½ % der gesamten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“.²⁾ Sie waren damit die wichtigste Finanzierungsquelle der deutschen Banken.³⁾ Die so genannten Interbankverbindlichkeiten, also die Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken, rangieren dabei an zweiter Stelle (knapp 32 %), gefolgt von den verbrieften Verbindlichkeiten (26 ½ %). Je nach Bankengruppe variieren diese Anteile jedoch zum Teil deutlich. Während die Einlagen von Nichtbanken bei den Kreditgenossenschaften knapp 79 % und bei den Sparkassen gut 70 ½ % ihrer Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausmachen, liegt der Anteil der vor allem mit anderen Banken oder am Kapitalmarkt agierenden Institute, wie den genossenschaftlichen Zentralbanken oder den Landesbanken, deutlich darunter (gut 16 ½ % bzw. 25 ½ %). Der entsprechende Anteil der Kreditbanken macht gut 42 % aus und ist damit ähnlich hoch wie im Durchschnitt aller Banken.

*Bankeinlagen
und monetäre
Analyse*

Aus geldpolitischer Sicht ist insbesondere die Entwicklung der Einlagen von Nichtbanken von Interesse. Sie kann Hinweise auf das Anlageverhalten und die Liquiditätsausstattung von Unternehmen und privaten Haushalten geben. Dynamisch wachsende Einlagenbestände können auf unangemessen großzü-

gige Finanzierungsbedingungen hindeuten. Eine übermäßige Liquiditätsausstattung kann zu unerwünscht hohen Preissteigerungsraten führen. Die Höhe der Inflationsrisiken hängt allerdings stets von den Ursachen des Liquiditätsanstiegs ab. Eine detaillierte Analyse der Einlagenentwicklung liefert in diesem Zusammenhang Erkenntnisse darüber, welche Einlagearten trendmäßig stärker steigen als andere und inwiefern ein übermäßiger Einlagenanstieg nicht nur Folge kurzfristiger Sondereffekte ist, die sich nicht in höheren Inflationsraten niederschlagen werden.

In diesem Sinne stehen daher häufig die Einlagen von „Inländern“ im Mittelpunkt des Interesses. Mit dem Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion ist der Begriff des „Inländers“ aber aus Sicht eines Teilnehmerlandes nicht mehr so eindeutig wie zuvor. Im Rahmen einer auf Deutschland aus-

*Einlagen von
Deutschen bei
heimischen
Banken
versus ...*

1 Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) spricht in diesem Zusammenhang lediglich von „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“. Als solche sind alle die Verbindlichkeiten auszuweisen, die nicht verbrieft sind (§ 21 Abs. 2). In der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 22.11.2001 über die konsolidierte Bilanz des Sektors der monetären Finanzinstitute (MFI) (EZB/2001/13) wird die Bilanzposition „Verbindlichkeiten aus Einlagen“ definiert als „Beträge, welche die Berichtspflichtigen Gläubigern schulden (ohne Beträge aus der Ausgabe von übertragbaren Wertpapieren).“

2 Unter den „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ werden im Folgenden die in der Publikationstabelle I.2 im Statistischen Beiheft 1 zum Monatsbericht (Bankenstatistik) aufgeführten Positionen „Verbindlichkeiten gegenüber Banken“, „Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken“, „verbrieft Verbindlichkeiten“ und „nachrangige Verbindlichkeiten“ zusammengefasst, wobei Umgruppierungen der nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen (aus den verbrieften Verbindlichkeiten) und der nachrangigen Verbindlichkeiten vorgenommen wurden.

3 Zu den Einlagen von Nichtbanken werden hier auch die Sparbriefe gezählt, bei denen es sich entweder um Namenspapiere oder um nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen handelt. Sparbriefe werden im Rahmen der monatlichen Bilanzstatistik als Einlage mit vereinbarter Laufzeit erfasst.

Passiv- und Einlagengeschäft deutscher Banken

Monatsendstände in Mrd €; Stand Februar 2003

Position	alle Banken	Kredit- banken	Sparkassen und Landes- banken	Kredit- genossen- schaften und genossen- schaftliche Zentral- banken
Anzahl der berichtenden Institute	2 355	272	524	1 491
Summe der Passivpositionen	6 460,6	1 827,3	2 316,3	750,6
davon:				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken 1)	1 841,0	689,5	686,0	188,8
in % der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 2)	31,8	43,6	32,7	27,6
Verbriefte Verbindlichkeiten 3)	1 532,1	224,5	477,4	65,8
in % der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 2)	26,5	14,2	22,7	9,6
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken 4)	2 415,4	667,7	937,6	428,3
in % der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 2)	41,7	42,2	44,6	62,7
Übrige Passivpositionen	672,1	245,6	215,4	67,7
Einlagen inländischer Nichtbanken 4)	2 084,6	523,6	840,6	419,8
davon:				
täglich fällige Einlagen	571,6	236,5	218,9	113,7
in % der Einlagen inländischer Nichtbanken	27,4	45,2	26,0	27,1
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	279,3	108,2	93,2	73,3
in % der Einlagen inländischer Nichtbanken	13,4	20,7	11,1	17,5
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit über 2 Jahren	654,4	88,8	214,2	58,2
in % der Einlagen inländischer Nichtbanken	31,4	17,0	25,5	13,9
Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	479,9	77,2	254,4	148,0
in % der Einlagen inländischer Nichtbanken	23,0	14,7	30,3	35,2
Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist über 3 Monaten	99,3	12,9	59,8	26,5
in % der Einlagen inländischer Nichtbanken	4,8	2,5	7,1	6,3

1 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen und nachrangigen Verbindlichkeiten. — 2 Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Banken, gegenüber Nichtbanken sowie den verbrieften Verbindlichkeiten. — 3 Ohne Verbindlichkeiten aus nicht

börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen, aber mit nachrangig begebenen börsenfähigen Schuldverschreibungen. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen und nachrangigen Verbindlichkeiten.

... deutscher
Beitrag zur
Einlagenbildung
in der EWU

gerichteten Analyse des nationalen Bankgeschäfts sind dies naturgemäß die deutschen Einleger. Zur Bestimmung des Beitrags des deutschen Bankensystems zur Einlagenentwicklung im Europäischen Währungsgebiet sind hingegen auch die Einlagen von Angehörigen anderer EWU-Staaten im deutschen Bankensektor relevant.⁴⁾ Insgesamt ist der quantitative Unterschied zwischen den beiden Abgrenzungen aber vergleichsweise gering. Mit einem Anteil von 9 ½ % bewegen sich nur die längerfristigen Termineinlagen (Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von über zwei Jahren) von Nichtbanken aus anderen EWU-Staaten in einer erwähnenswerten Größenordnung.⁵⁾ Bei den anderen Einlagearten liegt der Anteil zumeist bei nur rund einem Prozentpunkt. Für die Veränderung der deutschen Beiträge zu den Bankeinlagen im Euro-Währungsgebiet von Monat zu Monat können Mittelverlagerungen durch Angehörige anderer EWU-Staaten allerdings zeitweilig durchaus größere Bedeutung erlangen.

Konzentration
auf die Einlagen
von deutschen
Anlegern im
nationalen
Bankensektor

Die folgende Analyse der Einlagenentwicklung in Deutschland konzentriert sich auf die Bankeinlagen von deutschen Nichtbanken bei heimischen Kreditinstituten. Sie vermittelt damit nicht nur eine Vorstellung über die längerfristigen Entwicklungstendenzen des Einlagengeschäfts der heimischen Banken, sondern erlaubt es grundsätzlich auch, nachfrageseitige Besonderheiten im Anlageverhalten deutscher Anleger zu identifizieren.

Bankeinlagenentwicklung und ihre Bestimmungsfaktoren

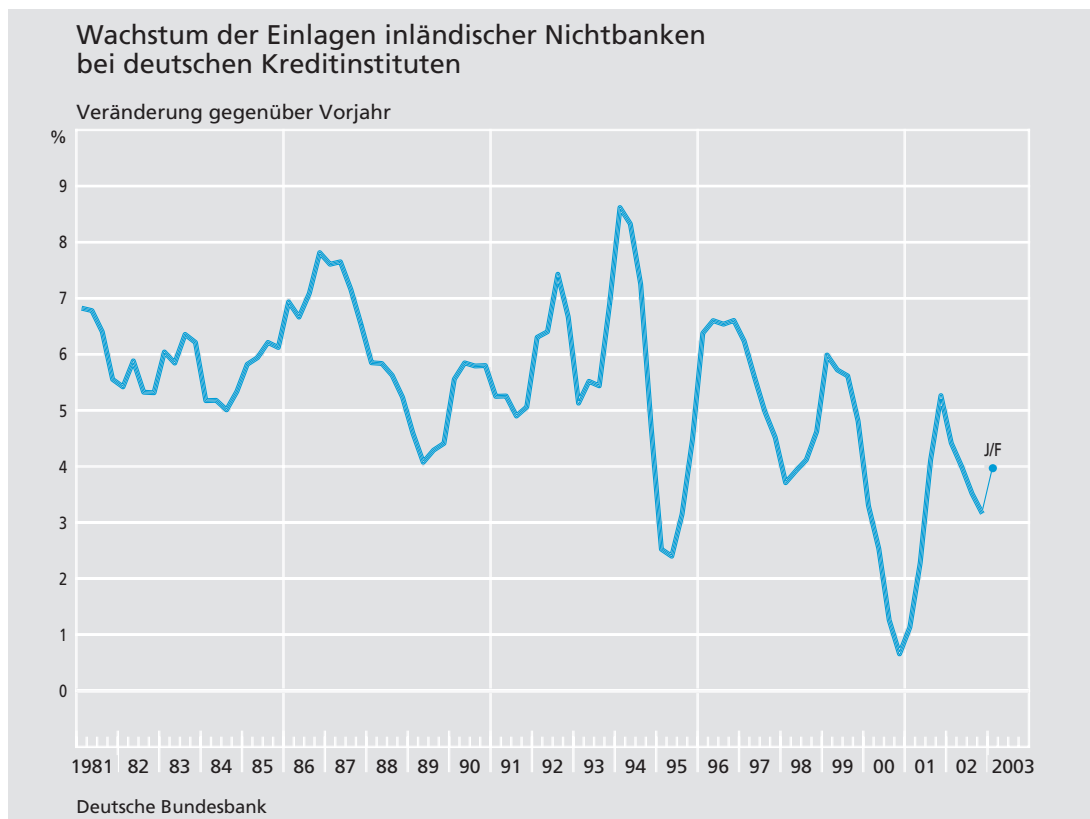
Die Einlagen in Deutschland ansässiger Kunden bei heimischen Banken sind seit Beginn der achtziger Jahre um durchschnittlich gut 5 ½ % pro Jahr gewachsen. Bei einem mittleren Preisanstieg⁶⁾ von 2 ½ % fiel die Zunahme der realen Bankeinlagen damit um etwas mehr als einen Prozentpunkt stärker aus als der gleichzeitige Anstieg des Produktionspotenzials in Deutschland von knapp 2 %. Dabei wies die Entwicklung eine insgesamt recht wechselvolle Dynamik auf. Während die Bankeinlagen in den achtziger Jahren noch relativ kräftig wuchsen und ihre Veränderungen einen vergleichsweise langen Zyklus aufwiesen, hat das Expansionstempo in den neunziger Jahren nachgelassen und die Volatilität der Entwicklung erkennbar zugenommen. So lag die jährliche Zuwachsrate in den achtziger Jahren im Durchschnitt bei 6 %, in der Zeit von 1990 bis 2002 bei 5 % und Ende 2002 sogar nur noch bei 3 %.

Längerfristige
Entwicklungstendenzen ...

4 Im Rahmen ihrer monatlichen Meldungen zur konsolidierten Bilanz des Euro-Währungsgebiets müssen die deutschen MFIs deshalb sowohl Angaben zu ihren Geschäften mit Gebietsansässigen in Deutschland als auch mit Gebietsansässigen in den übrigen Mitgliedsländern des Euro-Währungsgebiets machen. Diese Aufgliederung ist notwendig, um ein für die EWU geschlossenes Bild der monetären Lage zu erhalten.

5 Dieser Anteil ist nicht nur vergleichsweise hoch, sondern er schwankt auch im Zeitablauf erkennbar. Hinter den von Angehörigen anderer EWU-Staaten bei deutschen Banken angelegten Geldern stehen ausländische Finanzierungstöchter deutscher Banken. Diese begeben aus steuerlichen Gründen auf eigene Rechnung Bankschuldverschreibungen und führen die ihnen zugehenden Mittel ihren deutschen Mutterinstituten im Wege einer langfristigen Termineinlage zu.

6 Gemessen mit Hilfe des Deflators für das Bruttoinlandsprodukt.



... und
Ausgaben-
wachstum

Im Wesentlichen ist die schwächere Expansionsdynamik im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Rückgang der Zuwachsrates der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben zu erklären, der sich sowohl aus einer Abnahme der durchschnittlichen Inflationsrate von knapp 3% in den achtziger Jahren auf 2% in den späteren Jahren als auch in einem geringeren realen BIP-Wachstum niederschlug.⁷⁾ Die Differenz zwischen dem durchschnittlichen nominalen Einkommenswachstum und der trendmäßigen Einlagenexpansion ist dementsprechend über die beiden letzten Jahrzehnte hinweg vergleichsweise konstant geblieben.

Kointegrations-
analyse ...

Die Schätzung eines einfachen ökonometrischen Modells zur Erklärung der Einlagenentwicklung ergibt zunächst ein recht ähnliches Bild. Dabei wurde der langfristige Zusammen-

hang (Kointegrationsbeziehung) zwischen der realen Einlagenentwicklung auf der einen Seite und dem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowie einem Zinssatz als Maß für die Opportunitätskosten der Haltung von Bank-einlagen auf der anderen Seite untersucht.

Die geschätzte Einkommenselastizität ist für die Gesamteinlagen etwas größer als eins (1,07). Wie der einfache Zeitreihenvergleich bereits gezeigt hat, entwickeln sich die realen Einlagen damit also stärker als das BIP. Die (Semi-)Elastizität des Kapitalmarktzinses ist negativ (-0,03), was eine Interpretation des

⁷ Das durchschnittliche Wachstum des Produktionspotenzials hat sich von über 2% in den achtziger Jahren auf unter 2% für die Zeit seit 1990 verringert (vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung des Produktionspotenzials in Deutschland, Monatsbericht, März 2003, S. 43 ff.).

Schätzung einer langfristigen Einlagengleichung

Basis für die Schätzungen ist eine einfache Langfristbeziehung zwischen den realen Einlagen und ihren Hauptdeterminanten, dem realen BIP und dem Zins:

$$E_t = \alpha_0 + \alpha_1 \text{BIP}_t + \alpha_2 \text{ZINS}_t + \varepsilon_t$$

Dabei ist E_t der mit dem BIP-Deflator deflationierte logarithmierte (reale) Einlagenbestand, BIP_t das logarithmierte reale Bruttoinlandsprodukt, ZINS_t der nominale Kapitalmarktzins (Zinssatz für Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit) sowie ε_t das Residuum der Schätzung, welches die nicht (durch Zins- und BIP-Veränderungen) erklärbaren Abweichungen von der geschätzten Beziehung darstellt. Andere Zinsgrößen wie die tatsächliche Eigenverzinsung der Einlagen sowie verschiedene Zinsspreads wurden ebenfalls untersucht. Die Verwendung dieser Zinsvariablen ergab jedoch entweder kein merklich anderes Bild oder führte nicht zu befriedigenderen empirischen Modellen. Die Kointegrationsbeziehungen wurden mit dem Dynamischen Kleinst-Quadrat-Verfahren (DOLS) geschätzt. Der Schätzzeitraum reicht in der Regel vom ersten Quartal 1980 bis zum vierten Quartal 2002. Statistische Brüche in den verwendeten Zeitreihen wurden bereinigt.

Deutsche Bundesbank

Zinssatzes als Maß für die Opportunitätskosten erlaubt.

Eine differenziertere Analyse lässt jedoch eine gewisse Instabilität des Zusammenhangs insbesondere in den neunziger Jahren erkennen. Offensichtlich sind in den letzten Jahren auch noch andere wichtige Bestimmungsfaktoren der Einlageentwicklung mit ins Spiel gekommen, die durch die Wirtschaftsaktivität und das Zinsniveau allein nicht erklärt werden können. Der sehr starke Anstieg der täglich fälligen Einlagen seit Mitte der neunziger Jahre ist hierfür zu einem guten Teil verantwortlich (siehe Schaubild auf S. 41). Wird das Gesamtaggregat nämlich ohne die täglich fälligen Einlagen betrachtet, liegt die BIP-Elastizität der so modifizierten Einlagenentwicklung nicht nur näher bei eins, sondern die Stabilität der gesamten Schätzung verbessert sich deutlich.⁸⁾ Offensichtlich wurde die Entwicklung der hier ausgeklammerten Sichteinlagen in jüngerer Zeit von anderen Faktoren getrieben, die durch die hier gewählte einfache Spezifikation nur unzureichend erfasst werden.

Eine stabile Langfristbeziehung erhält man auch für einige enger abgegrenzte Teilaggregate. Für das Aggregat der kurzfristigen Termin- und Spareinlagen ergibt sich eine BIP-Elastizität von etwa eins und eine negative Zinsabhängigkeit. Dagegen wachsen die gesamten Termineinlagen überproportional mit dem Einkommen und sind zudem positiv mit dem Zins korreliert. Der positive Zinskoeffizient

... mit Stabilitätsproblemen der Gesamteinlagen

Andere Langfristbeziehungen

⁸ Tests deuten darauf hin, dass die Gleichung für die gesamten Einlagen nahe daran ist, keine kointegrierende Beziehung darzustellen. Für das Aggregat ohne die täglich fälligen Einlagen hingegen ist die Kointegration wesentlich besser gesichert.

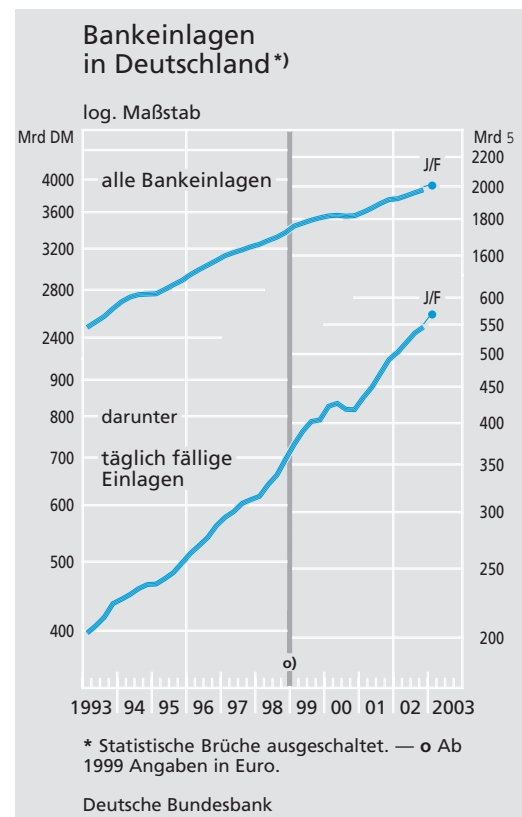
deutet darauf hin, dass der Kapitalmarktzins hier eher ein Maß für die Eigenverzinsung als für die Opportunitätskosten darstellt.

Struktur-
verschiebungen
zwischen den
Bankeinlagen

Im Zeitablauf haben sich zwischen den verschiedenen Einlagearten überdies deutliche Verschiebungen ergeben, und zwar sowohl in der längerfristigen Betrachtung als auch im Zusammenhang mit den kürzerfristigen, zyklischen Schwankungen im Einlagengeschäft der Banken. Besonders ausgeprägte zyklische Bewegungen weist die Entwicklung der kurzfristigen Termineinlagen (Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren) auf. Die marktnahe Verzinsung dieser Bankeinlagen macht sie insbesondere in Zinsanstiegsphasen zu einer attraktiven Anlageform für die private Anlage ebenso wie für das Liquiditätsmanagement der großen Unternehmen.

Kurzfristige
Termineinlagen
und
Spareinlagen

Diese Entwicklung ging insbesondere in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre vor allem zu Lasten der klassischen Spareinlage (mit gesetzlicher Kündigungsfrist von drei Monaten), die bis dahin sowohl Kassenhaltungs- als auch Anlagefunktionen für breite Bevölkerungskreise erfüllte. Eine vergleichsweise leichte Verfügbarkeit war bei den kurzfristigen Spareinlagen vor allem durch die Möglichkeit gegeben, Gelder in begrenztem Umfang ohne vorherige Kündigung abzuheben, wobei sie aber mit einer relativ niedrigen Verzinsung ausgestattet waren.⁹⁾ Auch auf Grund eines zunehmenden Renditebewusstseins der Sparer wurden sie insbesondere Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre stark in marktnäher verzinsten kurzfristigen Termineinlagen umgeschichtet. Im Ergebnis war dadurch ihr Anteil an den gesamten Bankeinla-



gen der inländischen Nichtbanken von 25 % im Durchschnitt der achtziger Jahre auf gut 20 % Ende 1992 gesunken.¹⁰⁾ Seitdem hat sich die Entwicklung jedoch wieder umgekehrt.

⁹ Sparern wurde das Recht eingeräumt, ohne vorherige Kündigung pro Sparkonto und Kalendermonat über maximal 3 000 DM ihres Sparguthabens zu verfügen. Derzeit liegt dieser Betrag bei 2 000 €. Ein darüber hinausgehendes Verfügungsrecht schließt entsprechend der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (§ 21 RechKredV) die Einordnung einer Einlage als Spareinlage aus.

¹⁰ Zum starken Rückgang der kurzfristigen Spareinlagen Anfang der neunziger Jahre haben jedoch auch Portfolioanpassungen in Ostdeutschland im Gefolge der deutsch-deutschen Währungsunion beigetragen, denn unmittelbar nach der Einführung der D-Mark in den neuen Bundesländern hatten die Ostdeutschen ihre hohen Spareinlagenbestände in größerem Umfang in Bargeld umgetauscht oder in andere attraktiver verzinsten Anlageformen umgeschichtet. Ende 1990 machte der Bestand an Einlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist bei Kreditinstituten in Ostdeutschland weniger als die Hälfte seines Ausgangswertes vom Juni 1990 aus (vgl.: Deutsche Bundesbank, Die längerfristige Entwicklung der Spareinlagen und ihre Implikationen für die Geldmengenspolitik, Monatsbericht, Mai 1997, S. 50f.).

Langfristige Determinanten der inländischen Einlagen

Einlageart	BIP	ZINS
Gesamte Einlagen	1,07	-0,03
Gesamte Einlagen ohne täglich fällige Einlagen	0,98	-0,02
Täglich fällige Einlagen ¹⁾	1,08	-0,02
Anderere kurzfristige Einlagen ²⁾	0,95	-0,02
Gesamte Termineinlagen ³⁾	1,64	0,03

¹ Mit zusätzlichem Zeittrend ab dem vierten Quartal 1994 geschätzt; der Koeffizient der Trendvariablen beträgt 1,8. — ² Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten. — ³ Einlagen mit vereinbarter Laufzeit.

Deutsche Bundesbank

Mit der Neuregelung der Sparverkehrsvorschriften im Jahr 1993 war es den Kreditinstituten nämlich möglich geworden, als „Ersatz“ für das frühere Sparbuch Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von drei Monaten mit attraktiveren Konditionen auszustatten.¹¹⁾ Um der weiteren Erosion ihrer kurzfristigen Refinanzierungsmittel zu begegnen, machten die Banken hiervon auch rege Gebrauch. Im Anschluss daran wurden deshalb insbesondere in Phasen niedriger Zinsen in großem Umfang kurzfristige Spareinlagen gebildet, die überwiegend einen über der Mindest- beziehungsweise Grundverzinsung liegenden Zinssatz aufwiesen, während die kurzfristigen Termineinlagen von Mitte 1994 bis Mitte 1997 zum Teil deutlich abgebaut worden waren.¹²⁾

Eine ökonometrische Untersuchung deutet darauf hin, dass die Gewichtsverschiebungen zwischen Termin- und Spareinlagen tatsächlich maßgeblich von einer Substitutionsbeziehung zwischen den kurzfristigen Termin- und Spareinlagen geprägt werden, die vom Abstand zwischen der Verzinsung dieser beiden Einlagearten abhängt. Den Schätzungen zufolge bewirkte im Durchschnitt des betrachtenden Zeitraums eine Ausweitung des Zinsvorteils der langfristigen Termingelder um einen Prozentpunkt eine relative Verminderung der Spareinlagen um 22 Prozentpunkte.¹³⁾

Ökonometrische Schätzung der Substitutionsbeziehung

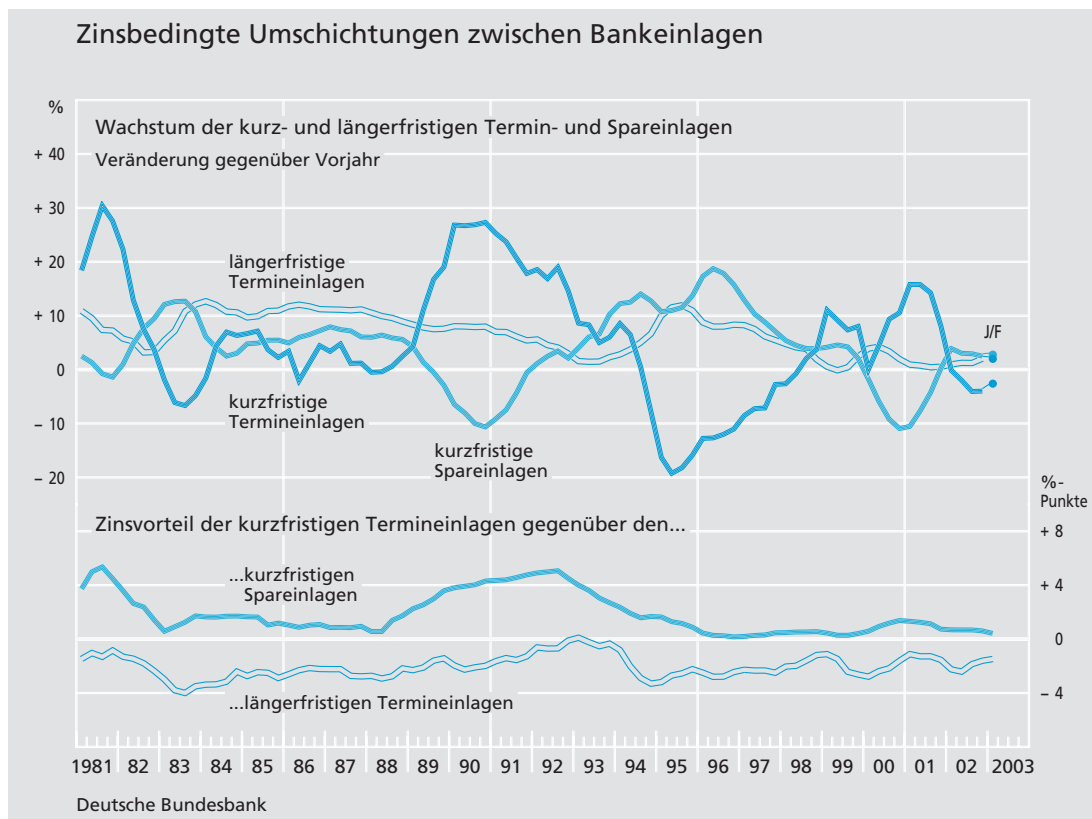
Neben den Umschichtungen zwischen den kurzfristigen Termin- und Spareinlagen hat es in den zurückliegenden Jahren auch zinszyklisch bedingte Verlagerungen zwischen den kurzfristigen und den längerfristigen Ter-

Kurz- und längerfristige Termineinlagen

¹¹ Mit der Neuregelung der Sparverkehrsvorschriften zum 1. Juli 1993 ging eine weit reichende Deregulierung des Sparverkehrs in Deutschland einher. Die vormals enthaltenen gesetzlichen Vertragsregulierungen wurden durch eine Bilanzierungsvorschrift ersetzt. Dies ermöglichte den Banken, beliebige Anlageprodukte unter der Bezeichnung Spareinlage anzubieten (vgl.: Deutsche Bundesbank, Die längerfristige Entwicklung der Spareinlagen und ihre Implikationen für die Geldmengenpolitik, a. a. O., S. 44).

¹² Zunehmende Verbreitung fanden dabei Sparkonten mit temporären Bonifikationen oder Sondersparformen, die mit unterschiedlichen Ausgestaltungsformen (Einmal-Anlage oder Ratensparen, mit festem oder mit variablem Zinssatz, mit steigenden Zinsen oder einem Bonus am Laufzeitende) und unter einer Vielzahl von Bezeichnungen (Zuwachssparen, Bonus-Sparen, Prämiensparen, Ziel-Sparen, Sparen mit Zuschlag, Geldmarkt-Sparen, Rendite-Sparen, Mehrzinssparen, usw.) angeboten wurden (vgl.: Deutsche Bundesbank, Die längerfristige Entwicklung der Spareinlagen und ihre Implikationen für die Geldmengenpolitik, a. a. O., S. 51).

¹³ Die konjunkturelle Entwicklung scheint dabei keine Bedeutung für diese Substitutionsbeziehung zu besitzen, denn Veränderungen des BIP haben keinen signifikanten Einfluss auf die Schätzgleichung. Bemerkenswerterweise war der Erklärungsgrad dieser Schätzung sehr hoch. Knapp 60 % der Veränderungen des Verhältnisses der beiden Einlagen können durch die Entwicklung des Spreads erklärt werden.



mineinlagen gegeben. Besonders in den neunziger Jahren lässt sich eine gegenläufige Entwicklung zwischen den Expansionsraten der Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren und der Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als zwei Jahren beobachten. Schätzungen der Relation zwischen den längerfristigen und kurzfristigen Termineinlagen weisen jedenfalls auf eine derartige Substitutionsbeziehung zwischen den beiden genannten Fristenbereichen hin, die ebenfalls maßgeblich von der Höhe des entsprechenden Zinsspreads bestimmt wird. So ging die Relation zwischen den längerfristigen und den kurzfristigen Termineinlagen im Durchschnitt des Beobachtungszeitraums bei einer Verringerung des Zinsnachteils der kurzfristigen Einlagen um einen Prozentpunkt um 20 Prozentpunkte zurück.

Über den Zinszyklus hinweg hat sich die Laufzeitstruktur der Einlagen ohnehin deutlich verändert. Im Ergebnis ist es zu ausgeprägten Verschiebungen in der Laufzeitstruktur der Einlagen zu Lasten der längeren Bindungsfristen gekommen. Zuletzt entfielen nur noch 35 % auf diese Laufzeitkategorie, verglichen mit gut 40 % seit Anfang der neunziger und 46 % in den achtziger Jahren. Die durchweg niedrigen Zinsen haben zusammen mit dem hohen Maß an Unsicherheit nach dem Rückgang der Aktienkurse und der enttäuschenden Wirtschaftsentwicklung während der letzten Jahre die Liquiditätsvorliebe der inländischen Anleger zusätzlich gefördert.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang das in den letzten Jahren starke Wachstum der täglich fälligen Einlagen. Bis Mitte der neunziger

*Gestiegene
Liquiditäts-
vorliebe ...*

Substitutionsbeziehungen zwischen ausgewählten Einlagearten

Regressionsansatz:

$$X_t = \alpha_0 + \alpha_1 \text{SPREAD}_t + \varepsilon_t$$

Dabei ist X_t die Relation zweier Einlagearten, SPREAD_t die Differenz zweier Zinssätze sowie ε_t das Residuum.

Relation von ...	SPREAD 1)
... kurzfristigen Spareinlagen und kurzfristigen Termineinlagen	- 0,22
... längerfristigen und kurzfristigen Termineinlagen	- 0,20

1 Differenz aus dem Zinssatz für kurzfristige Termineinlagen und dem für kurzfristige Spareinlagen bzw. zwischen dem Zinssatz für kurzfristige und für längerfristige Termingelder.

Deutsche Bundesbank

... kommt besonders den täglich fälligen Einlagen zugute

Jahre ähnelte es zumeist dem der kurzfristigen Spareinlagen. Beide Einlagearten waren im Vergleich zu den übrigen Bankeinlagen vergleichsweise niedrig verzinst. Deshalb waren sie besonders in Niedrigzinsphasen wie Mitte/Ende der achtziger Jahre gefragt. Während dieser Perioden war der Zinsentgang gering, der mit ihrer Haltung verbunden war, und sie konnten zudem ihren Vorteil einer schnellen Verfügbarkeit besonders gut ausspielen.

Seit Mitte der neunziger Jahre entwickeln sich die täglich fälligen Einlagen und die Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von drei Monaten aber recht unterschiedlich. Während die kurzfristigen Spareinlagen nur noch mit einer abnehmenden Rate wachsen, hat das Expansionstempo der täglich fälligen Einlagen deutscher Anleger bei heimischen Banken seit-

dem spürbar zugenommen. Die gestiegene Beliebtheit von Tagesgeldeinlagen dürfte dabei nicht nur auf die geringeren Alternativkosten in Form entgangener Zinsen für längerfristige Anlageformen (Opportunitätszins), sondern vor allem auch auf die zunehmende Verbreitung attraktiv verzinsten Sichteinlagen zurückzuführen sein, das heißt also auf eine relative Erhöhung der Eigenverzinsung. Mangels entsprechender Daten lässt sich diese Vermutung jedoch nicht unmittelbar empirisch überprüfen.¹⁴⁾ In den ökonometrischen Schätzungen für die täglich fälligen Einlagen konnte dies daher nur auf indirektem Weg geschehen, indem ab 1994 ein zusätzlicher positiver Zeittrend aufgenommen wurde, um der geschilderten Entwicklung Rechnung zu tragen.¹⁵⁾ Diese Trendvariable hat sich dabei als signifikant erwiesen.

Als Hinweis auf die zunehmende Bedeutung der Eigenverzinsung für die Attraktivität von Tagesgeldern kann auch der seit Mitte der

Rolle der gestiegenen Eigenverzinsung

14 Im Rahmen der Zinsstatistik der Deutschen Bundesbank (Monatsberichtstabelle VI.7), zu der rd. 350 ausgewählte Kreditinstitute melden, werden zwar Zinssätze für Sichteinlagen von Privatkunden mit höherer Verzinsung erfragt. Da aber keine Angaben über den zu Grunde liegenden Umfang dieser Einlagen vorliegen, lässt sich kein gewichteter Durchschnittszins für Sichteinlagen ermitteln. Man kann allerdings vermuten, dass ihre Verzinsung entgegen der Vorstellung, dass täglich fällige Einlagen unverzinslich seien, im Durchschnitt erkennbar positiv ist. Die Mindest-/Grundverzinsung für Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist, die sich also auf Einlagen mit einem geringen Wettbewerbsdruck zwischen den Banken bezieht, liefert möglicherweise eine recht gute Untergrenze für den durchschnittlichen Zinssatz der täglich fälligen Einlagen.

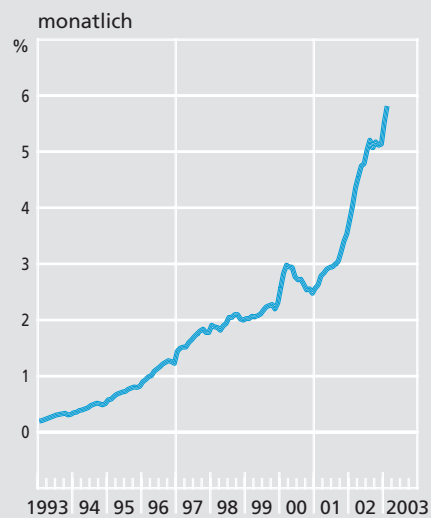
15 Darüber hinaus wird ein signifikant negativer Niveauanstieg Anfang 1994 berücksichtigt. Dessen ökonomische Interpretation ist im Gegensatz zu dem positiven Zeittrend nur schwer möglich. Er könnte Folge des Abklingens einer erhöhten Liquiditätshaltung im Zuge der EWS-Krisen sowie der 1992 und 1993 geführten Diskussion über die Einführung und Ausgestaltung einer Zinsabschlagsteuer sein.

neunziger Jahren erkennbar gestiegene Anteil der von Privatpersonen bei Direktbanken¹⁶⁾ gehaltenen täglich fälligen Einlagen angesehen werden. Auch wenn der Anteil dieser überwiegend marktnah verzinsten Einlagen mit 6 % zurzeit noch gering ist, ist ihre dynamische Entwicklung vermutlich im Zusammenhang mit der allgemeinen Tendenz im Wettbewerb zwischen den Banken um kurzfristige Refinanzierungsmittel zu sehen. Gerade im zurückliegenden Jahr konnten Direktbanken in großem Umfang täglich fällige Einlagen attrahieren; 22 % des Anstiegs der Tagesgeldeinlagen deutscher Nichtbanken bei heimischen Banken entfielen auf Einlagen inländischer Privatpersonen bei solchen Instituten.¹⁷⁾

*Zuletzt auch
unsicherheits-
bedingte
Liquiditäts-
haltung*

Die starke Expansion der hoch liquiden Bankeinlagen in den letzten Jahren ist – wie bereits erwähnt – aber auch auf eine Reihe von Sonderfaktoren zurückzuführen, die im Laufe der Zeit wieder an Bedeutung verlieren werden. So ist das starke Wachstum der täglich fälligen Einlagen im Jahr 2001 auch im Zusammenhang mit dem Abbau inländischer Bargeldhorte zu sehen, wozu es in Verbindung mit der Einführung des Euro-Bargeldes gekommen ist. Im vergangenen Jahr haben die Anleger ihre liquiden Bankeinlagen wohl vor allem auf Grund der ausgeprägten Verunsicherung stark dotiert. Neben den wiederholten Rückschlägen in der Aktienkursentwicklung spielten besonders in der zweiten Jahreshälfte auch geopolitische Risiken eine wichtige Rolle.¹⁸⁾ Bereits in früheren Jahren haben die täglich fälligen Einlagen stets sensitiv auf ein durch Unsicherheit geprägtes Stimmungsbild der Anleger reagiert. Sowohl während

Anteil der täglich fälligen Einlagen von Privatpersonen bei Direktbanken an den gesamten Sichteinlagen in Deutschland*)



* Ausgewählte Direktbanken, deren Angaben um statistische Brüche korrigiert wurden.

Deutsche Bundesbank

der Diskussion um eine Zinsabschlagsteuer 1992/93 als auch im Zusammenhang mit dem Übergang zur dritten Stufe der Europäischen Währungsunion hatten die Inländer ihre Liquiditätsbestände vorübergehend stark aufgestockt.

16 Unter „Direktbank“ werden im folgenden Kreditinstitute ohne Filialstruktur verstanden. Die speziellen Vertriebsstrukturen solcher Banken gehen in der Regel mit einer recht attraktiven Konditionengestaltung einher. Die Bundesbank führt in ihrer Bankenstatistik keine Bankengruppe „Direktbanken“; die hier gemachten Angaben basieren auf den Meldungen acht namhafter Direktbanken mit Sitz in Deutschland.

17 Der starke Anstieg der marktnah verzinsten täglich fälligen Einlagen bei den betrachteten Direktbanken im letzten Jahr in Deutschland dürfte nicht zuletzt auch auf einen infolge einer umfangreichen Werbekampagne gestiegenen Bekanntheitsgrad solcher Einlagen zurückzuführen sein.

18 Gemessen am CDAX sind die Aktienkurse in Deutschland im letzten Jahr um über 40 % zurückgegangen. Und auch der DAX-Volatilitätsindex lag in jahresdurchschnittlicher Betrachtung 2002 um rd. 40 % über dem Wert von 2001.

Bankeinlagen nach Einlegergruppen

*Privat-
personen ...*

Unter den verschiedenen Einlegergruppen haben im Jahr 2002 vor allem inländische Privatpersonen Sichteinlagen in Deutschland gebildet. Wie schon im Jahr zuvor entfielen rund 70 % der Zunahme dieser Einlageart im Jahresverlauf auf diese Gruppe, was nur zum Teil durch ihren ebenfalls hohen Anteil am Bestand der täglich fälligen Einlagen des inländischen Nichtbankensektors (von zuletzt 63 %) erklärt werden kann.

*... und
Unternehmen*

Die inländischen Unternehmen bevorzugten im letzten Jahr neben den täglich fälligen Einlagen vor allem Termingelder mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren. Ähnlich wie in früheren Phasen relativ niedriger Zinsen weiteten sie diese zum Teil mit zweistelligen Wachstumsraten aus.

*Repatriierung
von Auslands-
geldern
deutscher
Unternehmer*

Die Expansion der kurzfristigen Unternehmenseinlagen in Deutschland war in der Vergangenheit auch immer wieder von Verlagerungen von Geldern zwischen Deutschland und dem Euromarkt beeinflusst worden, die lange Zeit durch den Zinsvorteil ausländischer Banken infolge geringerer Mindestreservebelastungen an den internationalen Bankenplätzen in Luxemburg und London bedingt waren. Durch den Übergang zur Währungsunion und die einheitliche Mindestreservepflicht im gesamten Euro-Raum, die überdies auf ein sehr niedriges Niveau gesenkt wurde, ist dieser Wettbewerbsvorteil der in Luxemburg ansässigen Institute jedoch entfallen und im Vergleich zu den Bedingungen am Londoner Platz auf ein Minimum zurückgenommen worden. Daher war es bereits im Vorfeld der

Währungsunion zu einer umfangreichen Repatriierung von kurzfristigen Mitteln aus dem Ausland gekommen. Die von inländischen Nichtbanken bei den Auslandstöchtern und -filialen deutscher Banken angelegten kurzfristigen Einlagen gingen allein im Dezember 1998 um 12 ½ Mrd € zurück. Gleichzeitig stiegen die kurzfristigen Termineinlagen inländischer Unternehmen bei heimischen Banken um 11 Mrd € an.¹⁹⁾ Auch das gesamte Jahr 1999 über wurden Mittel vom Euromarkt nach Deutschland zurückverlagert.²⁰⁾

Die Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von mehr als zwei Jahren werden ebenfalls vorwiegend von Unternehmen gehalten. Dazu rechnen auch die von den Banken begebenen Namensschuldverschreibungen. Von sehr wenigen Zeitabschnitten abgesehen, trugen vor allem diese zum Anstieg der längerfristigen Termineinlagen inländischer Anleger bei. Der Anteil der von Unternehmen gehaltenen Einlagen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren am Gesamtumfang der längerfristigen Termingelder nahm von 35 ½ % Anfang 1980 auf mittlerweile 62 % zu.²¹⁾ Allerdings han-

*Längerfristige
Termingelder
von
(Versicherungs-)
Unternehmen*

¹⁹ Die gesamten Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren stiegen im Dezember 1998 in saisonbereinigter Betrachtung um gut 7 % gegenüber dem Vormonat.

²⁰ Im gesamten Jahr 1999 belief sich der Rückgang der kurzfristigen Einlagen deutscher Nichtbanken bei Töchtern und Filialen deutscher Banken im Ausland auf 33 Mrd €. Davon entfielen 16 Mrd € auf Töchter und Filialen in Großbritannien und 16 Mrd € auf solche in anderen EU-Ländern (hierunter 13 ½ Mrd € auf Institute in Luxemburg).

²¹ Dieser Anstieg unterschätzt den Beitrag der Unternehmen zum Wachstum der längerfristigen Termineinlagen sogar noch, da seit Januar 1999 auch die fast ausschließlich von Privatpersonen gehaltenen Bauspareinlagen als Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von über zwei Jahren erfasst werden. Lässt man sie im Rahmen eines langfristigen Vergleichs außen vor, hätte sich der Anteil der Unternehmen an den längerfristigen Termineinlagen von 35 ½ % auf knapp 72 ½ % mehr als verdoppelt.

delt es sich bei diesen Einlegern weniger um Produktionsunternehmen, sondern fast ausschließlich um Versicherungen, die diese Form der Mittelanlage bevorzugt für längerfristige Anlagezwecke nutzen, um die Risiken aus drohenden Kursrückgängen an den Wertpapiermärkten und die entsprechenden bilanziellen Wertberichtigungen zu vermeiden. Vielfach handelte es sich dabei um die bereits erwähnten Bank-Namensschuldverschreibungen, die nicht an der Börse notiert und daher zum Emissionswert bilanziert werden können. In Niedrigzinsphasen spielten diese Anlagen daher lange Zeit eine besondere Rolle. Seit Mitte der neunziger Jahre hat das Interesse der Versicherungen an dieser Anlageform allerdings merklich nachgelassen. Im Zuge der bis vor drei Jahren anhaltenden Börsenhausse sind stattdessen vorübergehend die Engagements der Versicherungen in Wertpapieren stärker gestiegen.

Einlagen der öffentlichen Hand

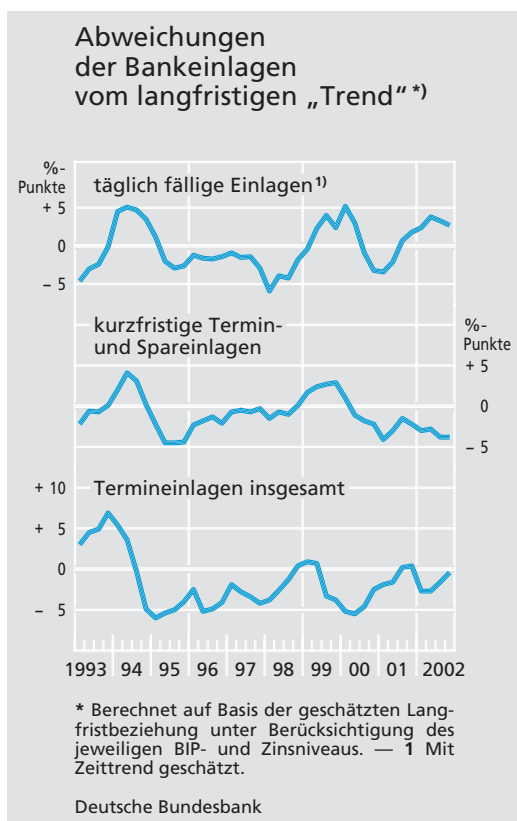
Auf die Einlagen der deutschen öffentlichen Haushalte bei heimischen Banken entfiel zuletzt mit 5 ½ % nur ein relativ geringer Anteil der gesamten Einlagen inländischer Nichtbanken. Auch in der Vergangenheit hat diese Haltergruppe im Durchschnitt über mehrere Jahre hinweg nur eine relativ geringe Rolle gespielt. Längerfristige Anlagemotive spielen bei der Veränderung der Einlagen öffentlicher Stellen nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen werden die vom öffentlichen Sektor bei den Banken gehaltenen Mittel vor allem zum kurzfristigen Ausgleich der diskontinuierlich anfallenden laufenden Einnahme- und Ausgabeströme eingesetzt. Entsprechend stark sind die Schwankungen dieser Einlagebestände von Monat zu Monat. Über viele Jahre hinweg

haben öffentliche Stellen, wie die Unternehmen, dafür auch die Anlagemöglichkeiten am Euromarkt genutzt, da die Zinserträge dort durchweg etwas höher waren. In den letzten Jahren hat die Einlagehaltung bei Auslandsbanken ähnlich wie im Falle der Unternehmen aber spürbar an Bedeutung verloren.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Einlagenentwicklung in Deutschland steht im langjährigen Durchschnitt in einer relativ stabilen Relation zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Innerhalb der Bankeinlagen ist es in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch zu bemerkenswerten Strukturverschiebungen gekommen. Besonders auffallend ist in diesem Zusammenhang das starke Wachstum in den kurzfristigen Bereichen des Einlagegeschäfts während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Hierzu dürfte eine zunehmend marktnähere Verzinsung beigetragen haben. In jüngster Zeit hat darüber hinaus aber insbesondere auch die unsicherheitsbedingte Liquiditätshaltung eine wichtige Rolle gespielt.

Dass es sich bei dem starken kurzfristigen Einlagenwachstum der letzten beiden Jahre tatsächlich um eine außergewöhnliche Entwicklung handelt, die mit den traditionellen Erklärungsfaktoren und Verhaltensmustern nicht hinreichend erfasst werden können, lässt sich auch anhand der hier präsentierten Schätzungen demonstrieren. Die großen Abweichungen des tatsächlichen Einlagenbestandes vom jeweils langfristig erklärbaren Wert, die sich



aus der mit Hilfe der Kointegrationsanalyse geschätzten Langfristbeziehung ergeben, sind jedenfalls ein deutlicher Hinweis auf die besonderen Einflüsse, die in diesen „Portfolioeffekten“ ihren Niederschlag finden. Diese Sondereinflüsse scheinen vor allem das starke Wachstum der täglich fälligen Einlagen gefördert zu haben. Obwohl bei deren Schät-

zung ein zusätzlicher positiver Trend berücksichtigt wurde, der die längerfristigen Gewichtsverschiebungen in der Struktur der Einlagen recht gut einfängt, liegen die Abweichungen hier gegenwärtig um 3 % bis 4 % über dem Niveau, das sich aus den längerfristigen Wirkungsbeziehungen ergibt. Im Jahr 1999 und in der ersten Hälfte 2000 waren die Divergenzen sogar noch etwas höher gewesen. Der Eintritt Deutschlands in die dritte Stufe der Währungsunion sowie Rückflüsse vom Euromarkt hatten damals die täglich fälligen Einlagen übermäßig stark ansteigen lassen.²²⁾ Insgesamt lässt sich damit festhalten, dass die starke Expansion der kurzfristigen Bankeinlagen während der vergangenen vier Jahre nach den hier vorgelegten Ergebnissen tatsächlich zu einem guten Teil den einschneidenden Veränderungen und ungewöhnlichen Umfeldbedingungen zuzurechnen ist, die diese Zeit geprägt haben.

22 In einer weiter gehenden Analyse, bei der die langfristige Betrachtung in ein Modell eingebettet wird, das auch kurzfristige Anpassungseffekte berücksichtigt, wird zudem deutlich, dass das Unterschließen der täglich fälligen Einlagen während der Zeitspanne vom vierten Quartal 2000 bis zum zweiten Quartal 2001 in der obigen Darstellung übertrieben ist. Auf Basis eines Fehlerkorrektur-Modells erhält man einen wesentlich geringeren Unterhang der Sichteinlagen in diesem Zeitraum.

Ertragslage und Finanzierungsver- hältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2001

Das schwierigere konjunkturelle Umfeld des Jahres 2001 hat die Ertragslage der Unternehmen erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Dies ergibt eine Auswertung der ersten vorläufigen Ergebnisse der Unternehmensbilanzstatistik der Bundesbank für die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, die im Zentrum des zyklischen Geschehens stehen. Die Bruttoumsatzrendite fiel unter das Niveau von 1997 zurück. Besonders stark war der Gewinnrückgang in der Bauwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe. Höhere Jahresergebnisse wurden nur in der Versorgungswirtschaft erzielt.

Die Ertragsverschlechterung hat jedoch insgesamt betrachtet die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen im Berichtsjahr nicht beeinträchtigt. Diese haben vielmehr den im Jahr 2000 durch steuerliche Erwägungen beeinflussten Rückgang der Eigenmittelquote wettgemacht, indem die Gewinnausschüttung zu Gunsten der Thesaurierung beträchtlich reduziert wurde. Die Eigenmittelquote lag jedenfalls mit 17 ½ % wieder auf dem Stand der Jahre 1997 bis 1999. Dies ist vor dem Hintergrund der anhaltend ungünstigen Wirtschaftslage positiv zu werten. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist jedoch erforderlich, um die finanzielle Bestandsfestigkeit der Unternehmen nachhaltig zu erhöhen.

Konjunkturelles Umfeld

*Schwaches
Wirtschafts-
wachstum ...*

Für die deutsche Wirtschaft war 2001 ein schwieriges Jahr. Nach einem recht kräftigen Wachstum zum Jahresbeginn gewannen im weiteren Jahresverlauf die kontraktiven Kräfte die Oberhand. Im Gesamtergebnis stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur um etwas mehr als ½ %, nachdem es im Jahr davor noch um 3 % expandiert hatte. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion blieb damit deutlich hinter der Ausweitung des Produktionspotenzials zurück, so dass dessen Inanspruchnahme spürbar sank und sich wieder eine Produktionslücke auftrat.

*... auf Grund
eingetrübter
Welt-
konjunktur...*

Die markante Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos in Deutschland ist vor allem auf die im Herbst 2000 einsetzende globale Konjunkturabkühlung zurückzuführen, die durch den Stimmungsschock auf Grund der Terroranschläge am 11. September 2001 noch deutlich verstärkt wurde. Der weltweite Vertrauensverlust und die Erwartung einer rückläufigen Auslandsnachfrage führten dazu, dass die deutschen Unternehmen ihre Investitionen 2001 kräftig reduzierten. Die Exportlieferungen hielten sich zwar auf Grund des hohen Auftragsbestandes aus dem Jahr 2000 und wegen der Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Währungen bis in den Sommer hinein recht gut, danach gingen sie aber im Verlauf ebenfalls deutlich zurück. Im Jahresdurchschnitt nahmen die Ausfuhren noch um 5 % zu. Bei einer Stagnation des internationalen Handelsvolumens hat sich der Weltmarktanteil deutscher Produkte weiter vergrößert. Da die Importe preisbereinigt nur wenig expandierten,

stützte der spürbar gestiegene reale Außenbeitrag das BIP-Wachstum rechnerisch mit eineinhalb Prozentpunkten.

Neben der Eintrübung des internationalen Umfelds wirkten 2001 hausgemachte Faktoren belastend. An erster Stelle ist hier die anhaltende Anpassungskrise in der Bauwirtschaft zu nennen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates nahmen zwar moderat zu; dies reichte aber nicht aus, um den Rückgang der Anlageinvestitionen auszugleichen, so dass die reale inländische Verwendung um knapp 1% gegenüber dem Vorjahr sank.

*... und interner
Bremsfaktoren*

Die Lohnpolitik, die einen wichtigen Einfluss auf die Kostenentwicklung und die Erwartungsbildung in den Unternehmen hat, war der schwierigen Konjunkturlage im Jahr 2001 durchaus angemessen. Das Tariflohn- und -gehaltsniveau erhöhte sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stunden- und auf Monatsbasis um 2 %; im gleichen Umfang nahmen auch die Effektivverdienste zu. Das Arbeitnehmerentgelt, das die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfasst, lag im Berichtsjahr ebenfalls um 2 % über dem Niveau von 2000. Da die Unternehmens- und Vermögenseinkommen jedoch praktisch stagnierten, fiel die gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommensquote mit 73 ¼ % um einen viertel Prozentpunkt höher aus als ein Jahr zuvor. Zudem stiegen die Lohnstückkosten wegen der zyklisch bedingten Abflachung des Produktivitätsanstiegs mit 1 ½ % etwas stärker.

*Moderate
Lohn-
entwicklung*

Wirtschaftsleistung der untersuchten Bereiche insgesamt

Die zyklische Abschwächung im Jahr 2001 hat das Produzierende Gewerbe, den Handel und den Verkehr zusammen genommen noch stärker in Mitleidenschaft gezogen als die Wirtschaft insgesamt. Dies ist insofern nicht überraschend, als die hier untersuchten Wirtschaftsbereiche traditionell im Zentrum des konjunkturellen Geschehens stehen. Ihre reale Wertschöpfung verharrte auf dem Stand des Vorjahres, wohingegen der nicht durch die Unternehmensbilanzstatistik erfasste Teil des Unternehmenssektors, darunter vor allem die privaten Dienstleister, ein Plus von rund 3 % erzielte.¹⁾

Leichtes Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe und im Verkehr

Hinter dem insgesamt schwachen Ergebnis des hier analysierten Segments des Unternehmenssektors verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. So konnte das Verarbeitende Gewerbe seine reale Wertschöpfung 2001 noch um ½ % ausweiten. Dabei dürften die exportorientierten Unternehmen besser abgeschnitten haben als jene Firmen, die schwerpunktmäßig den Inlandsmarkt beliefern. Jedenfalls sind nach der amtlichen Statistik die Auslandsumsätze wertmäßig mit 5 % erheblich kräftiger gestiegen als die Inlandsumsätze, die um weniger als 2 % wuchsen; insgesamt ergab sich ein Plus von 3 %. Das Gefälle zwischen Auslands- und Inlandsgeschäft war bei den Investitionsgüter- und Gebrauchsgüterproduzenten besonders ausgeprägt. Die zur erstgenannten Kategorie zählenden Kraftfahrzeugproduzenten konnten im Ausland sogar eine Umsatzsteigerung von 11½ % erzielen, verglichen mit 5½ % im Inland. Das insgesamt schwache Produktionswachstum in der Industrie im Jahr 2001

hat auch die Geschäftstätigkeit „nachgelagerter“ Sektoren beeinflusst. So nahm die Nachfrage nach Verkehrsleistungen (ohne Nachrichtenübermittlung) merklich langsamer zu als in den vier vorangegangenen Jahren.

Die reale Bruttowertschöpfung des Handels hat 2001 stagniert. Anders als in den Jahren zuvor sind die Geschäfte jedoch im Einzelhandel besser gelaufen als im Großhandel. Die Umsätze lagen immerhin noch um 2 % über ihrem Vorjahrsniveau, während sie im Großhandel um 2½ % sanken. Preisbereinigt ergibt sich mit einem Plus von ½ % gegenüber einem Minus von 4 % ein etwa gleich großes Wachstumsgefälle. Das Großhandelsvolumen war in fast allen Sparten nach unten gerichtet.

Zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung kam es in der Versorgungswirtschaft sowie erneut im Baugewerbe. In der Energie- und Wasserversorgung fiel sie um ½ % niedriger aus als ein Jahr zuvor. Dabei wirkte sich aus, dass die Energieproduktion 2001 – nicht zuletzt wegen der rückläufigen Tendenzen in der recht energieintensiven Vorleistungsgütererzeugung – um 2 % sank. Im Baugewerbe setzte sich der seit 1995 anhaltende Schrumpfungsprozess verstärkt fort. Die reale

Stagnation im Handel

Rückgang im Baugewerbe und in der Versorgungswirtschaft

¹ Die unbereinigte reale Wertschöpfung des Unternehmenssektors insgesamt hat 2001 um 1½ % und damit deutlich stärker als das reale BIP zugenommen. Ausschlaggebend dafür war zum einen, dass die geschätzte wirtschaftliche Leistung des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gesunken ist. Zum anderen ist die Position „unterstellte Bankgebühr“, die im Rahmen der BIP-Berechnung von der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung subtrahiert wird, kräftig gestiegen, und der hinzuaddierte Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen fiel spürbar geringer aus als ein Jahr zuvor.

Wertschöpfung ging um 6 ½ % zurück und lag um fast ein Fünftel unter dem letzten Höchststand von 1994. Dabei wiesen die Investitionen in Wohnbauten sowie gewerbliche und öffentliche Nichtwohnbauten gleichermaßen ein kräftiges Minus auf.

Ertragslage

*Gewinne vor
Steuern ...*

Die spürbare konjunkturelle Abschwächung im Jahr 2001 hat sich erwartungsgemäß in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, im Handel und im Verkehr deutlich niedergeschlagen.²⁾ Das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern sank um 12 ½ % unter den Stand von 2000.³⁾ Die seit 1996 erzielte Verbesserung der Ertragsposition wurde damit weitgehend aufgezehrt. Dieser Befund steht auf den ersten Blick in Kontrast zu den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über die Entwicklung der Unternehmensgewinne der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, die für 2001 noch einen Zuwachs um knapp 4 % ausweisen. Bei näherem Hinsehen wird dadurch jedoch – abgesehen davon, dass beide Reihen aus mehreren Gründen nur mit gewissen Einschränkungen vergleichbar sind – die eingangs erwähnte Diagnose bestätigt, derzufolge der in der Unternehmensbilanzstatistik erfasste Teil der Wirtschaft im Jahr 2001 von der zyklischen Eintrübung stärker betroffen war als der dort nicht abgebildete Dienstleistungssektor. Dies zeigt einmal mehr die auch in sektoraler Hinsicht sehr komplexe Lage der deutschen Wirtschaft, was bei einer makroökonomischen Betrachtung

zu falschen Schlussfolgerungen führen kann.

Das Ausmaß der Ertragsverschlechterung im Jahr 2001 tritt ebenfalls deutlich zutage, wenn man die Ausweitung der Geschäftstätigkeit mit berücksichtigt. Die Bruttoumsatzrendite, die das Verhältnis des Jahresergebnisses vor Gewinnsteuern zum Umsatz der Unternehmen angibt, unterschritt mit knapp 3 % den Vergleichswert von 2000 um fast einen halben Prozentpunkt; sie lag damit auch merklich unter dem Stand von 1997. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass 2001 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen kräftig zugenommen hat. Unter Einschluss der ausgeschiedenen, überwiegend ertragschwachen Grenzbetriebe, die in der Unternehmensbilanzstatistik nicht mehr enthalten sind, ergibt sich ein noch trüberes Ertragsbild.

*... und Brutto-
umsatzrendite*

2 Näheres zur Methode der Hochrechnung nach Rechtsformen und zur Datengrundlage siehe: Deutsche Bundesbank, Erträge und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen nach Rechtsformen, Monatsbericht, Dezember 2001, S. 61–65. Die Fortschreibung für das Jahr 2001 stützt sich auf knapp 16 000 Jahresabschlüsse. Wegen der noch fehlenden aktuellen Angaben der Umsatzsteuerstatistik, die für die Hochrechnung benötigt werden, konnte für 2001 keine Aufgliederung nach Rechtsformen vorgenommen werden. Außerdem wurde erneut auf eine Analyse der Finanzierungsströme verzichtet, weil angesichts der sich tendenziell verschlechternden Datenlage die Angaben zum Mittelaufkommen und zur Mittelverwendung mit sehr großen Unsicherheiten behaftet sind. Die Veränderungen der Datengrundlage haben auch zu methodischen Anpassungen geführt, die im Monatsbericht, Dezember 2001, auf S. 65 näher erläutert worden sind.

3 Das Jahresergebnis entspricht dem Jahresüberschuss vor Ergebniszuführungen bzw. -abführungen. Es gibt einen besseren Aufschluss über die erwirtschafteten Erträge der hier analysierten Unternehmen, da zahlreiche Firmen auf Grund von Gewinn- oder Teilgewinnabführungsverträgen mit nicht in der Unternehmensbilanzstatistik erfassten Unternehmen (z. B. Beteiligungsgesellschaften) verbunden sind, an die sie Gewinne abführen bzw. von denen sie Verluste übernehmen.

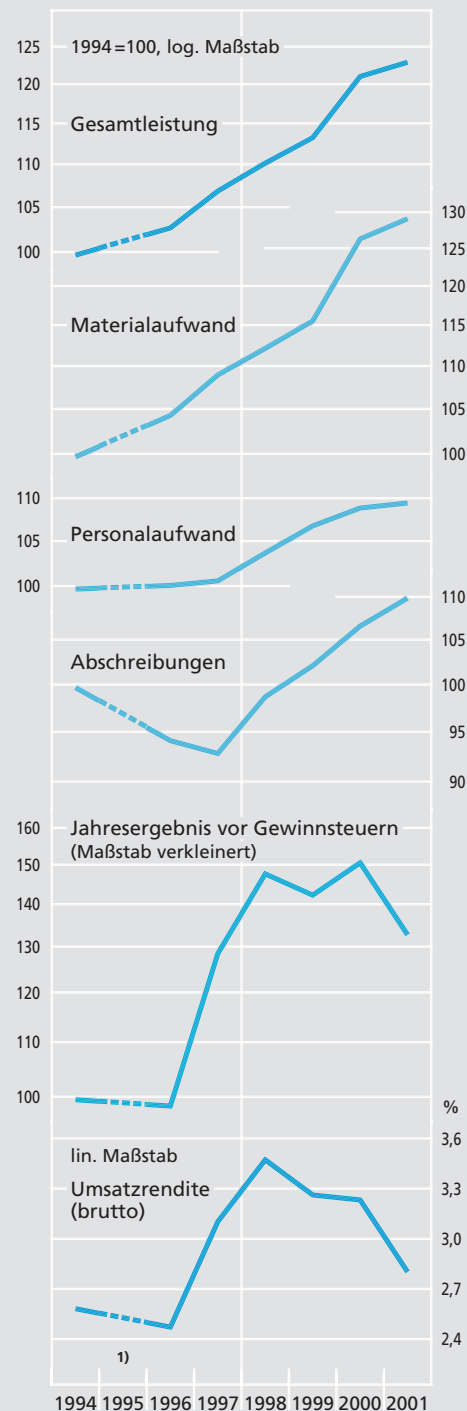
*Gewinn nach
Steuern*

Das Jahresergebnis nach Steuern ist mit einem Minus von 13 % noch etwas stärker gesunken als das Bruttoergebnis. Ausschlaggebend dafür war, dass der Rückgang des Aufwands an Ertragsteuern nicht mit der Abnahme des steuerpflichtigen Gewinns Schritt gehalten hat, worauf im Folgenden noch näher eingegangen wird. Die Nettoumsatzrendite gab um einen viertel Prozentpunkt auf knapp 2 % nach. Dabei ist aber zu beachten, dass der ertragsteuerliche Aufwand neben der Gewerbeertragsteuer nur die Körperschaftsteuer (einschl. Solidaritätszuschlag) der Kapitalgesellschaften enthält. Die Jahresergebnisse der Personengesellschaften und Einzelunternehmen werden dagegen in der „Privatsphäre“ der Unternehmer versteuert und erscheinen nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung dieser Firmen. Die hier ausgewiesene Nettoumsatzrendite liegt deshalb über ihrem tatsächlichen Wert und ist nur geeignet, die Entwicklung der Ertragsituation nach Steuern zu skizzieren.

*Ungünstige
Ertrags-
entwicklung im
Baugewerbe, ...*

Besonders stark fiel 2001 die Ertragsverschlechterung im Baugewerbe aus. Erstmals seit Beginn der (zunächst noch westdeutschen) Reihe im Jahr 1987 sind nach den vorläufigen Berechnungsergebnissen per saldo keine „schwarzen Zahlen“ mehr geschrieben worden. Brutto betrachtet hielten sich Gewinne und Verluste etwa die Waage. Nach Steuern wurden Verluste in der Größenordnung von ½ % des Umsatzes ausgewiesen. Die statistische Abweichung vom Bruttoergebnis rührt daher, dass von den Unternehmen in der Gewinnzone Ertragsteuern zu entrichten waren, während Verluste größtenteils erst mit späteren Gewinnen verrechnet

**Ausgewählte Indikatoren
aus den Erfolgsrechnungen
deutscher Unternehmen**



1 Für 1995 liegen keine Angaben vor.

Deutsche Bundesbank

Erfolgsrechnung der Unternehmen *)

Position	1999	2000	2001	2000	2001
	Mrd €			Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
Erträge					
Umsatz	3 151,5	3 367,5	3 417,5	7	1,5
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 1)	26	28,5	32,5	9,5	14
Gesamtleistung	3 178	3 396,5	3 450	7	1,5
Zinserträge	18	21	24	16,5	14,5
übrige Erträge	166,5	188	199	13	6
darunter:					
aus Beteiligungen aus Gewinnübernahmen und Verlustabführungen	20,5	31,5	26	53,5	-17,5
	17	19	20	12	5,5
Erträge insgesamt	3 362	3 605,5	3 673	7	2
Aufwendungen					
Materialaufwand	1 989	2 175,5	2 223,5	9,5	2
Personalaufwand 2)	585,5	597	600	2	0,5
Abschreibungen auf Sachanlagen	124	129,5	132,5	4,5	2,5
sonstige 3)	109	112	110,5	3	-1,5
	15	17,5	22	16,5	25,5
Zinsaufwendungen	44	49,5	55,5	12,5	12
Steuern vom Einkommen und Ertrag 4)	97	99,5	99	2,5	-0,5
	34,5	34	30,5	-1,5	-10,5
sonstige	62,5	65	68,5	4	5,5
darunter:					
Verbrauchssteuern	51,5	53,5	57	4	6,5
übrige Aufwendungen	459	487	510	6	4,5
darunter Gewinnabführungen und Verlustübernahmen	22	26,5	32,5	20,5	22,5
Aufwendungen insgesamt	3 298	3 537,5	3 620,5	7,5	2,5
Jahresüberschuss	64,5	68	52,5	5,5	-23
Nachrichtlich: Jahresergebnis 5)	69,5	75,5	65,5	8,5	-13
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 6)	103,5	109,5	96	6	-12,5
Nettozinsaufwand	26	28,5	31,5	9,5	10,5
	in % des Umsatzes			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten	
Rohertag 7)	37,5	36,5	36	-1	-0,5
Jahresergebnis 5)	2	2	2	0	0
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 6)	3,5	3,5	3	0	-0,5
Nettozinsaufwand	1	1	1	0	0

* Hochgerechnete Ergebnisse. Geschätzte Angaben, auf halbe und ganze Mrd € bzw. Prozentpunkte gerundet. — 1 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 2 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige soziale Aufwendungen. — 3 Überwiegend Abschreibungen auf Forderungen, Wertpapiere und Beteiligungen. — 4 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 5 Jahresüberschuss vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und -abführungen. — 6 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 7 Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand.

Deutsche Bundesbank

werden können. Zu der weiteren Erosion der Erträge in der Baubranche hat maßgeblich beigetragen, dass die Gesamtleistung stärker gesunken ist als der wertmäßige Materialeinsatz, der die Hälfte der gesamten Aufwendungen darstellt. Offensichtlich waren die Bauunternehmen nicht in der Lage, die Verteuerung von Vorleistungen in den Baupreisen weiterzugeben; jedenfalls lag das gesamtwirtschaftliche Baupreinsniveau 2001 nur um 0,2 % über dem Stand von 2000, während die entsprechenden Bezugspreise für Baustoffe etwas stärker anzogen und sich Energie um 9 % verteuerte.

Das Verarbeitende Gewerbe musste 2001 den schwersten Gewinneinbruch seit 1993 hinnehmen. Das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern gab um fast ein Fünftel nach, und die Bruttoumsatzrendite sank um knapp einen Prozentpunkt auf 3 ½ %. Hier zeigt sich allerdings insofern ein markanter Unterschied zum Jahr 1993, als die Bruttogewinne damals gerade noch 1 ½ % des Umsatzes erreicht hatten. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ergibt sich ein recht heterogenes Ertragsbild. So konnte etwa das Ernährungsgewerbe sein Ergebnis deutlich verbessern. Dies dürfte zumindest teilweise mit den Marktverwerfungen und Substitutionsvorgängen auf der Verbraucherebene im Gefolge der Tierkrankheiten zusammenhängen, die zu einem kräftigen Preisauftrieb bei tierischen Erzeugnissen führten. Auf der Schattenseite standen dagegen zum Beispiel die Kraftfahrzeughersteller, deren Ertragseinbußen überdurchschnittlich waren.

... im
Verarbeitenden
Gewerbe...

... sowie im
Handel und
Verkehr

Im Großhandel und im Verkehr kam es 2001 ebenfalls zu erheblichen Gewinnrückgängen, die aber geringer ausfielen als im Verarbeitenden Gewerbe. Allerdings verfügten beide Wirtschaftsbereiche nur über vergleichsweise schwache Ertragspolster. Die Bruttoumsatzrendite ist nämlich im Großhandel inzwischen auf 1½ % und die im Verkehr auf 2¼ % gesunken. Der Einzelhandel konnte seinen Bruttogewinn im Jahr 2001 zwar auf dem Niveau von 2000 halten. Dieses Ergebnis wird aber dadurch relativiert, dass das Jahresergebnis vor Steuern seit 1997 nicht mehr gestiegen ist. Die entsprechende Umsatzrendite lag praktisch unverändert bei knapp 2 %; dies entspricht etwa dem durchschnittlichen Renditeniveau in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre.

Nur in der
Versorgungswirtschaft
höhere
Gewinne

Dagegen haben die Versorgungsbetriebe ihre Gewinne 2001 erhöhen können. Der Anstieg des Jahresergebnisses vor Gewinnsteuern in der Energie- und Wasserversorgung um ein Siebtel passt zunächst nicht zu der Feststellung an anderer Stelle, dass die reale Wertschöpfung in diesem Bereich gesunken ist. Die hier relevantere nominale Wertschöpfung hat jedoch um 4½ % zugenommen. Außerdem ist es den Unternehmen gelungen, den Personalaufwand kräftig zu drücken. Das bedeutet, dass sich die Gewinnmarge deutlich vergrößert hat. Die Bruttoumsatzrendite konnte entsprechend auf reichlich 10 % angehoben werden; ein noch besseres Ergebnis hatte es zuvor erst einmal gegeben, und zwar im Jahr 1999 mit über 11 %. Damit hält die Versorgungswirtschaft in ertraglicher Hinsicht nach wie vor die Spitzenposition mit weitem Abstand vor den übrigen Wirtschaftsbereichen.

Erträge und Aufwendungen im Einzelnen

Im Einklang mit der deutlichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2001 hat auch die Geschäftstätigkeit der Unternehmen in den hier untersuchten Wirtschaftsbereichen erheblich langsamer expandiert. Die Gesamtleistung, die neben den Umsätzen die Bestandsveränderungen an Erzeugnissen sowie andere aktivierte Eigenleistungen enthält, nahm nur noch um 1½ % zu, verglichen mit 7 % im Jahr zuvor. Real betrachtet dürfte sie bei einem Anstieg der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte von 3 %, praktisch stagnierenden Baupreisen sowie Preisanhebungen über 1 % im Handel sogar rückläufig gewesen sein. Den Auswirkungen der konjunkturellen Abkühlung auf die Geschäftsaktivitäten konnte sich keiner der analysierten Wirtschaftsbereiche entziehen. Die Versorgungswirtschaft büßte jedoch nur wenig an Dynamik ein; dies gilt mit gewissen Abstrichen auch für den Einzelhandel. Im Verarbeitenden Gewerbe verminderte sich die Wachstumsrate von 9 % auf rund 3 % und im Verkehrsbereich von 9½ % auf 3½ %. Im Baugewerbe und im Großhandel wurde das Vorjahrsniveau sogar deutlich unterschritten.

Die Zinserträge und die übrigen Erträge, zu denen unter anderem die Erträge aus Beteiligungen, Gewinnübernahmen und Verlustabführungen sowie sonstige betriebliche Erträge zählen, zogen insgesamt betrachtet zwar mit 6½ % erneut stärker an als die Gesamtleistung, gegenüber dem Jahr 2000 ist aber auch hier eine ruhigere Tendenz festzu-

Gesamtleistung

*Zinserträge,
übrige Erträge
und Erträge
insgesamt*

stellen. Dazu haben Sondereinflüsse insofern maßgeblich beigetragen, als die Erträge aus Beteiligungen in den Ertragsrechnungen für 2000 auf Grund der verstärkten Auskehrung von Gewinnrücklagen bei verbundenen Unternehmen um rund die Hälfte höher zu Buche schlugen als 1999. Dieses Niveau wurde 2001, als sich die Ausschüttung von Gewinnrücklagen wieder verminderte, deutlich unterschritten. Die Erträge insgesamt lagen 2001 um 2 % über dem Niveau des Vorjahres, in dem sie noch um 7 % zugelegt hatten.

*Gesamte
Aufwendungen*

Die gesamten Aufwendungen nahmen 2001 um 2 ½ % zu und damit stärker als die gesamten Erträge. Der vergleichsweise kräftige Kostenanstieg ging vor allem vom Zinsaufwand und den übrigen Aufwendungen aus. Letztere umfassen unter anderem Miet- und Pacht aufwendungen, Forschungs- und Entwicklungskosten, Aufwendungen für Werbung sowie die Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil und machen etwa ein Siebtel der gesamten Aufwendungen aus.

*Material-
aufwand*

Die Zuwachsrate beim Materialaufwand lag mit gut 2 % um drei viertel Prozentpunkte über dem Anstieg der Gesamtleistung. Dies bedeutete, dass der Rohertrag nur um ½ % über den Stand des Vorjahres hinausging, in dem er noch um gut 2 ½ % expandiert hatte.⁴⁾ Der Anteil des Materialaufwands an der Gesamtleistung erhöhte sich deshalb spürbar auf 64 ½ %, nachdem er im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1999 noch bei 62 ½ % gelegen hatte.

Diese Entwicklung, die – vom Groß- und Einzelhandel abgesehen – in allen hier untersuchten Wirtschaftsbereichen zu beobachten ist, scheint je nach Branche unterschiedliche Gründe gehabt zu haben. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die schon seit längerem zu beobachtende Tendenz hin zu einer geringeren Fertigungstiefe maßgeblich dazu beigetragen haben. Einen Spitzenplatz hat hier die Kraftfahrzeugindustrie inne, deren Materialaufwandsquote 2001 bei 71 % lag, gegenüber 64 ½ % im Jahr 1996. In der Versorgungswirtschaft nahm der Materialaufwand 2001 erneut mit einer zweistelligen Rate zu. Dabei hat allerdings die verzögerte Preisanpassung bei Erdgas eine wesentliche Rolle gespielt. So erhöhten sich die Gaseinfuhrpreise im Schnitt noch um rund 35 %, während die Euro-Preise für Rohöl und Mineralölprodukte nach dem drastischen Anstieg im Jahr 2000 wieder merklich nachgaben. Im Baubereich ist der Materialaufwand zwar gesunken, aber weniger stark als die Gesamtleistung, so dass auch hier die Materialaufwandsquote – ausgehend von 50 % Mitte der neunziger Jahre – auf 52 ½ % gestiegen ist. Darin kommt ebenfalls eine Verminderung der Fertigungstiefe zum Ausdruck, die am Bau vor allem durch Auftragsvergaben an Subunternehmen immer mehr Platz greift.

In dieses Grundmuster passt, dass der Anstieg des Personalaufwands 2001 mit ½ % deutlich

*Aufwendungen
für Personal, ...*

⁴ Der Rohertrag weicht von der nominalen Bruttowertschöpfung in den VGR konzeptionell insofern ab, als der Materialaufwand nicht die gesamten Vorleistungen umfasst. Darin nicht enthaltene bezogene Dienstleistungen (z. B. Werbeaufwendungen, Versicherungsbeiträge etc.) werden in dem Sammelposten „übrige Aufwendungen“ verbucht, der allerdings auch Positionen einschließt, die nicht mit dem operativen Geschäft in Verbindung stehen.

hinter der Ausweitung der Geschäftstätigkeit zurückblieb und diese Kostenposition weiter an Gewicht verlor. Dies ist jedoch nicht nur auf die geschilderten Veränderungen der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung zurückzuführen, sondern hängt auch mit den eingangs erwähnten moderaten Lohnsteigerungen im Jahr 2001 zusammen. Zudem wurde der Lohnkostendruck für die Unternehmen dadurch etwas gemindert, dass der von den Arbeitgebern zu tragende Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2001 ein wenig abgesenkt wurde.

Weitaus stärker schlug der Rückgang der Beschäftigung in dem hier untersuchten Teil des Unternehmenssektors beim Personalaufwand entlastend zu Buche – in der Gesamtwirtschaft wurden dagegen per saldo noch neue Stellen geschaffen. Der Abbau von Arbeitsplätzen konzentrierte sich erneut auf das Baugewerbe, wo fast 8 % weniger Personen beschäftigt waren als im Jahr 2000. An zweiter Stelle folgte die Versorgungswirtschaft mit einem Minus von 4 ½ %. Darin kommt jedoch – anders als im Baugewerbe – weniger eine kritische Wirtschaftslage zum Ausdruck, sondern vielmehr der stärkere Rationalisierungsdruck im Gefolge der Öffnung des Strommarkts und des damit einhergehenden schärferen Wettbewerbs. Das Verarbeitende Gewerbe und der Handel haben ihren Beschäftigungsstand im Jahresdurchschnitt 2001 praktisch gehalten, und im Verkehr wurden noch in geringem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen.

... Abschreibungen, ...

Die Zunahme der Abschreibungen um 2 ½ % ist allein auf den sprunghaften Anstieg

(+ 25 ½ %) der „sonstigen Abschreibungen“ zurückzuführen, die hauptsächlich Forderungsverluste sowie Abschreibungen auf Wertpapiere und Beteiligungen enthalten. Darin dürften sich unter anderem die zum Teil massiven Kursrückgänge an den Aktienmärkten widerspiegeln, die bei einigen Unternehmen am Ende des Geschäftsjahres zu entsprechenden Wertberichtigungen führten. Die bilanziellen Wertminderungen auf Sachanlagen gingen dagegen um 1 ½ % zurück. Zum einen spielte dabei der kräftige Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen eine Rolle, deren Niveau bereits im Anschaffungsjahr die Aufwendungen für Abschreibungen beeinflusst. Zum anderen wurden zur Gegenfinanzierung der „Steuerreform 2000“ mit Wirkung zum 1. Januar 2001 die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Ausrüstungsinvestitionen und Betriebsgebäude eingeschränkt sowie die amtlichen Abschreibungstabellen an „realitätsnähere“, sprich längere Nutzungsdauern angepasst.⁵⁾

Die Aufwendungen der Produktionsunternehmen für Zinsen sind 2001 um 12 % und damit erneut kräftig gestiegen. Dazu hat beigetragen, dass der Bestand an zinswirksamen Verbindlichkeiten im Jahresdurchschnitt 2001 deutlich ausgeweitet wurde. Im Einzelnen betrachtet nahmen die Kredite mit kurzer Laufzeit um 4 ½ % und die langfristigen Schulden um ½ % zu. Dieser Wachstumsunterschied spielte für die Höhe des gesamten Zinsaufwands insofern eine Rolle, als die kurzfris-

... Zinsen ...

5 Die Veränderung der Abschreibungsmodalitäten spielt hier insofern eine Rolle, als ein Großteil der im Rahmen der Unternehmensbilanzstatistik der Bundesbank erfassten Abschlüsse Steuerbilanzen darstellt.

tigen Kreditzinsen 2001 merklich höher waren als im Jahr zuvor, während sie am langen Ende das durchschnittliche Niveau von 2000 unterschritten. Hinzu kommt, dass der Anstieg der kurzfristigen Zinssätze wegen der geringeren Bindungsdauer rascher auf den Zinsaufwand durchschlägt als der Rückgang bei den langfristigen Sätzen. Der von den Unternehmen zu entrichtende durchschnittliche Sollzinssatz lag deshalb mit $5\frac{3}{4}\%$ deutlich über dem Stand vor Jahresfrist. Der Nettozinsaufwand erhöhte sich 2001 um reichlich ein Zehntel. Das im Vergleich zum Zinsaufwand noch stärkere relative Wachstum der Zinserträge wurde dadurch überkompensiert, dass sich letztere traditionell auf einem deutlich niedrigeren Niveau bewegen als die entsprechende Aufwandsposition.

... und Steuern

Die ertragsteuerliche Belastung der Unternehmen ist 2001 um $10\frac{1}{2}\%$ gesunken, nachdem sie in den beiden Vorjahren um 1% beziehungsweise $1\frac{1}{2}\%$ zurückgegangen war. Dies hängt zum einen mit dem überwiegend konjunkturbedingten Einbruch bei den Bruttogewinnen zusammen. Zum anderen hat die zum 1. Januar 2001 in Kraft getretene Reform der Unternehmensbesteuerung zu einer erheblichen Nettoentlastung geführt. Ihr Kernstück ist die Reduzierung des Körperschaftsteuertarifs von zuvor 40% für einbehaltene und 30% für ausgeschüttete Gewinne auf einheitlich 25%. Die Personengesellschaften wurden zwar im Rahmen der Reform zum Jahresbeginn 2001 durch niedrigere Einkommensteuersätze und durch die Teilanrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer ebenfalls entlastet, dies schlägt sich jedoch wegen der „privaten“ Be-

steuerung der Einkommen nicht in deren Ertragsrechnungen nieder. Um ein erweitertes Bild der 2001 in Kraft getretenen Unternehmensteuerreform zu erhalten, muss man außerdem die bereits dargestellten Veränderungen bei den Abschreibungsbedingungen mit berücksichtigen.

Für die Position „sonstige Steuern“, zu denen unter anderem die Grundsteuern, die Kfz-Steuer sowie die Verbrauchsteuern zählen, mussten die Unternehmen $5\frac{1}{2}\%$ mehr einsetzen als ein Jahr zuvor. Der – gemessen an der verhaltenen Geschäftsentwicklung – recht kräftige Anstieg ist vor allem auf die zum Jahresbeginn 2001 wirksam gewordene dritte Erhöhung der Energiebesteuerung im Rahmen der „ökologischen Steuerreform“ zurückzuführen.

Bilanzentwicklung und wichtige Bilanzrelationen

Das schwache konjunkturelle Umfeld und die ungünstige Ertragsentwicklung haben 2001 in den Unternehmensbilanzen deutliche Spuren hinterlassen. Die bereinigte Bilanzsumme⁶⁾ ist nur um $2\frac{1}{2}\%$ gestiegen, nachdem sie im Jahr zuvor noch um 6% zugenommen hatte. Im Baugewerbe sind die Aktiva und Passiva erneut geschrumpft, und zwar mit 6% noch stärker als im Vorjahr. Der Großhandel hatte ebenfalls einen – wenn auch deutlich moderateren – Rückgang zu ver-

Bilanzsumme

⁶⁾ Im Rahmen der Auswertung der Jahresabschlüsse durch die Bundesbank werden die Eigenmittelbestände unter anderem um Geschäfts- oder Firmenwerte, ausstehende Einlagen, eigene Aktien im Bestand und Darlehen an Gesellschafter bereinigt.

zeichnen. In den übrigen Wirtschaftsbe-
reichen hat sich das Expansionstempo teil-
weise kräftig verlangsamt.

Sachvermögen

Zu der Abflachung des Bilanzwachstums
haben auf der Aktivseite geringere Zuwächse
beim Sach- und Finanzvermögen gleicherma-
ßen beigetragen. Der Bestand an Sachanla-
gen lag am Ende des Geschäftsjahres 2001
nur um 1½ % über dem Niveau von 2000. In
den Jahren 1998 bis 2000 hatte er im Mittel
noch um 4 % zugenommen. Dabei fällt
die starke Wachstumsverlangsamung der
Position „Immaterielle Vermögensgegen-
stände“ auf, die zum Beispiel entgeltlich er-
worbene Patente, Konzessionen, Urheber-
rechte und Software umfasst. Vor allem
die stark ausgeweiteten Anschaffungen von
Software-Produkten in den Jahren der „New-
Economy“-Euphorie von 1998 bis 2000 hat-
ten die Buchwerte im Schnitt mit hohen zwei-
stelligen Raten wachsen lassen. Auf Grund
der hier inzwischen eingetretenen allgemei-
nen Ernüchterung und der Ende der neun-
ziger Jahre geschaffenen Überkapazitäten
sind diese Investitionen jedoch 2001 so stark
heruntergefahren worden, dass die immate-
riellen Vermögenswerte das Niveau des Vor-
jahres lediglich um 5½ % übertrafen.

Der Bestand an beweglichen Sachanlagen
wurde gerade noch um rund ½ % erhöht.
Das schon seit längerem recht verhaltene
Wachstum dieser Bilanzposition dürfte auch
mit der zunehmenden Bedeutung des Mobi-
lien-Leasings als Alternative zur Anschaffung
von Ausrüstungsgütern zusammenhängen.
Die Vorräte sind 2001 mit 1½ % ebenfalls
deutlich schwächer aufgestockt worden als in

Bilanz der Unternehmen *)

Position	1999	2000	2001	2000	2001
	Mrd €			Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
Vermögen					
Sachvermögen	997	1 030	1 045	3,5	1,5
Sachanlagen 1)	526,5	541	548,5	3	1,5
Vorräte 2)	470	489,5	496	4	1,5
Forderungs- vermögen	1 025,5	1 111,5	1 148	8,5	3,5
Kassenmittel 3)	88,5	80	87	-9,5	9
Forderungen	638	688,5	716,5	8	4
kurzfristige	594	643	660,5	8	2,5
langfristige	44	45,5	56	3,5	23
Wertpapiere	61,5	66	58	7,5	-12
Beteiligungen	237	277	286,5	17	3,5
Rechnungs- abgrenzungs- posten	8,5	8,5	8,5	0	0
Aktiva insgesamt 4)	2 031	2 150	2 201,5	6	2,5
Kapital					
Eigenmittel 4) 5)	356	370	387,5	4	4,5
Fremdmittel	1 665,5	1 770	1 803,5	6,5	2
Verbindlich- keiten	1 267,5	1 347,5	1 366	6,5	1,5
kurzfristige	912	1 000,5	1 018	9,5	1,5
langfristige	355	346,5	347,5	-2,5	0,5
Rückstel- lungen 5)	398	423	437,5	6,5	3,5
darunter: Pensionsrück- stellungen	167,5	179	186	7	4
Rechnungs- abgrenzungs- posten	9,5	10	10,5	5,5	5
Passiva insgesamt 4)	2 031	2 150	2 201,5	6	2,5
Nachrichtlich: Umsatz desgl. in % der Bilanzsumme	3 151,5 155	3 367,5 156,5	3 417,5 155	7 .	1,5 .

* Hochgerechnete Ergebnisse. Geschätzte Angaben, auf halbe und ganze Mrd € bzw. Prozentpunkte gerundet. — 1 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 2 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 3 Kasse und Bankguthaben. — 4 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 5 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

den Jahren zuvor. Dazu hat der Rückgang der Bautätigkeit insofern beigetragen, als die den Vorräten zugeordneten Positionen „Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“ sowie die „Nicht abgerechneten Leistungen“ im Baugewerbe nochmals drastisch gesunken sind.

*Finanz-
vermögen*

Die Finanzaktiva expandierten 2001 zwar mit 3 ½ % deutlich langsamer als in den Vorjahren, aber erneut stärker als das Sachvermögen. Ihr Anteil an der Bilanzsumme nahm deshalb weiter zu und lag mit 52 % um fünf Prozentpunkte höher als 1994, ab dem gesamtdeutsche Angaben verfügbar sind. Diese Durchschnittsgröße überdeckt jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Segmenten. Die Spanne reicht von 33 % im Baugewerbe bis hin zu 57 ½ % im Verarbeitenden Gewerbe und 58 ½ % in der Versorgungswirtschaft; sie reflektiert vor allem den sehr stark divergierenden Stellenwert des Beteiligungsbesitzes, der sich in der Bauwirtschaft nur auf 2 ½ % belief, verglichen mit 17 % beziehungsweise 19 % in den beiden anderen Bereichen.

*Forderungen
und Verbind-
lichkeiten aus
Lieferungen
und Leistungen*

Die verminderte Expansion der Finanzaktiva im Jahr 2001 ist zum einen auf die relativ geringe Aufstockung der kurzfristigen Forderungen zurückzuführen, die wiederum mit dem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 3 % im Zusammenhang steht. Die entsprechenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Jahr 2001 sogar um 4 ½ % gesunken. Beide Positionen „atmen“ erfahrungsgemäß recht stark im Konjunkturzyklus. In wirtschaftlichen Schwächephasen spielt hier neben dem

ruhigeren Geschäftswachstum auch eine wichtige Rolle, dass die Lieferanten vermehrt von insolvenzbedingten Forderungsausfällen betroffen sind und angesichts allgemein erhöhter Debitorenrisiken ihre Außenstände auf möglichst niedrigem Niveau halten wollen.

Zum anderen gingen die Buchwerte an Wertpapieren um reichlich ein Zehntel zurück. Darin dürften sich sowohl Nettoverkäufe als auch umfangreiche Wertberichtigungen widerspiegeln, die nach dem Kurssturz an den Aktienmärkten notwendig geworden waren. Hinzu kam, dass der Bestand an Beteiligungen, der in den Jahren 1998 bis 2000 im Mittel um rund ein Sechstel gewachsen war, mit 3 ½ % vergleichsweise mäßig expandierte.

*Wertpapiere
und
Beteiligungen*

In das eingetrübte Ertragsbild passt auf den ersten Blick nicht, dass die Eigenmittel der Unternehmen 2001 mit 4 ½ % recht kräftig dotiert wurden. Insbesondere die Rücklagen wurden um 6 ½ % aufgestockt, nachdem sie 2000 auf Grund des beschriebenen Auskehr-effekts nur um 3 % zugenommen hatten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass die Finanzierungsmittel, die den Unternehmen 2001 aus der Emission neuer Aktien zuflossen, gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben sind. Dagegen hat sich die Gewinnverwendung erheblich zu Gunsten der The-saurierung verändert. So wurde in den Jahresabschlüssen der Kapitalgesellschaften der hier analysierten Wirtschaftsbereiche nur noch die Hälfte des außergewöhnlich hohen Vorjahrsvolumens zur Ausschüttung an die Anteilseigner bereitgestellt. Die (vertikale) Eigenmittelquote, die 2000 leicht gesunken

Eigenmittel

war, ist deshalb wieder auf 17 ½ % und damit auf den Stand der Jahre 1997 bis 1999 gestiegen.

Die stärkere Thesaurierung ist zum einen Ausdruck einer gewissen Normalisierung der Gewinnverwendung nach der kräftigen steuerinduzierten Erhöhung des zur Verteilung vorgeschlagenen Gewinns in den Bilanzen für das Geschäftsjahr 2000. Zum anderen könnte eine Rolle gespielt haben, dass durch die Unternehmensteuerreform die Selbstfinanzierung im Vergleich zur Außenfinanzierung noch stärker als zuvor begünstigt worden ist. Dies mag in der gegenwärtigen Situation, die durch eine geringe Aufnahmefähigkeit des Aktienmarkts für Emissionen gekennzeichnet ist, positiv zu bewerten sein. Längerfristig betrachtet schwächt die steuerliche Bevorzugung der Thesaurierung jedoch die Allokationsfunktion der Kapitalmärkte.

Verbindlichkeiten und Rückstellungen

Die Zunahme der Verbindlichkeiten blieb 2001 etwas hinter dem Bilanzwachstum zurück. Ausschlaggebend dafür war, dass die langfristigen Verbindlichkeiten nur noch wenig ausgeweitet wurden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die kurz- und langfristigen Schulden gegenüber Kreditinstituten zusammen genommen im Gleichschritt mit den Verbindlichkeiten insgesamt zunahm. So gesehen lassen sich in den hier untersuchten Jahresabschlüssen zumindest für 2001 keine Anhaltspunkte für einen generellen Rückzug der Banken aus der Unternehmensfinanzierung finden. Die Rückstellungen, die um 3 ½ % aufgestockt wurden, haben ihr Gewicht im Bilanzzusammenhang mit 20 % praktisch nicht verändert;

Bilanzielle Kennziffern *)

Position	1999	2000	2001
	in % der Bilanzsumme 1)		
Sachanlagen 2)	26	25	25
Vorräte 3)	23	23	22,5
Kurzfristige Forderungen	29,5	30	30
Langfristig verfügbares Kapital 4)	44	42,5	42,5
darunter: Eigenmittel 1)	17,5	17	17,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	45	46,5	46,5
	in % der Sachanlagen 2)		
Eigenmittel 1)	67,5	68,5	70,5
Langfristig verfügbares Kapital 4)	170	168,5	170,5
	in % des Anlagevermögens 5)		
Langfristig verfügbares Kapital 4)	107,5	102	102
	in % der kurzfristigen Verbindlichkeiten		
Liquide Mittel 6) und kurzfristige Forderungen	79	76	76,5
	in % der Fremdmittel 7)		
Eigenerwirtschaftete Mittel 8)	14,5	13,5	12,5

* Hochgerechnete Ergebnisse. Geschätzte Angaben, auf halbe und ganze Prozentpunkte gerundet. — 1 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 2 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 3 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 4 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. — 5 Sachanlagen einschl. immaterieller Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 6 Kassenmittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 7 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil, vermindert um die Kassenmittel. — 8 Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten, abzüglich Zuschreibungen.

Deutsche Bundesbank

zwei Fünftel davon entfielen auf Pensionsrückstellungen.

*Weitere
Kennziffern zur
Kapitalstruktur*

Neben der Eigenkapitalquote deuten auch andere wichtige Kennziffern darauf hin, dass sich die Kapitalstruktur der Unternehmen 2001 zumindest nicht verschlechtert hat. So machte das langfristig verfügbare Kapital – wie schon 2000 – rund 42 ½ % der gesamten Passiva aus und lag erneut um 2 % über dem Anlagevermögen. Zudem erhöhte sich der Deckungsgrad der liquiden Mittel und kurzfristigen Forderungen bezogen auf die kurzfristigen Verbindlichkeiten um einen halben Prozentpunkt auf 76 ½ %. Dagegen ist die Schuldendienstfähigkeit der Unternehmen 2001 weiter gesunken. Die Kennziffer, die darüber Auskunft gibt, nämlich die Relation der eigenerwirtschafteten Mittel zu den Fremdmitteln (ohne Kassenbestände), ging um einen Prozentpunkt auf 12 ½ % zurück; im Jahr 1999 hatte sie noch bei 14 ½ % gelegen.

*Insgesamt
ungünstige
Ertrags-
entwicklung, ...*

Die in der zweiten Jahreshälfte 2000 einsetzende Konjunkturabschwächung hat die Gewinne der Unternehmen in den untersuchten Wirtschaftsbereichen stark in Mitleidenschaft gezogen. Besonders betroffen war der Bau-

sektor, in dem der durch die anhaltende Strukturkrise bedingte Druck auf die Erfolgsrechnung durch den zyklischen Abschwung noch verstärkt wurde. Die Ertragskraft der Unternehmen insgesamt schwächte sich (gemessen an der Umsatzrendite) 2001 spürbar ab. Im Jahr 2002 hat sich – nach ersten Informationen – das Ertragsbild durch die anhaltende gesamtwirtschaftliche Quasi-Stagnation weiter eingetrübt. Die Verbesserung der Terms of Trade dürfte sich aber in den Jahresabschlüssen der Unternehmen entlastend niedergeschlagen haben.

Die Unternehmen haben die Verschlechterung der Ertragslage im Jahr 2001 nicht auf ihre Eigenkapitalbasis durchschlagen lassen. Infolge der verstärkten Gewinnthesaurierung konnte der im Jahr 2000 durch steuerliche Erwägungen hervorgerufene Rückgang der Eigenmittel wieder wettgemacht werden. Dass dies in einem wirtschaftlich schwierigen Jahr wie 2001 erreicht wurde, ist ein positives Zeichen. Eine weitere Verbesserung der Eigenkapitalausstattung ist dringend erforderlich, um die „Schockresistenz“ der Unternehmen zu festigen und die externe Finanzierungsprämie bei der Beschaffung von Fremdmitteln, insbesondere bei Banken, niedrig zu halten.

*... aber
Kapitalstruktur
weitgehend
unbeeinflusst*

Der Tabellenanhang zu dem vorstehenden Aufsatz ist auf den folgenden Seiten abgedruckt.

Bilanz und Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen *)

Mrd €

Position	Alle Wirtschaftsbereiche 1)								Verarbeitendes Gewerbe		
	Alle Rechtsformen		Kapitalgesellschaften 3)		Personengesellschaften 4)		Einzelunternehmen		Alle Rechtsformen		
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	
I. Bilanz											
Vermögen											
Sachanlagen 5)	526,5	541	318,5	331,5	136	135	72,5	74,5	223,5	235	
Vorräte 6)	470	489,5	244,5	254,5	144	151	81,5	84	189	203	
darunter:											
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	65	71	36,5	40	22	24	6,5	7	49	53,5	
unfertige Erzeugnisse	73,5	78,5	44,5	45	22	23,5	7	10	48,5	51	
fertige Erzeugnisse, Waren	245,5	255,5	115	120,5	75	78,5	55,5	56,5	72	77	
Sachvermögen	997	1 030	563	585,5	280	286	154	158,5	412,5	438	
Kassenmittel 7)	88,5	80	52,5	47,5	28	25,5	8	7	41	36	
Forderungen	638	688,5	434	471,5	163	174,5	41	42	319,5	347,5	
kurzfristige	594	643	403,5	439,5	151,5	163,5	39	40	299,5	324	
darunter aus Lieferungen und Leistungen	284,5	300,5	167	179,5	87	90	30,5	31	122,5	130	
langfristige	44	45,5	30	32	11,5	11	2	2	20	24	
Wertpapiere	61,5	66	56	60,5	5	5,5	0	0	27,5	29	
Beteiligungen	237	277	207	242,5	28,5	32,5	1,5	2	152	179	
Forderungsvermögen	1 025,5	1 111,5	749,5	822	225	238	51	51,5	540,5	592	
Rechnungsabgrenzungsposten	8,5	8,5	4,5	4	2,5	2,5	2	2	2,5	2,5	
Bilanzsumme 8)	2 031	2 150	1 316,5	1 411,5	507	526,5	207	212	955,5	1 032,5	
Kapital											
Eigenmittel 9) 10)	356	370	319	328,5	58	62,5	- 21	- 21,5	226,5	234	
Verbindlichkeiten	1 267,5	1 347,5	664,5	729,5	383,5	393,5	219,5	224,5	497,5	548,5	
kurzfristige	912	1 000,5	519	585	259,5	278	133,5	137,5	369,5	425	
darunter:											
gegenüber Kreditinstituten aus Lieferungen und Leistungen	193	205,5	83	88	64,5	69	45	48	68	74	
langfristige	255	275	129,5	145,5	72	76,5	53	53,5	89	99,5	
darunter gegenüber Kreditinstituten	355	346,5	145,5	144,5	124	115,5	86	86,5	128	123,5	
Rückstellungen 10)	235,5	233,5	91	90	69	68	75,5	76	80	80	
darunter Pensionsrückstellungen	398	423	325,5	344,5	64,5	69,5	8,5	9	229,5	247	
darunter Pensionsrückstellungen	167,5	179	142,5	152	24	26,5	1	1	117	125,5	
Fremdmittel	1 665,5	1 770	990	1 074	448	463	227,5	233,5	727	795,5	
Rechnungsabgrenzungsposten	9,5	10	8	9	1	1	0	0	2	3	
Bilanzsumme 8)	2 031	2 150	1 316,5	1 411,5	507	526,5	207	212	955,5	1 032,5	
II. Erfolgsrechnung											
Umsatz	3 151,5	3 367,5	1 838	1 991	962,5	1 019,5	351,5	357	1 396	1 514,5	
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 11)	26	28,5	12	15	9	10,5	5	3,5	2	9	
Gesamtleistung	3 178	3 396,5	1 850	2 006	971,5	1 030	356,5	360,5	1 398	1 523,5	
Zinserträge	18	21	14,5	17	3	3,5	0,5	0,5	9	10,5	
übrige Erträge	166,5	188	122	139	34,5	38,5	10	11	88	100,5	
Erträge insgesamt	3 362	3 605,5	1 986	2 161,5	1 009	1 072	367	372	1 495	1 634,5	
Materialaufwand	1 989	2 175,5	1 168	1 303	617,5	666	203,5	206,5	761	861	
Personalaufwand 12)	585,5	597	333,5	338,5	182	187,5	70	70,5	314,5	323,5	
Abschreibungen	124	129,5	74,5	79,5	33	34	16	16	63,5	69,5	
darunter auf Sachanlagen	109	112	64,5	67,5	29,5	29,5	14,5	14,5	55,5	59,5	
Zinsaufwendungen	44	49,5	20,5	25	13	14,5	10	10	17,5	21,5	
Steuern	97	99,5	82	84	12,5	13	2	2	67	67	
vom Einkommen und Ertrag 13)	34,5	34	27	26,5	6	6,5	1,5	1,5	18	19	
sonstige	62,5	65	55	57,5	6,5	7	1	1	49	48	
darunter Verbrauchsteuern	51,5	53,5	51	53	0,5	0,5	0,5	0,5	41,5	40	
übrige Aufwendungen	459	487	283,5	303,5	125,5	132	50	51,5	233,5	250	
Aufwendungen insgesamt	3 298	3 537,5	1 962,5	2 133,5	984	1 047	351,5	357	1 457	1 593	
Jahresüberschuss 14)	64,5	68	24	28	25	25	15,5	15	38	41,5	
Jahresergebnis 15)	69,5	75,5	29	35,5	25	25	15,5	15	38,5	45,5	
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 16)	103,5	109,5	56	62	31	31	16,5	16,5	57	64,5	

* Geschätzte Hochrechnungsergebnisse auf Basis der Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes, auf halbe und ganze Mrd € gerundet. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Energie- und Wasserversorgung, Bergbau (einschl. Gewinnung von Steinen und Erden), Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Verkehr (ohne Eisenbahnen und ohne Nachricht-

tenübermittlung). — 2 Einschl. Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern. — 3 Einschl. Genossenschaften, Stiftungen, Anstalten öffentlichen Rechts, usw. — 4 Einschl. Gesellschaften bürgerlichen Rechts. — 5 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 6 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 7 Kasse und

darunter:										Position
Ernährungs- gewerbe		Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)		Verlags- und Druckgewerbe 2)		Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		
1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	
28,5	28,5	6	6	12,5	12	26	29	9,5	10	I. Bilanz
13	13,5	4,5	5	5,5	5,5	16	19	6	6,5	Vermögen
4	4,5	1,5	1,5	1	1,5	4,5	5	1,5	2	Sachanlagen 5)
1	1	1	1	1,5	1,5	2,5	3	1	1	Vorräte 6)
8	8	2	2	2,5	3	9,5	11	2,5	3	darunter:
										Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
										unfertige Erzeugnisse
										fertige Erzeugnisse, Waren
41,5	42	10,5	11	18	18	42	48	15,5	16,5	Sachvermögen
3,5	2,5	0,5	0,5	2,5	3	3	1,5	1	1	Kassenmittel 7)
25	26,5	4	4,5	17	17	40,5	44	10,5	11	Forderungen
22	22,5	3,5	4	15,5	16	38	38,5	9,5	10,5	kurzfristige
										darunter aus Lieferungen
10,5	11	2	2,5	7,5	7	11	12,5	5	5	und Leistungen
3	3,5	0,5	0,5	1,5	1,5	2,5	5,5	1	0,5	langfristige
1	1,5	0	0	1	1	2	2	0	0	Wertpapiere
8	9	0,5	0,5	4	4,5	45	49	4	5	Beteiligungen
37,5	39,5	5	6	24,5	25,5	90,5	96,5	15,5	17	Forderungsvermögen
0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	Rechnungsabgrenzungsposten
79	81,5	15,5	17	42,5	43,5	132,5	145	31	33	Bilanzsumme 8)
15	16	1	1	6	6	44	46,5	6	6,5	Kapital
52,5	53,5	13,5	14,5	27	27,5	52,5	58,5	20,5	21,5	Eigenmittel 9) 10)
34	36	7,5	9	18,5	19	45	51	13,5	15	Verbindlichkeiten
										kurzfristige
10	11	2,5	2,5	3,5	3,5	5,5	5	3	3,5	darunter:
										gegenüber Kreditinstituten
11	11	2,5	2,5	6	6,5	6,5	8	3	3	aus Lieferungen und
18,5	17,5	5,5	5,5	8,5	8,5	7,5	7,5	7	7	Leistungen
										langfristige
13,5	12,5	4,5	4,5	6	6	4	4,5	5	5	darunter gegenüber
11,5	12,5	1	1	9,5	9,5	36	39	4,5	5	Kreditinstituten
										Rückstellungen 10)
4,5	4,5	0,5	0,5	5	5,5	22,5	24,5	2	2	darunter Pensions-
										rückstellungen
64	65,5	14,5	15,5	36,5	37	88,5	97,5	25	26,5	Fremdmittel
0	0	0	0	0,5	0,5	0	1	0	0	Rechnungsabgrenzungsposten
79	81,5	15,5	17	42,5	43,5	132,5	145	31	33	Bilanzsumme 8)
147,5	153,5	24,5	25	66,5	68,5	126,5	141,5	47,5	51	II. Erfolgsrechnung
0	0,5	0,5	0,5	0	0	0,5	1	0,5	0,5	Umsatz
147,5	154	24,5	25,5	66,5	68,5	127	143	47,5	51,5	Gesamtleistung
0,5	0,5	0	0	0,5	0,5	1	1	0	0	Zinserträge
6,5	6,5	1	1	3,5	4	14,5	18,5	2	2	übrige Erträge
154,5	161,5	25,5	26,5	70	73	142,5	162,5	49,5	54	Erträge insgesamt
92,5	98	13,5	14	27	28,5	61	71,5	24,5	27,5	Materialaufwand
21	21,5	6	6	19,5	20	27,5	29	12,5	13	Personalaufwand 12)
6,5	6,5	1,5	1,5	3,5	3,5	8	9,5	2,5	2,5	Abschreibungen
6	6	1	1	3	3	7	8	2	2,5	darunter auf Sachanlagen
2	2	0,5	0,5	1	1	2	3	0,5	1	Zinsaufwendungen
3,5	3,5	0	0	1	1,5	2,5	3,5	0,5	0,5	Steuern
1	1	0	0	1	1	2	3	0,5	0,5	vom Einkommen und Ertrag 13)
2,5	2,5	0	0	0	0	0	0	0	0	sonstige
1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	darunter Verbrauchsteuern
26	26,5	3,5	4	15,5	16	35,5	39	8	8,5	übrige Aufwendungen
151,5	158,5	25	26	68	70,5	136	154,5	48	53	Aufwendungen insgesamt
2,5	3	0,5	0,5	2,5	2,5	6,5	8	1,5	1	Jahresüberschuss 14)
3	3	0	0,5	3	2,5	7	10	1,5	1,5	Jahresergebnis 15)
4	4	0,5	0,5	4	4	9,5	13	2	2	Jahresergebnis vor
										Gewinnsteuern 16)

Bankguthaben. — 8 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 9 Eigenkapital, Rücklagen und Gewinnvortrag, abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 10 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 11 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 12 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige

soziale Aufwendungen. — 13 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 14 Gesamte Erträge abzüglich gesamter Aufwendungen. — 15 Jahresüberschuss vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen. — 16 Steuern vom Einkommen und Ertrag.

noch: Bilanz und Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen *)

Mrd €

Position	noch: Verarbeitendes Gewerbe, darunter:									
	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden		Herstellung von Metallerezeugnissen		Maschinenbau		Elektrotechnik		Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	
	noch: Alle Rechtsformen									
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
I. Bilanz										
Vermögen										
Sachanlagen 3)	12,5	13	18,5	19,5	21,5	22	11,5	13	6,5	7,5
Vorräte 4)	6,5	7	16,5	18	34	37	17	19,5	7,5	9
darunter:										
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1,5	1,5	3,5	4	8	8	4	5,5	2	2,5
unfertige Erzeugnisse	1	1	5,5	6	13,5	16	4	4,5	2,5	3
fertige Erzeugnisse, Waren	3,5	4	5,5	5,5	9	8,5	5	5,5	2,5	3
Sachvermögen	19	20	35	37	56	59	28,5	32,5	14	16,5
Kassenmittel 5)	1,5	1	3	3	6,5	6	2,5	7,5	1,5	1,5
Forderungen	9,5	10	19	21,5	49	54,5	33,5	40	10,5	13
kurzfristige	8,5	9	17	20	47	51	32,5	38,5	10	12
darunter aus Lieferungen und Leistungen	3,5	3,5	9,5	10,5	20	21	13,5	13,5	4,5	4,5
langfristige	1	1	1,5	1,5	2	3	1	1,5	1	1
Wertpapiere	0,5	0,5	0,5	0,5	2,5	2,5	9,5	11	0	0
Beteiligungen	4	4,5	3,5	4	15,5	17	18,5	22	3,5	4,5
Forderungsvermögen	15,5	16	26	29	73,5	79,5	64	80,5	16	19
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0	0	0
Bilanzsumme 6)	35	36	61	67	129,5	139	92,5	113	30	35
Kapital										
Eigenmittel 7) 8)	7,5	8	9	10,5	33,5	34	23,5	25	6,5	8
Verbindlichkeiten	21	21,5	43	46,5	67,5	74,5	42	57	16	18
kurzfristige	14	14	28,5	32,5	51,5	58,5	34	49	11	13
darunter:										
gegenüber Kreditinstituten aus Lieferungen und Leistungen	3,5	3,5	7	8	10,5	10	4	4,5	3	3,5
langfristige	2,5	2,5	7	8	10,5	12	6,5	8	2	2,5
darunter gegenüber Kreditinstituten	7,5	7,5	14,5	14,5	16	16	8	8	5	5
Rückstellungen 8)	5	5	10	10	9,5	10	3,5	3,5	3	3
darunter Pensionsrückstellungen	6	6	9	9,5	29	30,5	27	31	7	9
Fremdmittel	27,5	28	52	56,5	96	105	69	88	23,5	27
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme 6)	35	36	61	67	129,5	139	92,5	113	30	35
II. Erfolgsrechnung										
Umsatz	43,5	44	92	99,5	165	173	115	128	35	41
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 9)	0	0	1	1,5	0,5	2	0,5	1,5	0,5	0,5
Gesamtleistung	43,5	44	93	101,5	165,5	175	115,5	129	35,5	41,5
Zinserträge	0	0,5	0,5	0,5	1	1,5	1,5	2	0	0
übrige Erträge	3	3,5	4	4,5	10,5	10,5	8,5	13	2,5	3,5
Erträge insgesamt	47	47,5	97	106,5	176,5	187,5	125,5	144,5	38	45
Materialaufwand	20	20,5	42,5	47,5	84,5	92	68,5	78,5	16	19,5
Personalaufwand 10)	11,5	11,5	29,5	31	50	51	29,5	31,5	12	13,5
Abschreibungen	3	3	5	5	6	6,5	4,5	5	1,5	2
darunter auf Sachanlagen	3	2,5	4,5	4,5	5	5,5	4	4	1,5	1,5
Zinsaufwendungen	1	1	1,5	2	2	2,5	1,5	2	0,5	0,5
Steuern	0,5	0,5	1	1,5	3	3	1	1,5	0,5	0,5
vom Einkommen und Ertrag 11)	0,5	0,5	1	1,5	3	3	1	1,5	0,5	0,5
sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
darunter Verbrauchsteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
übrige Aufwendungen	9,5	9,5	14,5	16	27,5	27,5	17	20	7	8,5
Aufwendungen insgesamt	45,5	46,5	94	103	172,5	183	122,5	138,5	37,5	44
Jahresüberschuss 12)	1,5	1,5	3	3,5	4	4,5	3	5,5	0,5	1
Jahresergebnis 13)	1,5	1,5	3	4	5,5	5,5	3	5,5	0,5	1
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 14)	2,5	2,5	4	5	8	8,5	4	7	0,5	1,5

* Geschätzte Hochrechnungsergebnisse auf Basis der Angaben der Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes, auf halbe und ganze Mrd € gerundet. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 2 Ohne Nachrichtenübermittlung. —

3 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 4 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 5 Kasse und Bankguthaben. — 6 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. — 7 Eigenkapital, Rücklagen und Gewinnvortrag, abzüglich Berichtigungsposten zum Eigen-

Deutsche Bundesbank

Energie- und Wasserversorgung		Baugewerbe		Großhandel und Handelsvermittlung		Einzelhandel (einschl. Kraftfahrzeughandel, Tankstellen) 1)		Verkehr (ohne Eisenbahnen) 2)		Position
1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	
101,5	101,5	36,5	35,5	45	46	55	56	53	57,5	I. Bilanz Vermögen
5	5	98,5	96	72,5	77	102,5	103,5	2	3	Sachanlagen 3)
2,5	2,5	6	5,5	3,5	4	2,5	3	1	1	Vorräte 4)
1	1	23	24,5	1	1,5	0,5	1	0,5	1	darunter:
1	1	7,5	7,5	65,5	69	98	98,5	0,5	1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
										unfertige Erzeugnisse
										fertige Erzeugnisse, Waren
106,5	106,5	135	131,5	117	123	157	159,5	55	60	Sachvermögen
7,5	7	11	9	15	14	9	9	4	4	Kassenmittel 5)
46	55	55	53,5	122	130	55,5	63,5	29,5	33	Forderungen
42	51	51,5	49,5	116	123,5	51,5	59,5	25,5	28	kurzfristige
										darunter aus Lieferungen
18	22,5	33	31,5	70,5	74	26,5	26,5	12	14	und Leistungen
4,5	3,5	3,5	4	6	6,5	4	4	4	5	langfristige
23,5	26,5	4,5	3,5	1,5	1,5	0,5	0,5	1	1	Wertpapiere
38	42,5	5	5,5	21	23,5	9,5	11,5	6,5	8	Beteiligungen
115	130,5	76	72	160	169	74,5	84	41	46	Forderungsvermögen
0,5	0,5	3	2,5	1	1	0,5	0,5	1,5	1,5	Rechnungsabgrenzungsposten
222	237,5	214	206	278	292,5	232	244,5	97,5	107,5	Bilanzsumme 6)
58	58,5	4	4	43,5	45,5	5,5	7,5	15,5	17	Kapital
88	98,5	189,5	182	209	220	208	216	63,5	70	Eigenmittel 7) 8)
45	57,5	155,5	149,5	163	175	141	149,5	34	39,5	Verbindlichkeiten
										kurzfristige
5	4,5	22,5	22	41	45	48,5	49,5	8,5	9,5	darunter:
8	10,5	33,5	32	58,5	60,5	53,5	56,5	12	13,5	gegenüber Kreditinstituten
43	41	34,5	32,5	46,5	44,5	67	66,5	29	30,5	aus Lieferungen und
										Leistungen
22,5	20,5	27	26	29	29	51	51,5	22	22,5	langfristige
70,5	74,5	20	19,5	25	26,5	18,5	20	18	20	darunter gegenüber
										Kreditinstituten
										Rückstellungen 8)
										darunter Pensions-
										rückstellungen
158,5	173	210	202	234,5	246,5	226,5	236	81,5	90	Fremdmittel
5,5	6	0	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	Rechnungsabgrenzungsposten
222	237,5	214	206	278	292,5	232	244,5	97,5	107,5	Bilanzsumme 6)
128,5	144	228,5	219	680	740,5	570,5	588	123	134,5	II. Erfolgsrechnung
1	1	22,5	18	0,5	0,5	0	0,5	0	0	Umsatz
										Bestandsveränderung an
										Erzeugnissen 9)
129	144,5	251	237	680,5	741,5	570,5	588,5	123,5	135	Gesamtleistung
3	3,5	1,5	1	2,5	3	1	1,5	0,5	1	Zinserträge
12	14	9,5	11	23	24	15	17,5	14	18	übrige Erträge
144,5	162	262	249	706,5	768	587	607,5	138	153,5	Erträge insgesamt
77	94	129,5	123	547,5	603	413	425,5	52	59	Materialaufwand
18,5	18	81	76,5	58,5	60	69,5	72,5	35	37	Personalaufwand 10)
14	13	10,5	9,5	11	11,5	11,5	12	11	12,5	Abschreibungen
13	12	8,5	7,5	8,5	8,5	10,5	10,5	11	12	darunter auf Sachanlagen
2,5	2,5	4,5	4,5	7	8	9	9,5	2,5	3	Zinsaufwendungen
8,5	9,5	1,5	1,5	12	13	5	5,5	2	2	Steuern
7	6,5	1	1	3,5	3,5	2	2	1,5	1,5	vom Einkommen und Ertrag 11)
1,5	3	0,5	0,5	8,5	9	3	4	0,5	0,5	sonstige
0,5	1,5	0	0	7	7,5	2,5	3,5	0	0	darunter Verbrauchsteuern
19,5	21	34	33	61,5	65	70,5	74	32,5	36	übrige Aufwendungen
140	157,5	261	248	698	760,5	578,5	599	135	149,5	Aufwendungen insgesamt
4,5	5	1	1	8,5	7,5	8,5	9	3	4	Jahresüberschuss 12)
7	8	1,5	1	9	8,5	9	9	2	2,5	Jahresergebnis 13)
14,5	14,5	2,5	2	13	12	10,5	11	3	3,5	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 14)

kapital. — 8 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 9 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 10 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige soziale Aufwendungen. — 11 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertrag-

steuer. — 12 Gesamte Erträge abzüglich gesamter Aufwendungen. — 13 Jahresüberschuss vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen. — 14 Steuern vom Einkommen und Ertrag.

Ausgewählte Verhältniszahlen *)

Position	Alle Wirtschaftsbereiche 1)								Verarbeitendes Gewerbe	
	Alle Rechtsformen		Kapitalgesellschaften 3)		Personengesellschaften 4)		Einzelunternehmen		Alle Rechtsformen	
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
I. Bilanzstrukturzahlen	% der Bilanzsumme (bereinigt)									
Vermögen										
Sachanlagen 5)	26	25	24	23,5	27	25,5	35	35	23,5	23
Vorräte 6)	23	23	18,5	18	28,5	28,5	39,5	39,5	20	19,5
Kassenmittel 7)	4,5	3,5	4	3,5	5,5	5	4	3,5	4,5	3,5
Forderungen	31,5	32	33	33,5	32	33	20	20	33,5	33,5
kurzfristige	29,5	30	30,5	31	30	31	19	19	31,5	31,5
langfristige	2	2	2,5	2,5	2,5	2	1	1	2	2,5
Wertpapiere	3	3	4,5	4,5	1	1	0	0	3	3
Beteiligungen	11,5	13	15,5	17	5,5	6	1	1	16	17,5
Kapital										
Eigenmittel (berichtigt) 8)	17,5	17	24	23,5	11,5	12	-10	-10	23,5	22,5
Verbindlichkeiten	62,5	62,5	50,5	51,5	75,5	75	106	106	52	53
kurzfristige	45	46,5	39,5	41,5	51	53	64,5	65	38,5	41
langfristige	17,5	16	11	10	24,5	22	41,5	41	13,5	12
Rückstellungen 8)	19,5	19,5	24,5	24,5	12,5	13	4	4	24	24
darunter Pensionsrückstellungen	8,5	8,5	11	11	5	5	0,5	0,5	12,5	12
Nachrichtlich: Umsatz	155	156,5	139,5	141	189,5	193,5	170	168,5	146	146,5
II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung	% der Gesamtleistung									
Umsatz	99	99	99,5	99,5	99	99	98,5	99	100	99,5
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 9)	1	1	0,5	0,5	1	1	1,5	1	0	0,5
Gesamtleistung	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Zinserträge	0,5	0,5	1	1	0,5	0,5	0	0	0,5	0,5
übrige Erträge	5	5,5	6,5	7	3,5	3,5	3	3	6,5	6,5
Erträge insgesamt	106	106	107,5	108	104	104	103	103	107	107,5
Materialaufwand	62,5	64	63	65	63,5	64,5	57	57,5	54,5	56,5
Personalaufwand 10)	18,5	17,5	18	17	19	18	19,5	19,5	22,5	21
Abschreibungen auf Sachanlagen	3,5	3,5	3,5	3,5	3	3	4	4	4	4
sonstige Abschreibungen 11)	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Zinsaufwendungen	1,5	1,5	1	1	1,5	1,5	3	3	1,5	1,5
Steuern	3	3	4,5	4	1,5	1,5	0,5	0,5	5	4,5
Einkommen- und Ertragsteuern 12)	1	1	1,5	1,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,5	1
übrige Aufwendungen	14,5	14,5	15,5	15	13	13	14	14,5	16,5	16,5
Aufwendungen insgesamt	104	104	106	106,5	101,5	101,5	98,5	99	104	104,5
Jahresüberschuss	2	2	1,5	1,5	2,5	2,5	4,5	4	2,5	2,5
Jahresergebnis 13)	2	2	1,5	2	2,5	2,5	4,5	4	3	3
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 14)	3,5	3,5	3	3	3	3	5	4,5	4	4,5
Eigenerwirtschaftete Mittel 15)	7	7	6,5	7	6,5	6	9	9	8	8,5
III. Sonstige Verhältniszahlen	% des Umsatzes									
Vorräte	15	14,5	13,5	13	15	15	23	23,5	13,5	13,5
Kurzfristige Forderungen	19	19	22	22	16	16	11	11	21,5	21,5
Eigenmittel (berichtigt)	67,5	68,5	100	99	43	46,5	-28,5	-28,5	101	99,5
Langfristig verfügbares Kapital 16)	170	168,5	194	191,5	153,5	153,5	94	91,5	213,5	208
Langfristig verfügbares Kapital 16)	107,5	102	107	100,5	117,5	114,5	89	87	118	109
Liquide Mittel 18) und kurzfristige Forderungen	79	76	94,5	89	70,5	69	35,5	34,5	97,5	89
Liquide Mittel 18), kurzfristige Forderungen und Vorräte	130,5	125	141,5	132,5	126	123,5	96,5	95,5	148,5	137
Eigenerwirtschaftete Mittel 15)	14	13,5	13	13	15	14,5	14	14	16,5	17,5
Jahresergebnis 13) und Zinsaufwendungen	5,5	6	4	4,5	7,5	7,5	12	12	6	6,5

* Errechnet aus geschätzten Hochrechnungsergebnissen, auf halbe und ganze Prozentpunkte gerundet. — 1 Energie- und Wasserversorgung, Bergbau (einschl. Gewinnung von Steinen und Erden), Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Verkehr (ohne Eisenbahnen und ohne Nachrichtenübermittlung). — 2 Einschl. Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern. — 3 Einschl. Genossenschaften, Stiftungen, Anstalten öffentlichen Rechts, usw. — 4 Ein-

schl. Gesellschaften bürgerlichen Rechts. — 5 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 6 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 7 Kasse und Bankguthaben. — 8 Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil. — 9 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 10 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige soziale Aufwendungen. — 11 Abschreibungen auf Umlaufvermögen und Finanzanlagen. — 12 Bei Personengesellschaften und Einzelunterneh-

darunter:										Position
Ernährungs- gewerbe		Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)		Verlags- und Druckgewerbe 2)		Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		
1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	
% der Bilanzsumme (bereinigt)										I. Bilanzstrukturzahlen
35,5	34,5	37,5	36	29	28	19,5	20	30,5	29,5	Vermögen
16,5	16,5	29,5	29	12,5	13	12	13	19	19,5	Sachanlagen 5)
4,5	3	4,5	4	5,5	6,5	2,5	1	3,5	2,5	Vorräte 6)
32	32,5	25	26,5	40	39,5	30,5	30,5	33	33,5	Kassenmittel 7)
28	28	22	23	36,5	36,5	28,5	26,5	30,5	31	Forderungen
4	4,5	2,5	3	3,5	3	2	4	3	2	kurzfristige
1,5	1,5	1,5	1,5	2	2	1,5	1,5	0,5	0	langfristige
10	11	2	3	9,5	10,5	34	34	13,5	14,5	Wertpapiere
										Beteiligungen
19	19,5	5,5	6,5	13,5	14	33,5	32	20	19,5	Kapital
66,5	65,5	87	86,5	63,5	63,5	39,5	40,5	65	65	Eigenmittel (berichtigt) 8)
43	44	50	52,5	43	44	33,5	35	43	44,5	Verbindlichkeiten
23,5	21,5	37	34	20,5	19,5	6	5,5	22	20,5	kurzfristige
14,5	15	7,5	7	21,5	22	27	27	14,5	15	langfristige
										Rückstellungen 8)
5,5	5,5	2	2	12	12,5	17	17	6,5	6,5	darunter Pensions-
186,5	188,5	157,5	148	155,5	156,5	95,5	98	152	154	rückstellungen
										Nachrichtlich: Umsatz
% der Gesamtleistung										II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung
100	99,5	99	98	100	100	100	99	99,5	99	Umsatz
0	0,5	1	2	0	0	0	1	0,5	1	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 9)
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	Gesamtleistung
0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	1	0,5	0,5	Zinserträge
4,5	4,5	3	3,5	5	6	11,5	13	4	4	übrige Erträge
104,5	105	103,5	103,5	105,5	106,5	112,5	113,5	104,5	104,5	Erträge insgesamt
62,5	63,5	55	54,5	40,5	42	48	50	51	53,5	Materialaufwand
14,5	14	24,5	24	29,5	29	22	20	26	25	Personalaufwand 10)
4	4	5	4,5	4,5	4,5	5,5	5,5	4,5	4,5	Abschreibungen auf Sachanlagen
0,5	0,5	1	0,5	0,5	0,5	0,5	1	0,5	0,5	sonstige Abschreibungen 11)
1,5	1,5	2,5	2,5	1,5	1,5	1,5	2	1,5	1,5	Zinsaufwendungen
2,5	2,5	0,5	0,5	2	2	2	2,5	1	1	Steuern
1	1	0,5	0,5	1,5	2	2	2,5	1	1	Einkommen- und Ertragsteuern 12)
17,5	17,5	14	15	23,5	23	28	27	16,5	16,5	übrige Aufwendungen
103	103	102,5	102,5	102	103	107	108	101,5	102,5	Aufwendungen insgesamt
2	2	1	1	3,5	3,5	5	5,5	3	2	Jahresüberschuss
% des Umsatzes										Jahresergebnis 13)
2	2	1	1	4	4	5,5	7	3,5	2,5	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 14)
3	2,5	1,5	1,5	6	5,5	7,5	9,5	4,5	3,5	Eigenerwirtschaftete Mittel 15)
6	6,5	7	6,5	11	9,5	13,5	16	9,5	8,5	III. Sonstige Verhältniszahlen
% des Umsatzes										Vorräte
9	9	18,5	19,5	8	8	13	13,5	12,5	12,5	Kurzfristige Forderungen
15	15	14	15,5	23,5	23	30	27	20	20	Eigenmittel (berichtigt)
% der Sachanlagen										Langfristig verfügbares Kapital 16)
53	55,5	15	18,5	47	49,5	171	159,5	66	67	Langfristig verfügbares Kapital 16)
136	136,5	121	119,5	160,5	164,5	291,5	273,5	160,5	159,5	Langfristig verfügbares Kapital 16)
% des Anlagevermögens 17)										Liquide Mittel 18) und kurzfristige Forderungen
96,5	93,5	105,5	102	110	108,5	102,5	94,5	104	102	Liquide Mittel 18), kurzfristige Forderungen und Vorräte
% der kurzfristigen Verbindlichkeiten										Eigenerwirtschaftete Mittel 15)
76	73,5	54,5	54	102,5	101	96	81,5	78,5	76	Jahresergebnis 13) und Zinsaufwendungen
114,5	111,5	113	109,5	132	130	132	119	122,5	119,5	
% der Fremdmittel 19) abzüglich Kassenmittel										
15	16	12	11	22	19	20,5	24	18,5	16,5	
% der Bilanzsumme (bereinigt)										
6	6	5,5	5,5	9	9	7	9	7,5	6,5	

men nur Gewerbeertragsteuer. — 13 Jahresüberschuss vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen. — 14 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 15 Cash Flow: Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten, abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagen. — 16 Eigenmittel, Pensions-

rückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. — 17 Sachanlagen (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände), Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 18 Kassenmittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 19 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

noch: Ausgewählte Verhältniszahlen *)

Position	noch: Verarbeitendes Gewerbe, darunter:									
	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeit- ung von Steinen und Erden		Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau		Elektrotechnik		Medizin-, Mess-, Steuer- und Rege- lungstechnik, Optik	
	noch: Alle Rechtsformen									
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
I. Bilanzstrukturzahlen	% der Bilanzsumme (bereinigt)									
Vermögen										
Sachanlagen 3)	36,5	36	30,5	29	16,5	16	12,5	11,5	21,5	21
Vorräte 4)	18,5	19,5	26,5	27	26,5	26,5	18	17	25,5	25
Kassenmittel 5)	5	3	5	4,5	5	4,5	3	6,5	4,5	4
Forderungen	27	27,5	31	32,5	37,5	39	36	35,5	35,5	36,5
kurzfristige	24,5	24,5	28	30	36	37	35	34	33	33,5
langfristige	2,5	3	2,5	2,5	1,5	2,5	1	1,5	2,5	3
Wertpapiere	1	1	1	1	2	1,5	10,5	9,5	0,5	0,5
Beteiligungen	11,5	12,5	6	6	12	12	20	19,5	12,5	12,5
Kapital										
Eigenmittel (berichtigt) 6)	21,5	22,5	15	15,5	26	24,5	25	22	22	23
Verbindlichkeiten	60,5	60,5	70,5	70	52	53,5	45,5	50,5	53,5	51
kurzfristige	39,5	39	46,5	48,5	39,5	42	36,5	43	36,5	37
langfristige	21	21,5	24	21,5	12,5	11,5	8,5	7	17	14
Rückstellungen 6)	17,5	17	14,5	14,5	22	22	29,5	27,5	24	26
darunter Pensions- rückstellungen	7	7,5	6,5	6,5	10,5	10	15	13,5	13	13,5
Nachrichtlich: Umsatz	125	122,5	151	149,5	127,5	124,5	124	113,5	116,5	116
II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung	% der Gesamtleistung									
Umsatz	99,5	99,5	99	98,5	100	98,5	99,5	99	99	99
Bestandsveränderung an Erzeugnissen 7)	0,5	0,5	1	1,5	0	1,5	0,5	1	1	1
Gesamtleistung	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Zinserträge	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	1,5	1,5	0,5	0,5
übrige Erträge	7,5	7,5	4,5	4,5	6	6	7,5	10	7	8,5
Erträge insgesamt	107,5	108,5	104,5	105	107	107	109	111,5	107	109
Materialaufwand	46	46	45,5	47	51	52,5	59,5	61	45,5	46,5
Personalaufwand 8)	26,5	26,5	32	30,5	30	29	26	24,5	34,5	32,5
Abschreibungen auf Sachanlagen	6,5	6	5	4,5	3	3	3,5	3	3,5	3,5
sonstige Abschreibungen 9)	0,5	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Zinsaufwendungen	2	2	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Steuern	1,5	1,5	1,5	1,5	2	2	1	1	1,5	1
Einkommen- und Ertragsteuern 10)	1,5	1,5	1	1	1,5	2	1	1	1	1
übrige Aufwendungen	21,5	22	15,5	15,5	16,5	16	14,5	15,5	19,5	20,5
Aufwendungen insgesamt	104	105,5	101,5	101,5	104,5	104,5	106	107,5	106,5	107
Jahresüberschuss	3,5	3	3	3,5	2,5	2,5	2,5	4,5	1	2
Jahresergebnis 11)	4	4	3,5	4	3,5	3	2,5	4,5	1	2
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 12)	5,5	5	4,5	5,5	5	5	3,5	5,5	2	3,5
Eigenerwirtschaftete Mittel 13)	10,5	10,5	9,5	10	6	8	8	11	8,5	11
III. Sonstige Verhältniszahlen	% des Umsatzes									
Vorräte	15	16	17,5	18	20,5	21,5	14,5	15	22	21,5
Kurzfristige Forderungen	19,5	20	18,5	20	28,5	29,5	28	30	28,5	29
Eigenmittel (berichtigt)	59,5	62,5	49	54	155	155	201,5	191,5	104	109,5
Langfristig verfügbares Kapital 14)	138,5	144,5	152,5	153,5	293	292	394	375,5	249	244,5
Langfristig verfügbares Kapital 14)	99	100,5	117	116,5	160	151	146	131,5	145,5	140
Liquide Mittel 16) und kurzfristige Forderungen	76	73	72	71,5	108	100,5	130,5	115	103	102,5
Liquide Mittel 16), kurzfristige Forderungen und Vorräte	123	123	129,5	127,5	174,5	164	180	154,5	172,5	170,5
Eigenerwirtschaftete Mittel 13)	18,5	17,5	17,5	19	11,5	14	14	18	13	17,5
Jahresergebnis 11) und Zinsaufwendungen	7	7	7,5	8,5	6	6	5	7	2,5	4

* Errechnet aus geschätzten Hochrechnungsergebnissen, auf halbe und ganze Prozentpunkte gerundet. — 1 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 2 Ohne Nachrichtenübermittlung. — 3 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. — 4 Einschl. nicht abgerechneter Leistungen. — 5 Kasse und Bankguthaben. — 6 Einschl. anteiliger Sonderposten mit

Rücklageanteil. — 7 Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. — 8 Löhne, Gehälter, soziale Abgaben und freiwillige soziale Aufwendungen. — 9 Abschreibungen auf Umlaufvermögen und Finanzanlagen. — 10 Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. — 11 Jahresüberschuss vor Gewinn- bzw. Verlustübernahmen und Gewinn- bzw. Verlustabführungen. —

Energie- und Wasserversorgung		Baugewerbe		Großhandel und Handelsvermittlung		Einzelhandel (einschl. Kraftfahrzeughandel, Tankstellen) 1)		Verkehr (ohne Eisenbahnen) 2)		Position
1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	
% der Bilanzsumme (bereinigt)										I. Bilanzstrukturzahlen
45,5	42,5	17	17,5	16	15,5	23,5	23	54,5	53	Vermögen
2,5	2	46	46,5	26	26	44	42,5	2	2,5	Sachanlagen 3)
3,5	3	5	4,5	5,5	5	4	3,5	4	4	Vorräte 4)
21	23	25,5	26	44	44,5	24	26	30,5	30,5	Kassenmittel 5)
19	21,5	24	24	42	42	22	24,5	26	26	Forderungen
2	1,5	1,5	2	2	2	2	1,5	4,5	4,5	kurzfristige
10,5	11	2	2	0,5	0,5	0	0	1	1	langfristige
17	18	2,5	2,5	7,5	8	4	4,5	6,5	7,5	Wertpapiere
										Beteiligungen
26	24,5	2	2	15,5	15,5	2,5	3	16	15,5	Kapital
39,5	41,5	88,5	88,5	75	75	89,5	88,5	65	65	Eigenmittel (berichtigt) 6)
20	24	72,5	72,5	58,5	60	60,5	61,5	35	36,5	Verbindlichkeiten
19,5	17,5	16	16	16,5	15,5	29	27	30	28,5	kurzfristige
32	31,5	9,5	9,5	9	9	8	8	18,5	18,5	langfristige
8	8	2	2,5	3,5	3,5	3	3	7,5	7,5	Rückstellungen 6)
58	60,5	107	106,5	244,5	253	245,5	240,5	126,5	125	darunter Pensionsrückstellungen
% der Gesamtleistung										II. Strukturzahlen aus der Erfolgsrechnung
99,5	99,5	91	92,5	100	100	100	100	100	100	Nachrichtlich: Umsatz
0,5	0,5	9	7,5	0	0	0	0	0	0	Umsatz
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	Bestandsveränderung an Erzeugnissen 7)
2,5	2,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0	0,5	0,5	Gesamtleistung
9,5	10	4	4,5	3,5	3	2,5	3	11,5	13	Zinserträge
111,5	112	104,5	105	104	103,5	103	103	112	114	Erträge insgesamt
59,5	65	51,5	52	80,5	81,5	72,5	72,5	42	43,5	Materialaufwand
14,5	12,5	32	32	8,5	8	12	12,5	28,5	27,5	Personalaufwand 8)
10	8	3,5	3	1	1	2	2	9	9	Abschreibungen auf Sachanlagen
0,5	0,5	1	1	0,5	0,5	0	0	0,5	0,5	sonstige Abschreibungen 9)
2	1,5	2	2	1	1	1,5	1,5	2	2	Zinsaufwendungen
6,5	6,5	0,5	0,5	2	1,5	1	1	1,5	1,5	Steuern
5,5	4,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	1	Einkommen- und Ertragsteuern 10)
15	14,5	13,5	14	9	9	12,5	12,5	26,5	27	übrige Aufwendungen
108,5	109	104	104,5	102,5	102,5	101,5	101,5	109,5	111	Aufwendungen insgesamt
3,5	3,5	0,5	0,5	1	1	1,5	1,5	2,5	3	Jahresüberschuss
% des Umsatzes										Jahresergebnis 11)
5,5	5,5	0,5	0,5	1,5	1	1,5	1,5	1,5	1,5	Jahresergebnis vor Gewinnsteuern 12)
11	10	1	1	2	1,5	2	2	2,5	2,5	Eigenerwirtschaftete Mittel 13)
21	17,5	6	4,5	3	3	3,5	3,5	11	12,5	
% des Umsatzes										III. Sonstige Verhältniszahlen
4	3,5	43	44	10,5	10,5	18	17,5	2	2	Vorräte
32,5	35,5	22,5	22,5	17	16,5	9	10	20,5	21	Kurzfristige Forderungen
% der Sachanlagen										Eigenmittel (berichtigt)
57,5	58	10,5	11	96,5	99	9,5	14	29	29,5	Langfristig verfügbares Kapital 14)
121,5	122	119	118,5	224	221	147	148,5	101,5	100	
% des Anlagevermögens 15)										Langfristig verfügbares Kapital 14)
79	76	93,5	92	138	133	118	116	84,5	81,5	
% der kurzfristigen Verbindlichkeiten										Liquide Mittel 16) und kurzfristige Forderungen
134,5	121	42,5	41,5	81	79	43	46	88,5	83,5	Liquide Mittel 16), kurzfristige Forderungen und Vorräte
146	130	106	105,5	125,5	123	115,5	115	95	91	
% der Fremdmittel 17) abzüglich Kassenmittel										Eigenerwirtschaftete Mittel 13)
18	15,5	7	5,5	10	9	9,5	8,5	17,5	19,5	
% der Bilanzsumme (bereinigt)										Jahresergebnis 11) und Zinsaufwendungen
4,5	4,5	3	2,5	6	5,5	7,5	7,5	4,5	4,5	

12 Steuern vom Einkommen und Ertrag. — 13 Cash Flow: Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten, abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagen. — 14 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit

Rücklageanteil. — 15 Sachanlagen (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände), Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. — 16 Kassenmittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens. — 17 Verbindlichkeiten, Rückstellungen und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.

Finanzsanktionen: Rechtsrahmen und Umsetzung in Deutschland

Die im Jahr 1990 verhängten Finanzsanktionen der Vereinten Nationen gegen den Irak sind mit Ausbruch des zweiten Golfkrieges erneut in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt worden. Am 20. März 2003 verfügte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika die Beschlagnahme gesperrter Kontoguthaben verschiedener irakischer staatlicher Institutionen. In Deutschland wurde die Kreditwirtschaft von der Bundesbank zur Mitteilung aller Konten, Depots oder sonstigen Vermögenswerte Iraks, amtlicher Stellen des Irak oder deren Beauftragter aufgefordert. Aus diesem aktuellen Anlass wird nachfolgend ein Überblick über den Rechtsrahmen der in Deutschland geltenden Finanzsanktionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union beziehungsweise Europäischen Gemeinschaft sowie der nationalen Behörden gegeben und die Rolle der Bundesbank bei deren Umsetzung beschrieben. Dabei wird auch auf die Schließung einer noch bestehenden Regelungslücke eingegangen.

Gegenwärtig geltende Finanzsanktionen

In Deutschland gelten gegenwärtig neben den Maßnahmen gegen den Irak Finanzsanktionen zur Bekämpfung des Terrorismus¹⁾, ge-

1 EG-Verordnung Nr. 2580/2001 vom 27. Dezember 2001, ABl. EG Nr. L 344/70, zuletzt geändert mit Beschluss des Rates vom 12. Dezember 2002, ABl. EG Nr. L 337/85.

gen die Taliban von Afghanistan²⁾ sowie gegen die Bundesrepublik Jugoslawien³⁾, Birma/Myanmar⁴⁾ und Simbabwe⁵⁾. Die Finanzsanktionen gegen Libyen sind derzeit suspendiert. Diese Sanktionen sind zum Teil im Gemeinschaftsrecht und zum Teil im nationalen Recht geregelt. Auch liegt ihnen keine einheitliche Regelungsstruktur zu Grunde. Deshalb sollen nachfolgend zunächst einige grundlegende Ausführungen gemacht werden, um anschließend auf einzelne Aspekte der jeweiligen Finanzsanktionen einzugehen.

Rechtsrahmen und Regelungsstrukturen von Finanzsanktionen

*Internationale/
supranationale
Grundlagen
von Finanz-
sanktionen*

Sanktionsrechtsakte können heute ihren Ursprung in Maßnahmen der Vereinten Nationen (VN) oder der Europäischen Union haben. Beruhen sie auf Maßnahmen der VN, ist zu beachten, dass die VN nicht in ihren Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht setzen können. Vielmehr kann der VN-Sicherheitsrat nach Artikel 41 der VN-Charta lediglich Sanktionen gegen ein Land beschließen, die von den Mitgliedstaaten nach Artikel 48 der VN-Charta anschließend umgesetzt werden müssen. In den EU-Mitgliedstaaten erfolgt diese Umsetzung regelmäßig durch Rechtsakte auf Unions-/Gemeinschaftsebene. Die ursprünglich bei den EU-Mitgliedstaaten liegende Kompetenz für den Erlass von Maßnahmen zur Beschränkung des Kapital- und Zahlungsverkehrs ist nämlich mit In-Kraft-Treten des Vertrages von Maastricht auf die Gemeinschaftsebene übertragen worden. Abgesehen von gegenwärtig noch bestehenden Embargos, die vor dem In-Kraft-Treten dieses Vertra-

ges verhängt worden sind, besteht eine Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten zum Erlass von Finanzsanktionen lediglich noch in Ausnahmefällen.

Unabhängig davon, ob der Ursprung von Finanzsanktionen auf einen (politischen) Beschluss des VN-Sicherheitsrates oder des Ministerrats im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) zurückgeht, verläuft das Umsetzungsverfahren auf europäischer Ebene nach dem gleichen Muster. Zunächst ist eine gemeinsame Aktion (Art. 14 EU⁶⁾) oder ein gemeinsamer Standpunkt (Art. 15 EU) erforderlich, die ein Tätigwerden der Gemeinschaft vorsehen. Gemeinsame Aktionen und gemeinsame Standpunkte werden grundsätzlich einstimmig angenommen. Ausnahmsweise können sie mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden, wenn eine (einstimmig beschlossene) gemeinsame Strategie (Art. 13 EU) umgesetzt wird. Da die gemeinsamen Aktionen oder Standpunkte nicht unmittelbar in den EU-Mitgliedstaaten gelten, werden sie in der Regel durch EG-Verordnungen, die der Ministerrat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit

*Umsetzung
von VN- und
EU-Sanktions-
maßnahmen*

2 EG-Verordnung Nr. 881/2002 vom 27. Mai 2002, ABl. EG Nr. L 139/9, zuletzt geändert mit EG-Verordnung Nr. 561/2003 vom 27. März 2003, ABl. EG Nr. L 82/1.

3 EG-Verordnung Nr. 2488/2000 vom 10. November 2000, ABl. EG Nr. L 287/19, zuletzt geändert mit EG-Verordnung Nr. 1205/2001 vom 19. Juni 2001, ABl. EG Nr. L 163/14.

4 EG-Verordnung Nr. 1081/2000 vom 22. Mai 2000, ABl. EG Nr. L 122/29, zuletzt geändert mit EG-Verordnung Nr. 1883/2002 vom 22. Oktober 2002, ABl. EG Nr. L 285/17.

5 EG-Verordnung Nr. 310/2002 vom 18. Februar 2002, ABl. EG Nr. L 50/4, zuletzt geändert mit EG-Verordnung Nr. 1643/2002 vom 13. September 2002, ABl. EG Nr. L 247/22, verlängert durch EG-Verordnung Nr. 313/2003 vom 18. Februar 2003, ABl. EG Nr. L 46/6.

6 Vertrag über die Europäische Union (EU) vom 7. Februar 1992 in der Fassung vom 26. Februar 2001.

annimmt, umgesetzt. Die EG-Verordnungen wiederum stellen in der Gemeinschaft unmittelbar geltendes Recht dar.

Wie oben bereits erwähnt, verbleiben den EU-Mitgliedstaaten nationale Rechtssetzungskompetenzen im Bereich der Beschränkungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs nur noch in Ausnahmefällen. Artikel 60 Absatz 2 EG⁷⁾ eröffnet die Möglichkeit, bei Vorliegen schwerwiegender politischer Umstände aus Gründen der Dringlichkeit einseitige Maßnahmen zu treffen, die den Kapital- und Zahlungsverkehr beschränken, solange der Ministerrat keine Maßnahmen getroffen hat. In Deutschland ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zuständig. Es hat von dieser Möglichkeit in der Vergangenheit mehrfach Gebrauch gemacht und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Finanzen sowie im Benehmen mit der Bundesbank auf der Grundlage von § 2 Absatz 2 und § 7 Absatz 1 des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) beschränkende (Eil-) Maßnahmen erlassen. Diese (Eil-) Maßnahmen dienen in der Regel der zeitnahen Umsetzung von Sanktionsmaßnahmen und ergehen im Vorgriff auf Maßnahmen der Europäischen Union beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft. Die nationalen Beschränkungen auf der Grundlage des AWG werden nach Inkraft-Treten entsprechender europarechtlicher Maßnahmen wieder aufgehoben.

*Zielsubjekte
von Finanz-
sanktionen*

Klassische Zielsubjekte von Finanzsanktionen sind Drittstaaten, beispielsweise Birma/Myanmar oder Simbabwe. Das lässt sich an den gemeinschaftsrechtlichen Ermächtigungsgrundlagen der Artikel 60, 301 EG ablesen, die das

Aussetzen von Wirtschaftsbeziehungen zu einem oder mehreren Drittstaaten zum Gegenstand haben. Vor dem Hintergrund der Anstrengungen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus richten sich Sanktionsrechtsakte der jüngeren Vergangenheit aber zunehmend auch allein gegen natürliche Personen oder Gruppierungen ohne ausdrücklichen Drittstaatsbezug. Insoweit ist zu differenzieren zwischen Personen und Gruppierungen, die vom VN-Sanktionsausschuss nach den VN-Sicherheitsratsresolutionen 1267 (1999) und 1390 (2002) benannt sind,⁸⁾ und solchen Personen und Gruppierungen, gegen die die EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage der VN-Sicherheitsratsresolution 1373 (2001) selbständig Sanktionen verhängen, und die nicht von den VN, sondern von der EU gelistet werden.⁹⁾

Soweit die von der EU gelisteten Personen oder Gruppierungen ihren gewöhnlichen (Wohn)Sitz innerhalb der Grenzen der EU haben, beschränken sich die Maßnahmen jedoch auf die Verabredung einer möglichst weit gehenden Amtshilfe bei der Prävention und Bekämpfung von Terroranschlägen im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Für weiter gehende Maßnahmen fehlt wegen der mangelnden Drittstaatsbezogenheit dieser Sach-

Keine Gemeinschaftsrechtsgrundlage für Sanktionsmaßnahmen gegen Zielsubjekte mit (Wohn)Sitz innerhalb der EU

7 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) vom 7. Februar 1992 in der Fassung vom 26. Februar 2001.

8 Eine Umsetzung in der Gemeinschaft erfolgte mit den restriktiven Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban in Verbindung stehen, vgl. Fußnote 2.

9 Restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen zur Bekämpfung des Terrorismus, vgl. Fußnote 1.

verhalte eine gemeinschaftsrechtliche Ermächtigungsgrundlage. Eine solche besteht nur mit Blick auf gelistete Personen oder Gruppierungen mit (Wohn)Sitz außerhalb der Grenzen der EU; allein gegen sie richten sich die in Fußnote 1 genannten Maßnahmen.

*Zielobjekte
von Finanz-
sanktionen*

Was die von Finanzsanktionen erfassten Vermögenswerte anbelangt, weisen die einzelnen Sanktionsrechtsakte leichte Unterschiede auf. In der Regel sind Gelder und wirtschaftliche Ressourcen der betroffenen Staaten beziehungsweise des betroffenen Personenkreises erfasst. Zum Begriff der Gelder im Sinne des Gemeinschaftsrechts zählen neben Bargeld, Schecks, Geldforderungen, Wechseln, Geldanweisungen oder anderen Zahlungsmitteln beispielsweise auch Finanzierungsinstrumente für Ausfuhren. Wirtschaftliche Ressourcen werden in diesen Rechtsakten als Vermögenswerte jeder Art definiert, die unabhängig davon, ob sie materiell oder immateriell, beweglich oder unbeweglich sind, keine Gelder sind, aber für den Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen verwendet werden können.

*Einfrieren von
Geldern und
anderem*

Gelder und wirtschaftliche Ressourcen werden mit Sanktionsverordnungen eingefroren, um zu verhindern, dass die Vermögenswerte weiterhin verwendet werden können. Das Eigentum und andere Rechte an diesen Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen bleiben davon unberührt.

*Verbot des
Zur-Verfügung-
Stellens von
Geldern und
anderem*

Neben dem Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen enthalten Finanzsanktionsrechtsakte regelmäßig auch ein Verbot, den betroffenen Ländern beziehungs-

weise dem betroffenen Personenkreis Gelder direkt oder indirekt zur Verfügung zu stellen oder zugute kommen zu lassen. Ferner wurde in einen Rechtsakt zusätzlich das Verbot des Erbringens von Finanzdienstleistungen aufgenommen. Einige Sanktionsrechtsakte lassen die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen, beispielsweise aus humanitären Gründen, zu. Allerdings weichen die in den Sanktionsrechtsakten enthaltenen Ausnahmetatbestände und Verfahrensweisen voneinander ab.

Für Fragen der Umsetzung von Finanzsanktionen als Teil des Außenwirtschaftsrechts ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit federführend zuständig. Es stimmt sich in Einzelfragen im Wesentlichen mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Finanzen und der Bundesbank ab. Dabei kommt der Bundesbank im Rahmen der Finanzsanktionen eine besondere Rolle zu. Sie verfügt im Bereich des Kapital- und Zahlungsverkehrs nach § 28 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nr. 1 AWG über die ausschließliche Zuständigkeit für die Erteilung von Genehmigungen auf Grund des AWG und der zu diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen sowie auf Grund von Rechtsakten des Rates und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Dieser Zuständigkeit entsprechend benennen die Gemeinschaftsrechtsakte die Bundesbank als für Fragen des Kapital- und Zahlungsverkehrs zuständige Behörde in Deutschland.

*Nationale
Zuständigkeiten
im Rahmen von
Finanzsanktionen*

Sowohl das AWG als auch die gemeinschaftsrechtlichen Sanktionsrechtsakte räumen den für die Umsetzung von Finanzsanktionen ver-

*Auskunfts-
rechte, Straf-
bewehrung*

antwortlichen Behörden das Recht ein, insbesondere von Kreditinstituten Auskünfte über von ihnen eingefrorene Gelder und Vermögenswerte einzuholen. Von diesem Auskunftsrecht ist erstmals im Rahmen der Finanzsanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien Gebrauch gemacht worden.

Die §§ 33 und 34 AWG sehen vor, dass Verstöße gegen Finanzsanktionen – je nach Art des Sanktionsrechtsaktes – als Ordnungswidrigkeit oder Straftat geahndet werden können.

Hinweise zu einzelnen Sanktionsrechtsakten

Finanzsanktionen aus der Zeit vor und nach In-Kraft-Treten des Maastricht-Vertrages

Zuvor ist bereits darauf hingewiesen worden, dass es bis zum In-Kraft-Treten des Maastricht-Vertrages allein in der Kompetenz der Mitgliedstaaten lag, Finanzsanktionen gegenüber Drittstaaten zu erlassen. Die nachfolgende Darstellung differenziert daher zwischen den vor und nach dem In-Kraft-Treten des Maastricht-Vertrages erlassenen Finanzsanktionen.

Finanzsanktionen gegen Libyen und den Irak

Finanzsanktionen gegen Libyen und den Irak

Aus der Zeit vor dem In-Kraft-Treten des Maastricht-Vertrages stammende, gegenwärtig noch relevante Sanktionsrechtsakte sind die Finanzsanktionen gegen Libyen und den Irak. Während über die endgültige Aufhebung der seit April 1999 suspendierten Sanktionen gegen Libyen noch nicht entschieden worden ist, bestehen die Sanktionen gegen den Irak seit ihrer Verhängung fort. Vor die-

sem Hintergrund sind die auf § 7 Absatz 1 AWG gestützten §§ 52 und 69 e Außenwirtschaftsverordnung (AWV) zu sehen, die der Umsetzung der Resolution 661 (1990) des VN-Sicherheitsrates dienen und unmittelbar nach dem Angriff des Irak auf Kuwait im August 1990 in die AWV eingefügt worden sind. Nach § 52 AWV sind Konten, Depots oder sonstige in Verwahrung oder Verwaltung befindliche Vermögenswerte des Irak, amtlicher Stellen im Irak oder deren Beauftragter in Deutschland in der Weise „gesperrt“, dass Verfügungen über solche Vermögenswerte der Genehmigung der Bundesbank bedürfen. Ebenfalls einer Genehmigung bedürfen unter den Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 69 e AWV Zahlungen unter anderem an den vorbeschriebenen Personenkreis und ihm nahe stehende Personen.

Genehmigungen zur Freigabe gesperrter Vermögenswerte im Rahmen des Irak-Embargos wurden in der Vergangenheit von der Bundesbank beispielsweise in Einzelfällen erteilt für die Vollstreckung wegen Forderungen gebietsansässiger Unternehmen, die vor August 1990 entstanden sind, zur Nutzung im Rahmen von durch die Vereinten Nationen genehmigten Geschäften außerhalb des „Öl-für-Lebensmittel“-Programms sowie für Verfügungen über Konten der irakischen Botschaft zu Zwecken der Botschaft.

Die vorbeschriebene Erteilung von Genehmigungen steht in keinem Zusammenhang mit dem so genannten „Öl-für-Lebensmittel“-Programm der Vereinten Nationen. Dieses dient dazu, aus dem Verkauf von Öl Mittel für die Beschaffung unter anderem humanitärer

Erteilung von Ausnahme-genehmigungen

„Öl-für-Lebensmittel“-Programm

Güter und für die Tilgung von Kriegsschulden des Irak zu erwirtschaften. Die Erlöse aus den Ölverkäufen werden auf ein vom Generalsekretär der Vereinten Nationen eingerichtetes Treuhandkonto eingezahlt, das nicht in Deutschland geführt wird. Alle Zahlungen im Rahmen dieses Programms haben grundsätzlich von diesem Konto aus zu erfolgen.

Finanzsanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, Birma/Myanmar und Simbabwe

Als nach dem In-Kraft-Treten des Maastricht-Vertrages erlassene Sanktionsrechtsakte sind zunächst die gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, Birma/Myanmar und Simbabwe verhängten Finanzsanktionen zur Umsetzung von EU-Sanktionsmaßnahmen zu nennen.

Hintergründe der Finanzsanktionen gegen BR Jugoslawien, Birma/Myanmar, Simbabwe

Die Finanzsanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gibt es seit Ende der neunziger Jahre. In ihren vielfachen Änderungen spiegeln sich die Entwicklungen des Balkankonflikts und die politische Haltung der EU in diesem Konflikt wider. Nachdem sie bereits im November 2000 beschränkt worden waren, gelten sie seit Juni 2001 nur noch gegenüber Herrn Milosevic und zwölf Personen seines näheren Umfelds. Die im Mai 2000 und Februar 2002 verhängten Sanktionen gegen Birma/Myanmar und Simbabwe sind als Reaktion der EU auf die durch die birmanischen Behörden und die Regierung Simbabwes ausgeübten fortgesetzten schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen zu sehen.

Erwähnenswert hinsichtlich dieser Sanktionsrechtsakte ist die begrenzte Möglichkeit der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen. Während die Finanzsanktionen gegen Birma/Myanmar keine Ausnahmetatbestände enthalten, sind Ausnahmen nach den Sanktionsrechtsakten gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und Simbabwe, wenn auch unterschiedlich geregelt, zugelassen. Anträge auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen im Rahmen der gegenwärtig geltenden Regelungen sind bisher bei der Bundesbank noch nicht gestellt worden.

Finanzsanktionen gegen die Taliban von Afghanistan und zur Bekämpfung des Terrorismus

Vor dem Hintergrund der Anschläge am 11. September 2001 nehmen die Finanzsanktionen gegen die Taliban von Afghanistan und zur Bekämpfung des Terrorismus, mit denen Sanktionsmaßnahmen des VN-Sicherheitsrates umgesetzt werden, eine besondere Stellung ein.

Historisch gesehen gehen die Sanktionen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban von Afghanistan in Verbindung stehen, auf das Afghanistan-Embargo vom Februar 2000 zurück, das im März 2001 verschärft und im Mai 2002 aufgehoben worden war. Nach den Anschlägen in den USA war der Anhang des Sanktionsrechtsaktes, in dem die von den Sanktionen erfassten Personen und Organisationen aufgelistet werden, durch acht weitere Verordnungen geändert worden. Im Vorgriff

Finanzsanktionen gegen die Taliban von Afghanistan

auf diese Verordnungen hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unter anderem im Benehmen mit der Bundesbank auf das AWG gestützte Anordnungen in Form von Allgemeinverfügungen erlassen. Damit wurden Verfügungen über Vermögenswerte namentlich bezeichneter Personen und Organisationen und Zahlungen Gebietsansässiger zu Gunsten dieser Personen und Organisationen der Genehmigung durch die Bundesbank unterworfen. Diese Anordnungen sind nach Aufnahme der betroffenen Personen in den Anhang der oben angeführten EG-Verordnung widerrufen worden.

Finanzsanktionen zur Bekämpfung des Terrorismus

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Anschlägen in den USA im September 2001 sind die gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichteten restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu sehen. Mit diesen Finanzsanktionen wird die Resolution des VN-Sicherheitsrates 1373 (2001) umgesetzt. Die EU-Liste mit den von den Sanktionen betroffenen Personen und Organisationen wurde bisher dreimal geändert. Die Maßnahmen entsprechen dem in diesem Beitrag beschriebenen Muster.

Die Finanzsanktionen gegen die Taliban von Afghanistan und zur Bekämpfung des Terrorismus lassen zwar in Einzelfällen die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zu. Allerdings sind aus offenkundigen Gründen bisher bei der Bundesbank keine Anträge auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gestellt worden.

Eingeschränkte Regelungskompetenz der Europäischen Union hinsichtlich so genannter „EU-interner Terroristen“

Im Zusammenhang mit den Ausführungen zu Zielsubjekten von Finanzsanktionen ist auf die eingeschränkte Regelungskompetenz der Europäischen Union hinsichtlich solcher Personen und Gruppierungen hingewiesen worden, die zur Umsetzung der Resolution des VN-Sicherheitsrates 1373 (2001) mit Sanktionen belegt werden sollen und ihren (Wohn)Sitz innerhalb der Grenzen der EU haben (sog. „EU-interne Terroristen“). Die bisher beschriebenen Sanktionsrechtsakte erfassen diesen Bereich nicht, so dass insoweit noch eine Regelungslücke besteht. Nahe liegt die Schließung dieser Regelungslücke durch eine Regelung im Außenwirtschaftsrecht, die ebenfalls von der Bundesbank umgesetzt wird. Wenngleich es sich insoweit sowohl um grenzüberschreitende als auch dem Anwendungsbereich des AWG an sich nicht unterfallende rein deutsche Binnensachverhalte handelt, ist das Außenwirtschaftsrecht der richtige Standort für eine solche Regelung. Der Sache nach handelt es sich nämlich auch bei den Binnensachverhalten um eine Beschränkung des Kapital- und Zahlungsverkehrs des betroffenen Personenkreises, so dass ein innerer Sachzusammenhang zum Außenwirtschaftsrecht besteht. Zur Vermeidung zusätzlichen bürokratischen Aufwands und einer für Außenstehende nur schwer nachvollziehbaren Zuständigkeitsaufsplittung in einer ohnehin komplizierten Regelungsmaterie dürfte es sich empfehlen, keine neuen Behördenzuständigkeiten zu schaffen, sondern die bestehenden Strukturen und das dort vorhan-

Regelungslücke im nationalen Recht hinsichtlich so genannter „EU-interner Terroristen“

dene Erfahrungswissen auch für diesen Bereich von Sanktionsmaßnahmen zu nutzen. Am Ende sollte sich die nationale Zuständigkeit für die Umsetzung von Sanktionsmaßnahmen nicht danach richten, ob die betref-

fene Person oder Gruppierung ihren gewöhnlichen (Wohn)Sitz zufälligerweise außerhalb oder innerhalb der Europäischen Union beziehungsweise Deutschlands hat.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|---|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im
Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären
Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Banken-
systems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären
Finanzinstitute (ohne Deutsche
Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der
Banken (MFIs) in Deutschland nach
Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten
der Banken (MFIs) in Deutschland
gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank	43*
3. Basiszinssätze	43*
4. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
5. Geldmarktsätze nach Monaten	44*
6. Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet	44*
7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland	51*

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
---	-----

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*
10. Verschuldung des Bundes	58*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	59*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	59*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*
3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	62*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*
5. Einzelhandelsumsätze	63*

6. Arbeitsmarkt	64*
7. Preise	65*
8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
9. Tarif- und Effektivverdienste	66*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
6. Vermögensübertragungen	70*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
			M3 3)	gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegen Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2001 Aug.	3,6	4,4	5,8	6,0	5,5	7,7	2,3	4,49	4,35	5,0	
Sept.	5,0	5,1	6,7	6,6	5,2	7,1	2,5	3,99	3,98	5,0	
Okt.	5,2	5,5	7,3	7,2	5,1	6,9	2,6	3,97	3,60	4,8	
Nov.	5,9	6,0	7,7	7,6	5,4	7,0	3,6	3,51	3,39	4,6	
Dez.	5,5	6,4	7,9	7,8	5,2	6,7	4,7	3,34	3,34	4,9	
2002 Jan.	6,6	6,7	7,7	7,6	5,2	6,2	4,8	3,29	3,34	5,0	
Febr.	6,2	6,3	7,3	7,4	5,1	6,0	4,8	3,28	3,36	5,1	
März	6,0	6,3	7,2	7,2	4,8	5,4	4,7	3,26	3,39	5,3	
April	6,6	6,3	7,2	7,3	4,4	5,1	4,6	3,32	3,41	5,3	
Mai	6,7	6,7	7,6	7,3	4,5	5,3	5,2	3,31	3,47	5,3	
Juni	6,8	6,4	7,1	7,2	4,4	5,3	4,3	3,35	3,46	5,2	
Juli	7,6	6,5	7,0	7,0	4,0	4,8	5,0	3,30	3,41	5,0	
Aug.	7,6	6,4	6,9	7,0	4,2	5,1	5,3	3,29	3,35	4,7	
Sept.	8,2	6,6	7,2	7,0	4,3	5,0	5,2	3,32	3,31	4,5	
Okt.	8,3	6,8	6,9	7,0	4,3	4,9	5,0	3,30	3,26	4,6	
Nov.	9,2	6,9	7,0	6,9	3,9	4,6	5,0	3,30	3,12	4,6	
Dez.	9,8	6,5	6,8	7,0	4,1	4,7	4,3	3,09	2,94	4,4	
2003 Jan.	9,5	6,6	7,2	7,4	4,1	4,8	3,9	2,79	2,83	4,2	
Febr.	10,3	7,3	8,1	...	4,3	4,8	4,1	2,76	2,69	4,0	
März	2,75	2,53	4,1	

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI

gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.5, S.44*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen; ab 2001 Euro12.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2001 Aug.	+ 5 257	+ 7 428	- 6 123	- 5 910	+ 204	- 4 485	+ 4 068	0,9005	87,7	89,0
Sept.	+ 743	+ 6 019	- 21 326	- 15 612	+ 46 607	- 50 706	+ 1 615	0,9111	88,0	89,4
Okt.	+ 4 122	+ 11 397	- 22 033	+ 4 005	- 1 535	- 21 843	- 2 661	0,9059	88,0	89,7
Nov.	+ 2 668	+ 8 846	- 6 834	+ 11 690	+ 17 096	- 35 681	+ 60	0,8883	86,8	88,5
Dez.	+ 2 295	+ 10 439	- 3 197	+ 831	- 17 117	+ 7 232	+ 5 856	0,8924	87,7	89,9
2002 Jan.	- 94	+ 3 109	- 49 540	+ 9	- 38 477	- 5 759	- 5 313	0,8833	87,6	90,0
Febr.	+ 4 399	+ 9 999	+ 6 741	- 8 915	- 11 195	+ 24 396	+ 2 455	0,8700	86,8	89,1
März	+ 7 444	+ 13 222	+ 16 327	- 6 091	- 569	+ 23 192	- 205	0,8758	86,8	89,3
April	- 5 284	+ 7 823	+ 13 626	+ 9 301	+ 13 475	- 17 512	+ 8 361	0,8858	87,2	89,7
Mai	+ 2 339	+ 10 037	+ 2 313	+ 1 308	+ 27 508	- 28 401	+ 1 897	0,9170	88,6	91,2
Juni	+ 5 810	+ 12 876	- 44 979	- 18 537	+ 13 361	- 36 286	+ 3 517	0,9554	90,6	93,3
Juli	+ 5 704	+ 16 166	- 20 932	- 6 600	- 1 265	- 10 515	- 2 552	0,9922	91,7	94,5
Aug.	+ 10 882	+ 12 079	- 13 401	+ 3 147	+ 3 691	- 21 994	+ 1 756	0,9778	91,1	93,6
Sept.	+ 8 656	+ 11 570	- 21 334	- 3 197	+ 17 383	- 31 720	- 3 800	0,9808	91,2	93,8
Okt.	+ 3 718	+ 11 698	- 21 469	- 5 019	+ 19 391	- 37 977	+ 2 136	0,9811	91,7	94,4
Nov.	+ 10 281	+ 13 560	- 28 585	+ 3 919	+ 8 575	- 38 504	- 2 575	1,0014	92,5	95,2
Dez.	+ 8 114	+ 10 541	- 10 065	+ 9 647	- 15 193	- 3 332	- 1 186	1,0183	93,6	96,7
2003 Jan.	- 6 423	+ 1 085	- 15 535	- 1 780	- 16 214	+ 918	+ 1 542	1,0622	95,8	98,9
Febr.	1,0773	97,1	100,3
März	1,0807	97,9	101,2

* Quelle: EZB. — 1 Siehe auch Tab. X.12 u. 13, S. 74/75. — 2 Einschließlich Finanzderivate. — 3 Gegenüber einem engen Länderkreis. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde-rungen an das Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein-barer Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein-barter Kündi-gungsfrist von mehr als 3 Mon-aten	Schuldver-schreibun-gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rück-lagen 3)
		zusammen	darunter Wert-papiere	zusammen	darunter Wert-papiere								
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2001 Nov.	72,5	48,6	- 1,1	23,8	- 7,9	27,2	66,0	- 38,8	18,9	- 1,6	- 1,1	18,7	2,9
2001 Dez.	39,3	45,9	24,1	- 6,6	- 10,3	- 9,1	- 26,2	- 17,2	28,6	7,3	0,1	7,6	13,6
2002 Jan.	36,3	17,5	5,0	18,7	21,9	- 14,3	- 0,1	14,1	25,2	3,6	- 3,6	11,0	14,2
2002 Febr.	28,8	24,9	8,7	3,9	1,2	- 11,0	0,3	11,3	9,0	1,6	- 1,0	9,3	- 0,8
2002 März	70,7	48,5	- 10,4	22,1	16,9	- 5,6	19,9	25,5	23,8	3,7	- 1,3	18,7	2,7
2002 April	26,1	44,6	3,0	- 18,5	1,5	- 2,6	18,0	20,6	- 6,3	- 0,2	- 1,9	1,0	- 5,2
2002 Mai	39,0	32,1	3,9	6,9	9,7	39,0	73,9	34,9	25,8	3,5	- 1,2	19,7	3,7
2002 Juni	32,6	32,5	- 6,9	0,1	- 1,3	41,0	- 26,8	- 67,8	- 5,5	3,3	- 0,2	8,6	- 17,1
2002 Juli	- 18,9	- 15,1	- 12,3	- 3,8	- 2,0	2,7	- 2,4	- 5,1	24,7	1,3	- 0,0	13,8	9,6
2002 Aug.	- 6,9	7,1	6,8	- 14,0	- 3,1	14,3	- 10,5	- 24,8	14,1	2,2	0,2	2,7	9,0
2002 Sept.	54,6	40,3	4,9	14,3	11,5	18,1	65,5	47,4	22,8	1,0	0,4	12,1	9,3
2002 Okt.	28,0	31,0	12,4	- 3,0	- 2,6	29,5	55,0	25,5	9,3	1,3	- 1,0	9,1	- 0,1
2002 Nov.	41,3	26,2	6,8	15,1	6,1	35,1	84,7	49,6	22,4	3,6	- 0,5	16,6	2,7
2002 Dez.	50,9	58,4	20,9	- 7,5	- 14,9	17,9	- 35,1	- 53,0	0,6	13,5	0,1	- 10,1	- 2,9
2003 Jan.	45,9	25,3	- 2,2	20,6	19,9	6,6	17,3	10,6	11,6	- 3,9	0,6	7,5	7,4
2003 Febr.	45,5	28,9	4,7	16,5	16,3	13,8	70,6	56,8	16,3	5,1	- 1,3	8,6	3,9
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2001 Nov.	15,7	6,2	- 0,4	9,5	- 0,9	30,5	15,3	- 15,2	7,6	- 1,6	- 1,0	8,9	1,3
2001 Dez.	18,9	22,1	10,8	- 3,1	4,2	19,1	- 18,0	- 37,1	- 0,8	1,4	0,1	- 4,7	2,5
2002 Jan.	- 7,3	- 8,7	1,5	1,3	1,0	- 21,5	- 5,2	16,3	2,8	1,9	- 3,6	2,7	1,9
2002 Febr.	1,8	0,1	- 3,2	1,7	4,2	1,8	- 0,3	- 2,1	5,0	1,2	- 1,0	3,2	1,6
2002 März	- 1,0	- 2,4	- 9,5	1,4	3,0	7,6	10,6	3,0	13,3	3,5	- 1,1	10,1	0,9
2002 April	11,0	9,9	5,8	1,1	5,2	- 20,2	- 3,0	17,2	- 7,7	- 1,3	- 1,9	- 2,1	- 2,4
2002 Mai	6,6	3,7	- 0,2	2,9	8,4	10,7	24,6	13,9	0,4	- 0,4	- 1,1	2,2	- 0,4
2002 Juni	- 19,8	- 12,6	- 11,1	- 7,2	- 2,2	25,7	0,1	- 25,6	- 0,5	- 0,7	- 0,2	2,3	- 1,9
2002 Juli	7,2	- 7,4	- 2,8	14,6	6,1	- 16,5	- 5,7	10,8	11,2	0,5	0,1	8,2	2,4
2002 Aug.	- 1,7	5,8	6,4	- 7,5	2,2	11,0	6,4	- 4,5	8,9	- 0,2	0,1	5,2	3,7
2002 Sept.	12,0	10,8	- 0,7	1,2	4,1	14,9	31,0	15,6	1,5	- 0,5	- 0,5	2,0	0,5
2002 Okt.	4,6	5,8	7,4	- 1,2	- 4,6	17,8	11,6	- 6,1	0,1	1,9	- 0,8	- 0,3	- 0,7
2002 Nov.	9,4	4,6	4,3	4,8	3,5	19,2	32,0	12,8	5,8	4,1	- 0,6	0,4	1,9
2002 Dez.	5,7	17,8	6,8	- 12,1	- 8,5	2,2	- 40,5	- 42,7	- 9,8	3,1	0,2	- 17,0	2,4
2003 Jan.	18,3	1,8	3,1	16,4	10,8	- 6,1	8,7	14,8	4,1	- 1,6	- 2,0	3,8	3,9
2003 Febr.	- 1,6	3,9	- 1,4	- 5,4	0,5	10,4	20,1	9,7	- 0,4	1,5	- 1,2	0,8	- 1,5
Deutscher Beitrag (Mrd DM)													
2001 Nov.	30,7	12,2	- 0,7	18,6	- 1,7	59,7	29,9	- 29,8	14,9	- 3,1	- 1,9	17,3	2,6
2001 Dez.	37,0	43,2	21,2	- 6,1	8,2	37,3	- 35,2	- 72,5	- 1,5	2,7	0,1	- 9,2	4,8
2002 Jan.	- 14,4	- 16,9	2,9	2,6	2,0	- 42,0	- 10,1	31,9	5,6	3,7	- 7,1	5,3	3,7
2002 Febr.	3,5	0,2	- 6,3	3,3	8,3	3,5	- 0,6	- 4,1	9,8	2,4	- 2,0	6,3	3,1
2002 März	- 2,0	- 4,7	- 18,6	2,7	5,9	14,9	20,8	5,9	26,1	6,8	- 2,2	19,8	1,7
2002 April	21,4	19,3	11,4	2,2	10,3	- 39,5	- 5,8	33,7	- 15,0	- 2,5	- 3,8	- 4,1	- 4,6
2002 Mai	13,0	7,2	- 0,4	5,8	16,3	21,0	48,1	27,1	0,7	- 0,7	- 2,2	4,3	- 0,7
2002 Juni	- 38,7	- 24,7	- 21,6	- 14,0	- 4,3	50,2	0,1	- 50,1	- 1,0	- 1,4	- 0,4	4,5	- 3,7
2002 Juli	14,0	- 14,5	- 5,5	28,5	11,9	- 32,3	- 11,2	21,1	21,9	1,1	0,1	16,0	4,7
2002 Aug.	- 3,4	11,3	12,5	- 14,7	4,3	21,5	12,6	- 8,9	17,4	- 0,3	0,3	10,2	7,3
2002 Sept.	23,5	21,1	- 1,4	2,4	8,0	29,1	60,6	30,5	3,0	- 1,0	- 0,9	3,9	1,0
2002 Okt.	9,1	11,4	14,6	- 2,3	- 9,0	34,7	22,8	- 12,0	0,2	3,8	- 1,6	- 0,7	- 1,3
2002 Nov.	18,4	8,9	8,5	9,5	6,9	37,5	62,5	25,1	11,4	8,1	- 1,2	0,8	3,7
2002 Dez.	11,2	34,9	13,3	- 23,7	- 16,7	4,2	- 79,2	- 83,5	- 19,2	6,0	0,5	- 33,3	4,7
2003 Jan.	35,7	3,6	6,0	32,1	21,1	- 11,9	17,1	28,9	8,0	- 3,1	- 3,9	7,4	7,5
2003 Febr.	- 3,1	7,6	- 2,7	- 10,6	1,1	20,3	39,3	19,0	- 0,8	3,0	- 2,4	1,7	- 3,0

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet. — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Für Europäische Währungsunion: einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. Für deutschen Beitrag: ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm.7). — 5 Die deutschen Beiträge zu den monetären

Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 6 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. — 7 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf, bis Ende 2002 zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen (s. auch Anm. 4). Abzüglich der Kassenbestände der MFIs im Euro-Währungsgebiet in Euro bzw

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V) 5) 6) 10)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 11)	insgesamt	Geldmenge M2				Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 8)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 8) 9)	Repo-geschäfte	Geldmarktanteile (netto) 2) 10)	Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (netto) 2) 6) 10)	
				zusammen	zusammen	Bargeld-umlauf 7)	täglich fällige Einlagen 8)						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
- 3,0	29,3	-	54,4	48,7	32,0	- 15,7	47,8	1,9	14,8	- 9,2	9,7	5,2	2001 Nov.
- 11,2	- 87,0	-	99,9	116,4	63,8	- 40,0	103,8	11,1	41,5	- 7,4	- 1,3	- 7,8	2001 Dez.
10,4	- 4,6	-	9,1	- 26,2	- 40,6	- 6,8	- 47,3	- 6,7	21,1	- 2,3	19,5	- 0,2	2002 Jan.
6,9	1,3	-	0,7	- 10,7	- 10,8	- 6,2	- 4,6	- 4,0	4,1	4,9	10,4	- 3,9	2002 Febr.
1,7	0,6	-	39,0	27,1	11,4	14,0	- 2,6	12,3	3,4	8,4	3,3	0,2	2002 März
0,0	- 12,8	-	42,6	39,8	40,2	7,4	32,8	5,4	- 5,8	- 1,5	7,9	- 3,6	2002 April
8,5	13,0	-	47,8	27,5	14,3	12,2	2,1	10,9	2,3	6,7	4,0	9,5	2002 Mai
6,0	47,9	-	25,2	46,3	60,6	12,0	48,6	- 20,6	6,3	- 6,1	- 7,3	- 7,8	2002 Juni
- 3,1	- 24,6	-	13,2	- 15,9	- 22,9	11,0	- 33,8	4,2	2,8	- 0,7	12,0	- 8,6	2002 Juli
- 11,0	- 8,9	-	13,2	- 7,9	- 27,3	4,4	- 31,7	13,5	6,0	7,7	12,3	- 1,1	2002 Aug.
1,6	3,7	-	44,7	41,4	62,5	5,6	56,9	- 23,3	2,2	2,4	- 2,7	3,6	2002 Sept.
5,5	22,3	-	20,3	18,5	- 8,6	7,2	- 15,8	20,4	6,7	- 2,8	2,0	2,7	2002 Okt.
- 4,3	- 14,5	-	72,8	65,0	61,2	7,5	53,8	- 7,3	11,1	- 4,4	14,7	- 2,6	2002 Nov.
- 11,0	- 3,7	-	82,8	96,3	74,0	19,8	54,2	- 8,0	30,3	- 3,2	- 6,6	- 3,7	2002 Dez.
15,6	- 15,9	-	9,5	- 28,8	- 58,6	- 7,6	- 51,0	2,6	27,1	15,1	19,6	3,6	2003 Jan.
18,5	- 21,1	-	45,6	23,7	6,0	7,3	- 1,3	2,2	15,4	3,2	12,4	6,4	2003 Febr.
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
1,1	18,8	-	18,7	19,3	20,3	- 7,5	27,8	- 3,8	2,8	- 5,3	0,6	4,2	2001 Nov.
- 7,4	27,1	-	19,2	13,2	- 9,5	- 24,4	14,9	6,3	16,5	0,9	1,7	3,4	2001 Dez.
1,0	- 6,3	- 11,6	- 26,3	- 25,7	- 18,0	12) - 4,1	- 13,8	- 10,2	2,4	- 2,4	1,2	0,6	2002 Jan.
- 0,7	- 4,9	- 3,4	4,1	- 0,1	3,9	4,5	- 0,6	- 3,5	- 0,5	1,0	0,5	2,8	2002 Febr.
- 0,0	- 8,6	- 3,4	1,9	- 1,5	- 0,0	2,6	- 2,6	1,6	- 0,1	0,2	- 0,2	0,5	2002 März
- 1,9	- 1,4	1,3	1,7	0,2	12,4	3,1	9,3	- 4,8	- 7,3	- 0,3	- 0,3	2,1	2002 April
0,7	- 0,6	2,9	16,8	12,6	8,7	2,5	6,2	4,5	- 0,6	1,3	0,4	2,5	2002 Mai
0,5	- 5,1	1,0	10,9	15,7	16,4	3,3	13,1	0,3	- 1,0	- 0,6	- 0,5	- 3,7	2002 Juni
- 1,1	- 13,7	2,0	- 5,8	- 3,2	- 1,5	3,7	- 5,1	- 0,2	- 1,5	- 1,0	0,3	- 1,8	2002 Juli
1,3	- 4,3	3,2	3,3	- 0,4	- 4,3	0,9	- 5,2	3,7	0,1	1,2	1,3	1,2	2002 Aug.
1,0	10,7	2,2	13,7	8,4	16,5	1,6	14,9	- 9,0	1,0	6,4	0,1	- 0,8	2002 Sept.
- 1,6	8,5	2,0	15,5	11,7	2,7	1,5	1,2	6,8	2,2	- 1,0	0,6	4,2	2002 Okt.
- 0,6	- 6,1	1,5	29,5	32,1	34,3	2,5	31,8	- 5,6	3,3	- 3,2	- 0,2	0,8	2002 Nov.
0,0	- 3,8	1,5	22,8	25,4	5,3	4,3	1,0	7,2	12,8	- 3,1	- 0,5	0,9	2002 Dez.
- 0,8	15,2	0,5	- 3,9	- 10,6	- 10,0	- 0,7	- 9,3	- 4,7	4,1	5,3	2,5	- 1,1	2003 Jan.
1,4	- 13,5	2,2	21,3	9,5	7,5	1,7	5,8	- 0,9	3,0	2,2	1,4	8,1	2003 Febr.
Deutscher Beitrag (Mrd DM)													
2,2	36,8	-	36,6	37,7	39,8	- 14,6	54,4	- 7,5	5,5	- 10,4	1,2	8,1	2001 Nov.
- 14,5	52,9	-	37,6	25,9	- 18,6	- 47,8	29,2	12,3	32,2	1,8	3,3	6,6	2001 Dez.
1,9	- 12,3	- 22,7	- 51,5	- 50,3	- 35,1	12) - 8,1	- 27,0	- 19,9	4,7	- 4,7	2,3	1,2	2002 Jan.
- 1,3	- 9,7	- 6,6	8,1	- 0,2	7,5	8,8	- 1,2	- 6,8	- 0,9	1,9	1,0	5,4	2002 Febr.
- 0,1	- 16,8	6,6	3,8	2,9	- 0,1	5,0	- 5,1	3,1	- 0,1	0,3	- 0,4	1,0	2002 März
- 3,7	- 2,8	2,5	3,3	0,4	24,2	6,1	18,1	- 9,4	- 14,4	- 0,6	- 0,6	4,1	2002 April
1,4	- 1,2	5,6	32,9	24,6	16,9	4,8	12,1	8,8	- 1,2	2,6	0,8	4,9	2002 Mai
0,9	- 10,0	2,0	21,4	30,6	32,0	6,5	25,6	0,6	- 2,0	- 1,2	- 1,0	- 7,2	2002 Juni
- 2,1	- 26,8	4,0	- 11,3	- 6,3	- 2,9	7,2	- 10,1	- 0,4	- 2,9	- 2,0	0,6	- 3,6	2002 Juli
2,6	- 8,4	6,2	6,5	- 0,8	- 8,4	1,8	- 10,1	7,3	0,2	2,3	2,6	2,4	2002 Aug.
2,0	21,0	4,2	26,8	16,5	32,2	3,1	29,1	- 17,5	1,9	12,5	0,2	- 1,5	2002 Sept.
- 3,2	16,6	4,0	30,2	22,8	5,3	2,9	2,4	13,2	4,3	- 2,0	1,2	8,2	2002 Okt.
- 1,3	- 12,0	2,8	57,6	62,7	67,1	4,9	62,2	- 10,9	6,4	- 6,4	- 0,3	1,6	2002 Nov.
0,1	- 7,4	3,0	44,6	49,6	10,5	8,5	2,0	14,1	25,1	- 6,0	- 0,9	1,8	2002 Dez.
- 1,6	29,7	1,0	- 7,7	- 20,7	- 19,5	- 1,4	- 18,1	- 9,2	8,1	10,3	4,9	- 2,2	2003 Jan.
2,8	- 26,4	4,4	41,7	18,6	14,6	3,3	11,3	- 1,8	5,8	4,4	2,8	15,8	2003 Febr.

Währungen des Euro-Währungsgebiets. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln. — 8 Für Europäische Währungsunion: einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 9 In Deutschland nur Spareinlagen. — 10 Unter Ausschaltung der von An-

sässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 11 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). — 12 Enthält statistisch nicht ausgeschaltete Abnahme in Höhe von 11,6 Mrd. € bzw. 22,7 Mrd. DM auf Grund des geänderten Ausweises der Banknoten (s. auch Anm. 7 und 11).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
						bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
279,7	5 552,5	5 200,8	5 249,5	1 728,6	944,2	79,9	1 134,9	1 246,6	115,3	2001 Nov.	
239,7	5 698,1	5 360,0	5 403,0	1 826,5	952,2	80,0	1 142,4	1 286,5	115,3	Dez.	
246,5	5 669,6	5 318,9	5 363,4	1 773,6	948,3	79,5	1 146,2	1 304,0	111,8	2002 Jan.	
240,3	5 671,3	5 311,3	5 359,8	1 768,1	946,9	78,7	1 148,1	1 307,2	110,8	Febr.	
254,3	5 686,3	5 327,3	5 376,5	1 769,8	954,6	80,4	1 151,5	1 310,6	109,5	März	
261,7	5 711,2	5 355,4	5 401,0	1 797,8	959,7	81,0	1 150,8	1 304,2	107,5	April	
273,9	5 713,5	5 366,7	5 409,7	1 801,1	961,3	81,5	1 153,0	1 306,4	106,4	Mai	
285,8	5 749,3	5 407,9	5 438,3	1 844,4	938,5	81,5	1 155,0	1 312,7	106,2	Juni	
296,8	5 725,7	5 384,9	5 422,5	1 816,1	948,2	82,6	1 154,1	1 315,4	106,2	Juli	
301,2	5 688,0	5 358,6	5 396,2	1 783,7	959,7	83,3	1 142,5	1 320,6	106,4	Aug.	
306,7	5 730,1	5 399,2	5 434,7	1 837,3	941,0	82,9	1 143,6	1 323,2	106,8	Sept.	
313,9	5 745,4	5 410,6	5 446,2	1 819,2	964,2	82,8	1 144,9	1 329,4	105,8	Okt.	
321,4	5 799,5	5 466,9	5 504,6	1 871,3	956,8	82,4	1 148,3	1 340,5	105,3	Nov.	
341,2	5 876,1	5 563,9	5 588,6	1 924,6	947,6	81,0	1 160,8	1 369,2	105,3	Dez.	
312,0	5 869,3	5 536,0	5 568,5	1 878,8	950,2	79,3	1 162,8	1 391,4	105,9	2003 Jan.	
319,4	5 906,3	5 556,3	5 581,8	1 875,5	949,9	78,1	1 167,7	1 406,0	104,7	Febr.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
92,4	2 103,2	2 006,3	1 973,0	504,0	240,7	18,7	648,7	447,5	113,5	2001 Nov.	
68,0	2 135,1	2 048,0	2 010,0	519,0	244,7	18,6	650,2	463,9	113,6	Dez.	
7)	63,8	2 113,2	2 024,0	1 989,9	506,4	18,5	652,0	466,4	110,0	2002 Jan.	
68,3	2 108,1	2 019,4	1 986,2	505,6	235,1	17,1	653,5	465,9	109,0	Febr.	
70,9	2 109,1	2 021,9	1 989,1	504,1	237,3	17,1	656,8	465,9	107,8	März	
74,0	2 100,4	2 015,8	1 984,7	513,9	234,0	17,1	655,2	458,6	105,9	April	
76,5	2 107,7	2 023,6	1 987,3	519,1	234,2	17,1	654,1	457,9	104,8	Mai	
79,8	2 119,3	2 035,6	1 997,1	530,9	234,4	17,3	653,0	457,0	104,6	Juni	
83,4	2 112,5	2 030,5	1 993,2	525,8	235,8	17,6	653,9	455,5	104,6	Juli	
84,3	2 098,8	2 018,1	1 979,2	521,5	239,6	17,6	640,1	455,6	104,8	Aug.	
85,9	2 105,7	2 023,7	1 987,6	536,6	233,0	17,5	639,6	456,5	104,3	Sept.	
87,4	2 115,1	2 035,2	2 003,0	538,0	243,7	17,5	641,5	458,8	103,5	Okt.	
89,9	2 147,3	2 066,9	2 035,6	569,5	237,6	17,9	645,7	462,0	102,9	Nov.	
94,2	2 170,7	2 092,1	2 054,2	567,8	242,4	18,2	648,0	474,8	103,1	Dez.	
84,9	2 160,6	2 082,9	2 049,3	561,2	239,8	18,6	649,6	478,9	101,2	2003 Jan.	
86,6	2 169,2	2 090,2	2 053,6	565,0	237,1	18,5	651,2	481,8	100,0	Febr.	
Deutscher Beitrag (Mrd DM)											
180,7	4 113,6	3 924,1	3 858,9	985,8	470,7	36,5	1 268,7	875,2	222,0	2001 Nov.	
132,9	4 175,9	4 005,5	3 931,2	1 015,2	478,6	36,4	1 271,6	907,4	222,1	Dez.	
7)	124,8	4 133,1	3 958,6	3 891,8	990,5	36,2	1 275,2	912,2	215,1	2002 Jan.	
133,6	4 123,1	3 949,5	3 884,6	988,8	459,9	33,5	1 278,1	911,3	213,1	Febr.	
138,7	4 125,0	3 954,6	3 890,3	986,0	464,2	33,5	1 284,6	911,3	210,9	März	
144,7	4 108,0	3 942,5	3 881,8	1 005,1	457,6	33,5	1 281,5	897,0	207,1	April	
149,6	4 122,4	3 957,8	3 886,7	1 015,2	458,1	33,5	1 279,4	895,7	204,9	Mai	
156,0	4 145,0	3 981,3	3 906,0	1 038,3	458,5	33,8	1 277,2	893,8	204,5	Juni	
163,2	4 131,7	3 971,2	3 898,4	1 028,4	461,2	34,4	1 279,0	890,9	204,6	Juli	
165,0	4 105,0	3 947,1	3 871,0	1 020,0	468,6	34,5	1 252,0	891,0	204,9	Aug.	
168,1	4 118,3	3 958,0	3 887,3	1 049,4	455,7	34,3	1 251,0	892,9	204,0	Sept.	
170,9	4 136,7	3 980,5	3 917,6	1 052,2	476,7	34,3	1 254,7	897,2	202,4	Okt.	
175,8	4 199,8	4 042,5	3 981,3	1 113,8	464,7	35,1	1 262,9	903,6	201,3	Nov.	
184,3	4 245,5	4 091,8	4 017,7	1 110,5	474,0	35,5	1 267,4	928,6	201,7	Dez.	
166,0	4 225,7	4 073,8	4 008,0	1 097,7	469,0	36,4	1 270,5	936,6	197,8	2003 Jan.	
169,3	4 242,6	4 088,0	4 016,5	1 105,0	463,7	36,2	1 273,7	942,4	195,5	Febr.	

legungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln

(s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Enthält Abnahme in Höhe von 11,6 Mrd. € bzw. 22,7 Mrd. DM auf Grund des geänderten Ausweises der Banknoten (s. auch Anm. 4).

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwa- rung an Ansässige im Euro-Wa- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem 2)										
2002 Juli 12.	765,6	128,3	239,4	32,5	206,9	19,5	4,8	4,8	-	-
19.	776,0	128,3	240,1	32,4	207,7	20,2	4,9	4,9	-	-
26.	783,5	128,3	240,9	32,3	208,6	20,4	4,9	4,9	-	-
Aug. 2.	771,6	128,3	240,1	32,3	207,8	20,0	4,9	4,9	-	-
9.	768,6	128,3	239,4	32,1	207,3	19,3	4,8	4,8	-	-
16.	763,5	128,3	237,4	32,4	205,0	19,4	4,9	4,9	-	-
23.	764,1	128,3	240,0	32,4	207,6	17,9	4,8	4,8	-	-
30.	770,8	128,3	238,5	32,4	206,0	17,0	5,3	5,3	-	-
Sept. 6.	765,6	128,3	239,7	32,5	207,2	18,5	4,8	4,8	-	-
13.	762,1	128,3	241,4	32,4	209,0	18,2	4,6	4,6	-	-
20.	772,6	128,3	243,0	32,4	210,6	18,5	4,8	4,8	-	-
27.	772,8	128,3	242,5	32,4	210,1	18,3	5,0	5,0	-	-
Okt. 4.	3) 778,3	3) 131,2	3) 248,3	32,6	3) 215,7	18,5	4,5	4,5	-	-
11.	778,7	131,2	247,2	32,6	214,6	19,4	4,2	4,2	-	-
18.	774,3	131,2	246,4	32,5	213,9	19,6	4,2	4,2	-	-
25.	798,0	131,2	246,6	32,4	214,2	21,0	4,6	4,6	-	-
Nov. 1.	779,7	131,2	244,9	32,3	212,6	21,0	4,3	4,3	-	-
8.	777,5	131,2	246,4	32,1	214,3	19,8	3,8	3,8	-	-
15.	773,3	131,1	246,9	32,0	214,9	20,4	3,9	3,9	-	-
22.	788,7	131,1	246,9	32,0	214,9	21,0	3,8	3,8	-	-
29.	796,5	131,1	245,6	32,0	213,6	20,0	3,5	3,5	-	-
Dez. 6.	812,7	131,1	248,4	32,0	216,4	20,1	3,7	3,7	-	-
13.	818,7	131,0	250,7	31,9	218,8	20,2	3,7	3,7	-	-
20.	820,4	131,0	248,6	31,9	216,6	20,2	3,7	3,7	-	-
27.	832,6	130,9	248,6	32,5	216,1	19,9	4,0	4,0	-	-
2003 Jan. 3.	3) 795,0	3) 130,7	3) 236,8	3) 31,3	3) 205,5	3) 19,9	4,0	4,0	-	-
10.	786,6	130,7	237,1	31,3	205,7	16,6	4,1	4,1	-	-
17.	773,3	130,7	235,4	31,2	204,2	15,6	4,4	4,4	-	-
24.	778,9	130,7	231,8	31,2	200,6	16,6	4,4	4,4	-	-
31.	786,7	130,6	233,3	31,2	202,2	18,3	4,9	4,9	-	-
Febr. 7.	782,0	130,6	231,4	31,1	200,3	17,5	5,3	5,3	-	-
14.	775,4	130,6	229,8	31,2	198,6	17,3	5,7	5,7	-	-
21.	784,8	130,3	228,0	31,2	196,8	17,7	6,2	6,2	-	-
28.	790,6	130,3	228,3	31,2	197,2	17,3	5,9	5,9	-	-
März 7.	750,0	130,3	227,9	31,0	196,9	17,4	6,2	6,2	-	-
14.	838,9	130,3	226,9	31,0	195,9	17,0	5,5	5,5	-	-
21.	802,3	130,3	223,9	31,6	192,4	17,7	5,1	5,1	-	-
28.	798,7	130,3	224,1	31,5	192,7	16,8	5,2	5,2	-	-
Deutsche Bundesbank										
2001 Mai	229,8	32,7	58,8	7,7	51,1	-	0,3	0,3	-	-
Juni	3) 247,3	3) 35,5	3) 60,3	3) 8,2	3) 52,2	-	0,3	0,3	-	-
Juli	241,0	35,4	60,4	8,2	52,3	-	0,3	0,3	-	-
Aug.	238,4	35,4	60,0	8,1	51,9	-	0,3	0,3	-	-
Sept.	3) 233,4	3) 35,4	3) 59,1	3) 9,0	3) 50,2	-	0,3	0,3	-	-
Okt.	226,6	35,4	59,5	8,8	50,7	-	0,3	0,3	-	-
Nov.	225,6	35,4	59,9	8,7	51,3	-	0,3	0,3	-	-
Dez.	3) 239,9	3) 35,0	3) 58,2	3) 8,7	3) 49,5	-	0,3	0,3	-	-
2002 Jan.	230,6	35,0	60,0	8,8	51,2	-	0,3	0,3	-	-
Febr.	221,4	35,0	59,9	8,8	51,1	-	0,3	0,3	-	-
März	3) 227,4	3) 38,5	3) 59,6	3) 8,8	3) 50,8	-	0,3	0,3	-	-
April	205,3	38,5	58,0	8,3	49,6	-	0,3	0,3	-	-
Mai	218,3	38,5	56,6	8,4	48,2	-	0,3	0,3	-	-
Juni	3) 217,9	3) 35,4	3) 51,2	3) 8,8	3) 42,4	-	0,3	0,3	-	-
Juli	211,3	35,4	51,8	8,8	43,0	-	0,3	0,3	-	-
Aug.	218,3	35,4	50,9	8,7	42,2	-	0,3	0,3	-	-
Sept.	3) 221,9	3) 36,2	3) 52,7	3) 8,8	3) 44,0	-	0,3	0,3	-	-
Okt.	226,4	36,2	52,1	8,6	43,5	-	0,3	0,3	-	-
Nov.	229,9	36,2	53,0	8,6	44,4	-	0,3	0,3	-	-
Dez.	3) 240,0	3) 36,2	3) 48,8	3) 8,3	3) 40,5	-	0,3	0,3	-	-
2003 Jan.	233,9	36,2	48,9	8,2	40,7	-	0,3	0,3	-	-
Febr.	236,2	36,2	49,2	8,2	41,0	-	0,3	0,3	-	-
März	239,2	34,1	48,4	8,3	40,1	-	0,3	0,3	-	-

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. — Die Ausweis-

positionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Euro-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich					
Eurosystem 2)											
186,0	126,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,4	30,5	67,7	89,1	2002 Juli 12.
194,4	134,0	60,0	-	-	0,4	0,0	0,2	30,7	67,7	89,5	19.
204,7	149,0	55,0	-	-	0,7	0,0	0,4	30,7	67,7	85,5	26.
194,0	139,0	55,0	-	-	0,0	0,0	0,4	30,5	67,7	85,6	Aug. 2.
192,1	137,0	55,0	-	-	0,0	0,0	0,4	30,6	67,6	86,0	9.
189,1	134,0	55,0	-	-	0,1	0,0	0,2	30,7	67,2	86,3	16.
189,0	134,0	55,0	-	-	0,0	0,0	0,1	30,9	67,2	85,7	23.
197,0	147,0	50,0	-	-	0,0	0,0	0,4	31,4	67,2	85,8	30.
191,0	141,0	50,0	-	-	0,0	0,0	0,2	31,5	67,2	84,2	Sept. 6.
186,1	136,0	50,0	-	-	0,0	0,0	0,2	31,5	67,2	84,7	13.
194,0	144,0	50,0	-	-	0,0	0,0	0,2	31,5	67,2	85,1	20.
194,1	149,0	45,0	-	-	0,1	0,0	0,3	31,5	67,2	85,6	27.
190,4	145,0	45,0	-	-	0,4	0,0	0,6	32,1	67,2	85,5	Okt. 4.
191,0	146,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,6	32,3	67,2	85,5	11.
187,1	142,0	45,0	-	-	0,0	0,1	0,4	32,3	67,2	85,8	18.
209,1	164,0	45,0	-	-	0,0	0,1	0,2	32,1	67,2	86,0	25.
190,1	145,0	45,0	-	-	0,1	0,0	0,4	32,3	67,2	88,4	Nov. 1.
189,0	144,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,4	32,6	67,2	87,1	8.
183,1	138,0	45,0	-	-	0,1	0,0	0,4	32,7	67,2	87,6	15.
196,3	150,0	45,0	-	-	1,2	0,0	0,2	33,1	67,2	89,1	22.
206,1	161,0	45,0	-	-	0,1	0,0	0,3	33,2	67,2	89,4	29.
219,7	173,8	45,0	-	-	0,9	0,0	0,2	33,2	67,2	89,1	Dez. 6.
221,8	176,8	45,0	-	-	0,0	0,0	0,2	33,2	67,1	90,7	13.
223,8	168,5	45,0	10,0	-	0,3	0,0	0,2	33,3	67,1	92,7	20.
236,6	191,5	45,0	-	-	0,0	0,0	0,1	33,1	66,3	93,1	27.
225,1	180,0	45,0	-	-	0,0	0,1	0,1	27,8	44,5	106,0	3) 2003 Jan. 3.
219,1	174,0	45,0	-	-	0,0	0,1	0,1	27,9	44,5	106,6	10.
208,6	161,0	45,0	-	-	2,6	0,0	0,2	28,0	44,5	105,9	17.
215,3	170,0	45,0	-	-	0,3	0,0	0,2	28,5	44,5	106,9	24.
219,2	174,0	45,0	-	-	0,2	0,0	0,3	29,1	44,5	106,5	31.
214,0	169,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,3	30,7	44,4	107,7	Febr. 7.
206,2	161,0	45,0	-	-	0,1	0,0	0,3	31,7	44,4	109,4	14.
216,2	170,0	45,0	-	-	1,1	0,0	0,3	32,6	44,4	109,2	21.
223,2	178,0	45,0	-	-	0,1	0,0	0,6	33,5	44,4	107,2	28.
182,2	137,1	45,0	-	-	0,1	0,0	0,9	33,5	44,3	107,2	März 7.
270,1	225,1	45,0	-	-	0,0	0,0	0,5	36,7	44,3	107,5	14.
234,9	189,0	45,0	-	-	0,9	0,0	0,3	37,8	44,3	107,8	21.
232,0	187,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,3	38,1	44,3	107,4	28.
Deutsche Bundesbank											
115,1	77,3	37,7	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,4	2001 Mai
128,2	91,2	36,9	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,6	Juni
121,8	83,5	38,3	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,7	Juli
114,0	74,5	39,1	-	-	0,4	-	0,0	-	4,4	24,2	Aug.
111,7	70,2	40,3	-	-	1,2	-	0,0	-	4,4	22,4	Sept.
108,2	69,8	38,4	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,7	Okt.
106,8	45,0	40,4	-	21,3	0,2	-	0,0	-	4,4	18,7	Nov.
123,0	80,5	41,1	-	-	1,4	-	0,0	-	4,4	18,9	Dez.
112,3	69,5	42,8	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,6	2002 Jan.
103,7	61,7	40,4	-	-	1,6	-	0,0	-	4,4	18,1	Febr.
106,8	65,7	40,4	-	-	0,7	-	0,0	-	4,4	17,7	März
86,6	46,7	39,6	-	-	0,3	-	0,0	-	4,4	17,5	April
101,0	62,3	38,6	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	17,4	Mai
109,1	71,2	36,9	-	-	0,9	-	0,0	-	4,4	17,5	Juni
98,2	61,8	36,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	21,2	Juli
100,3	68,3	32,0	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	26,9	Aug.
104,2	72,4	31,7	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,0	Sept.
103,9	72,4	31,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	29,4	Okt.
111,1	77,0	34,0	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,8	Nov.
125,5	87,1	36,1	-	-	2,2	-	0,0	-	4,4	24,8	Dez.
124,3	87,5	36,6	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	19,8	2003 Jan.
126,3	91,6	34,7	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,7	Febr.
130,9	98,4	32,1	-	-	0,4	-	0,0	-	4,4	21,1	März

system: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank: bis Ende 2001 Ausweis jeweils für letzten Freitag im Monat, ab 2002 Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 6)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 3)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 4)										
8,6	1,2	18,8	18,8	—	6,5	63,3	—	99,1	64,3	2002 Juli 12.
8,6	1,5	20,0	20,0	—	6,5	64,5	—	99,1	64,3	19.
9,0	1,3	21,5	21,5	—	6,5	59,3	—	99,1	64,3	26.
9,4	1,4	20,4	20,4	—	6,5	59,1	—	99,1	64,3	Aug. 2.
8,6	1,3	19,7	19,7	—	6,5	59,9	—	99,1	64,3	9.
8,6	1,3	17,3	17,3	—	6,5	60,5	—	99,1	64,3	16.
9,1	1,3	18,4	18,4	—	6,5	60,0	—	99,1	64,3	23.
9,0	1,3	16,1	16,1	—	6,5	59,8	—	99,1	64,3	30.
8,7	1,3	15,1	15,1	—	6,5	60,0	—	99,1	64,3	Sept. 6.
8,6	1,3	16,6	16,6	—	6,5	60,0	—	99,1	64,3	13.
9,0	1,5	18,1	18,1	—	6,5	60,7	—	99,1	64,3	20.
8,9	1,4	17,9	17,9	—	6,5	60,5	—	99,1	64,3	27.
9,2	1,3	18,1	18,1	—	6,6	62,5	5)	106,3	64,3	Okt. 4.
8,5	1,3	18,0	18,0	—	6,6	62,6	—	106,3	64,3	11.
8,3	1,4	17,3	17,3	—	6,6	63,5	—	106,3	64,3	18.
8,4	1,6	18,8	18,8	—	6,6	63,6	—	106,3	64,3	25.
8,4	1,4	17,3	17,3	—	6,6	64,3	—	106,3	64,2	Nov. 1.
8,5	1,4	17,0	17,0	—	6,6	62,7	—	106,3	64,2	8.
8,4	1,6	17,1	17,1	—	6,6	64,7	—	106,3	64,2	15.
8,3	1,7	19,3	19,3	—	6,6	63,4	—	106,3	64,4	22.
8,6	1,3	17,3	17,3	—	6,6	62,9	—	106,3	64,4	29.
8,5	1,3	20,0	20,0	—	6,6	62,6	—	106,3	64,4	Dez. 6.
8,4	1,3	22,4	22,4	—	6,6	63,0	—	106,3	64,5	13.
9,5	1,4	20,7	20,7	—	6,6	63,7	—	106,3	64,4	20.
8,8	1,2	20,1	20,1	—	6,6	64,1	—	106,3	64,4	27.
11,6	1,1	5) 21,0	5) 21,0	—	6,3	5) 73,8	—	5) 82,8	64,3	2003 Jan. 3.
8,3	1,1	19,7	19,7	—	6,3	73,6	—	82,8	64,2	10.
8,3	1,1	17,3	17,3	—	6,3	74,0	—	82,8	64,2	17.
8,9	1,1	15,0	15,0	—	6,3	74,2	—	82,8	64,1	24.
9,4	1,1	15,8	15,8	—	6,3	73,7	—	82,8	64,1	31.
8,5	1,0	15,8	15,8	—	6,3	73,3	—	82,8	64,1	Febr. 7.
8,5	1,0	15,2	15,2	—	6,3	72,7	—	82,8	64,4	14.
8,4	1,0	14,1	14,1	—	6,3	74,5	—	82,8	63,5	21.
8,7	1,0	14,1	14,1	—	6,3	70,2	—	82,8	64,4	28.
8,7	1,1	14,8	14,8	—	6,3	69,9	—	82,8	64,4	März 7.
8,6	1,1	16,1	16,1	—	6,3	70,1	—	82,8	64,5	14.
8,4	1,1	14,7	14,7	—	6,3	70,6	—	82,8	64,5	21.
8,4	1,1	14,5	14,5	—	6,3	64,2	—	82,8	64,5	28.
Deutsche Bundesbank										
7,2	0,0	—	—	—	1,7	17,1	.	41,4	5,1	2001 Mai
6,8	0,0	—	—	—	1,8	23,2	.	5) 45,2	5,1	Juni
6,8	0,0	—	—	—	1,8	28,0	.	45,2	5,1	Juli
6,8	0,0	—	—	—	1,8	14,4	.	45,2	5,1	Aug.
6,8	0,0	1,8	1,8	—	1,7	15,3	.	5) 41,8	5,1	Sept.
6,9	0,0	3,0	3,0	—	1,7	26,8	.	41,8	5,1	Okt.
6,9	0,0	4,1	4,1	—	1,7	16,4	.	41,8	5,1	Nov.
7,3	0,0	1,4	1,4	—	1,7	47,8	.	5) 41,6	5,1	Dez.
7,1	0,0	3,3	3,3	—	1,7	30,6	11,6	41,6	5,1	2002 Jan.
7,0	0,0	3,2	3,2	—	1,7	32,6	8,2	41,6	5,1	Febr.
7,0	0,0	5) 3,0	5) 3,0	—	1,7	30,9	11,6	5) 44,8	5,1	März
7,0	0,0	2,4	2,4	—	1,7	9,1	12,9	44,8	5,1	April
7,0	0,0	1,6	1,6	—	1,7	12,7	15,7	44,8	5,1	Mai
6,9	0,0	2,3	2,3	—	1,6	20,9	16,7	5) 35,5	5,1	Juni
7,1	0,0	3,0	3,0	—	1,6	8,9	18,8	35,5	5,1	Juli
7,1	0,0	2,3	2,3	—	1,6	9,2	22,0	35,5	5,1	Aug.
7,2	0,0	2,8	2,8	—	1,6	10,2	24,1	5) 37,3	5,1	Sept.
7,1	0,0	2,4	2,4	—	1,6	10,6	26,2	37,3	5,1	Okt.
7,1	0,0	3,1	3,1	—	1,6	10,5	27,6	37,3	5,1	Nov.
7,1	0,0	1,8	1,8	—	1,6	11,1	29,1	5) 34,2	5,0	Dez.
7,8	0,0	2,2	2,2	—	1,6	17,6	29,6	34,2	5,0	2003 Jan.
7,3	0,0	2,4	2,4	—	1,6	19,1	31,9	34,2	5,0	Febr.
7,1	0,0	3,4	3,4	—	1,5	11,7	33,3	30,4	5,0	März

Begebung von Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten

Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Banknoten“ ausgewiesen. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende. 6 Für Deutsche Bundesbank: ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 2).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung					
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2002 Sept.	2 394	6 381,8	55,6	2 312,2	1 646,9	654,8	3 580,4	468,0	2 568,3	4,8	522,9	154,8	278,7
Okt.	2 373	6 399,9	57,1	2 321,2	1 663,3	648,0	3 583,0	464,4	2 575,3	4,8	522,0	157,2	281,4
Nov.	2 365	6 495,3	55,0	2 400,9	1 732,2	649,8	3 592,4	468,5	2 572,5	4,8	530,2	159,1	288,0
Dez.	2 365	6 452,3	63,5	2 381,9	1 727,4	645,6	3 556,0	450,0	2 566,9	4,7	518,7	163,8	287,1
2003 Jan.	2 355	6 420,3	55,5	2 356,7	1 707,1	638,9	3 565,0	454,2	2 565,2	4,5	523,3	161,1	281,9
Febr.	2 355	6 460,6	52,3	2 381,3	1 732,9	637,2	3 578,5	466,4	2 568,3	4,4	522,7	160,3	288,2
Kreditbanken ⁵⁾													
2003 Jan.	272	1 826,6	19,6	652,6	520,0	126,7	938,9	228,1	539,8	2,1	157,5	93,3	122,1
Febr.	272	1 827,3	19,2	633,2	498,8	128,5	953,9	245,7	541,7	2,0	154,5	93,3	127,8
Großbanken ⁶⁾													
2003 Jan.	4	1 058,5	11,2	373,6	317,1	53,4	515,0	125,8	283,7	1,3	96,4	82,5	76,2
Febr.	4	1 052,4	11,8	355,4	299,6	53,3	522,1	140,5	283,4	1,2	90,6	82,5	80,7
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2003 Jan.	186	662,3	7,3	226,8	159,1	66,1	382,4	83,5	239,5	0,8	55,4	10,0	35,6
Febr.	186	664,6	6,7	226,5	156,1	68,4	384,6	81,5	241,6	0,8	57,4	10,0	36,9
Zweigstellen ausländischer Banken													
2003 Jan.	82	105,9	1,0	52,2	43,7	7,2	41,4	18,9	16,6	0,1	5,7	0,8	10,3
Febr.	82	110,2	0,8	51,3	43,0	6,8	47,2	23,8	16,7	0,1	6,5	0,8	10,2
Landesbanken													
2003 Jan.	14	1 312,7	3,5	653,4	534,4	117,5	574,7	71,1	409,7	0,4	89,7	33,8	47,4
Febr.	14	1 339,2	2,5	681,9	564,4	115,6	573,3	66,1	412,7	0,4	89,8	33,5	47,9
Sparkassen													
2003 Jan.	510	976,7	18,5	226,8	73,6	152,5	692,4	77,5	524,9	1,3	88,3	14,7	24,3
Febr.	510	977,2	17,6	228,7	75,8	152,3	692,7	76,8	525,5	1,3	88,7	14,3	23,8
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2003 Jan.	2	196,1	1,3	123,8	87,3	36,5	54,3	11,2	24,3	0,1	18,1	10,3	6,4
Febr.	2	195,4	0,3	125,9	90,2	35,7	53,8	10,6	24,4	0,1	18,1	10,3	5,1
Kreditgenossenschaften													
2003 Jan.	1 489	554,9	11,4	144,4	67,1	76,1	376,0	48,3	289,5	0,7	37,1	5,5	17,7
Febr.	1 489	555,3	11,4	144,5	66,6	76,1	376,4	48,4	289,6	0,7	37,5	5,5	17,5
Realkreditinstitute													
2003 Jan.	26	875,9	1,1	227,2	149,9	76,3	628,6	10,9	518,8	-	98,4	1,2	17,8
Febr.	26	874,9	0,9	224,7	148,5	75,6	627,2	11,4	516,3	-	99,2	1,2	20,8
Bausparkassen													
2003 Jan.	28	163,5	0,0	36,7	25,1	11,6	117,8	1,6	105,8	.	10,4	0,4	8,6
Febr.	28	163,8	0,0	36,8	25,4	11,4	118,0	1,5	105,8	.	10,7	0,4	8,6
Banken mit Sonderaufgaben													
2003 Jan.	14	513,8	0,3	291,8	249,7	41,8	182,4	5,5	152,5	-	23,8	1,9	37,5
Febr.	14	527,7	0,3	305,7	263,3	42,1	183,0	5,9	152,4	-	24,2	1,9	36,7
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2003 Jan.	130	382,2	3,6	155,5	110,5	43,5	198,2	39,9	116,6	0,2	41,1	1,6	23,2
Febr.	130	387,9	2,4	154,5	109,3	43,6	204,4	44,9	116,5	0,2	42,4	1,6	24,9
darunter Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2003 Jan.	48	276,3	2,6	103,2	66,8	36,3	156,8	21,0	100,0	0,1	35,4	0,8	12,9
Febr.	48	277,6	1,7	103,2	66,3	36,8	157,1	21,2	99,8	0,1	35,9	0,8	14,8

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anmerkungen zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf ⁴⁾	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung ¹⁾		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos ²⁾	Spareinlagen ³⁾							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ¹⁾										
Alle Bankengruppen															
1 805,6	265,8	1 539,6	2 369,7	582,0	353,1	753,2	45,0	569,1	462,6	112,3	1 530,9	290,5	385,2	2002 Sept.	
1 817,5	246,1	1 571,1	2 380,0	581,3	355,6	760,7	43,9	570,4	464,8	111,9	1 525,7	290,3	386,4	Okt.	
1 869,8	282,5	1 587,0	2 408,9	615,0	347,1	762,0	46,5	573,1	468,1	111,7	1 534,5	291,0	391,1	Nov.	
1 858,3	229,1	1 628,9	2 405,1	609,1	337,1	761,4	33,6	586,2	480,9	111,3	1 505,3	291,7	391,9	Dez.	
1 837,8	247,4	1 590,2	2 401,1	600,9	342,9	758,8	46,2	588,3	485,1	110,3	1 506,4	294,9	380,1	2003 Jan.	
1 841,2	252,2	1 588,8	2 415,4	604,8	352,7	757,3	52,4	590,0	488,1	110,5	1 526,9	292,9	384,2	Febr.	
Kreditbanken ⁵⁾															
697,6	135,8	561,5	660,9	263,4	167,2	128,8	41,4	92,5	77,9	9,0	221,7	105,5	140,8	2003 Jan.	
689,7	137,7	551,8	667,7	263,9	172,1	128,4	46,7	93,6	79,4	9,6	220,8	102,8	146,2	Febr.	
Großbanken ⁶⁾															
429,8	96,6	333,1	326,0	114,4	114,1	74,7	39,2	22,1	20,1	0,7	159,5	67,0	76,2	2003 Jan.	
419,2	101,2	317,9	332,4	114,3	120,3	74,7	44,7	22,4	20,4	0,7	158,3	64,1	78,4	Febr.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
189,9	26,9	162,8	322,0	143,2	49,3	50,9	1,3	70,4	57,8	8,3	62,2	35,6	52,6	2003 Jan.	
190,4	25,2	165,0	322,3	143,3	48,4	50,4	1,3	71,2	59,0	8,9	62,5	35,8	53,6	Febr.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
77,9	12,3	65,6	12,9	5,9	3,8	3,2	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9	12,1	2003 Jan.	
80,1	11,2	68,9	13,0	6,3	3,4	3,3	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9	14,2	Febr.	
Landesbanken															
460,3	60,1	400,2	303,9	42,7	37,7	208,3	3,2	14,7	13,4	0,5	417,3	64,2	67,0	2003 Jan.	
468,1	65,0	403,1	307,6	43,1	40,7	208,4	3,4	14,8	13,5	0,5	433,5	64,1	65,9	Febr.	
Sparkassen															
218,9	5,8	213,2	628,1	177,7	63,6	10,5	-	303,9	243,8	72,5	44,5	44,6	40,5	2003 Jan.	
217,9	5,7	212,2	630,0	180,2	63,2	10,4	-	304,0	244,5	72,2	43,8	44,8	40,7	Febr.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
113,6	33,2	80,4	30,1	6,8	4,9	18,4	1,0	-	-	0,0	31,9	10,1	10,4	2003 Jan.	
114,0	31,1	82,8	29,6	6,1	5,1	18,4	1,7	-	-	0,0	31,7	10,0	10,2	Febr.	
Kreditgenossenschaften															
76,1	2,4	73,7	397,0	107,8	59,9	24,5	-	176,7	149,6	28,2	32,5	28,7	20,6	2003 Jan.	
74,9	1,9	72,9	398,7	108,9	60,2	24,5	-	177,2	150,2	27,9	32,6	29,0	20,0	Febr.	
Realkreditinstitute															
124,5	4,1	120,4	142,3	1,5	3,6	137,1	0,4	0,1	0,0	0,1	565,3	18,9	24,9	2003 Jan.	
126,2	6,1	120,1	142,9	1,6	3,6	137,6	0,6	0,1	0,0	0,2	561,2	19,4	25,1	Febr.	
Bausparkassen															
29,2	2,0	27,2	104,5	0,3	0,6	103,1	-	0,3	0,3	0,1	7,1	7,1	15,6	2003 Jan.	
29,2	2,0	27,2	104,8	0,2	0,7	103,5	-	0,3	0,3	0,1	6,9	7,1	15,8	Febr.	
Banken mit Sonderaufgaben															
117,5	3,9	113,6	134,3	0,9	5,4	128,1	0,2	-	-	-	186,1	15,8	60,2	2003 Jan.	
121,3	2,7	118,5	134,1	0,8	7,1	126,1	0,1	-	-	-	196,3	15,8	60,3	Febr.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾															
137,1	22,4	114,6	104,8	54,1	14,1	27,1	1,3	7,1	6,8	2,4	95,5	13,3	31,6	2003 Jan.	
140,7	21,6	119,0	107,9	57,3	13,9	26,9	1,3	7,4	7,1	2,5	92,2	13,3	33,8	Febr.	
darunter Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾															
59,2	10,1	49,0	91,8	48,2	10,3	23,8	0,4	7,1	6,8	2,4	95,5	10,4	19,5	2003 Jan.	
60,6	10,4	50,1	94,9	51,0	10,4	23,6	0,6	7,4	7,1	2,5	92,2	10,4	19,6	Febr.	

Inhaberschuldverschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken

im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt 1) 2)		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen 1)			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	zusammen	Buchkredite und Wechsel 3) 4)	börsen-fähige Geldmarkt-papiere	zu-	zusammen		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wert-papiere(n), Ausgleichs-forderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wert-papiere(n), Ausgleichs-forderungen	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)									
1993	3 826,4	3 417,8	563,2	544,2	540,8	3,4	19,0	16,8	2,2	3 263,2	2 441,8
1994	4 137,2	3 633,1	583,5	549,1	548,6	0,4	34,4	32,7	1,8	3 553,7	2 661,9
1995	4 436,9	3 936,9	615,2	584,0	583,3	0,7	31,3	30,5	0,8	3 821,7	2 785,5
1996	4 773,1	4 248,7	662,2	617,2	616,2	1,0	45,1	40,2	4,9	4 110,8	3 007,2
1997	5 058,4	4 506,2	667,8	625,8	624,8	1,0	41,9	40,1	1,9	4 390,6	3 223,4
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2001 Sept.	2 989,9	2 685,2	379,9	354,4	352,5	1,9	25,5	22,4	3,0	2 610,0	2 051,2
Okt.	2 992,5	2 687,1	376,7	350,1	348,7	1,4	26,6	23,6	3,0	2 615,8	2 058,9
Nov.	3 009,4	2 703,8	388,0	351,1	349,9	1,2	36,9	34,4	2,5	2 621,4	2 064,6
Dez.	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002 Jan.	3 011,2	2 694,8	377,4	345,5	344,6	0,9	31,8	29,8	2,1	2 633,8	2 078,2
Febr.	3 006,1	2 694,0	377,7	345,7	344,8	0,9	32,0	30,1	1,9	2 628,4	2 071,7
März	2 996,9	2 694,4	382,5	349,0	348,0	1,0	33,5	31,8	1,6	2 614,4	2 061,7
April	3 004,3	2 691,8	379,1	348,2	347,1	1,1	30,8	28,2	2,6	2 625,3	2 069,3
Mai	3 005,7	2 687,0	373,6	344,9	344,0	0,9	28,6	24,9	3,7	2 632,2	2 072,7
Juni	2 990,8	2 683,1	370,7	343,1	342,2	0,9	27,6	23,4	4,2	2 620,1	2 066,7
Juli	2 995,7	2 689,5	370,4	335,5	334,1	1,5	34,9	32,2	2,7	2 625,3	2 068,5
Aug.	2 987,3	2 679,9	356,0	331,2	329,9	1,2	24,8	22,1	2,7	2 631,4	2 073,3
Sept.	2 995,5	2 687,4	367,4	343,2	341,6	1,5	24,2	21,8	2,4	2 628,2	2 068,8
Okt.	2 997,6	2 688,8	364,2	335,7	334,2	1,5	28,5	26,1	2,4	2 633,4	2 076,6
Nov.	3 003,5	2 687,5	365,8	332,5	330,9	1,7	33,3	31,4	1,9	2 637,7	2 079,9
Dez.	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003 Jan.	3 005,1	2 690,8	371,1	329,7	328,5	1,2	41,4	38,6	2,8	2 634,0	2 076,5
Febr.	3 001,9	2 686,4	364,4	329,3	328,1	1,2	35,1	32,7	2,4	2 637,4	2 077,5
Veränderungen *)											
1994	+ 320,5	+ 244,0	+ 13,2	+ 7,0	+ 9,9	- 2,9	+ 6,2	+ 6,6	- 0,4	+ 307,2	+ 249,1
1995	+ 312,8	+ 311,9	+ 35,9	+ 37,9	+ 37,7	+ 0,2	- 1,9	- 1,0	- 1,0	+ 276,9	+ 185,1
1996	+ 336,3	+ 312,9	+ 44,3	+ 32,6	+ 32,2	+ 0,4	+ 11,7	+ 7,4	+ 4,3	+ 292,0	+ 221,5
1997	+ 285,2	+ 256,9	+ 2,7	+ 5,9	+ 5,9	+ 0,0	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 282,5	+ 219,9
1998	+ 335,3	+ 285,5	+ 51,7	+ 50,6	+ 51,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,6	+ 2,7	+ 283,6	+ 258,3
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2001 Sept.	- 6,3	+ 7,8	+ 7,1	+ 7,7	+ 7,1	+ 0,5	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 13,4	- 1,2
Okt.	+ 2,4	+ 1,5	- 3,8	- 5,0	- 4,5	- 0,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	+ 6,2	+ 8,1
Nov.	+ 16,1	+ 15,8	+ 10,8	+ 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 10,3	+ 10,8	- 0,5	+ 5,3	+ 5,2
Dez.	+ 5,8	+ 1,3	+ 0,5	+ 6,2	+ 5,9	+ 0,3	- 5,7	- 6,2	+ 0,4	+ 5,4	+ 5,9
2002 Jan.	- 3,4	- 10,2	- 11,3	- 11,9	- 11,4	- 0,6	+ 0,7	+ 1,6	- 0,9	+ 7,9	+ 8,1
Febr.	- 4,9	- 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 5,4	- 6,5
März	- 8,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,2	- 13,5	- 9,7
April	+ 8,1	- 2,4	- 3,4	- 0,8	- 0,8	+ 0,1	- 2,6	- 3,6	+ 1,0	+ 11,5	+ 8,2
Mai	+ 2,2	- 4,1	- 5,1	- 2,9	- 2,8	- 0,2	- 2,2	- 3,3	+ 1,1	+ 7,4	+ 3,7
Juni	- 19,0	- 8,0	- 3,3	- 2,3	- 2,3	+ 0,0	- 1,0	- 1,5	+ 0,5	- 15,6	- 9,6
Juli	+ 5,1	+ 6,5	- 0,3	- 7,6	- 8,1	+ 0,5	+ 7,3	+ 8,8	- 1,5	+ 5,5	+ 2,1
Aug.	- 8,4	+ 9,6	- 14,4	- 4,4	- 4,1	- 0,2	- 10,0	- 10,1	+ 0,0	+ 6,1	+ 4,0
Sept.	+ 7,9	+ 7,2	+ 11,2	+ 11,8	+ 11,5	+ 0,3	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 3,3	- 3,9
Okt.	+ 2,0	+ 1,4	- 3,2	- 7,5	- 7,5	- 0,0	+ 4,3	+ 4,3	+ 0,0	+ 5,2	+ 7,7
Nov.	+ 6,0	+ 1,3	+ 1,4	- 3,4	- 3,5	+ 0,1	+ 4,8	+ 5,2	- 0,5	+ 4,5	+ 3,5
Dez.	- 6,3	+ 1,6	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,5	- 5,9	- 0,3
2003 Jan.	+ 7,9	+ 1,7	+ 5,7	- 2,2	- 2,4	+ 0,2	+ 7,9	+ 7,5	+ 0,4	+ 2,2	- 3,6
Febr.	- 3,3	- 4,4	- 6,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 6,3	- 5,9	- 0,4	+ 3,5	+ 1,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders anmerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 9. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringere Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab Dezember 1993 einschl.

IV. Banken

Kredite 2) 6)												Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)							
Buchkredite			Wertpapiere 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)	zu- sammen	Buchkredite			Wertpapiere 6) 10)	Ausgleichsfor- derungen 11)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)	
zu- sammen	mittel- fristig 7)	lang- fristig 8)				zu- sammen	mittel- fristig 7)	lang- fristig 8)				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2 241,5	253,9	1 987,5	134,2	66,1	821,4	537,1	36,8	500,3	193,5	75,3	15,5	1993
2 390,4	228,3	2 162,0	203,2	68,3	891,8	577,0	34,5	542,5	230,5	68,1	16,1	1994
2 522,0	214,1	2 307,9	192,9	70,6	1 036,2	713,0	74,5	638,4	234,4	71,3	17,5	1995
2 713,3	215,8	2 497,5	205,9	88,0	1 103,6	773,0	69,5	703,6	231,3	81,3	18,0	1996
2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002
1 866,1	190,0	1 676,1	185,1	49,2	558,8	444,1	25,7	418,4	110,7	4,0	8,2	2001 Sept.
1 870,9	189,8	1 681,1	188,0	49,1	556,9	443,9	25,5	418,4	109,0	4,0	8,1	Okt.
1 876,6	190,0	1 686,6	188,0	48,8	556,8	442,9	25,6	417,3	110,0	4,0	8,1	Nov.
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	Dez.
1 880,9	189,1	1 691,8	197,3	48,7	555,7	439,6	26,7	412,9	112,2	3,9	8,0	2002 Jan.
1 882,5	189,3	1 693,3	189,1	48,5	556,8	436,6	26,1	410,5	116,2	3,9	8,0	Febr.
1 882,3	189,4	1 692,9	179,4	48,2	552,7	432,2	25,6	406,6	116,5	3,9	7,9	März
1 884,5	189,8	1 694,7	184,8	48,2	556,0	431,9	26,2	405,7	120,1	3,9	7,9	April
1 888,0	189,9	1 698,1	184,7	48,1	559,5	430,1	26,3	403,8	125,5	3,9	7,9	Mai
1 891,0	191,2	1 699,9	175,6	47,6	553,4	426,4	24,4	402,0	123,0	3,9	7,8	Juni
1 897,5	191,7	1 705,8	171,0	47,5	556,8	425,8	24,5	401,3	128,0	3,0	7,7	Juli
1 901,6	192,3	1 709,3	171,6	47,5	558,1	426,2	24,7	401,5	128,9	3,0	7,7	Aug.
1 900,6	192,1	1 708,6	168,2	47,3	559,3	423,3	24,6	398,7	133,1	3,0	7,7	Sept.
1 906,5	193,8	1 712,6	170,1	47,5	556,8	422,1	24,7	397,4	131,8	3,0	7,6	Okt.
1 907,6	192,5	1 715,1	172,4	47,3	557,8	417,7	25,5	392,2	137,1	3,0	7,7	Nov.
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	Dez.
1 909,4	194,8	1 714,6	167,1	47,0	557,4	414,2	30,0	384,2	140,3	3,0	7,7	2003 Jan.
1 911,1	194,0	1 717,1	166,5	47,1	559,9	414,4	31,5	382,9	142,5	3,0	7,7	Febr.
Veränderungen *)												
+ 198,7	- 29,2	+ 227,9	+ 48,5	+ 1,9	+ 58,2	+ 26,2	- 2,4	+ 28,5	+ 38,3	- 6,9	+ 0,7	1994
+ 176,0	- 1,9	+ 177,9	+ 3,3	+ 5,9	+ 91,8	+ 91,8	+ 15,3	+ 76,6	- 0,4	- 1,2	+ 1,5	1995
+ 204,4	+ 1,6	+ 202,8	+ 14,0	+ 3,1	+ 70,4	+ 65,7	- 5,5	+ 71,2	- 3,3	+ 8,0	+ 0,1	1996
+ 189,0	+ 0,3	+ 188,7	+ 29,5	+ 1,4	+ 62,6	+ 60,6	- 18,0	+ 78,6	+ 7,0	- 5,3	+ 0,2	1997
+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002
+ 3,4	+ 0,3	+ 3,1	- 4,6	- 0,1	- 12,2	- 2,1	- 0,8	- 1,3	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	2001 Sept.
+ 5,1	+ 0,1	+ 5,0	+ 2,9	- 0,1	- 1,9	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0	- 0,0	Okt.
+ 5,3	- 0,1	+ 5,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,1	- 1,1	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,0	Nov.
+ 4,1	+ 1,2	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,1	- 2,7	+ 2,0	+ 0,0	- 0,1	Dez.
+ 0,3	- 2,1	+ 2,4	+ 7,8	- 0,3	- 0,3	- 0,7	+ 1,0	- 1,7	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	2002 Jan.
+ 1,7	+ 0,2	+ 1,5	- 8,1	- 0,2	+ 1,1	- 3,0	- 0,6	- 2,4	+ 4,1	- 0,0	- 0,0	Febr.
+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	- 9,8	- 0,2	- 3,9	- 4,4	- 0,5	- 3,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	März
+ 2,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 5,8	- 0,1	+ 3,3	- 0,3	+ 0,6	- 0,9	+ 3,6	+ 0,0	- 0,0	April
+ 3,8	+ 0,2	+ 3,6	- 0,0	- 0,0	+ 3,6	- 1,9	+ 0,0	- 1,9	+ 5,5	+ 0,0	- 0,0	Mai
- 0,5	- 1,9	+ 1,4	- 9,0	- 0,5	- 6,1	- 3,6	- 1,8	- 1,8	- 2,4	- 0,0	- 0,1	Juni
+ 6,4	+ 0,5	+ 5,9	- 4,4	- 0,1	+ 3,4	- 0,7	+ 0,0	- 0,7	+ 5,0	- 1,0	- 0,1	Juli
+ 4,1	+ 0,6	+ 3,5	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,0	- 0,0	Aug.
- 1,0	- 0,3	- 0,7	- 2,8	- 0,2	+ 0,6	- 2,9	- 0,1	- 2,8	+ 3,5	+ 0,0	- 0,0	Sept.
+ 5,8	+ 1,8	+ 4,1	+ 1,9	+ 0,2	- 2,5	- 1,2	+ 0,1	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 0,0	Okt.
+ 1,3	- 2,8	+ 4,1	+ 2,3	- 0,1	+ 1,0	- 4,3	+ 0,0	- 4,4	+ 5,4	+ 0,0	+ 0,0	Nov.
+ 2,2	+ 1,0	+ 1,3	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 0,6	+ 1,9	- 2,5	- 5,1	- 0,0	- 0,1	Dez.
- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 3,2	- 0,2	+ 5,8	- 2,9	+ 0,3	- 3,3	+ 8,7	- 0,0	+ 0,2	2003 Jan.
+ 1,7	- 0,7	+ 2,4	- 0,7	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,2	+ 1,5	- 1,3	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	Febr.

sonstiger börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 6 Ab 1999 Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von

4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren. — 9 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 10 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 11. — 11 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe) 5)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbständige 6)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					zusammen	Ratenkredite 7)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
663,1	154,1	42,8	168,3	449,4	73,9	871,4	655,7	215,7	105,7	23,6	13,7	3,6	1999	
700,8	162,3	46,8	183,1	459,0	75,0	905,5	683,0	222,6	108,6	24,3	14,0	3,7	2000	
723,3	169,4	50,3	194,3	458,6	74,7	926,7	704,3	222,4	110,7	22,9	14,1	3,5	2001 Dez.	
719,7	168,9	49,2	195,6	455,5	75,1	925,4	706,4	219,0	109,5	22,3	13,8	3,5	2002 März	
720,9	169,4	48,8	197,9	456,1	74,7	932,5	710,8	221,7	112,3	22,7	14,1	3,5	Juni	
721,9	171,1	47,8	199,8	453,5	74,0	942,1	716,4	225,8	114,6	23,9	14,5	3,4	Sept.	
729,2	165,0	50,2	207,2	451,8	72,4	949,5	725,1	224,3	114,3	23,0	14,4	3,5	Dez.	
Kurzfristige Kredite														
112,2	18,6	17,1	27,5	55,9	15,6	51,1	5,7	45,4	2,5	23,6	1,3	0,0	1999	
122,1	19,6	18,1	30,0	57,1	16,2	52,6	5,2	47,4	2,3	24,3	1,2	0,0	2000	
130,1	21,6	20,4	34,1	56,0	15,8	50,3	5,3	45,0	2,8	22,9	1,4	0,0	2001 Dez.	
123,8	20,8	18,2	33,3	54,9	16,5	47,9	5,0	42,9	2,5	22,3	1,1	0,0	2002 März	
122,6	20,8	18,2	32,5	54,8	16,3	48,2	4,9	43,2	2,5	22,7	1,3	0,0	Juni	
121,0	20,9	17,3	33,0	53,8	16,1	49,2	5,0	44,2	2,5	23,9	1,7	0,0	Sept.	
123,3	19,8	19,1	34,7	53,8	14,8	48,5	5,2	43,3	2,4	23,0	1,7	0,0	Dez.	
Mittelfristige Kredite 8)														
57,0	7,1	4,0	12,3	33,3	5,6	72,7	29,2	43,5	31,0	-	0,7	0,1	1999	
61,4	6,8	6,3	13,6	33,1	5,5	72,2	26,4	45,8	33,0	-	0,6	0,1	2000	
61,9	6,7	6,5	14,7	31,2	5,3	70,5	25,0	45,4	33,4	-	0,6	0,1	2001 Dez.	
62,2	6,7	7,2	14,9	30,7	5,1	68,9	24,5	44,4	32,7	-	0,6	0,1	2002 März	
63,2	6,7	6,9	15,4	31,6	5,0	69,7	24,2	45,5	34,1	-	0,6	0,1	Juni	
62,6	6,6	6,6	15,9	31,3	4,9	70,5	24,1	46,4	35,0	-	0,6	0,1	Sept.	
63,2	6,2	7,2	16,7	31,2	4,8	71,1	24,7	46,4	35,3	-	0,5	0,1	Dez.	
Langfristige Kredite 1) 9)														
493,9	128,5	21,8	128,5	360,1	52,7	747,5	620,8	126,7	72,2	-	11,7	3,5	1999	
517,3	135,9	22,5	139,5	368,7	53,2	780,8	651,4	129,4	73,3	-	12,2	3,6	2000	
531,3	141,1	23,4	145,6	371,3	53,7	806,0	674,0	132,0	74,4	-	12,1	3,5	2001 Dez.	
533,7	141,4	23,8	147,4	369,8	53,4	808,6	676,9	131,7	74,4	-	12,1	3,4	2002 März	
535,1	142,0	23,6	150,0	369,6	53,4	814,7	681,7	132,9	75,7	-	12,2	3,4	Juni	
538,3	143,5	24,0	150,9	368,3	53,0	822,4	687,3	135,1	77,0	-	12,2	3,4	Sept.	
542,8	139,0	24,0	155,8	366,8	52,8	829,8	695,3	134,6	76,6	-	12,1	3,4	Dez.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
- 4,2	- 0,5	- 0,8	+ 1,1	- 2,7	+ 0,3	- 1,3	+ 1,7	- 3,0	- 1,0	- 0,5	- 0,2	- 0,0	2002 1.Vj.	
+ 1,0	+ 0,6	- 0,5	+ 2,3	- 0,7	- 0,3	+ 6,3	+ 4,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	2.Vj.	
+ 1,0	+ 1,3	- 0,2	+ 2,2	- 2,1	- 0,7	+ 9,6	+ 6,4	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,4	- 0,0	3.Vj.	
+ 6,1	- 2,2	+ 2,4	+ 4,8	- 1,5	- 1,7	+ 7,3	+ 7,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 7,0	- 0,7	- 2,2	- 0,8	- 1,1	+ 0,7	- 2,3	- 0,3	- 2,1	- 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	2002 1.Vj.	
- 1,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,0	2.Vj.	
- 1,6	+ 0,1	- 1,0	+ 0,5	- 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,0	3.Vj.	
+ 2,2	- 1,2	+ 1,8	+ 1,6	- 0,1	- 1,3	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
Mittelfristige Kredite 8)														
+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 0,2	- 0,5	- 0,1	- 1,6	- 0,5	- 1,0	- 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	2002 1.Vj.	
+ 0,5	- 0,0	- 0,4	+ 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.	
- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,8	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0	-	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
- 0,0	- 0,4	+ 0,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
Langfristige Kredite 1) 9)														
+ 2,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,7	- 1,1	- 0,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	2002 1.Vj.	
+ 1,6	+ 0,6	- 0,2	+ 2,5	- 0,4	- 0,0	+ 6,3	+ 4,6	+ 1,7	+ 1,3	-	+ 0,1	- 0,0	2.Vj.	
+ 3,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,4	- 1,0	- 0,3	+ 7,8	+ 6,4	+ 1,4	+ 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 4,0	- 0,6	+ 0,0	+ 2,7	- 1,0	- 0,3	+ 8,1	+ 7,1	+ 1,0	+ 0,4	-	- 0,1	+ 0,0	4.Vj.	

Kreditinstitute (mit Ausnahme der Bausparkassen), ab 1999: ohne Banken (MFIs) und ohne Institutionen für Finanzierungsleasing; s. a. Anm. 5. — 5 Ab 1999 einschl. Institutionen für Finanzierungsleasing. — 6 Ab 1999 einschl. Einzelkaufleute; bis Dezember 1998 wurden Einzelkaufleute den Unternehmen zugeordnet. — 7 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für

den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt werden sind. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 9 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige	sonstige Privat-personen			zu-sammen	Selb-ständige	wirt-schaftlich Unselb-ständige	sonstige Privat-personen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2000	1 161,5	268,7	259,3	47,7	176,0	35,6	9,4	244,6	225,5	34,9	168,9	21,7	
2001	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2002	1 271,6	364,5	352,8	61,3	241,4	50,0	11,7	257,9	238,3	35,2	180,5	22,6	
2002 Sept.	1 234,3	347,1	335,6	58,7	229,3	47,6	11,5	254,2	235,2	35,0	177,5	22,8	
Okt.	1 237,9	348,6	337,4	60,5	229,1	47,7	11,2	255,2	235,9	35,3	177,8	22,9	
Nov.	1 260,0	369,7	358,6	63,6	244,5	50,4	11,1	253,7	235,1	34,9	177,2	23,0	
Dez.	1 271,6	364,5	352,8	61,3	241,4	50,0	11,7	257,9	238,3	35,2	180,5	22,6	
2003 Jan.	1 274,5	366,4	354,6	62,9	241,1	50,6	11,8	257,8	238,6	35,5	180,5	22,6	
Febr.	1 281,2	372,8	360,5	63,6	245,0	51,9	12,2	256,2	237,2	35,1	179,9	22,2	
Veränderungen *)													
2001	+ 81,3	+ 61,7	+ 60,8	+ 8,1	+ 45,0	+ 7,8	+ 0,8	+ 18,8	+ 17,4	+ 1,4	+ 13,5	+ 2,5	
2002	+ 29,2	+ 34,5	+ 33,1	+ 5,6	+ 22,4	+ 5,1	+ 1,5	- 5,5	- 4,2	- 1,0	- 1,1	- 2,1	
2002 Sept.	- 0,8	+ 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	- 1,1	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	
Okt.	+ 3,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	
Nov.	+ 22,1	+ 21,1	+ 21,2	+ 3,1	+ 15,5	+ 2,7	- 0,1	- 1,5	- 0,8	- 0,4	- 0,6	+ 0,2	
Dez.	+ 11,6	- 5,3	- 5,8	- 2,3	- 3,1	- 0,4	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,2	+ 0,3	+ 3,3	- 0,5	
2003 Jan.	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	
Febr.	+ 6,1	+ 6,4	+ 6,0	+ 0,7	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,4	- 1,6	- 1,4	- 0,4	- 0,6	- 0,4	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2000	149,1	67,6	2,1	22,6	42,8	0,0	12,5	20,3	3,1	2,1	15,0	0,1	23,3		
2001	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2002	113,9	45,6	0,9	3,6	41,1	0,0	13,5	18,9	2,5	1,4	14,9	0,1	22,6		
2002 Sept.	114,3	46,7	0,6	4,2	41,9	0,0	12,6	21,3	2,8	3,7	14,7	0,1	22,7		
Okt.	109,7	46,8	1,1	3,7	41,9	0,1	12,7	19,6	2,5	2,3	14,7	0,1	22,7		
Nov.	109,6	46,3	0,6	3,6	42,0	0,1	12,7	18,1	2,0	1,3	14,8	0,1	22,7		
Dez.	113,9	45,6	0,9	3,6	41,1	0,0	13,5	18,9	2,5	1,4	14,9	0,1	22,6		
2003 Jan.	109,2	45,2	0,9	2,9	41,4	0,0	13,4	18,8	2,3	1,9	14,5	0,1	22,7		
Febr.	111,1	45,1	0,6	3,1	41,3	0,0	13,3	20,4	3,1	2,8	14,4	0,1	22,7		
Veränderungen *)															
2001	- 26,4	- 20,4	- 0,4	- 19,9	- 0,1	- 0,0	+ 0,5	- 1,2	- 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	+ 0,1		
2002	- 8,6	- 1,3	- 0,6	+ 0,9	- 1,6	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,6		
2002 Sept.	- 1,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 1,8	- 1,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Okt.	- 4,6	+ 0,1	+ 0,5	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 1,6	- 0,3	- 1,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0		
Nov.	- 0,1	- 0,5	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	-	- 0,0	- 1,5	- 0,5	- 1,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Dez.	+ 4,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,0	- 0,9	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1		
2003 Jan.	- 4,7	- 0,4	- 0,0	- 0,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,5	- 0,4	+ 0,0	+ 0,1		
Febr.	+ 1,9	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	- 0,0		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:								bis 2 Jahre	über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
19,2	123,6	121,1	5,1	116,0	565,5	555,8	9,7	82,7	0,2	10,4	-	2000	
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	2001	
19,6	128,3	129,6	6,3	123,3	568,8	559,9	8,9	80,4	0,2	10,8	-	2002	
19,0	128,9	125,4	6,2	119,2	551,9	542,9	9,1	81,0	0,2	10,7	-	2002 Sept.	
19,3	129,7	125,5	6,2	119,3	553,4	544,4	9,0	80,8	0,2	10,8	-	Okt.	
18,6	127,5	126,2	6,3	119,9	556,1	547,3	8,8	80,4	0,2	10,8	-	Nov.	
19,6	128,3	129,6	6,3	123,3	568,8	559,9	8,9	80,4	0,2	10,8	-	Dez.	
19,2	127,8	130,0	6,2	123,8	571,0	562,0	9,0	79,3	0,2	10,6	-	2003 Jan.	
19,0	125,8	130,5	6,2	124,3	572,8	563,7	9,1	79,4	0,2	11,3	-	Febr.	
Veränderungen *)													
+ 1,4	+ 15,8	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	- 1,6	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	2001	
- 1,3	- 10,9	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 0,9	+ 1,3	- 0,5	- 0,7	- 0,0	+ 0,3	-	2002	
- 0,9	- 1,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	-	2002 Sept.	
+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,5	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	-	Okt.	
- 0,7	- 2,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 2,8	+ 3,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	-	Nov.	
+ 1,0	+ 0,8	+ 3,4	+ 0,1	+ 3,4	+ 12,6	+ 12,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	-	Dez.	
- 0,4	- 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,0	- 1,1	+ 0,0	- 0,2	-	2003 Jan.	
- 0,2	- 2,0	+ 0,5	- 0,0	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	-	Febr.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
30,2	8,9	15,7	2,0	3,6	0,1	31,1	2,5	21,7	5,7	1,2	0,1	2000
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	2001
27,6	10,5	12,2	2,0	3,0	0,2	21,7	2,7	13,7	4,5	0,9	0,1	2002
25,2	8,0	12,4	1,9	2,9	0,2	21,1	2,2	13,4	4,5	1,0	0,1	2002 Sept.
24,3	8,0	11,5	1,9	2,9	0,2	18,9	2,2	11,4	4,5	0,9	0,1	Okt.
25,2	8,6	11,9	1,9	2,9	0,2	19,9	2,5	12,3	4,3	0,9	0,1	Nov.
27,6	10,5	12,2	2,0	3,0	0,2	21,7	2,7	13,7	4,5	0,9	0,1	Dez.
24,0	7,9	11,2	2,0	2,9	0,2	21,1	2,4	13,4	4,5	0,8	0,1	2003 Jan.
25,2	9,1	11,2	2,0	3,0	0,2	20,3	2,4	12,9	4,2	0,8	0,1	Febr.
Veränderungen *)												
- 2,4	+ 0,2	- 2,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 2,4	+ 0,2	- 2,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	2001
+ 0,0	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 7,0	- 0,0	- 5,7	- 1,0	- 0,3	- 0,0	2002
- 1,7	- 0,7	- 1,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 1,6	- 0,2	- 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	2002 Sept.
- 0,9	+ 0,0	- 0,9	- 0,0	- 0,0	-	- 2,2	+ 0,0	- 2,0	- 0,0	- 0,2	-	Okt.
+ 0,9	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,9	- 0,2	- 0,0	-	Nov.
+ 2,4	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	Dez.
- 3,6	- 2,6	- 0,9	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	-	2003 Jan.
+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,8	+ 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,0	-	Febr.

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an				
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken	
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2000	585,2	573,5	450,5	309,0	123,0	104,4	11,7	8,3	19,3	115,9	109,0	94,4	6,8	
2001	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	19,9	112,8	106,0	87,2	6,8	
2002	586,2	575,3	472,8	343,5	102,4	88,5	10,9	8,1	17,6	111,3	104,4	86,3	6,9	
2002 Okt.	570,4	559,7	456,9	331,1	102,8	89,1	10,7	7,8	0,5	111,9	105,0	86,9	6,9	
Nov.	573,1	562,4	460,2	334,4	102,2	88,5	10,7	7,9	0,5	111,7	104,7	86,7	6,9	
Dez.	586,2	575,3	472,8	343,5	102,4	88,5	10,9	8,1	12,2	111,3	104,4	86,3	6,9	
2003 Jan.	588,3	577,4	477,0	346,6	100,4	87,6	10,9	8,1	1,0	110,3	103,5	85,6	6,8	
Febr.	590,0	579,2	479,9	349,3	99,3	86,5	10,8	8,1	0,5	110,5	103,7	86,1	6,8	
Veränderungen *)														
2001	+ 1,3	+ 1,1	+ 11,4	+ 15,5	- 10,4	- 7,2	+ 0,3	+ 0,5	.	- 2,9	- 2,9	- 7,1	- 0,0	
2002	- 0,3	+ 0,8	+ 11,0	+ 16,4	- 10,2	- 8,7	- 1,1	- 0,7	.	- 1,5	- 1,6	- 0,9	+ 0,1	
2002 Okt.	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,6	- 0,8	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	.	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,1	
Nov.	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,4	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,0	.	- 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	
Dez.	+ 13,0	+ 12,8	+ 12,6	+ 9,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	.	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,1	
2003 Jan.	+ 2,1	+ 2,1	+ 4,1	+ 3,0	- 2,0	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	.	- 1,0	- 0,9	- 0,7	- 0,0	
Febr.	+ 1,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,7	- 1,2	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	.	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,0	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)			Nachrangig begebene		
	darunter:								darunter mit Laufzeit:			börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
	ins- gesamt 1)	variabel verzins- liche Anlei- hen 2)	Null- Kupon- Anlei- hen 2) 3)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 4) 5)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit:			ins- gesamt	bis 1 Jahr einschl. 1)	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl. 1)			über 2 Jahre 1)
						bis 1 Jahr einschl. 1)	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl. 1)	über 2 Jahre 1)						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2000	1 412,5	283,1	22,1	128,2	19,7	87,9	62,7	1 261,9	2,7	0,4	1,0	1,3	38,3	2,4
2001	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2002	1 462,9	339,2	16,1	159,5	34,7	62,3	120,1	1 280,5	9,9	7,8	0,7	1,3	42,4	2,3
2002 Okt.	1 482,3	341,7	18,0	164,9	32,6	65,2	115,8	1 301,2	9,3	7,1	0,8	1,4	43,4	2,4
Nov.	1 491,4	341,2	18,2	166,4	34,3	71,5	118,1	1 301,8	10,0	7,9	0,7	1,4	43,2	2,4
Dez.	1 462,9	339,2	16,1	159,5	34,7	62,3	120,1	1 280,5	9,9	7,8	0,7	1,3	42,4	2,3
2003 Jan.	1 463,7	334,4	17,8	163,7	39,3	68,9	115,9	1 278,9	9,8	7,8	0,7	1,3	42,7	2,2
Febr.	1 486,9	332,2	21,7	174,5	47,7	89,8	115,0	1 282,1	2,1	0,2	0,7	1,3	40,0	2,8
Veränderungen *)														
2001	+ 56,2	+ 33,3	- 5,5	+ 15,9	- 2,1	- 41,4	+ 61,7	+ 35,9	+ 3,2	+ 3,4	- 0,1	- 0,1	+ 5,0	± 0,0
2002	+ 9,1	+ 6,3	- 4,5	+ 12,1	+ 16,2	+ 14,2	+ 4,6	- 9,7	+ 4,8	+ 4,9	- 0,3	+ 0,2	- 1,9	- 0,1
2002 Okt.	- 4,6	- 4,8	- 1,3	+ 4,9	+ 0,8	+ 2,9	- 3,1	- 4,4	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0
Nov.	+ 9,1	- 0,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 6,3	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,0
Dez.	- 28,4	- 1,9	+ 2,1	- 6,9	+ 0,3	- 9,1	+ 2,0	- 21,3	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,8	- 0,0
2003 Jan.	+ 0,8	- 4,8	+ 1,7	+ 4,2	+ 4,6	+ 6,5	- 4,2	- 1,5	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,4	- 0,2
Febr.	+ 15,6	- 2,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 7,3	+ 13,3	- 0,9	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 2,2	+ 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Abgänge im Juni 2002 durch Übergang auf Nettoausweis des Umlaufs (d. h. Abzug der eigenen Schuldverschreibungen). Der statistische Bruch ist in den Veränderungen ausgeschaltet. — 2 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 3 Emissionswert bei Auflegung. — 4 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 5 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 3.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offene Rückla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2002	28	163,8	25,2	0,2	11,7	40,8	58,6	7,9	10,4	0,4	29,5	100,8	3,5	6,9	7,1	79,6
2002 Dez.	28	163,8	25,2	0,2	11,7	40,8	58,6	7,9	10,4	0,4	29,5	100,8	3,5	6,9	7,1	9,5
2003 Jan.	28	163,5	25,0	0,2	11,6	40,7	58,8	7,9	10,4	0,4	28,9	101,0	3,4	7,1	7,1	7,3
Febr.	28	163,8	25,3	0,2	11,4	40,2	59,1	8,0	10,7	0,4	28,8	101,4	3,4	6,9	7,1	7,4
Private Bausparkassen																
2002 Dez.	17	117,5	19,8	0,1	6,4	26,4	41,7	7,3	7,7	0,3	21,0	68,5	3,3	6,9	4,6	6,0
2003 Jan.	17	117,3	19,6	0,1	6,3	26,3	41,8	7,3	7,6	0,3	20,7	68,6	3,3	7,1	4,6	4,6
Febr.	17	117,3	19,7	0,1	6,2	25,9	42,1	7,3	7,9	0,3	20,7	68,8	3,3	6,9	4,6	4,6
Öffentliche Bausparkassen																
2002 Dez.	11	46,3	5,5	0,1	5,3	14,5	16,9	0,6	2,7	0,1	8,5	32,3	0,1	-	2,5	3,5
2003 Jan.	11	46,2	5,3	0,1	5,3	14,4	16,9	0,6	2,8	0,1	8,1	32,5	0,2	-	2,5	2,7
Febr.	11	46,5	5,6	0,1	5,2	14,3	17,0	0,6	2,9	0,1	8,2	32,6	0,1	-	2,5	2,7

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gange Woh- nungs- bau- prä- mien 12)	
	einge- zahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter zur Ab- lö- sung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lun- gen			
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)						zu- sam- men		darunter zur Ab- lö- sung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en
Alle Bausparkassen																
2002	22,9	2,7	4,3	44,0	29,4	40,6	17,2	3,8	9,3	3,1	14,2	10,9	7,8	14,2	11,2	0,5
2002 Dez.	2,5	2,4	0,4	3,7	2,3	3,5	1,3	0,3	0,7	0,2	1,5	10,9	7,8	1,3	3,0	0,0
2003 Jan.	2,1	0,0	0,4	3,8	2,5	3,4	1,5	0,3	0,7	0,3	1,2	10,9	7,8	1,1	0,1	0,1
Febr.	2,1	0,0	0,4	3,5	2,4	2,9	1,2	0,3	0,6	0,2	1,1	11,1	8,0	1,2	0,1	0,1
Private Bausparkassen																
2002 Dez.	1,6	1,6	0,2	2,5	1,4	2,4	0,9	0,2	0,4	0,2	1,1	6,5	4,0	0,9	1,9	0,0
2003 Jan.	1,4	0,0	0,3	2,7	1,7	2,4	1,1	0,3	0,5	0,2	0,9	6,5	4,0	0,7	0,0	0,0
Febr.	1,3	0,0	0,3	2,4	1,5	2,1	0,8	0,2	0,4	0,2	0,9	6,7	4,1	0,8	0,0	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2002 Dez.	0,8	0,8	0,2	1,2	0,9	1,1	0,5	0,1	0,3	0,1	0,4	4,4	3,8	0,4	1,1	0,0
2003 Jan.	0,7	-	0,2	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,3	4,4	3,8	0,4	0,0	0,0
Febr.	0,7	0,0	0,2	1,1	0,9	0,8	0,4	0,1	0,2	0,1	0,2	4,5	3,9	0,4	0,0	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeleiteten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unters- schreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs- periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Ist-Reserve 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unters- schreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2002 Juni	6 560,9	131,2	0,6	130,7	131,3	0,6	0,0
Juli	6 490,8	129,8	0,6	129,3	129,7	0,5	0,0
Aug.	6 477,9	129,6	0,6	129,0	129,5	0,5	0,0
Sept.	6 411,9	128,2	0,6	127,7	128,2	0,5	0,0
Okt.	6 460,4	129,2	0,6	128,7	129,2	0,5	0,0
Nov.	6 466,2	129,3	0,5	128,8	129,4	0,6	0,0
Dez.	6 569,9	131,4	0,5	130,9	131,4	0,6	0,0
2003 Jan. r)	6 546,4	130,9	0,5	130,4	131,0	0,6	0,0
Febr. p)	6 474,5	129,5	0,6	128,9	129,5	0,6	0,0
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2002 Juni	1 899 951	37 999	242	37 757	38 040	282	1
Juli	1 896 682	37 934	238	37 696	37 867	171	4
Aug.	1 892 420	37 848	234	37 614	37 823	209	2
Sept.	1 879 343	37 587	232	37 354	37 545	190	1
Okt.	1 894 298	37 886	232	37 654	37 895	240	5
Nov.	1 887 201	37 744	231	37 513	37 727	214	38
Dez.	1 929 396	38 588	231	38 356	38 574	217	2
2003 Jan.	1 911 863	38 237	230	38 007	38 280	273	3
Febr. p)	1 891 376	37 828	230	37 597	37 876	279	4

1 Die Mindestreserveerfüllungsperiode des ESZB-Mindestreservesystems beginnt am 24. eines jeden Monats und endet am 23. des Folgemonats (Dauer der ersten Mindestreserveerfüllungsperiode vom 1. Januar 1999 bis 23. Februar 1999). — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. —

4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute, die Reserveguthaben unterhalten müssen, auf Reservekonten bei der jeweiligen nationalen Zentralbank. — 6 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.			
Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungs- geschäfte 1)	Spitzenrefinanzierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50
4. Jan.	2,75	3,00	3,25
22. Jan.	2,00	3,00	4,50
9. April	1,50	2,50	3,50
5. Nov.	2,00	3,00	4,00
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25
17. März	2,50	3,50	4,50
28. April	2,75	3,75	4,75
9. Juni	3,25	4,25	5,25
1. Sept.	3,50	4,50	5,50
6. Okt.	3,75	4,75	5,75
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50
31. Aug.	3,25	4,25	5,25
18. Sept.	2,75	3,75	4,75
9. Nov.	2,25	3,25	4,25
2002 6. Dez.	1,75	2,75	3,75
2003 7. März	1,50	2,50	3,50

2. Diskont- und Lombardsatz
der Deutschen Bundesbank

% p.a.		
Gültig ab	Diskontsatz	Lombard- satz 2) 4) 5)
1994 18. Febr.	5 1/4	6 3/4
15. April	5	6 1/2
13. Mai	4 1/2	6
1995 31. März	4	6
25. Aug.	3 1/2	5 1/2
15. Dez.	3	5
1996 19. April bis	2 1/2	4 1/2
1998 31. Dez.		

3. Basiszinssätze

% p.a.	
Gültig ab	Basiszinssatz gemäß DÜG 3) 4) 5)
1999 1. Jan.	2,50
1. Mai	1,95
2000 1. Jan.	2,68
1. Mai	3,42
1. Sept.	4,26
2001 1. Sept.	3,62
2002 1. Jan. bis 3. April	2,71
	Basiszinssatz gemäß BGB 6)
2002 1. Jan. 1. Juli	2,57 2,47
2003 1. Jan.	1,97

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Ab 1. August 1990 bis 31. Dezember 1993 zugleich Zinssatz für Kassenkredite; ab 1. Januar 1994 wurden keine Kassenkredite mehr gewährt. Wird in einem Gesetz auf den Zinssatz für Kassenkredite des Bundes Bezug genommen, tritt an dessen Stelle der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz gemäß DÜG (s. a. Anm. 4 a und 5). Gemäß DÜG i.V. mit der Lombardsatz-Überleitungs-Verordnung wird ab 1. Januar 1999 der Lombardsatz, soweit er als Bezugsgröße für Zinsen und andere Leistungen verwendet wird, durch den Zinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Spitzenrefinanzierungsfazilität (SRF-Satz) ersetzt (s. a. Anm. 4 b und 5). — 3 Er ersetzt gemäß Diskontsatz-Überleitungs-Gesetz (DÜG) i.V. mit der Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung ab 1. Januar 1999 den Diskontsatz, soweit dieser in Verträgen und Vorschriften als Bezugsgröße für Zinsen und andere Leistungen verwendet wird. Dieser Basiszinssatz ist der am 31. Dezember 1998 geltende Diskontsatz der Deutschen Bundesbank. Er verändert sich mit Beginn des 1. Januar, 1. Mai und 1. September eines jeden Jahres, erstmals mit Beginn des 1. Mai 1999, und zwar dann, wenn sich der Zinssatz der EZB für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (marginaler LRG-Satz) um mindestens 0,5 Prozentpunkte verändert hat (s. a. Anm. 4 c und 5). — 4 Soweit die nachstehend genannten Zinssätze als Bezugsgröße für Zinsen

und andere Leistungen in Rechtsvorschriften des Bundes auf dem Gebiet des Bürgerlichen Rechts und des Verfahrensrechts der Gerichte, in nach dem Einführungsgesetz zum BGB (EGBGB) vorbehaltenem Landesrecht und in Vollstreckungstiteln und Verträgen auf Grund solcher Vorschriften verwendet werden, treten mit Wirkung vom 1. Januar 2002: a) an die Stelle des Zinssatzes für Kassenkredite des Bundes der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz des BGB, b) an die Stelle des Lombardsatzes der SRF-Satz der EZB, c) an die Stelle des Basiszinssatzes des DÜG der Basiszinssatz gemäß § 247 BGB (s. a. Anm. 5). — 5 Gemäß Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) Artikel 4 § 1 werden das DÜG, die Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung und die Lombardsatz-Überleitungsverordnung aufgehoben. Nach Artikel 4 § 2 VersKapAG treten ab 4. April 2002 an Stelle des Diskontsatzes und des Basiszinssatzes gemäß DÜG der Basiszinssatz gemäß § 247 BGB, an Stelle des Lombardsatzes der SRF-Satz der EZB und an Stelle des Zinssatzes für Kassenkredite des Bundes der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz gemäß § 247 BGB. — 6 Er beträgt 3,62 % und verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres (erstmalig zum 1. Januar 2002) um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße (jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der EZB, marginaler Satz) seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist.

4. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2003 26. Febr.	110 698	83 000	—	2,75	2,75	2,76	14
4. März	54 090	54 090	—	2,75	2,75	2,75	15
12. März	126 251	106 000	—	2,50	2,57	2,63	13
12. März	75 870	65 000	—	2,50	2,55	2,64	7
19. März	129 827	83 000	—	2,50	2,58	2,59	14
25. März	115 518	104 000	—	2,50	2,53	2,55	15
2. April	112 031	71 000	—	2,50	2,53	2,54	14
9. April	133 547	101 000	—	2,50	2,53	2,53	14
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2002 23. Dez.	42 305	15 000	—	—	2,93	2,95	94
2003 30. Jan.	31 716	15 000	—	—	2,78	2,80	90
27. Febr.	24 863	15 000	—	—	2,48	2,51	91
27. März	33 367	15 000	—	—	2,49	2,51	91
Sonstige Tendergeschäfte							
2002 18. Dez.	28 480	10 000	—	2,75	2,80	2,82	6

Quelle: EZB. — * Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 um Griechenland. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mit-

tel noch zuteilt bzw. hereingenommen werden.

VI. Zinssätze

5. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)					EURIBOR 3)						
Tagesgeld		Dreimonatsgeld			EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Neun-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats-durch-schnitte	Monatsdurchschnitte						
Zeit	4,77	4,20 – 4,93	4,69	4,52 – 4,78	4,78	4,82	4,78	4,71	4,58	4,49	4,47
2001 März	5,04	4,71 – 5,80	4,66	4,52 – 4,80	5,06	4,88	4,78	4,68	4,57	4,50	4,48
April	4,64	4,41 – 4,90	4,62	4,49 – 4,81	4,65	4,66	4,66	4,64	4,56	4,53	4,52
Mai	4,53	4,30 – 4,85	4,43	4,37 – 4,50	4,54	4,56	4,53	4,45	4,35	4,33	4,31
Juni	4,51	4,25 – 4,63	4,45	4,38 – 4,50	4,51	4,54	4,52	4,47	4,39	4,33	4,31
Juli	4,49	4,35 – 4,53	4,33	4,21 – 4,43	4,49	4,51	4,46	4,35	4,22	4,14	4,11
Aug.	3,97	2,95 – 5,50	3,96	3,60 – 4,27	3,99	4,08	4,05	3,98	3,88	3,80	3,77
Sept.	3,96	3,65 – 4,76	3,58	3,48 – 3,65	3,97	3,83	3,72	3,60	3,46	3,39	3,37
Okt.	3,51	3,15 – 4,20	3,37	3,28 – 3,50	3,51	3,48	3,43	3,39	3,26	3,20	3,20
Nov.	3,32	2,90 – 4,05	3,33	3,26 – 3,36	3,34	3,38	3,42	3,34	3,26	3,24	3,30
Dez.	3,29	2,45 – 3,57	3,32	3,24 – 3,38	3,29	3,35	3,35	3,34	3,34	3,39	3,48
2002 Jan.	3,27	2,90 – 3,35	3,34	3,31 – 3,38	3,28	3,32	3,34	3,36	3,40	3,48	3,59
Febr.	3,25	2,90 – 3,45	3,37	3,33 – 3,45	3,26	3,33	3,35	3,39	3,50	3,65	3,82
März	3,30	3,11 – 3,75	3,39	3,35 – 3,45	3,32	3,32	3,34	3,41	3,54	3,70	3,86
April	3,31	3,21 – 3,50	3,44	3,35 – 3,52	3,31	3,34	3,37	3,47	3,63	3,80	3,96
Mai	3,35	3,28 – 3,65	3,45	3,40 – 3,48	3,35	3,36	3,38	3,46	3,59	3,73	3,87
Juni	3,30	3,15 – 3,40	3,39	3,34 – 3,44	3,30	3,34	3,36	3,41	3,48	3,56	3,64
Juli	3,29	3,26 – 3,36	3,33	3,29 – 3,37	3,29	3,32	3,33	3,35	3,38	3,40	3,44
Aug.	3,31	3,26 – 3,60	3,29	3,25 – 3,34	3,32	3,32	3,32	3,31	3,27	3,23	3,24
Sept.	3,30	3,27 – 3,50	3,24	3,18 – 3,31	3,30	3,31	3,31	3,26	3,17	3,12	3,13
Okt.	3,30	3,10 – 3,48	3,11	3,00 – 3,23	3,30	3,32	3,23	3,12	3,04	3,01	3,02
Nov.	3,07	2,85 – 3,75	2,93	2,83 – 3,03	3,09	3,02	2,98	2,94	2,89	2,87	2,87
Dez.	2,79	2,00 – 2,92	2,81	2,77 – 2,86	2,79	2,85	2,85	2,83	2,76	2,72	2,70
2003 Jan.	2,77	2,48 – 2,85	2,67	2,48 – 2,80	2,76	2,81	2,77	2,69	2,58	2,53	2,50
Febr.	2,71	2,33 – 3,50	2,51	2,43 – 2,58	2,75	2,66	2,60	2,53	2,45	2,42	2,41
März											

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate (früher Bridge Telerate) veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate (früher Bridge Telerate) nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. — 4 Ultimogeld 3,50%-4,05%. — 5 Ultimogeld 3,00%-3,05%.

6. Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet *) o)

% p.a.; Durchschnittssätze der Berichtszeiträume

Zeit	Einlagenzinsen						Kreditzinsen			
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist		für Unternehmenskredite		für private Haushalte	
		bis zu 1 Jahr	bis zu 2 Jahren	mehr als 2 Jahre	bis zu 3 Monaten	mehr als 3 Monate	bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	Konsumenten-kredite	Wohnungsbau-kredite
2000	0,85	3,45	3,45	4,52	2,25	3,79	6,60	6,23	9,87	6,34
2001 1)	0,94	3,49	3,49	4,12	2,40	3,59	6,83	6,15	10,12	5,97
2002	0,73	2,80	2,80	3,85	2,13	2,85	6,13	5,71	9,78	5,54
2002 Febr.	0,73	2,78	2,79	3,95	2,15	2,91	6,16	5,75	9,83	5,61
März	0,73	2,84	2,84	4,07	2,15	3,00	6,09	5,85	9,78	5,74
April	0,74	2,89	2,90	4,13	2,14	3,07	6,17	5,96	9,83	5,81
Mai	0,74	2,91	2,92	4,15	2,15	3,08	6,20	5,98	9,87	5,82
Juni	0,74	2,93	2,94	4,09	2,13	3,08	6,18	5,92	9,83	5,77
Juli	0,74	2,89	2,90	4,02	2,13	3,02	6,16	5,79	9,78	5,68
Aug.	0,73	2,84	2,85	3,81	2,12	2,94	6,15	5,71	9,79	5,53
Sept.	0,73	2,77	2,77	3,64	2,13	2,73	6,12	5,61	9,85	5,38
Okt.	0,72	2,74	2,74	3,58	2,11	2,63	6,13	5,54	9,72	5,26
Nov.	0,71	2,70	2,69	3,53	2,11	2,55	6,10	5,50	9,70	5,21
Dez.	0,68	2,51	2,51	3,45	2,05	2,41	5,97	5,34	9,58	5,09
2003 Jan.	0,63	2,43	2,43	3,29	2,05	2,34	5,95	5,29	9,58	4,91
Febr.	0,62	2,33	2,33	3,15	2,02	2,12	5,89	5,19	9,51	4,78

* Diese Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet sollten mit Vorsicht und nur für statistische Zwecke verwendet werden. Sie dienen in erster Linie der Analyse ihrer Entwicklung im Zeitablauf und weniger der Beobachtung der Zinshöhe. Sie werden als gewichteter Durchschnitt der von den nationalen Zentralbanken angegebenen nationalen Zinssätze berechnet. Bei den nationalen Sätzen handelt es sich um derzeit vorhandene Daten aus nationalen Quellen, die am ehesten den in der Tabelle dargestellten Standardkategorien entsprechen. Diese nationalen Zinssätze wurden aggregiert, um daraus Informationen für das Euro-Währungsgebiet zu gewinnen. Dabei wurden teilweise – auf Grund der Heterogenität der nationalen Finanzinstrumente innerhalb der WU-Mitgliedstaaten – Näherungs-

werte und Arbeitsannahmen verwendet. Überdies sind die nationalen Zinssätze hinsichtlich ihrer Bezugsbasis (Neugeschäft und/oder Bestand), der Art der Daten (Nominal- oder Effektivzinssatz) und der Erhebungsmethode nicht harmonisiert. Die Gewichte der einzelnen Länder für die Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet werden aus der Bilanzstatistik der MFIs oder aus vergleichbaren Quellen abgeleitet. Die Gewichte geben die länderspezifischen Anteile der jeweiligen Instrumente im Euro-Währungsgebiet, gemessen anhand der Bestände, wieder. Die Gewichte werden monatlich angepasst, sodass sich die Zinssätze und Gewichte immer auf denselben Monat beziehen. — 1 Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 um Griechenland.

o Tabelle und Erläuterungen sind von der EZB übernommen worden.

VI. Zinssätze

noch: 7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland *) o)

Sollzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)		Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke									
		zu Festzinsen (Effektivverzinsung) 6)						zu Gleitzinsen (Effektivverzinsung) 6)			
		auf 2 Jahre		auf 5 Jahre		auf 10 Jahre					
durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite		
2001 März	5,85	5,27 – 6,49	5,80	5,47 – 6,35	6,12	5,85 – 6,54	6,67	5,56 – 8,03			
April	5,80	5,27 – 6,54	5,78	5,43 – 6,33	6,11	5,85 – 6,54	6,64	5,48 – 8,03			
Mai	5,88	5,34 – 6,59	5,87	5,54 – 6,43	6,20	5,77 – 6,64	6,66	5,59 – 8,03			
Juni	5,80	5,27 – 6,54	5,84	5,54 – 6,33	6,22	5,85 – 6,59	6,64	5,48 – 8,03			
Juli	5,78	5,22 – 6,45	5,85	5,54 – 6,37	6,24	5,77 – 6,59	6,64	5,43 – 8,03			
Aug.	5,62	5,06 – 6,35	5,69	5,43 – 6,22	6,13	5,88 – 6,54	6,57	5,43 – 8,03			
Sept.	5,41	4,75 – 6,22	5,57	5,22 – 6,22	6,08	5,85 – 6,43	6,45	5,38 – 7,82			
Okt.	5,12	4,49 – 5,96	5,36	5,01 – 6,03	5,91	5,64 – 6,43	6,30	4,96 – 7,73			
Nov.	4,95	4,33 – 5,79	5,20	4,75 – 5,75	5,70	5,38 – 6,14	6,12	4,80 – 7,71			
Dez.	5,13	4,59 – 5,90	5,42	4,90 – 5,90	5,87	5,20 – 6,22	6,15	4,85 – 7,60			
2002 Jan.	5,19	4,65 – 5,91	5,52	5,10 – 6,06	5,95	5,36 – 6,27	6,13	4,85 – 7,50			
Febr.	5,38	4,85 – 6,11	5,66	5,32 – 6,17	6,05	5,62 – 6,42	6,14	4,80 – 7,50			
März	5,61	5,12 – 6,27	5,89	5,54 – 6,33	6,26	5,84 – 6,61	6,16	4,70 – 7,50			
April	5,70	5,22 – 6,38	5,96	5,56 – 6,43	6,30	6,00 – 6,69	6,26	5,10 – 7,60			
Mai	5,73	5,22 – 6,38	5,96	5,59 – 6,43	6,30	6,01 – 6,70	6,22	4,95 – 7,50			
Juni	5,63	5,08 – 6,27	5,86	5,54 – 6,38	6,21	5,91 – 6,59	6,21	5,02 – 7,50			
Juli	5,47	4,85 – 6,17	5,71	5,41 – 6,27	6,10	5,85 – 6,54	6,13	4,96 – 7,49			
Aug.	5,17	4,54 – 5,90	5,42	5,08 – 6,06	5,84	5,57 – 6,38	6,04	4,87 – 7,23			
Sept.	4,95	4,28 – 5,75	5,22	4,85 – 5,96	5,69	5,38 – 6,26	6,02	4,79 – 7,49			
Okt.	4,86	4,28 – 5,75	5,14	4,75 – 5,80	5,67	5,33 – 6,22	5,93	4,59 – 7,34			
Nov.	4,76	4,07 – 5,59	5,08	4,75 – 5,75	5,62	5,27 – 6,17	5,90	4,59 – 7,34			
Dez.	4,62	3,92 – 5,54	4,96	4,59 – 5,64	5,52	5,20 – 6,17	5,83	4,44 – 7,50			
2003 Jan.	4,41	3,71 – 5,30	4,73	4,32 – 5,38	5,36	5,02 – 6,01	5,74	4,39 – 7,23			
Febr.	4,23	3,51 – 5,39	4,52	4,10 – 5,33	5,18	4,90 – 5,90	5,64	4,07 – 7,23			
März	4,18	3,56 – 5,06	4,51	4,02 – 5,22	5,19	4,80 – 5,75	5,59	4,07 – 7,23			

Habenzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)		Festgelder mit vereinbarter Laufzeit									
		von 1 Monat						von 3 Monaten			
		Sichteinlagen von Privatkunden mit höherer Verzinsung 7)		unter 50 000 €		von 50 000 € bis unter 500 000 €		von 500 000 € bis unter 2,5 Mio €		von 50 000 € bis unter 500 000 €	
durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite		
2001 März	2,48	0,50 – 4,00	3,53	2,75 – 4,25	3,95	3,25 – 4,50	4,31	3,50 – 4,75	4,05	3,40 – 4,50	
April	2,49	0,50 – 4,00	3,48	2,59 – 4,20	3,91	3,20 – 4,50	4,27	3,50 – 4,70	3,99	3,25 – 4,50	
Mai	2,44	0,50 – 4,00	3,46	2,50 – 4,20	3,85	3,10 – 4,40	4,20	3,50 – 4,65	3,95	3,20 – 4,50	
Juni	2,42	0,50 – 3,90	3,34	2,50 – 4,00	3,73	3,10 – 4,25	4,07	3,50 – 4,44	3,84	3,15 – 4,35	
Juli	2,41	0,50 – 3,88	3,34	2,50 – 4,00	3,73	3,10 – 4,20	4,08	3,50 – 4,50	3,83	3,20 – 4,41	
Aug.	2,39	0,50 – 3,75	3,31	2,50 – 4,00	3,70	3,00 – 4,20	4,05	3,40 – 4,45	3,76	3,10 – 4,30	
Sept.	2,26	0,50 – 3,50	3,00	2,20 – 3,85	3,38	2,70 – 4,00	3,66	2,95 – 4,15	3,47	2,60 – 4,00	
Okt.	2,10	0,50 – 3,24	2,69	2,00 – 3,40	3,07	2,40 – 3,50	3,36	2,75 – 3,75	3,12	2,40 – 3,65	
Nov.	1,96	0,50 – 2,96	2,42	1,75 – 3,00	2,77	2,20 – 3,15	3,00	2,50 – 3,30	2,83	2,17 – 3,45	
Dez.	1,92	0,50 – 2,95	2,41	1,75 – 3,00	2,76	2,23 – 3,15	3,03	2,50 – 3,40	2,78	2,20 – 3,15	
2002 Jan. o)	1,90	0,50 – 2,85	2,37	1,70 – 3,00	2,73	2,20 – 3,10	3,00	2,50 – 3,30	2,76	2,20 – 3,11	
Febr.	1,86	0,50 – 2,85	2,30	1,65 – 3,00	2,66	2,09 – 3,05	2,89	2,45 – 3,23	2,75	2,20 – 3,13	
März	1,88	0,50 – 2,80	2,34	1,70 – 3,00	2,70	2,20 – 3,10	2,94	2,40 – 3,25	2,77	2,25 – 3,17	
April	1,87	0,50 – 3,00	2,34	1,70 – 3,00	2,69	2,25 – 3,05	2,94	2,50 – 3,25	2,78	2,22 – 3,20	
Mai	1,85	0,50 – 2,75	2,33	1,67 – 3,00	2,70	2,25 – 3,05	2,94	2,40 – 3,25	2,79	2,23 – 3,20	
Juni	1,85	0,50 – 2,75	2,35	1,70 – 3,00	2,70	2,25 – 3,10	2,94	2,50 – 3,30	2,83	2,25 – 3,25	
Juli	1,85	0,50 – 2,80	2,35	1,75 – 3,00	2,71	2,20 – 3,10	2,95	2,50 – 3,30	2,81	2,25 – 3,25	
Aug.	1,82	0,50 – 2,75	2,33	1,66 – 3,00	2,69	2,17 – 3,10	2,92	2,40 – 3,25	2,77	2,20 – 3,10	
Sept.	1,80	0,50 – 2,75	2,29	1,65 – 3,00	2,65	2,10 – 3,07	2,89	2,35 – 3,22	2,74	2,20 – 3,10	
Okt.	1,76	0,50 – 2,75	2,29	1,65 – 3,00	2,64	2,10 – 3,02	2,88	2,40 – 3,22	2,72	2,20 – 3,10	
Nov.	1,77	0,50 – 2,75	2,24	1,57 – 2,90	2,60	2,00 – 3,00	2,84	2,30 – 3,20	2,65	2,10 – 3,00	
Dez.	1,66	0,50 – 2,55	2,04	1,45 – 2,65	2,37	1,90 – 2,80	2,60	2,10 – 3,00	2,41	1,90 – 2,90	
2003 Jan.	1,57	0,50 – 2,50	1,94	1,40 – 2,50	2,27	1,80 – 2,65	2,51	2,00 – 2,85	2,33	1,85 – 2,75	
Febr.	1,55	0,50 – 2,38	1,82	1,21 – 2,45	2,17	1,61 – 2,55	2,39	2,00 – 2,75	2,23	1,70 – 2,65	
März	1,48	0,50 – 2,25	1,72	1,13 – 2,30	2,06	1,50 – 2,50	2,30	1,90 – 2,60	2,09	1,60 – 2,55	

Anmerkungen *, o, 1 bis 5 s. S. 45*. — 6 Die Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und nicht auf die Gesamtlaufzeit der Verträge. Bei Errechnung der Effektivverzinsung wird von einer jährlichen Grundtilgung von 1 % zuzüglich ersparter Zinsen ausgegangen unter Berücksichtigung

der von den beteiligten Instituten jeweils vereinbarten Zahlungsmodalitäten (zurzeit überwiegend monatliche Zahlung und Anrechnung). — 7 Es werden nur Zinssätze berücksichtigt, die über der jeweiligen Standardkondition der in die Erhebung einbezogenen Banken liegen.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere												
Zeit	Absatz						Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	Inländer				Aus- länder 7)	
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obliga- tionen	Anlei- hen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)		
Mio DM												
1990	244 827	220 340	136 799	- 67	83 609	24 487	225 066	91 833	133 266	- 33	19 763	
1991	231 965	219 346	131 670	- 667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866	
1992	291 762	284 054	106 857	- 175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887	
1993	395 110	382 571	151 812	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	- 1 336	211 915	
1994	303 339	276 058	117 185	- 65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	- 1 557	23 349	
1995	227 099	203 029	162 538	- 350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	- 2 320	85 815	
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	- 853	106 109	
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	-	128 276	
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038	
Mio €												
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898	
2000	226 594	157 994	120 154	12 605	25 234	68 600	154 089	91 447	62 642	-	72 505	
2001	180 899	86 656	55 918	14 473	16 262	94 245	114 467	35 848	78 619	-	66 432	
2002	180 957	124 035	47 296	14 506	62 235	56 922	91 562	13 536	78 026	-	89 395	
2002 Dez.	- 46 483	- 42 073	- 23 475	- 2 879	- 15 719	- 4 410	- 37 039	- 27 376	- 9 663	-	9 444	
2003 Jan.	24 214	22 618	1 014	7 299	14 305	1 596	14 031	6 796	7 235	-	10 183	
Febr.	26 382	24 832	11 163	5 368	8 301	1 550	8 740	- 213	8 953	-	17 642	

Aktien									
Zeit	Absatz			Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)		
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)			
Mio DM									
1990	50 070	28 021	22 048	52 631	7 215	45 416	-	2 561	
1991	33 478	13 317	20 161	32 247	2 466	29 781	-	1 230	
1992	32 595	17 226	15 370	40 651	2 984	37 667	-	8 055	
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	-	8 485	
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	-	659	
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	-	2 931	
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	-	16 529	
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	-	22 677	
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	-	100 352	
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 005	103 136	18 637	84 499	-	46 877	
2000	139 704	22 733	116 973	159 528	23 293	136 235	-	19 826	
2001	82 286	17 575	64 714	2 127	14 714	12 587	-	84 412	
2002	52 185	9 232	42 954	30 444	23 236	53 680	-	21 740	
2002 Dez.	6 080	558	5 522	4 377	584	3 793	-	1 703	
2003 Jan.	- 1 214	723	1 937	794	665	129	-	420	
Febr.	- 3 995	872	4 867	2 145	3 239	1 094	-	1 850	

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Investmentzertifikate siehe Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschließlich Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung

(-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) — vor 1989 auch inländische Investmentzertifikate — durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben				
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen							
Brutto-Absatz 4)													
1990	428 698	286 709	14 923	70 701	89 755	111 326	–	141 990	35 168				
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832				
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	–	254 244	57 282				
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309				
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465				
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719				
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370				
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813				
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542				
Mio €													
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202				
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597				
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605				
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313				
2002 Nov.	83 424	59 197	3 362	10 096	14 294	31 446	353	23 874	–				
Dez.	61 284	45 115	4 405	9 184	7 746	23 781	833	15 336	–				
2003 Jan.	104 022	69 454	3 500	16 283	15 605	34 065	2 302	32 265	–				
Febr.	85 023	65 066	4 011	9 823	16 673	34 559	2 155	17 802	1 350				
darunter Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)													
1990	272 642	133 347	10 904	43 250	26 767	52 425	–	139 295	29 791				
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772				
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	–	218 703	51 939				
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049				
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351				
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221				
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582				
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413				
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645				
Mio €													
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013				
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008				
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480				
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213				
2002 Nov.	32 633	13 389	527	5 950	3 539	3 372	290	18 954	–				
Dez.	14 431	11 847	1 453	4 602	2 352	3 440	230	2 354	–				
2003 Jan.	46 733	25 549	942	10 669	6 007	7 930	1 606	19 579	–				
Febr.	33 508	20 302	1 905	4 061	7 842	6 494	1 756	11 450	1 350				
Netto-Absatz 6)													
1990	226 707	140 327	–	3 922	–	72	73 287	71 036	–	67	86 449	21 717	
1991	227 822	139 396	–	4 729	–	22 290	65 985	46 390	–	558	87 868	18 583	
1992	304 751	115 786	–	13 104	–	58 235	19 585	24 864	–	175	189 142	34 114	
1993	403 212	159 982	–	22 496	–	122 917	–	13 156	–	180	243 049	43 701	
1994	270 088	116 519	–	18 184	–	54 316	–	6 897	–	62	153 630	21 634	
1995	205 482	173 797	–	18 260	–	96 125	–	3 072	–	354	32 039	61 020	
1996	238 427	195 058	–	11 909	–	121 929	–	6 020	–	585	42 788	69 951	
1997	257 521	188 525	–	16 471	–	115 970	–	12 476	–	1 560	67 437	63 181	
1998	327 991	264 627	–	22 538	–	162 519	–	18 461	–	3 118	60 243	84 308	
Mio €													
1999	209 096	170 069	–	2 845	–	80 230	–	31 754	–	2 185	36 840	22 728	
2000	155 615	122 774	–	5 937	–	29 999	–	30 089	–	7 320	25 522	–	16 705
2001	84 122	60 905	–	6 932	–	9 254	–	28 808	–	8 739	14 479	–	30 657
2002	131 976	56 393	–	7 936	–	26 806	–	20 707	–	14 306	61 277	–	44 546
2002 Nov.	20 206	10 675	–	1 917	–	1 016	–	5 774	–	652	10 184	–	5 686
Dez.	38 401	24 489	–	583	–	9 619	–	2 936	–	622	14 534	–	2 984
2003 Jan.	20 790	3 345	–	657	–	6 131	–	7 168	–	2 964	15 255	–	2 757
Febr.	20 673	13 129	–	1 416	–	7 571	–	10 324	–	8 960	5 479	–	9 307

* Begriffsabgrenzungen siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandan-

stalt. — 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Mio DM									
1990	1 458 943	900 977	138 025	369 901	155 045	238 005	2 604	555 362	223 176
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2002 Dez.	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003 Jan.	2 502 010	1 566 378	154 963	642 931	229 596	538 889	38 836	896 796	244 899
Febr.	2 522 684	1 579 507	156 379	635 360	239 919	547 849	40 902	902 275	235 591

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)

Stand Ende Februar 2003

bis unter 2	946 831	651 259	61 180	239 009	74 858	276 213	6 607	288 965	74 156
2 bis unter 4	575 333	404 537	42 146	173 456	63 513	125 422	13 155	157 641	54 244
4 bis unter 6	406 984	244 869	28 515	119 260	43 132	53 961	8 245	153 870	57 155
6 bis unter 8	255 023	138 248	14 994	67 305	20 471	35 479	4 721	112 052	28 910
8 bis unter 10	171 808	70 627	7 828	23 775	14 838	24 186	5 839	95 341	6 944
10 bis unter 15	44 447	33 895	1 670	7 943	7 946	16 337	674	9 877	8 366
15 bis unter 20	16 975	12 621	24	2 107	5 768	4 721	427	3 927	2 343
20 und darüber	105 284	23 452	20	2 506	9 392	11 533	1 234	80 599	3 472

* Einschließlich der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit

bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften auf Grund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
Mio DM										
1990	144 686	12 650	7 362	751	3 715	1 049	- 43	1 284	- 1 466	.
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	- 182	411	- 386	.
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	- 732	3 030	- 942	.
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	10	707	- 783	.
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	- 447	5 086	- 1 367	.
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	- 623	13 739	- 2 133	.
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	- 3 056	833	- 2 432	.
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	- 2 423	197	- 1 678	.
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188	.
Mio €										
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	- 2 099	1 560	- 708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	- 1 018	- 905	- 3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	- 868	- 2 152	- 2 224	647 492
2002 Dez.	168 716	- 195	335	299	42	73	- 228	- 110	- 606	647 492
2003 Jan.	167 332	- 1 384	314	9	11	41	- 134	- 1 455	- 171	618 806
Febr.	167 346	14	362	-	14	45	- 497	137	- 45	616 015

o Ab Januar 1994 einschließlich Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7771 Mio DM). — 1 Einschließlich der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Amtlichen Markt, zum Geregelten Markt oder zum Neuen Markt zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien

im geregelten Freiverkehr gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um 1902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)										Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien			
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	Indus-trieobli-gationen		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)		
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)										
% p.a.								Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000			
1990	8,9	8,8	8,8	8,7	8,5	9,0	8,9	9,0	9,2	93,50	.	145,00	1 398,23	
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	.	148,16	1 577,98	
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,1	8,7	8,8	101,54	.	134,92	1 545,05	
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	.	191,13	2 266,68	
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	.	176,87	2 106,58	
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	6,8	109,18	.	181,47	2 253,88	
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69	
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,2	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69	
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,0	5,3	118,18	100,00	343,64	5 002,39	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,0	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	5,6	5,6	117,56	97,80	188,46	2 892,63	
2002 Dez.	4,1	4,1	4,1	4,3	4,1	4,6	5,9	4,9	4,9	117,56	97,80	188,46	2 892,63	
2003 Jan.	3,9	3,9	3,9	4,2	3,8	4,4	5,7	4,6	4,6	118,54	98,60	179,89	2 747,83	
Febr.	3,6	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	6,1	4,6	4,6	119,33	99,28	167,39	2 547,05	
März	3,7	3,7	3,8	4,0	3,6	4,2	6,5	4,6	4,6	118,59	98,49	160,20	2 423,87	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. — 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland

Zeit	Absatz von Zertifikaten							Erwerb							
	inländischer Fonds (Mittelaufkommen)							Inländer							Ausländer 4)
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds			ausländischer Fonds 3)	Spezialfonds	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen	Nichtbanken 2)		Ausländer 4)					
		zu-sammen	zu-sammen	darunter				zu-sammen	darunter ausländische Zertifikate						
	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds	zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Zertifikate	zu-sammen	darunter ausländische Zertifikate							
Mio DM															
1990	25 788	26 857	7 904	—	8 032	— 128	18 952	— 1 069	25 766	4 296	— 362	21 470	— 707	22	
1991	50 064	37 492	13 738	—	11 599	— 2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	— 5	41 296	12 577	174	
1992	81 514	20 474	— 3 102	—	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	— 4	
1993	80 259	61 672	20 791	—	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001	
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	— 689	116 094	22 770	5 052	
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	— 1 049	
1996	83 386	79 110	16 517	— 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	— 2 318	
1997	145 805	138 945	31 501	— 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	— 4 172	
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	— 2 775	
Mio €															
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	— 637	85 659	14 722	5 761	
2000	117 676	85 160	39 712	— 2 188	36 818	— 2 824	45 448	32 516	106 674	14 454	92	92 220	32 424	11 000	
2001	96 511	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	19 701	95 407	10 251	2 703	85 156	16 997	1 105	
2002	79 672	72 887	26 113	3 682	7 443	14 916	46 773	6 784	79 912	2 100	3 007	77 812	3 778	— 241	
2002 Dez.	14 682	15 511	94	— 654	565	233	15 416	— 829	16 176	2 482	1 579	13 694	— 2 408	— 1 494	
2003 Jan.	14 874	12 888	4 787	1 854	— 241	3 358	8 101	— 1 986	15 596	— 2 713	— 56	18 309	— 2 042	— 722	
Febr.	8 955	9 700	3 485	944	702	2 045	6 215	— 745	9 003	— 573	— 208	8 430	— 537	— 48	

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentzertifikate durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer

Investmentzertifikate durch Ausländer; Transaktionswerte (bis einschließlich 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen					Ausgaben					Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern 3)	insgesamt 4)	darunter:													
				Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- aufwand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen	Finanz- ierungs- hilfen 5)								
1992	904,1	731,7	1 013,9	285,7	134,0	304,8	100,6	101,1	86,1	-109,8	609,1	617,4	- 8,3	1 436,0	1 554,2	- 118,1	
1993	928,7	749,1	1 060,2	296,8	136,0	340,5	102,1	97,0	87,3	-131,5	660,8	658,7	+ 2,1	1 492,1	1 621,5	- 129,4	
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	-106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	- 106,5	
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	-110,1	731,2	743,8	- 12,5	1 664,9	1 787,5	- 122,6	
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	-121,5	769,4	784,0	- 14,6	1 665,6	1 801,6	- 136,1	
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	- 94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	- 91,7	
1998	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	- 56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 765,5	1 818,9	- 53,4	
1999 p)	566,1	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	- 26,8	429,1	425,6	+ 3,5	925,2	948,5	- 23,3	
2000 ts)	613,4	467,3	594,8	169,1	73,7	205,5	67,6	40,8	38,0	+ 18,6	434,1	434,1	± 0,0	975,9	957,3	+ 18,5	
2001 ts)	554,0	446,2	601,0	169,9	70,1	213,4	66,6	40,9	39,6	- 47,0	444,5	448,4	- 3,9	921,2	972,1	- 50,9	
2001 1.Vj. 7)	126,7	105,1	147,8	39,5	16,4	55,5	22,0	6,5	7,8	- 21,1	108,8	109,7	- 0,9	213,5	235,5	- 22,0	
2.Vj.	139,4	110,9	136,7	39,3	15,8	54,0	12,6	8,0	6,4	+ 2,6	110,1	111,8	- 1,7	229,6	228,7	+ 0,9	
3.Vj.	136,3	109,5	146,2	40,1	15,6	52,2	19,0	10,0	9,3	- 9,9	109,6	111,9	- 2,3	227,4	239,5	- 12,2	
4.Vj.	149,9	121,3	167,3	49,5	21,8	52,4	12,7	14,5	16,0	- 17,3	115,1	114,5	+ 0,6	248,9	265,7	- 16,8	
2002 1.Vj.	118,3	98,6	150,2	39,9	15,3	57,9	24,0	6,5	6,0	- 31,8	111,3	112,8	- 1,5	206,4	239,8	- 33,4	
2.Vj.	137,8	105,1	141,8	40,4	15,6	58,5	11,9	7,8	6,7	- 4,0	113,0	115,6	- 2,6	228,9	235,6	- 6,6	
3.Vj. p)	135,3	109,4	148,7	41,4	16,5	54,7	19,2	9,7	7,8	- 13,4	113,1	116,6	- 3,5	228,0	244,9	- 16,9	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es

sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Die hier entsprechend der Haushaltsstatistik ausgewiesenen Steuereinnahmen können von den in Tab. VIII. 4 enthaltenen Angaben gemäß der Steuerstatistik abweichen. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 7 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1992	398,4	431,7	318,2	336,3	73,0	86,0	212,6	221,6	50,3	57,5
1993	401,6	462,5	326,5	352,8	76,4	92,5	222,5	230,9	54,4	59,0
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 4) ts)	291,4	264,5	195,3	200,7	50,7	53,9	121,4	120,0	25,6	25,5
2001 ts)	239,9	260,9	184,0	207,1	49,7	53,2	119,2	123,4	24,8	25,4
2002 ts)	238,9	271,5	181,8	206,7	46,6	53,7
2001 1.Vj.	50,8	66,4	44,8	49,8	12,0	11,6	25,5	28,8	5,2	5,5
2.Vj.	57,6	59,9	46,3	47,5	11,5	11,8	28,8	28,1	5,8	5,8
3.Vj.	62,3	66,3	44,6	49,4	11,7	12,5	29,6	29,9	6,1	6,2
4.Vj.	69,1	68,3	47,6	59,6	14,4	16,4	35,4	36,0	7,5	7,7
2002 1.Vj.	47,4	68,9	42,4	49,4	10,2	12,0	24,7	29,1	5,2	5,4
2.Vj.	56,3	62,6	43,3	48,8	11,1	11,9	28,8	29,1	5,9	5,8
3.Vj.	62,7	70,6	45,3	49,3	11,8	12,9	29,1	30,5	6,1	6,2
4.Vj. p)	72,5	69,5	50,2	58,5	13,5	16,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten. Einschl. Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1995 1)	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 ts)	2002 ts)
Einnahmen	1 647,8	1 704,0	1 726,8	1 775,9	943,4	963,7	951,5	952,7
darunter:								
Steuern	825,8	850,0	856,9	897,4	490,4	511,7	488,3	485,0
Sozialbeiträge	662,5	696,7	720,1	727,7	375,7	378,5	383,6	388,7
Ausgaben	1 764,9	1 826,6	1 826,5	1 859,6	973,2	991,8	1 009,0	1 028,9
darunter:								
Vorleistungen	143,2	142,7	140,2	144,1	76,9	78,5	81,6	84,3
Arbeitnehmerentgelte	315,9	319,6	319,0	319,3	165,4	165,6	164,9	165,9
Zinsen	128,9	131,7	133,2	136,4	68,8	68,2	67,8	67,2
Sozialleistungen 3)	902,8	970,7	984,7	998,4	523,1	534,7	548,1	573,0
Bruttoinvestitionen	80,5	76,4	69,4	69,9	37,8	37,0	35,8	33,7
Finanzierungssaldo	- 117,1	- 122,7	- 99,7	- 83,7	- 29,7	- 28,0	- 57,5	- 76,2
in % des Bruttoinlandsproduktes	- 3,3	- 3,4	- 2,7	- 2,2	- 1,5	- 1,4	- 2,8	- 3,6
Nachrichtlich:								
Verschuldung gemäß								
Maastricht-Vertrag	2 010,0	2 143,9	2 232,9	2 298,2	1 210,3	1 221,8	1 232,8	1 282,8
in % des Bruttoinlandsproduktes	57,1	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,5	60,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG'95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um den Saldo fiktiver Vermögensübertragungen zwischen dem Staat und dem Unternehmenssektor vor allem im Zusammenhang mit der Auflösung der Treuhandanstalt. Unberei-

net betrug das Defizit 9,8% des BIP. — 2 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese Erlöse (50,85 Mrd €) beim Nettuzugang an nichtproduzierten Vermögensgütern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (22,8 Mrd € bzw. 1,1% des BIP) ausgewiesen wird. — 3 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 4)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)		
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder		Europäische Union 3)	zusammen			
				darunter neue Bundesländer	darunter in den neuen Bundesländern					
1991	661 920	577 150	321 334	224 321	19 139	31 495	84 633	2 540	+	137
1992	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	-	58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+	295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+	260
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+	359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	-	714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	-	117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+	164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+	1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	-	104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+	12
2002	.	389 162	214 371	156 231	.	18 560
2002 3.Vj.	109 260	96 068	54 091	38 718	.	3 259	12 977	1 280	+	215
4.Vj.	.	114 869	66 554	44 091	.	4 224
2002 Okt.	.	29 706	16 362	11 754	.	1 590
Nov.	.	26 838	14 608	10 628	.	1 602
Dez.	.	58 325	35 584	21 710	.	1 032
2003 Jan. p)	.	27 739	11 975	13 243	.	2 521
Febr. p)	.	27 683	14 801	11 165	.	1 718

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

sozialprodukt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Steuereinnahmen nach Arten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Reine Bundessteuern 8)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeinanteil an den Einkommensteuern 9)	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Umsatzsteuern 5) 6)								Gewerbesteuerumlage 6) 7)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
1991	615 506	298 804	214 175	41 532	31 716	11 381	179 672	98 797	80 875	5 986	92 583	29 113	8 307	38 356	
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	104 802	32 963	7 742	43 328	
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 678	34 720	7 240	44 973	
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 410	36 551	7 173	45 450	
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 013	36 602	7 117	46 042	
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887	
1997	740 272	313 794	248 672	5 764	33 267	26 092	240 900	199 934	40 966	8 732	135 264	34 682	6 900	39 533	
1998	775 028	340 231	258 276	11 116	36 200	34 640	250 214	203 684	46 530	10 284	130 513	37 300	6 486	47 140	
1999	422 012	184 408	133 809	10 887	22 359	17 353	137 155	111 600	25 555	5 463	72 235	19 564	3 186	25 277	
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998	
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	- 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 170	
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846	
2002 3.Vj.	102 229	40 904	31 896	3 317	965	4 726	34 226	25 937	8 290	1 411	20 297	4 638	753	6 160	
4.Vj.	122 343	50 206	38 912	4 537	3 195	3 562	35 970	27 022	8 948	2 801	28 401	4 219	747	7 474	
2002 Okt.	31 276	10 098	9 539	- 1 037	203	1 392	11 382	8 591	2 791	999	7 019	1 535	244	1 571	
Nov.	28 421	8 066	9 597	- 1 209	- 1 068	747	12 418	9 491	2 928	454	5 847	1 380	256	1 583	
Dez.	62 645	32 042	19 776	6 783	4 061	1 423	12 169	8 940	3 229	1 348	15 535	1 304	248	4 320	
2003 Jan. p)	29 861	14 686	11 473	- 756	- 227	4 195	10 962	8 492	2 470	94	2 070	1 852	197	2 122	
Febr. p)	29 245	8 745	9 785	- 1 745	- 373	1 077	12 862	10 087	2 776	246	5 664	1 484	244	1 562	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Aufkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Ab 1998 vorab 3,64%, ab 1999 5,63% für den Bund zur Fi-

nanzierung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, von Restsumme 2,2% für die Gemeinden, von neuem Restbetrag: Bund 50,5%, Länder 49,5%, ab 2000 Bund 50,25%, Länder 49,75%, ab 2002 Bund 49,6%, Länder 50,4%. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuerverteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. Ab 1998 Bund 42,2%, Länder 57,8%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Ab 1998 einschl. Anteil an den Umsatzsteuern.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Reine Bundessteuern						Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern		
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	Stromsteuer	sonstige Bundessteuern 1)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögenssteuer	Erbsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 3)
1991	47 266	19 592	5 648	5 862	.	14 215	11 012	6 729	2 636	1 647	7 090	41 297	9 921	1 181
1992	55 166	19 253	5 545	8 094	.	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	.	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	.	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	.	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	.	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997	66 008	21 155	4 662	14 127	.	29 312	14 418	1 757	4 061	1 698	12 749	48 601	15 503	1 509
1998	66 677	21 652	4 426	13 951	.	23 807	15 171	1 063	4 810	1 662	14 594	50 508	16 228	1 532
1999	36 444	11 655	2 233	7 116	1 816	12 973	7 039	537	3 056	846	8 086	27 060	8 636	824
2000	37 826	11 443	2 151	7 243	3 356	13 485	7 015	433	2 982	844	7 171	27 025	8 849	784
2001	40 690	12 072	2 143	7 427	4 322	12 622	8 376	290	3 069	829	7 064	24 534	9 076	790
2002	42 193	13 778	2 149	8 327	5 097	11 951	7 592	239	3 021	811	6 913	.	.	.
2002 3.Vj.	10 154	3 577	511	1 804	1 407	2 845	1 816	72	519	226	1 726	5 638	2 634	170
4.Vj.	16 219	5 053	841	1 271	1 640	3 378	1 586	48	766	193	1 626	.	.	.
2002 Okt.	3 442	1 738	207	373	563	697	596	16	269	71	583	.	.	.
Nov.	3 379	683	166	561	393	664	529	12	242	66	531	.	.	.
Dez.	9 398	2 631	467	337	685	2 017	462	19	255	57	511	.	.	.
2003 Jan. p)	- 29	213	70	693	198	926	782	36	286	62	687	.	.	.
Febr. p)	1 375	516	52	2 694	344	684	546	15	163	54	706	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solidaritätszu-

schlag“). — 2 Nach Ertrag und Kapital. — 3 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Fonds „Deutsche Einheit“ / Entschädigungsfonds 7)													
1995	87 146	.	–	8 891	–	–	44 398	31 925	5	1 927	.	.	.
1996	83 556	.	–	–	–	–	44 321	38 020	5	1 210	.	.	.
1997	79 717	.	–	–	–	–	44 347	34 720	5	645	.	.	.
1998	79 413	.	–	–	–	–	47 998	30 975	–	440	.	.	.
1999	40 234	.	–	275	500	–	28 978	10 292	–	189	.	.	.
2000	40 629	.	–	275	2 634	–	29 797	7 790	–	133	.	.	.
2001	39 923	.	–	3 748	10 134	–	21 577	4 315	–	149	.	.	.
2002 März	40 006	.	–	3 748	10 134	–	21 732	4 315	–	77	.	.	.
Juni	40 028	.	–	3 820	10 134	–	21 902	4 147	–	26	.	.	.
Sept.	40 047	.	–	3 820	10 134	–	22 049	4 019	–	26	.	.	.
Dez.	39 810	.	–	3 820	10 134	–	22 685	3 146	–	26	.	.	.
ERP-Sondervermögen 7)													
1995	34 200	10 745	23 455	–	–	.	.	.
1996	34 135	10 750	23 385	–	–	.	.	.
1997	33 650	10 810	22 840	–	–	.	.	.
1998	34 159	11 944	20 988	–	1 227	.	.	.
1999	16 028	6 250	9 458	21	299	.	.	.
2000	18 386	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001	19 161	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002 März	19 098	–	9 701	9 039	8	350	.	.	.
Juni	19 308	–	10 052	8 873	8	376	.	.	.
Sept.	19 327	51	10 045	8 863	8	361	.	.	.
Dez.	19 400	51	10 144	8 686	8	512	.	.	.
Bundeseisenbahnvermögen 7) 8)													
1995	78 400	.	.	3 848	–	–	28 992	39 005	140	6 415	.	.	.
1996	77 785	.	.	1 882	–	–	28 749	41 537	130	5 489	.	.	.
1997	77 254	.	.	1 927	–	–	25 634	44 807	115	4 772	.	.	.
1998	77 246	.	.	–	500	–	31 648	42 488	79	2 531	.	.	.
1999 Juni	39 231	.	.	–	1 023	–	16 805	20 401	34	968	.	.	.
Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7) 8)													
1995	328 888	.	–	58 699	–	–	98 731	72 732	98	6 468	13 745	78 395	21
1996	331 918	.	–	54 718	–	–	98 468	81 380	95	7 468	8 630	81 142	19
1997	322 032	.	–	54 028	–	–	98 377	81 616	54	7 233	15	80 692	17
1998	304 978	.	–	31 633	–	–	110 006	79 226	54	4 167	– 20	79 899	15
1999 Juni	151 097	.	–	11 127	2 000	–	58 897	36 133	27	2 015	– 9	40 902	4
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz 7) 8)													
1995	2 220	–	2 220	–	–	.	.	.
1996	3 108	–	3 108	–	–	.	.	.
1997	3 229	–	3 229	–	–	.	.	.
1998	3 971	300	3 671	–	–	.	.	.
1999 Juni	2 302	153	2 148	–	–	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkom-

men; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Position	Stand Ende		Nettokreditaufnahme 1)								
	2001	Sept. 2002	2001					2002			
			insgesamt	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	
	Mio €										
Kreditnehmer											
Bund 2)	701 077	726 896	- 14 910	- 16 138	- 8 256	+ 6 820	+ 2 665	+ 20 542	- 4 833	+ 10 110	
Fonds „Deutsche Einheit“	39 638	39 702	- 787	+ 748	- 739	- 41	- 754	+ 64	-	-	
ERP- Sondervermögen	19 161	19 327	+ 775	+ 513	+ 91	+ 449	- 278	+ 63	+ 210	+ 19	
Entschädigungsfonds	285	344	+ 81	+ 21	+ 22	+ 21	+ 17	+ 19	+ 21	+ 19	
Westdeutsche Länder	305 788	320 617	+ 23 357	+ 3 307	+ 2 310	+ 7 422	+ 10 318	+ 4 422	+ 4 237	+ 6 170	
Ostdeutsche Länder	58 771	61 533	+ 3 059	+ 318	+ 154	+ 1 365	+ 1 222	+ 372	+ 1 013	+ 1 377	
Westdeutsche Gemeinden 3)	82 203	84 000	+ 2 487	+ 815	+ 435	- 460	+ 1 697	+ 275	+ 1 000	+ 900	
Ostdeutsche Gemeinden 3)	17 005	16 700	+ 162	- 22	- 102	-	+ 286	- 31	- 180	- 30	
Insgesamt	1 223 929	1 269 119	+ 14 224	- 10 438	- 6 086	+ 15 576	+ 15 173	+ 25 601	+ 1 468	+ 18 564	
Schuldarten											
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	23 036	31 440	+ 11 420	+ 182	+ 1 948	+ 5 803	+ 3 488	- 5 219	+ 4 434	+ 9 188	
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	151 401	193 052	+ 41 449	+ 8 866	+ 5 676	+ 12 724	+ 14 183	+ 7 294	+ 18 301	+ 16 056	
Bundesschatzbriefe	130 045	135 502	+ 3 770	+ 1 464	+ 2 153	+ 1 067	- 913	+ 3 375	- 132	+ 2 213	
Anleihen 5)	26 395	19 752	- 9 596	- 1 431	- 4 315	- 1 422	- 2 428	- 3 748	- 2 012	- 884	
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	448 148	462 459	+ 9 260	+ 4 838	+ 2 059	+ 336	+ 2 027	+ 13 469	+ 2 289	- 1 446	
Darlehen von Sozialversicherungen	422 440	401 797	- 9 100	+ 10 382	- 14 596	- 1 802	- 3 086	+ 8 297	- 21 875	- 6 624	
Sonstige Darlehen 6)	174	227	- 37	- 8	- 18	- 3	+ 8	+ 44	+ 21	- 12	
Altschulden 7)	13 070	16 852	+ 2 586	- 643	+ 994	+ 36	+ 2 199	+ 2 124	+ 447	+ 1 212	
Ausgleichsforderungen	193	152	- 200	- 45	+ 2	- 17	- 140	- 36	- 6	- 0	
Investitionshilfeabgabe	8 986	7 847	- 35 328	- 34 044	+ 11	- 1 144	- 150	-	-	- 1 139	
	40	41	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	+ 0	-	+ 0	
Insgesamt	1 223 929	1 269 119	+ 14 224	- 10 438	- 6 086	+ 15 576	+ 15 173	+ 25 601	+ 1 468	+ 18 564	
Gläubiger											
Bankensystem											
Bundesbank	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kreditinstitute	534 400	532 700	- 29 304	- 3 235	- 11 848	- 11 361	- 2 859	+ 11 671	- 13 200	+ 270	
Inländische Nichtbanken											
Sozialversicherungen	174	227	- 31	- 0	- 5	- 20	- 5	+ 44	+ 21	- 12	
Sonstige 8)	243 710	256 152	+ 42 436	+ 4 566	+ 6 222	+ 12 028	+ 19 620	+ 6 689	+ 2 947	+ 2 806	
Ausland ts)											
	441 205	475 600	+ 1 123	- 11 769	- 456	+ 14 930	- 1 583	+ 7 195	+ 11 700	+ 15 500	
Insgesamt	1 223 929	1 269 119	+ 14 224	- 10 438	- 6 086	+ 15 576	+ 15 173	+ 25 601	+ 1 468	+ 18 564	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen

Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahn-vermögen 3)	Erblasten-tilgungs-fonds 3)	Ausgleichs-fonds Stein-kohle 3)
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001 Sept.	418 633	47 487	4 418	9 998	267 602	89 129	-	-	-
Dez.	416 068	44 791	4 464	9 699	267 988	89 126	-	-	-
2002 März	409 176	41 751	4 392	9 397	264 741	88 895	-	-	-
Juni	404 661	40 431	4 172	9 256	262 574	88 228	-	-	-
Sept.	401 432	39 267	4 044	9 231	260 611	88 280	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)			Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
	Ins- gesamt	zu- sam- men	darunter Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versiche- rungen	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1996	839 883	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	25 286	5 221	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999 9)	714 069	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	30 227	1 618	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2002 März	721 619	16 917	1 724	59 622	123 287	22 648	429 270	59 356	12	1 365	49	8 986	108
April	714 032	11 709	1 787	64 533	123 500	22 666	431 935	49 165	12	1 366	54	8 986	106
Mai	715 840	16 623	1 788	64 891	123 015	21 967	430 935	47 891	12	1 366	50	8 986	103
Juni	716 787	21 389	1 776	66 445	123 155	20 636	431 039	43 600	12	1 374	51	8 986	100
Juli	726 077	21 253	1 763	71 385	123 144	20 773	430 911	49 222	12	1 374	54	7 848	102
Aug.	723 931	26 149	1 724	71 540	124 334	20 057	430 140	42 323	12	1 374	52	7 848	101
Sept.	726 896	30 982	1 700	72 762	125 316	19 752	429 452	39 392	0	1 242	50	7 848	101
Okt.	728 799	30 977	1 663	78 405	125 954	18 011	425 750	40 487	0	1 242	26	7 848	99
Nov.	734 678	30 466	1 622	78 933	126 472	17 852	434 650	37 089	0	1 242	28	7 848	99
Dez.	725 405	30 227	1 618	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003 Jan.	743 400	30 218	1 549	84 053	127 786	15 408	426 630	50 171	0	1 167	30	7 845	95
Febr.	745 992	30 081	1 462	84 808	129 055	15 515	428 692	48 701	0	1 167	36	7 845	94
März p)	745 334	30 057	1 347	80 348	132 978	15 403	435 143	42 296	0	1 167	3	7 845	94

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten. — 8 Ab-

lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden hier ab Juli 1999 dem Bund zugerechnet.

11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:								Verän- derung der Geldmarkt- einlagen	
	brutto 1)	netto	Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen			Geld- markt- kredite
			brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto		
1996	+ 185 696	+ 83 049	+ 54 038	+ 31 988	+ 45 445	+ 5 445	+ 67 015	+ 39 586	+ 15 050	+ 1 906	+ 4 148	+ 6 548
1997	+ 250 074	+ 65 808	+ 79 323	+ 47 323	+ 59 557	+ 1 557	+ 98 275	+ 24 983	+ 12 950	- 8 009	- 30	- 3 304
1998	+ 228 050	+ 52 292	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	- 1 327	+ 12 023	- 2 927	- 3 065	- 5 440
1999	+ 139 865	+ 31 631	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	- 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832
2000	+ 122 725	+ 1 750	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	- 5 323	+ 7 273	- 9 973	- 5 563	- 940
2001	+ 135 018	- 14 741	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	- 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	- 9 941	+ 3 595	- 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 328	+ 41 378	+ 6 364	+ 36 037	+ 7 572	+ 93 853	+ 19 535	+ 4 716	- 10 155	+ 2 221	+ 22
2002 Jan.-März	+ 51 746	+ 20 542	+ 13 075	+ 13 075	+ 9 893	+ 3 375	+ 12 272	- 7 988	+ 1 351	- 3 039	+ 15 155	+ 722
2002 Jan.-März p)	+ 60 829	+ 19 929	+ 19 700	+ 12 584	+ 12 047	+ 5 495	+ 23 568	- 901	+ 1 301	- 1 434	+ 4 213	+ 567
2002 März	+ 15 492	+ 5 009	+ 975	+ 975	+ 763	+ 763	+ 6 740	- 1 677	+ 548	- 1 482	+ 6 467	+ 9
April	+ 3 637	- 7 587	+ 2 665	+ 2 665	+ 214	+ 214	+ 9 919	- 278	+ 708	- 321	- 9 870	- 307
Mai	+ 9 842	+ 1 807	- 1 000	- 1 000	+ 6 025	- 485	+ 5 543	+ 4 574	+ 522	- 28	- 1 247	- 190
Juni	+ 8 533	+ 947	+ 104	+ 104	+ 140	+ 140	+ 11 512	+ 4 988	+ 88	- 971	- 3 311	- 41
Juli	+ 27 272	+ 9 291	+ 10 400	- 127	- 11	- 11	+ 9 934	+ 4 941	+ 610	- 716	+ 6 338	+ 133
Aug.	+ 6 663	- 2 147	- 772	- 772	+ 8 739	+ 1 189	+ 5 360	+ 4 337	+ 135	- 100	- 6 799	+ 228
Sept.	+ 9 231	+ 2 966	- 688	- 688	+ 983	+ 983	+ 11 072	+ 5 748	+ 590	- 348	- 2 727	+ 1 413
Okt.	+ 20 715	+ 1 903	+ 8 082	- 3 702	+ 637	+ 637	+ 10 797	+ 3 897	+ 94	- 10	+ 1 106	- 1 181
Nov.	+ 23 264	+ 5 880	+ 8 900	+ 8 900	+ 8 562	+ 518	+ 5 171	- 141	+ 543	- 3 487	+ 88	- 564
Dez.	+ 17 300	- 9 273	+ 611	- 12 092	+ 854	+ 1 012	+ 12 273	- 542	+ 76	- 1 134	+ 3 487	- 191
2003 Jan.	+ 34 388	+ 17 995	+ 11 187	+ 4 071	+ 292	+ 302	+ 10 732	+ 2 969	+ 628	- 895	+ 11 549	+ 449
Febr.	+ 14 560	+ 2 592	+ 2 063	+ 2 063	+ 7 831	+ 1 269	+ 5 793	+ 725	+ 40	- 305	- 1 166	+ 112
März p)	+ 11 881	- 658	+ 6 451	+ 6 451	+ 3 924	+ 3 924	+ 7 043	- 4 595	+ 633	- 235	- 6 170	+ 6

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens
der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pierre	Dar- lehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 2)	Zahlun- gen des Bundes		Renten 3)	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
Westdeutschland													
1996 8)	288 761	236 036	50 478	288 716	237 464	16 809	+ 45	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	305 606	248 463	54 896	295 635	246 011	17 892	+ 9 971	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	317 340	250 063	65 191	304 155	254 783	18 636	+ 13 185	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	169 124	128 191	39 884	159 819	134 536	9 910	+ 9 305	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000	173 020	128 057	43 638	166 569	139 189	10 253	+ 6 451	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 8) p)	178 293	130 064	46 710	172 382	143 863	10 610	+ 5 911	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002 p)	181 534	131 103	48 993	178 746	149 322	11 359	+ 2 788	9 832	6 948	1 072	1 686	126	4 927
2001 4.Vj.	47 452	35 514	11 588	43 530	36 400	2 701	+ 3 922	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002 1.Vj.	43 411	30 893	12 212	43 792	36 898	2 719	- 381	11 943	8 712	1 427	1 698	106	4 933
2.Vj.	44 541	31 949	12 222	43 927	36 784	2 711	+ 614	10 663	7 490	1 366	1 696	111	4 954
3.Vj.	45 371	32 663	12 280	44 799	37 746	2 872	+ 572	8 911	5 919	1 182	1 689	121	4 947
4.Vj.	48 213	35 599	12 279	45 928	37 894	3 056	+ 2 285	9 832	6 948	1 072	1 686	126	4 927
Ostdeutschland													
1996	74 790	46 580	17 910	83 830	68 316	4 851	- 9 040
1997	79 351	48 939	20 065	87 424	70 500	5 388	- 8 073
1998	81 072	47 764	23 564	90 863	73 040	5 757	- 9 791
1999	43 214	24 015	14 744	47 641	38 383	3 040	- 4 427
2000	43 513	22 655	15 224	49 385	39 414	3 112	- 5 872
2001 p)	44 462	21 984	16 383	50 943	40 254	3 152	- 6 481
2002 p)	45 275	21 697	17 608	53 040	41 678	3 264	- 7 765
2001 4.Vj.	11 446	5 860	4 107	12 857	10 221	788	- 1 411
2002 1.Vj.	11 070	5 157	4 410	13 106	10 373	793	- 2 036
2.Vj.	11 493	5 455	4 558	13 046	10 228	797	- 1 553
3.Vj.	10 757	5 275	4 334	13 391	10 530	832	- 2 634
4.Vj.	11 955	5 810	4 306	13 397	10 547	842	- 1 442

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger

an die Krankenkassen nach § 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebs- mittel- darlehen des Bundes	
	ins- gesamt 1)	darunter:		ins- gesamt	Arbeits- losen- unter- stützun- gen 3) 4)	davon:		beruf- liche Förde- rung 4) 5)	davon:				Winter- bau- förder- ung
		Beiträge	Um- lagen 2)			West- deutsch- land	Ost- deutsch- land		West- deutsch- land	Ost- deutsch- land			
Gesamtdeutschland													
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	903	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	443	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	471	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	279	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	294	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	268	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	245	- 5 623	5 623
2002 1.Vj.	11 502	11 188	51	13 093	6 587	4 608	1 979	4 665	2 523	2 142	139	- 1 591	3 720
2.Vj.	12 200	11 459	433	14 141	7 098	5 005	2 093	5 230	2 903	2 327	97	- 1 941	2 200
3.Vj.	12 710	11 808	528	13 905	6 708	4 839	1 869	5 182	2 849	2 334	7	- 1 195	854
4.Vj.	14 473	12 951	1 077	15 369	7 218	5 299	1 919	5 933	3 293	2 640	2	- 896	- 1 151
2003 1.Vj.	11 617	11 281	48	14 408	7 647	5 422	2 225	4 785	2 576	2 209	180	- 2 790	5 151

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Konkursausfallgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. —

4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. — 5 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse.

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens
Deutschland

Position	1998	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
	Mrd DM	Mrd €				Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
in Preisen von 1995													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	855,2	429,4	445,6	447,3	446,5	- 1,8	3,8	0,4	- 0,2	22,4	22,6	22,6	22,5
Baugewerbe	205,3	105,5	102,6	96,0	90,4	0,5	- 2,7	- 6,5	- 5,8	5,5	5,2	4,8	4,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	614,6	335,3	352,9	361,8	366,1	6,7	5,3	2,5	1,2	17,5	17,9	18,3	18,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	1 028,6	548,3	572,6	585,2	595,4	4,3	4,4	2,2	1,7	28,6	29,1	29,5	30,0
Öffentliche und private Dienst- leister 3)	737,6	380,6	387,3	391,6	396,5	0,9	1,8	1,1	1,2	19,9	19,7	19,8	20,0
Alle Wirtschaftsbereiche	3 487,2	1 823,3	1 885,3	1 906,5	1 919,0	2,3	3,4	1,1	0,7	95,2	95,7	96,2	96,7
Nachr.: Unternehmenssektor	3 041,7	1 595,6	1 656,7	1 679,3	1 692,7	2,6	3,8	1,4	0,8	83,3	84,1	84,8	85,3
Wirtschaftsbereiche bereinigt 4)	3 320,2	1 730,3	1 785,5	1 801,4	1 809,6	1,9	3,2	0,9	0,5	90,4	90,7	90,9	91,2
Bruttoinlandsprodukt	3 669,9	1 914,8	1 969,5	1 980,8	1 984,3	2,0	2,9	0,6	0,2	100	100	100	100
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	2 072,8	1 099,2	1 114,8	1 131,6	1 124,3	3,7	1,4	1,5	- 0,6	57,4	56,6	57,1	56,7
Konsumausgaben des Staates	726,3	375,0	379,6	382,6	388,5	1,0	1,2	0,8	1,5	19,6	19,3	19,3	19,6
Ausrüstungen	292,5	160,3	175,5	165,4	149,9	7,2	9,5	- 5,8	- 9,4	8,4	8,9	8,3	7,6
Bauten	479,5	248,7	242,1	227,7	214,3	1,4	- 2,6	- 6,0	- 5,9	13,0	12,3	11,5	10,8
Sonstige Anlagen 6)	40,0	23,2	25,2	26,5	27,1	13,5	8,4	5,0	2,5	1,2	1,3	1,3	1,4
Vorratsveränderungen 7)	3,2	- 6,6	- 2,7	- 15,2	- 13,9	- 0,3	- 0,1	- 0,8	- 0,7
Inländische Verwendung	3 614,3	1 899,8	1 934,5	1 918,6	1 890,3	2,8	1,8	- 0,8	- 1,5	99,2	98,2	96,9	95,3
Außenbeitrag	55,6	15,0	35,0	62,2	94,0	0,8	1,8	3,1	4,7
Exporte	1 078,6	582,5	662,1	695,4	713,8	5,6	13,7	5,0	2,6	30,4	33,6	35,1	36,0
Importe	1 023,0	567,4	627,1	633,1	619,8	8,5	10,5	1,0	- 2,1	29,6	31,8	32,0	31,2
Bruttoinlandsprodukt	3 669,9	1 914,8	1 969,5	1 980,8	1 984,3	2,0	2,9	0,6	0,2	100	100	100	100
in jeweiligen Preisen													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	2 173,3	1 156,5	1 190,9	1 232,2	1 241,9	4,1	3,0	3,5	0,8	58,5	58,7	59,5	58,9
Konsumausgaben des Staates	722,7	378,8	387,2	393,5	402,8	2,5	2,2	1,6	2,4	19,1	19,1	19,0	19,1
Ausrüstungen	293,5	159,6	175,8	166,3	150,9	6,4	10,2	- 5,4	- 9,3	8,1	8,7	8,0	7,2
Bauten	475,3	245,2	240,2	226,2	212,8	0,9	- 2,1	- 5,8	- 6,0	12,4	11,8	10,9	10,1
Sonstige Anlagen 6)	38,3	21,4	22,8	23,7	24,1	9,1	6,7	4,1	1,7	1,1	1,1	1,1	1,1
Vorratsveränderungen 7)	14,1	0,9	5,2	- 9,4	- 7,3	0,0	0,3	- 0,5	- 0,3
Inländische Verwendung	3 717,2	1 962,3	2 022,2	2 032,6	2 025,2	3,3	3,0	0,5	- 0,4	99,2	99,6	98,1	96,1
Außenbeitrag	56,4	16,3	7,8	38,6	83,0	0,8	0,4	1,9	3,9
Exporte	1 095,6	587,0	685,4	726,9	748,3	4,8	16,8	6,1	2,9	29,7	33,8	35,1	35,5
Importe	1 039,2	570,7	677,6	688,3	665,2	7,4	18,7	1,6	- 3,4	28,8	33,4	33,2	31,6
Bruttoinlandsprodukt	3 773,6	1 978,6	2 030,0	2 071,2	2 108,2	2,6	2,6	2,0	1,8	100	100	100	100
IV. Preise (1995=100)													
Privater Konsum	104,8	105,2	106,8	108,9	110,5	0,4	1,5	1,9	1,4
Bruttoinlandsprodukt	102,8	103,3	103,1	104,6	106,2	0,5	- 0,3	1,4	1,6
Terms of Trade	100,0	100,2	95,8	96,2	97,7	0,2	- 4,4	0,4	1,6
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	2 015,6	1 058,0	1 099,0	1 120,4	1 130,0	2,7	3,9	1,9	0,9	72,0	72,8	73,2	72,3
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	805,0	411,1	410,3	410,9	432,0	- 0,1	- 0,2	0,2	5,1	28,0	27,2	26,8	27,7
Volkseinkommen	2 820,6	1 469,0	1 509,2	1 531,2	1 562,0	1,9	2,7	1,5	2,0	100	100	100	100
Nachr.: Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	3 746,2	1 965,9	2 020,9	2 055,8	2 099,1	2,6	2,8	1,7	2,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2003. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung nach Abzug unterstellter Bankge-

bühr, jedoch ohne Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

IX. Konjunkturlage

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Industrie insgesamt		davon:				davon:					
			Inland		Ausland		Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten 1)		Konsumgüter- produzenten 2)	
	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %
Deutschland												
1999	87,8	+ 2,1	92,3	- 0,2	82,1	+ 5,4	87,5	+ 0,8	86,0	+ 3,4	95,9	+ 0,8
2000	99,9	+ 13,8	99,9	+ 8,2	99,9	+ 21,7	100,0	+ 14,3	100,0	+ 16,3	99,9	+ 4,2
2001	98,3	- 1,6	97,6	- 2,3	99,1	- 0,8	95,9	- 4,1	99,4	- 0,6	101,4	+ 1,5
2002	98,3	± 0,0	94,6	- 3,1	102,8	+ 3,7	96,4	+ 0,5	99,6	+ 0,2	99,0	- 2,4
2002 Febr.	95,4	- 5,7	92,2	- 7,7	99,3	- 3,5	94,4	- 4,6	94,0	- 7,4	104,1	- 4,1
März	106,5	- 2,7	100,9	- 8,3	113,4	+ 4,2	102,8	- 2,8	107,6	- 3,1	113,3	- 1,3
April	97,3	+ 0,6	94,3	- 3,1	101,1	+ 5,3	97,3	+ 1,6	97,4	+ 0,2	97,4	+ 0,4
Mai	98,6	+ 0,6	91,1	- 5,1	108,0	+ 7,6	95,9	- 1,0	102,5	+ 2,7	91,6	- 2,3
Juni	101,1	- 1,6	96,2	- 2,0	107,1	- 1,0	100,0	- 0,9	103,1	- 1,9	96,1	- 2,2
Juli	97,8	+ 0,4	95,8	- 1,8	100,3	+ 3,2	97,5	+ 1,5	98,8	+ 0,7	94,4	- 4,6
Aug.	91,7	+ 1,2	90,5	- 3,2	93,2	+ 7,1	89,5	+ 0,8	92,4	+ 3,7	96,0	- 6,5
Sept.	101,8	+ 3,1	98,3	- 1,2	106,2	+ 8,8	100,2	+ 5,0	101,8	+ 3,2	107,4	- 1,6
Okt.	100,3	+ 4,7	97,7	+ 1,7	103,6	+ 8,6	99,7	+ 4,9	100,5	+ 6,7	101,9	- 2,7
Nov.	101,6	+ 6,3	97,4	+ 2,4	106,8	+ 11,0	99,4	+ 7,8	103,6	+ 6,3	100,3	+ 0,9
Dez.	91,9	- 1,8	88,4	- 1,4	96,2	- 2,3	86,5	+ 2,2	97,7	- 4,4	85,5	- 3,0
2003 Jan.	98,0	+ 3,2	92,6	± 0,0	104,8	+ 6,9	97,7	+ 4,8	98,4	+ 3,3	97,5	- 1,9
Febr. p)	98,8	+ 3,6	95,5	+ 3,6	103,0	+ 3,7	96,3	+ 2,0	99,7	+ 6,1	103,1	- 1,0
Westdeutschland												
1999	88,0	+ 1,9	92,7	- 0,6	82,4	+ 5,5	88,0	+ 0,6	86,0	+ 3,5	96,5	+ 0,6
2000	99,9	+ 13,5	99,9	+ 7,8	100,0	+ 21,4	99,9	+ 13,5	100,0	+ 16,3	99,9	+ 3,5
2001	97,8	- 2,1	97,2	- 2,7	98,6	- 1,4	95,1	- 4,8	99,2	- 0,8	101,1	+ 1,2
2002	97,3	- 0,5	93,7	- 3,6	101,6	+ 3,0	95,1	± 0,0	98,9	- 0,3	98,3	- 2,8
2002 Febr.	94,8	- 6,1	91,7	- 8,4	98,5	- 3,4	93,5	- 4,2	93,6	- 8,1	104,0	- 4,2
März	104,3	- 4,4	100,2	- 8,7	109,3	+ 1,0	101,0	- 4,1	104,8	- 5,2	113,1	- 1,6
April	96,7	+ 0,7	93,8	- 2,8	100,2	+ 5,0	96,2	+ 1,1	97,2	+ 0,7	96,7	+ 0,4
Mai	98,2	+ 0,9	90,3	- 5,3	107,7	+ 8,1	94,6	- 1,7	103,0	+ 3,8	90,4	- 2,8
Juni	100,3	- 2,0	95,1	- 3,0	106,4	- 1,0	99,0	- 1,0	102,6	- 2,5	95,0	- 2,9
Juli	97,5	+ 0,4	95,3	- 2,0	100,2	+ 3,3	96,2	+ 1,1	99,4	+ 1,2	94,2	- 4,8
Aug.	90,2	+ 0,2	89,2	- 4,2	91,4	+ 5,8	87,7	+ 0,1	91,0	+ 2,4	95,3	- 7,3
Sept.	101,1	+ 3,3	97,4	- 1,3	105,5	+ 8,9	98,8	+ 4,9	101,5	+ 3,5	106,9	- 1,9
Okt.	99,4	+ 4,3	96,6	+ 1,2	102,7	+ 8,1	98,2	+ 4,5	99,9	+ 6,3	101,1	- 3,0
Nov.	100,3	+ 5,5	96,4	+ 2,0	105,0	+ 9,5	98,3	+ 7,7	102,1	+ 4,9	99,3	+ 0,5
Dez.	90,5	- 2,6	86,9	- 2,1	94,8	- 3,2	85,5	+ 2,3	95,9	- 5,5	84,7	- 3,3
2003 Jan.	97,1	+ 2,8	91,9	± 0,0	103,2	+ 5,7	95,2	+ 3,8	98,7	+ 3,2	96,7	- 2,2
Febr. p)	98,0	+ 3,4	94,8	+ 3,4	101,8	+ 3,4	94,8	+ 1,4	99,2	+ 6,0	102,9	- 1,1
Ostdeutschland												
1999	84,6	+ 4,7	87,8	+ 3,9	77,0	+ 7,1	82,8	+ 6,4	86,0	+ 2,9	86,9	+ 5,8
2000	99,9	+ 18,1	100,0	+ 13,9	99,9	+ 29,7	99,9	+ 20,7	100,0	+ 16,3	100,0	+ 15,1
2001	104,9	+ 5,0	102,4	+ 2,4	110,9	+ 11,0	106,0	+ 6,1	103,4	+ 3,4	106,1	+ 6,1
2002	111,0	+ 5,8	104,0	+ 1,6	127,8	+ 15,2	111,7	+ 5,4	110,7	+ 7,1	109,4	+ 3,1
2002 Febr.	103,0	- 2,4	97,2	- 1,0	116,8	- 5,0	104,7	- 7,6	100,4	+ 3,6	106,4	- 0,6
März	135,4	+ 17,8	107,9	- 3,9	201,6	+ 66,3	123,3	+ 10,0	152,7	+ 29,3	116,9	+ 2,3
April	106,5	+ 0,3	100,2	- 4,9	121,6	+ 12,6	111,0	+ 7,2	100,9	- 7,3	110,0	+ 3,0
Mai	104,3	- 2,8	100,0	- 2,5	114,5	- 3,4	110,5	+ 5,3	96,3	- 12,7	109,9	+ 4,5
Juni	112,0	+ 4,9	107,5	+ 7,2	122,7	+ 0,2	112,7	+ 2,5	111,2	+ 7,2	111,9	+ 5,8
Juli	101,1	- 0,7	100,9	- 1,5	101,5	+ 1,1	112,5	+ 5,5	89,7	- 7,9	98,3	- 1,2
Aug.	112,5	+ 14,3	104,2	+ 6,7	132,4	+ 32,3	111,7	+ 7,7	114,6	+ 24,7	107,5	+ 4,9
Sept.	111,8	+ 2,5	107,8	+ 0,1	121,5	+ 8,2	116,0	+ 5,8	106,7	- 1,2	114,9	+ 3,6
Okt.	113,8	+ 10,7	109,9	+ 7,1	123,0	+ 19,0	116,2	+ 8,3	111,0	+ 15,9	114,8	+ 2,5
Nov.	118,9	+ 16,1	107,8	+ 5,8	145,5	+ 40,6	112,6	+ 10,0	126,4	+ 25,8	115,6	+ 5,7
Dez.	111,1	+ 7,7	104,8	+ 5,0	126,1	+ 13,1	99,1	+ 3,7	126,7	+ 11,8	98,7	+ 3,8
2003 Jan.	111,3	+ 9,4	99,8	+ 0,2	139,0	+ 30,4	128,1	+ 16,9	93,9	+ 2,3	110,3	+ 2,4
Febr. p)	110,7	+ 7,5	102,9	+ 5,9	129,5	+ 10,9	113,6	+ 8,5	108,8	+ 8,4	106,3	- 0,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche

Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschließlich Druckgewerbe.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1) 2)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 3)		Kurz- arbeiter 2)	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 2) 5)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 2)	Arbeitslose 2)		Arbeits- losen- quote 2) 6) %	Offene Stellen 2) Tsd		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd
		%	Tsd													
Deutschland																
2000	38 753	+ 1,8	+ 675	34 748	+ 1,8	6 373	1 053	86	316	352	3 889	- 211	9,7	514		
2001	38 919	+ 0,4	+ 166	34 835	+ 0,3	6 395	958	123	243	345	3 852	- 37	9,4	506		
2002	38 690	- 0,6	- 229	34 590	- 0,7	6 218	883	207	192	332	4 060	+ 209	9,8	451		
2002 März	38 495	- 0,3	- 104			6 237 8)	879	258	187	335	4 156	+ 156	10,0	527		
April	38 697	- 0,3	- 121			6 219	897	245	185	345	4 024	+ 156	9,7	537		
Mai	38 752	- 0,5	- 190	34 623	- 0,6	6 207	897	201	184	348	3 946	+ 226 7)	9,5	517		
Juni	38 719	- 0,6	- 250			6 198	896	202	185	336	3 954	+ 260	9,5	497		
Juli	38 675	- 0,6	- 240			6 214	894	173	187	315	4 047	+ 248	9,7	471		
Aug.	38 716	- 0,7	- 286	34 662	- 0,8	6 220	895	145	191	320	4 018	+ 229	9,6	458		
Sept.	38 898	- 0,8	- 315			6 215	893	216	199	337	3 942	+ 199	9,5	420		
Okt.	38 963	- 0,8	- 325			6 187	884	214	202	342	3 930	+ 204	9,4	378		
Nov.	38 922	- 0,9	- 373	34 773	- 1,1	6 165	873	205	197	339	4 026	+ 237	9,7	344		
Dez.	38 743	- 1,0	- 396			6 128	849	165	180	318	4 225	+ 262	10,1	324		
2003 Jan.	o) 37 899	o) - 1,2	o) - 455			...	788	195	155	299	4 623	+ 333	11,1	350		
Febr.	227	150	287	4 706	+ 410	11,3	388		
März	244	143	275	4 608	+ 452	11,1	415		
Westdeutschland 9)																
2000	5 761	749	59	59	202	2 380	- 224	7,6	448		
2001	5 769	696	94	53	197	2 320	- 60	7,2	436		
2002	5 593	654	162	42	192	2 498	+ 178	7,7	377		
2002 März	5 616 8)	652	213	42	193	2 527	+ 143	7,8	443		
April	5 597	666	202	42	201	2 448	+ 140	7,5	451		
Mai	5 585	665	162	43	203	2 409	+ 187 7)	7,3	433		
Juni	5 575	663	164	43	197	2 408	+ 191	7,3	415		
Juli	5 590	662	142	43	182	2 482	+ 203	7,6	394		
Aug.	5 592	662	103	42	183	2 477	+ 197	7,5	375		
Sept.	5 585	660	140	42	196	2 440	+ 184	7,4	345		
Okt.	5 559	654	154	41	200	2 450	+ 182	7,5	312		
Nov.	5 540	647	156	41	198	2 520	+ 199	7,7	285		
Dez.	5 506	632	131	38	186	2 647	+ 212	8,1	270		
2003 Jan.	593	157	35	175	2 898	+ 262	8,8	294		
Febr.	187	34	168	2 951	+ 317	9,0	328		
März	199	33	165	2 880	+ 352	8,8	348		
Ostdeutschland 10)																
2000	612	305	27	257	150	1 508	+ 13	17,2	66		
2001	626	262	29	190	148	1 532	+ 23	17,3	70		
2002	625	229	45	150	140	1 563	+ 31	17,7	74		
2002 März	621 8)	227	45	145	142	1 629	+ 13	18,4	84		
April	622	231	43	143	144	1 576	+ 16	17,8	86		
Mai	622	232	39	142	145	1 538	+ 39 7)	17,4	84		
Juni	623	232	38	142	140	1 546	+ 69	17,5	82		
Juli	624	232	31	145	133	1 565	+ 45	17,7	78		
Aug.	628	232	41	148	136	1 541	+ 32	17,4	83		
Sept.	630	233	77	157	141	1 502	+ 15	17,0	75		
Okt.	628	231	60	160	142	1 480	+ 22	16,8	65		
Nov.	626	227	49	157	141	1 506	+ 38	17,0	59		
Dez.	622	217	34	142	132	1 578	+ 49	17,9	54		
2003 Jan.	196	39	120	125	1 725	+ 71	19,5	55		
Febr.	40	116	118	1 756	+ 94	19,9	61		
März	45	110	110	1 728	+ 99	19,6	67		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit. — * Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige und Arbeitnehmer: Durchschnitt; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte; Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt. — 1 Inlandskonzept. — 2 Jahreswerte: Eigene Berechnung; die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. — 3 Einschl. tätiger Inhaber. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Ab Mai

2002 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 8 Ergebnisse ab März 2002 positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung von meldepflichtigen Baubetrieben, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmensregisters festgestellt worden sind. — 9 Ohne West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe einschließlich derjenigen in West-Berlin. — 10 Einschließlich West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe ohne diejenigen in West-Berlin. — o Erste vorläufige Schätzung.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2000	2001 1)	2002	2002					2003
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan.
A. Leistungsbilanz	- 60 364	- 13 778	+ 61 969	+ 2 865	+ 25 242	+ 22 113	+ 10 281	+ 8 114	- 6 423
1. Außenhandel									
Ausfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	989 822	1 032 971	1 057 443	266 766	262 775	273 593	90 597	85 361	80 997
Einfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	958 233	957 141	924 760	236 030	222 961	237 793	77 037	74 819	79 913
Saldo	+ 31 592	+ 75 830	+ 132 680	+ 30 736	+ 39 815	+ 35 799	+ 13 560	+ 10 541	+ 1 085
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	287 014	321 572	326 338	83 890	89 002	81 860	24 984	28 168	24 924
Ausgaben	298 546	320 648	313 005	77 173	81 688	78 076	24 251	26 509	25 411
Saldo	- 11 535	+ 921	+ 13 334	+ 6 718	+ 7 315	+ 3 784	+ 733	+ 1 659	- 487
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 27 023	- 39 746	- 39 220	- 16 033	- 10 829	- 4 971	- 121	- 1 779	- 10 120
4. laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	67 634	75 686	84 936	15 349	18 186	20 354	6 777	8 460	17 572
eigene Leistungen	121 035	126 469	129 764	33 905	29 245	32 854	10 668	10 767	14 473
Saldo	- 53 398	- 50 783	- 44 827	- 18 556	- 11 059	- 12 500	- 3 891	- 2 307	+ 3 099
B. Saldo der Vermögensübertragungen	+ 9 836	+ 8 924	+ 11 852	+ 3 453	+ 2 300	+ 2 994	+ 412	+ 1 113	+ 2 045
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 69 955	- 40 508	- 171 298	- 29 040	- 55 667	- 60 119	- 28 585	- 10 065	- 15 535
1. Direktinvestitionen	- 12 289	- 101 495	- 21 028	- 7 928	- 6 650	+ 8 547	+ 3 919	+ 9 647	- 1 780
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 436 259	- 255 835	- 150 973	- 45 827	- 27 681	- 21 448	- 10 450	+ 392	- 12 134
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 423 970	+ 154 343	+ 129 945	+ 37 899	+ 21 031	+ 29 995	+ 14 369	+ 9 255	+ 10 354
2. Wertpapieranlagen	- 115 170	+ 38 137	+ 50 449	+ 57 423	+ 29 659	+ 15 175	+ 9 701	- 13 945	- 14 706
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 411 316	- 287 957	- 176 103	- 52 133	- 18 453	- 32 534	- 11 670	- 18 505	- 23 199
Dividendenwerte	- 287 914	- 108 569	- 37 120	- 13 613	+ 12 932	- 2 833	+ 1 589	- 5 061	+ 2 094
festverzinsliche Wertpapiere	- 114 573	- 158 723	- 83 416	- 23 396	- 16 955	- 22 248	- 6 944	- 8 566	- 17 555
Geldmarktpapiere	- 8 829	- 20 668	- 55 569	- 15 123	- 14 432	- 7 453	- 6 314	- 4 878	- 7 738
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 296 146	+ 326 091	+ 226 552	+ 109 556	+ 48 112	+ 47 709	+ 21 371	+ 4 559	+ 8 493
Dividendenwerte	+ 50 749	+ 231 137	+ 76 229	+ 30 888	+ 4 090	+ 10 879	+ 14 542	+ 513	+ 12 158
festverzinsliche Wertpapiere	+ 232 191	+ 90 440	+ 104 430	+ 52 511	+ 23 005	+ 27 920	+ 12 081	+ 3 757	+ 1 602
Geldmarktpapiere	+ 13 206	+ 4 514	+ 45 894	+ 26 157	+ 21 018	+ 8 909	- 5 252	+ 289	- 5 267
3. Finanzderivate	- 2 163	- 3 736	- 13 764	- 3 079	- 9 850	- 2 402	- 1 126	- 1 248	- 1 508
4. Kreditverkehr und sonstige Anlagen (Saldo)	+ 182 012	+ 8 765	- 184 412	- 82 199	- 64 229	- 79 813	- 38 504	- 3 332	+ 918
Eurosistem	- 221	+ 5 004	- 1 097	- 4 075	+ 133	+ 2 070	+ 2 093	+ 384	- 1 929
öffentliche Stellen	- 1 247	+ 1 870	- 7 672	+ 4 792	- 3 346	- 76	- 1 100	- 13	- 7 794
Kreditinstitute	+ 159 021	+ 6 815	- 137 317	- 73 595	- 26 579	- 81 362	- 30 921	- 18 579	+ 19 695
langfristig	+ 3 052	- 24 299	+ 22 109	+ 12 823	+ 1 024	+ 99	- 14 782	+ 11 813	+ 11 455
kurzfristig	+ 155 970	+ 31 123	- 159 424	- 86 418	- 27 600	- 81 461	- 16 139	- 30 392	+ 8 240
Unternehmen und Privatpersonen	+ 24 465	- 4 924	- 38 326	- 9 321	- 34 438	- 444	- 8 576	+ 14 877	- 9 054
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 17 568	+ 17 815	- 2 543	+ 6 741	- 4 596	- 1 625	- 2 575	- 1 186	+ 1 542
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 19 427	+ 45 356	+ 97 476	+ 22 722	+ 28 126	+ 35 011	+ 17 892	+ 837	+ 19 913

* Quelle: Europäische Zentralbank. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland.

X. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Zeit	Dienstleistungen							zusammen	übrige Dienstleistungen		Erwerbsein- kommen 5)	Vermögens- einkommen (Kapital- erträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanz- dienst- leistungen	Patente und Lizenzen	Regierungs- leistungen 3)	darunter:		Entgelte für selbst- ständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbes- serungen		
1998	- 76 062	- 64 465	+ 5 449	+ 3 011	- 4 044	+ 5 462	- 21 474	- 2 586	- 2 484	- 1 584	- 11 753	
1999	- 47 020	- 36 421	+ 2 882	+ 1 005	- 1 896	+ 1 997	- 14 588	- 2 245	- 403	- 756	- 7 682	
2000	- 49 868	- 37 420	+ 3 385	+ 980	- 2 904	+ 2 221	- 16 130	- 2 733	- 782	- 512	- 1 893	
2001	- 51 215	- 37 416	+ 4 144	+ 509	- 2 395	+ 3 488	- 19 545	- 2 536	- 1 123	- 257	- 10 178	
2002	- 38 335	- 35 997	+ 3 697	+ 584	- 1 414	+ 5 257	- 10 461	- 2 026	- 363	- 354	- 6 304	
2001 2.Vj.	- 13 043	- 8 997	+ 1 103	+ 282	- 553	+ 872	- 5 749	- 621	- 142	- 150	- 4 059	
3.Vj.	- 16 642	- 14 354	+ 1 128	+ 180	- 588	+ 843	- 3 853	- 636	- 121	- 260	- 3 304	
4.Vj.	- 7 955	- 6 877	+ 1 129	+ 147	- 563	+ 974	- 2 765	- 640	- 312	- 1	- 995	
2002 1.Vj.	- 11 336	- 7 055	+ 194	- 48	- 440	+ 1 059	- 5 045	- 524	- 388	+ 132	- 4 134	
2.Vj.	- 8 797	- 8 376	+ 1 027	+ 104	- 655	+ 1 228	- 2 126	- 505	- 158	- 148	- 1 239	
3.Vj.	- 12 466	- 13 654	+ 1 381	+ 179	- 442	+ 1 707	- 1 638	- 539	+ 194	- 310	- 3 369	
4.Vj.	- 5 736	- 6 912	+ 1 094	+ 350	+ 123	+ 1 263	- 1 653	- 457	- 10	- 29	+ 2 439	
2002 April	- 2 617	- 2 564	+ 355	+ 34	- 244	+ 469	- 666	- 194	- 63	- 39	+ 478	
Mai	- 3 177	- 2 820	+ 159	+ 89	- 67	+ 398	- 937	- 159	+ 9	- 51	- 796	
Juni	- 3 003	- 2 992	+ 513	+ 19	- 344	+ 362	- 523	- 152	- 103	- 58	- 922	
Juli	- 3 908	- 3 405	+ 293	+ 75	- 432	+ 415	- 854	- 203	+ 38	- 102	- 4 468	
Aug.	- 5 686	- 5 865	+ 493	- 8	+ 27	+ 890	- 1 221	- 180	+ 160	- 97	- 324	
Sept.	- 2 873	- 4 383	+ 595	+ 112	- 36	+ 402	+ 438	- 156	- 4	- 111	+ 1 424	
Okt.	- 4 166	- 3 698	+ 394	+ 289	- 51	+ 329	- 1 430	- 139	+ 101	- 13	+ 1 350	
Nov.	- 2 019	- 2 073	+ 249	+ 7	+ 38	+ 390	- 631	- 145	- 65	- 9	+ 956	
Dez.	+ 449	- 1 141	+ 451	+ 54	+ 135	+ 544	+ 407	- 173	- 46	- 6	+ 133	
2003 Jan.	- 3 921	- 2 658	+ 144	+ 207	- 73	+ 418	- 1 960	- 216	+ 56	+ 59	- 4 965	
Febr.	- 2 233	- 1 675	+ 153	+ 155	+ 4	+ 384	- 1 254	- 105	+ 92	+ 52	- 1 155	

1 Ergebnisse ab Januar 2002 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärische Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)			Mio DM / Mio €		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	Insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
				darunter Europäische Gemeinschaften							
1998	- 53 304	- 37 317	- 33 077	- 30 382	- 4 240	- 15 987	- 6 936	- 9 051	+ 1 289	- 2 441	+ 3 730
1999	- 25 016	- 17 348	- 15 428	- 13 846	- 1 920	- 7 667	- 3 429	- 4 239	- 154	- 1 351	+ 1 197
2000	- 28 368	- 19 095	- 17 100	- 15 398	- 1 996	- 9 272	- 3 458	- 5 814	- 1 599	- 1 189	- 410
2001	- 27 432	- 16 927	- 14 257	- 12 587	- 2 670	- 10 505	- 3 520	- 6 985	- 387	- 1 361	+ 974
2002	- 26 555	- 15 644	- 12 416	- 11 214	- 3 227	- 10 911	- 3 470	- 7 441	- 212	- 1 416	+ 1 204
2001 2.Vj.	- 8 189	- 5 171	- 5 346	- 4 927	+ 175	- 3 018	- 880	- 2 138	- 13	- 256	+ 242
3.Vj.	- 6 250	- 4 066	- 3 079	- 2 518	- 988	- 2 183	- 880	- 1 303	- 446	- 327	- 118
4.Vj.	- 7 371	- 4 779	- 3 720	- 3 543	- 1 059	- 2 592	- 880	- 1 712	- 479	- 455	- 24
2002 1.Vj.	- 5 128	- 2 315	- 1 256	- 832	- 1 059	- 2 813	- 868	- 1 946	+ 160	- 229	+ 389
2.Vj.	- 8 550	- 5 262	- 5 254	- 4 997	- 8	- 3 289	- 868	- 2 421	- 75	- 274	+ 199
3.Vj.	- 5 457	- 3 585	- 2 746	- 2 387	- 838	- 1 873	- 868	- 1 005	+ 62	- 348	+ 410
4.Vj.	- 7 419	- 4 483	- 3 161	- 2 998	- 1 322	- 2 936	- 868	- 2 069	- 359	- 565	+ 207
2002 April	- 2 961	- 2 058	- 1 889	- 1 788	- 169	- 903	- 289	- 614	- 148	- 84	- 64
Mai	- 2 462	- 1 491	- 1 697	- 1 633	+ 206	- 971	- 289	- 682	+ 47	- 99	+ 146
Juni	- 3 127	- 1 712	- 1 667	- 1 576	- 45	- 1 415	- 289	- 1 126	+ 26	- 91	+ 117
Juli	- 1 853	- 1 092	- 842	- 637	- 250	- 761	- 289	- 472	- 203	- 168	- 35
Aug.	- 1 366	- 774	- 397	- 272	- 376	- 593	- 289	- 304	+ 86	- 95	+ 181
Sept.	- 2 238	- 1 719	- 1 507	- 1 478	- 212	- 518	- 289	- 229	+ 179	- 86	+ 265
Okt.	- 3 356	- 2 107	- 1 538	- 1 472	- 569	- 1 249	- 289	- 960	- 82	- 104	+ 22
Nov.	- 2 291	- 1 456	- 996	- 953	- 460	- 836	- 289	- 547	- 137	- 248	+ 111
Dez.	- 1 772	- 920	- 627	- 572	- 293	- 852	- 289	- 562	- 139	- 213	+ 74
2003 Jan.	- 759	- 247	+ 94	+ 517	- 341	- 512	- 278	- 234	+ 475	- 104	+ 580
Febr.	- 2 452	- 1 708	- 1 499	- 1 296	- 209	- 744	- 278	- 466	- 483	- 67	- 416

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2000	2001	2002	2002					2003	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 357 341	- 281 560	- 255 821	- 57 019	- 79 976	- 92 940	- 25 886	+ 40 639	- 35 405	- 36 382
1. Direktinvestitionen 1)	- 61 701	- 47 023	- 26 070	- 2 609	- 2 081	- 15 785	- 5 595	- 3 146	- 16 635	- 2 841
Beteiligungskapital	- 59 125	- 61 618	- 46 821	- 8 867	- 20 694	- 12 158	- 5 102	- 1 444	- 2 217	- 1 923
reinvestierte Gewinne 2)	± 0	+ 3 240	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 3 281	+ 16 360	+ 27 883	+ 7 516	+ 20 219	- 1 578	+ 1 727	- 577	- 13 733	- 668
übrige Anlagen	- 5 857	- 5 005	- 7 132	- 1 258	- 1 605	- 2 050	- 2 220	- 1 125	- 685	- 251
2. Wertpapieranlagen	- 203 368	- 129 559	- 69 036	- 32 361	- 18 934	- 8 305	- 9 436	+ 194	+ 189	+ 5 244
Dividendenwerte 3)	- 102 252	- 15 614	- 5 330	- 7 439	+ 1 117	+ 6 440	- 5 448	- 5 046	+ 3 771	+ 6 049
Investmentzertifikate 4)	- 32 516	- 19 701	- 6 784	- 5 087	- 998	- 1 275	+ 576	+ 829	- 1 986	+ 745
festverzinsliche Wertpapiere 5)	- 70 251	- 95 098	- 50 806	- 15 314	- 17 785	- 10 521	- 7 185	+ 1 890	- 2 220	- 5 020
Geldmarktpapiere	+ 1 651	+ 853	+ 6 116	+ 4 522	+ 1 268	+ 2 949	+ 2 622	+ 2 521	+ 624	+ 3 470
3. Finanzderivate 6)	- 5 490	+ 6 278	- 533	+ 1 771	+ 1 194	- 3 838	+ 340	+ 696	- 120	+ 1 495
4. Kredite	- 84 596	- 109 871	- 158 634	- 23 348	- 59 707	- 64 670	- 10 909	+ 42 984	- 18 609	- 40 058
Kreditinstitute 7)	- 101 533	- 130 648	- 130 536	- 305	- 54 117	- 45 819	- 30 295	+ 25 457	- 15 353	- 37 031
langfristig	- 40 156	- 47 636	- 31 790	- 9 717	- 8 336	- 4 224	- 9 514	- 2 660	- 8 319	- 1 306
kurzfristig	- 61 378	- 83 012	- 98 746	+ 9 413	- 45 782	- 41 595	- 20 782	+ 28 117	- 7 034	- 35 724
Unternehmen und Privatpersonen	- 5 116	- 19 217	+ 744	- 7 782	- 5 521	- 4 698	+ 18 746	+ 15 979	- 10 242	- 4 062
langfristig	+ 91	- 1 857	- 400	- 174	+ 66	+ 93	- 384	- 226	- 401	- 269
kurzfristig 7)	- 5 207	- 17 360	+ 1 144	- 7 608	- 5 587	- 4 791	+ 19 130	+ 16 205	- 9 841	- 3 793
Staat	- 19 920	+ 15 980	+ 7 168	+ 3 164	+ 123	+ 4 249	- 368	- 514	+ 1 073	- 201
langfristig	- 1 079	+ 257	+ 218	+ 114	+ 151	- 61	+ 14	- 40	+ 106	+ 229
kurzfristig 7)	- 18 841	+ 15 723	+ 6 950	+ 3 050	- 27	+ 4 310	- 382	- 474	+ 967	- 430
Bundesbank	+ 41 972	+ 24 015	- 36 010	- 18 425	- 191	- 18 402	+ 1 009	+ 2 062	+ 5 913	+ 1 236
5. sonstige Kapitalanlagen 8)	- 2 185	- 1 385	- 1 549	- 471	- 449	- 341	- 287	- 89	- 230	- 222
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 394 213	+ 263 346	+ 177 127	+ 59 594	+ 61 711	+ 75 299	- 19 477	- 63 443	+ 29 760	+ 24 743
1. Direktinvestitionen 1)	+ 220 423	+ 37 903	+ 40 414	+ 13 875	+ 16 190	+ 3 503	+ 6 846	+ 2 211	+ 1 915	- 218
Beteiligungskapital	+ 121 532	+ 30 089	+ 26 985	+ 11 919	+ 10 737	+ 2 576	+ 1 754	+ 1 168	+ 1 954	+ 301
reinvestierte Gewinne 2)	- 3 600	- 3 600	- 3 600	- 900	- 900	- 900	- 900	- 300	- 300	- 300
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 102 826	+ 11 558	+ 17 225	+ 2 884	+ 6 384	+ 1 924	+ 6 034	+ 1 371	+ 340	- 218
übrige Anlagen	- 335	- 143	- 197	- 28	- 31	- 97	- 41	- 28	- 78	- 1
2. Wertpapieranlagen	+ 47 583	+ 156 175	+ 105 998	+ 26 807	+ 40 521	+ 41 564	- 2 894	- 10 431	+ 8 954	+ 15 741
Dividendenwerte 3)	- 35 923	+ 88 638	+ 16 844	+ 5 080	+ 9 659	- 428	+ 2 533	+ 508	- 507	- 1 854
Investmentzertifikate	+ 11 000	+ 1 105	- 241	+ 1 066	+ 1 011	- 975	- 1 271	- 1 494	- 722	- 48
festverzinsliche Wertpapiere 5)	+ 73 955	+ 81 246	+ 79 231	+ 29 987	+ 25 732	+ 24 075	- 563	- 3 872	+ 4 921	+ 5 686
Geldmarktpapiere	- 1 450	- 14 815	+ 10 164	- 9 327	+ 6 142	+ 16 942	- 3 593	- 5 572	+ 5 262	+ 11 955
3. Kredite	+ 125 945	+ 69 221	+ 30 641	+ 18 883	+ 4 989	+ 30 191	- 23 422	- 55 217	+ 18 895	+ 9 213
Kreditinstitute 7)	+ 115 294	+ 54 341	+ 28 321	+ 13 908	+ 5 533	+ 28 422	- 19 542	- 46 521	+ 17 753	+ 6 181
langfristig	+ 15 665	+ 4 425	+ 18 247	+ 4 342	+ 5 127	+ 5 534	+ 3 244	+ 460	+ 550	- 1 835
kurzfristig	+ 99 629	+ 49 916	+ 10 075	+ 9 567	+ 406	+ 22 888	- 22 786	- 46 981	+ 17 203	+ 8 016
Unternehmen und Privatpersonen	+ 9 711	+ 11 412	+ 3 334	+ 7 084	- 2 173	+ 1 506	- 3 083	- 7 237	+ 2 481	+ 1 440
langfristig	+ 4 014	+ 11 351	+ 5 142	+ 2 165	+ 60	+ 1 472	+ 1 444	- 1 536	- 297	+ 1 736
kurzfristig 7)	+ 5 698	+ 61	- 1 807	+ 4 919	- 2 233	+ 34	- 4 527	- 5 701	+ 2 777	- 296
Staat	+ 526	+ 837	- 1 667	- 3 391	+ 2 177	- 466	+ 12	- 337	- 2 321	+ 1 831
langfristig	- 372	- 217	- 112	- 318	- 176	+ 541	- 159	+ 335	+ 259	+ 1 853
kurzfristig 7)	+ 898	+ 1 054	- 1 555	- 3 072	+ 2 353	- 1 007	+ 171	- 672	- 2 580	- 23
Bundesbank	+ 414	+ 2 631	+ 653	+ 1 281	- 548	+ 728	- 809	- 1 121	+ 982	- 238
4. sonstige Kapitalanlagen	+ 263	+ 47	+ 74	+ 29	+ 11	+ 42	- 8	- 7	+ 4	+ 6
III. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	+ 36 873	- 18 215	- 78 694	+ 2 575	- 18 266	- 17 640	- 45 363	- 22 804	- 5 645	- 11 640

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen.

X. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1990	106 446	104 023	13 688	64 517	7 373	18 445	2 423	52 259	52 259	–	54 188
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	–	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	–	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFZW). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position der Deutschen Bundesbank (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)	
	insgesamt	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)			sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396	
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942	
2001 Okt.	115 487	95 552	34 531	8 643	52 378	312	19 616	7	10 783	104 704	
Nov.	108 934	95 395	34 309	8 745	52 341	312	13 217	9	11 093	97 841	
Dez.	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396	
2002 Jan.	98 116	97 392	36 220	8 855	52 316	312	409	3	10 455	87 661	
Febr.	98 392	99 230	38 095	8 874	52 260	312	1 152	2	10 354	88 038	
März	99 489	98 130	38 505	8 840	50 786	312	1 045	1	10 077	89 412	
April	106 936	94 779	38 072	8 205	48 502	312	11 842	2	9 298	97 638	
Mai	100 886	91 942	38 649	8 040	45 253	312	8 630	2	8 448	92 438	
Juni	88 199	86 649	35 435	8 848	42 366	312	1 236	1	9 219	78 980	
Juli	105 187	87 718	34 596	8 897	44 225	312	17 156	1	10 163	95 025	
Aug.	110 682	87 466	35 197	8 797	43 471	312	22 902	1	9 432	101 250	
Sept.	108 889	88 937	36 225	8 751	43 961	312	19 639	1	9 966	98 923	
Okt.	112 748	87 441	35 530	8 594	43 317	312	24 993	2	9 473	103 276	
Nov.	108 615	87 610	35 517	8 542	43 551	312	20 688	5	10 272	98 343	
Dez.	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942	
2003 Jan.	98 272	85 235	37 934	8 023	39 278	312	12 237	488	9 898	88 374	
Febr.	95 491	83 685	35 721	8 008	39 956	312	11 001	493	9 669	85 822	
März	98 240	82 530	34 100	8 348	40 083	312	14 908	490	10 599	87 641	

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende auf Grund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Deutschen Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen *)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Schweden SEK	Vereinigtes Königreich GBP	Norwegen NOK	Schweiz CHF	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)										
1991	1,6612	1,2346	25,932	27,421	2,926	25,580	115,740	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	26,912	2,753	25,143	111,198	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	21,248	2,483	23,303	111,949	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	21,013	2,4816	22,982	118,712	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	20,116	2,2620	22,614	121,240	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	22,434	2,3478	23,292	121,891	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	22,718	2,8410	24,508	119,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	22,128	2,9142	23,297	121,414	1,1884	1,1070	0,9445
Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)										
1999	1,0658	121,32	7,4355	8,8075	0,65874	8,3104	1,6003	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	8,4452	0,60948	8,1129	1,5579	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	9,2551	0,62187	8,0484	1,5105	1,3864	1,7319	2,1300
2002	0,9456	118,06	7,4305	9,1611	0,62883	7,5086	1,4670	1,4838	1,7376	2,0366
2001 Juni	0,8532	104,30	7,4539	9,2106	0,60890	7,9360	1,5225	1,3016	1,6469	2,0589
Juli	0,8607	107,21	7,4447	9,2637	0,60857	7,9714	1,5135	1,3153	1,6890	2,1074
Aug.	0,9005	109,34	7,4450	9,3107	0,62672	8,0552	1,5144	1,3857	1,7169	2,0895
Sept.	0,9111	108,20	7,4413	9,6744	0,62291	7,9985	1,4913	1,4260	1,8036	2,1781
Okt.	0,9059	109,86	7,4367	9,5780	0,62393	7,9970	1,4793	1,4224	1,7955	2,1863
Nov.	0,8883	108,68	7,4452	9,4166	0,61838	7,9224	1,4663	1,4153	1,7172	2,1322
Dez.	0,8924	113,38	7,4431	9,4359	0,62012	7,9911	1,4749	1,4075	1,7348	2,1456
2002 Jan.	0,8833	117,12	7,4329	9,2275	0,61659	7,9208	1,4745	1,4135	1,7094	2,0826
Febr.	0,8700	116,23	7,4299	9,1828	0,61160	7,7853	1,4775	1,3880	1,6963	2,0771
März	0,8758	114,75	7,4324	9,0594	0,61574	7,7183	1,4678	1,3903	1,6695	2,0261
April	0,8858	115,81	7,4341	9,1358	0,61407	7,6221	1,4658	1,4008	1,6537	1,9995
Mai	0,9170	115,86	7,4356	9,2208	0,62823	7,5207	1,4572	1,4210	1,6662	1,9859
Juni	0,9554	117,80	7,4330	9,1137	0,64405	7,4043	1,4721	1,4627	1,6793	1,9517
Juli	0,9922	117,11	7,4301	9,2689	0,63870	7,4050	1,4624	1,5321	1,7922	2,0646
Aug.	0,9778	116,31	7,4270	9,2489	0,63633	7,4284	1,4636	1,5333	1,8045	2,1076
Sept.	0,9808	118,38	7,4271	9,1679	0,63059	7,3619	1,4649	1,5434	1,7927	2,0847
Okt.	0,9811	121,57	7,4297	9,1051	0,62994	7,3405	1,4650	1,5481	1,7831	2,0381
Nov.	1,0014	121,65	7,4280	9,0818	0,63709	7,3190	1,4673	1,5735	1,7847	2,0155
Dez.	1,0183	124,20	7,4264	9,0961	0,64218	7,2948	1,4679	1,5872	1,8076	1,9947
2003 Jan.	1,0622	126,12	7,4324	9,1733	0,65711	7,3328	1,4621	1,6364	1,8218	1,9648
Febr.	1,0773	128,60	7,4317	9,1455	0,66977	7,5439	1,4674	1,6299	1,8112	1,9457
März	1,0807	128,16	7,4274	9,2265	0,68255	7,8450	1,4695	1,5943	1,7950	1,9497

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

der Grundlage der Konzertation zwischen den Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU *)
sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM											
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	325,76	.
2000	336,63	.
Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)											
6,55957 1936,27 2,20371 40,3399 13,7603 166,386 5,94573 0,787564 200,482 4) 340,750 5) 1,95583											

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

renzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse *) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Enger Länderkreis 1)		Weiter Länderkreis 2)		19 Industrieländer 5)		49 Länder 7)		Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber den Währungen von 19 Industrieländern 3) 5) 6)				
	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtabsatzes 8)	auf Basis der Verbraucherpreise	US-Dollar	Pfund Sterling	Kanadischer Dollar	Schweizer Franken	Japanischer Yen		
1995	107,8	108,8	93,2	106,7	109,5	110,4	109,5	86,1	84,0	106,4	105,4	115,6	
1996	107,9	108,8	95,4	105,5	106,1	106,8	104,9	90,9	85,9	108,8	104,2	100,6	
1997	99,1	99,5	90,4	96,5	100,7	101,4	98,9	98,8	99,8	109,7	97,9	95,9	
1998	101,5	101,3	96,6	99,1	100,9	101,1	100,1	103,4	103,3	103,5	99,9	89,7	
1999	95,7	95,7	96,6	95,8	97,8	98,0	97,6	100,8	102,3	102,2	98,3	105,1	
2000	85,7	86,3	88,2	86,0	91,9	92,7	91,1	105,4	105,2	103,6	96,8	117,9	
2001	87,3	88,7	91,0	87,8	p) 92,1	93,3	91,6	112,0	103,6	100,5	100,5	106,7	
2002	90,0	92,6	95,6	91,7	p) 93,5	94,3	92,8	110,7	104,2	98,7	104,9	100,8	
1998 1.Vj.	98,8	98,8	92,6	96,4	99,4	99,8	98,7	103,2	104,5	107,3	100,1	92,5	
2.Vj.	100,2	100,1	94,2	97,4	100,7	100,7	99,1	104,8	104,8	106,5	98,5	86,8	
3.Vj.	102,5	102,5	97,8	100,3	101,6	102,1	101,0	106,3	104,1	102,0	99,4	83,7	
4.Vj.	104,2	103,8	101,7	102,4	101,9	101,8	101,5	99,4	99,8	98,0	101,6	95,7	
1999 1.Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9	100,0	100,0	100,1	
2.Vj.	96,1	96,0	96,5	96,0	98,5	98,3	97,8	102,8	102,9	103,5	98,6	99,0	
3.Vj.	94,6	94,7	95,5	94,6	97,2	97,8	97,2	101,4	102,4	102,3	97,7	106,2	
4.Vj.	92,2	92,2	94,2	92,6	95,6	95,9	95,5	99,1	104,1	102,8	96,7	115,2	
2000 Jan.	90,2	90,7	92,4	90,7	.	95,7	94,6	99,7	106,5	104,8	95,4	115,5	
Febr.	89,2	89,7	91,2	89,4	93,8	95,1	93,6	102,3	106,5	105,2	95,2	112,5	
März	87,7	88,1	89,7	87,9	.	93,6	92,1	102,4	106,3	104,6	94,7	116,8	
April	86,1	86,5	88,4	86,5	.	92,8	91,4	103,0	107,7	104,3	95,9	118,6	
Mai	84,5	84,8	86,9	84,8	92,1	91,5	90,1	106,4	106,0	103,0	96,3	118,3	
Juni	87,4	87,9	89,9	87,8	.	93,3	92,1	103,6	102,5	103,7	97,2	118,3	
Juli	86,9	87,7	89,4	87,4	.	93,7	92,1	104,5	103,4	103,9	97,7	116,8	
Aug.	84,6	85,3	87,0	85,0	91,4	92,2	90,3	106,3	104,9	104,0	96,7	118,6	
Sept.	82,8	83,3	85,3	83,0	.	90,8	88,9	107,7	103,5	104,3	97,2	122,3	
Okt.	81,6	82,1	84,4	81,9	.	90,1	88,1	109,4	106,4	102,7	97,8	121,4	
Nov.	82,3	82,9	85,1	82,5	90,3	90,3	88,2	110,2	104,6	100,7	97,5	121,1	
Dez.	85,4	86,4	88,1	85,8	.	92,9	91,3	108,7	104,1	101,5	99,4	115,1	
2001 Jan.	89,2	90,0	91,7	88,7	.	94,3	92,6	107,7	102,4	102,7	100,0	108,3	
Febr.	88,3	89,2	91,0	88,1	92,8	94,2	92,4	108,8	102,0	101,6	99,2	109,9	
März	88,4	89,5	91,4	88,5	.	93,9	92,2	111,5	102,9	99,7	99,3	106,0	
April	87,6	88,9	91,0	88,1	.	93,4	91,8	113,0	103,7	100,0	99,4	104,9	
Mai	85,9	87,2	89,3	86,3	91,6	92,6	90,6	113,1	104,3	101,3	98,3	107,5	
Juni	84,7	86,1	88,1	85,1	.	92,1	90,0	114,1	104,4	102,7	98,5	108,3	
Juli	85,4	86,9	89,1	86,0	.	93,0	91,0	114,3	104,9	102,5	99,5	105,8	
Aug.	87,7	89,0	91,8	88,4	p) 91,8	93,6	92,1	111,6	103,0	101,1	100,4	106,4	
Sept.	88,0	89,4	92,6	89,1	.	93,4	92,2	110,7	103,9	99,1	102,2	108,2	
Okt.	88,0	89,7	92,8	89,2	.	93,1	91,8	111,8	103,7	99,0	103,0	106,2	
Nov.	86,8	88,5	91,3	87,6	p) 92,3	92,3	90,8	113,3	104,0	97,8	103,4	106,3	
Dez.	87,7	89,9	91,9	88,5	.	93,8	92,0	114,1	104,3	99,0	103,3	102,1	
2002 Jan.	87,6	90,0	91,6	88,1	.	93,9	91,7	116,4	104,9	97,9	103,3	98,3	
Febr.	86,8	89,1	91,1	87,5	p) 92,4	93,6	91,2	117,3	105,4	98,5	102,7	98,2	
März	86,8	89,3	91,3	87,8	.	93,3	91,0	116,1	104,6	98,7	103,4	99,8	
April	87,2	89,7	91,7	88,1	.	93,0	90,7	115,3	105,2	99,0	103,8	99,4	
Mai	88,6	91,2	93,7	90,0	p) 93,1	93,5	91,6	112,0	103,5	100,4	105,1	101,2	
Juni	90,6	93,3	96,4	92,5	.	94,7	93,1	109,0	101,9	101,0	104,9	101,7	
Juli	91,7	94,5	98,2	94,2	.	95,5	94,6	106,0	103,5	99,4	106,0	104,3	
Aug.	91,1	93,6	97,7	93,5	p) 94,0	94,8	94,0	107,3	103,5	98,0	105,7	104,3	
Sept.	91,2	93,8	98,0	93,7	.	94,5	93,6	107,6	104,7	97,7	105,6	102,5	
Okt.	91,7	94,4	98,5	94,3	.	94,3	93,5	108,5	105,0	97,6	105,8	99,8	
Nov.	92,5	95,2	99,3	94,7	p) 94,4	94,3	93,4	106,8	104,3	97,7	106,1	100,8	
Dez.	93,6	96,7	100,4	95,9	.	95,8	94,9	106,0	104,0	98,3	106,5	99,6	
2003 Jan.	95,8	98,9	103,0	98,2	.	96,7	96,1	103,0	102,6	98,8	107,9	100,4	
Febr.	97,1	100,3	104,4	99,5	p) 96,4	97,4	96,8	102,2	101,2	100,5	108,0	99,2	
März	97,9	101,2	105,1	100,1	.	97,4	96,9	101,4	99,4	103,0	108,1	99,8	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsrate der Euro-Wechselkurse bzw. vor 1999 der Wechselkurse der Euro-Vorgängerwährungen gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Dänemark, Griechenland, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1995 bis 1997 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Seit Januar 2001 zählt Griechenland beim effektiven Wechselkurs des Euro nicht mehr zu den Partnerländern; das Gewichtungsschema wurde entsprechend angepasst. Auf Grund der Änderung des Gewichtungsschemas sind die Angaben zum effektiven Wechselkurs ab Januar 2001 nicht vollständig mit früheren Angaben vergleichbar. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorlagen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, April 2000, S. 41 ff. —

2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der eng gefassten Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, China, Estland, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern. — 3 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). — 4 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 5 EWU-Länder sowie enger Länderkreis der EZB außer Australien, Hongkong, Singapur und Südkorea. — 6 Angaben bis Ende 1998 ermittelt durch Verkettung mit den bis Oktober 2001 veröffentlichten Ergebnissen. — 7 EWU-Länder sowie weiter Länderkreis der EZB. — 8 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Presse und Information zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder Zip-Diskette über die Abteilung Statistische Datenverarbeitung, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2002 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2003 beigefügte Verzeichnis.

Mai 2002

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2002

Juni 2002

- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2001
- Rechnungslegungsstandards für Kreditinstitute im Wandel
- Wechselkurspolitische Konsequenzen zunehmender Kapitalströme – weltweite Erfahrungen und Perspektiven
- Direktinvestitionen im realen und finanziellen Sektor: Die Bundesbank-Frühjahrskonferenz 2002

Juli 2002

- Die Verbraucherpreise beim Übergang von der D-Mark auf den Euro
- Kapitalgedeckte Altersvorsorge und Finanzmärkte
- Geldpolitik und Investitionsverhalten – eine empirische Untersuchung
- Berichte aus dem Forschungszentrum

August 2002

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2002

September 2002

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2001
- Zur Entwicklung der Produktivität in Deutschland
- Quoten und Stimmrechtsanteile im IWF

Oktober 2002

- Änderungen des Gesetzes über das Kreditwesen durch das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz
- Zur Entwicklung der Bankkredite an den privaten Sektor
- Fundamentale Bestimmungsfaktoren der realen Wechselkursentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern

November 2002

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2002

Dezember 2002

- Neuere Tendenzen der Steuereinnahmen
- Gesamtwirtschaftliche Ertrags- und Kostenentwicklung seit Anfang der neunziger Jahre
- Zur außenwirtschaftlichen Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer
- Berichte aus dem Forschungszentrum

Januar 2003

- Währungsreserven: Entwicklung und Bedeutung in der Währungsunion
- Rolle und Bedeutung von Zinsderivaten
- Neue Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft: MaK und Basel II
- Berichte aus dem Forschungszentrum

Februar 2003

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2002/2003

März 2003

- Der geldpolitische Handlungsrahmen des Eurosystems – Erfahrungen und Maßnahmen zur Verbesserung seiner Effizienz
- Gesamtwirtschaftliche Aspekte der Aktienkursentwicklung
- Zur Entwicklung des Produktionspotenzials in Deutschland
- Die deutsche Zahlungsbilanz im Jahr 2002

April 2003

- Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland nach der Qualifikation für die Europäische Währungsunion
- Die Entwicklung der Bankeinlagen in Deutschland
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2001
- Finanzsanktionen: Rechtsrahmen und Umsetzung in Deutschland

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Die Geldpolitik der Bundesbank,
Oktober 1995²⁾

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell,
November 1996³⁾

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich
von Währung und Wirtschaft, April 1997³⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Be-
reich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997³⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis
1989, August 1999³⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere,
Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model:
MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank,
September 2002

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensyste-
matik, Januar 2003⁴⁾⁵⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenver-
zeichnisse, Januar 2003³⁾⁶⁾

- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen,
Januar 2000³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finan-
zierungsrechnung für Deutschland 1991 bis
2001, September 2002
- 5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen
1971 bis 1996, März 1999¹⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deut-
scher Unternehmen für 1998 bis 2000,
März 2003³⁾
- 7 Erläuterungen zu den Leistungspositionen der
Zahlungsbilanz, September 2001³⁾
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik
Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁰⁾
- 9 Wertpapierdepots,
August 2002
- 10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland,
Mai 2002¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen,
Juli 2002
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zah-
lungsbilanz, Mai 2002³⁾

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

¹⁾ Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in
englischer Sprache erhältlich.

²⁾ Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auf-
lagen auch in französischer, spanischer, russischer und
chinesischer Sprache verfügbar.

³⁾ Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache er-
schienen.

⁴⁾ Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Aus-
landsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische
Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Akti-
vitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte)
sind in englischer Sprache erhältlich.

⁵⁾ Nur im Internet halbjährlich aktualisiert verfügbar.

⁶⁾ Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

Diskussionspapiere des volkswirtschaftlichen Forschungszentrums

November 2002	26/02
Bootstrapping Autoregressions with Conditional Heteroskedasticity of Unknown Form	
November 2002	27/02
Cost-Push Shocks and Monetary Policy in Open Economies	
November 2002	28/02
Further Evidence On The Relationship Between Firm Investment And Financial Status	
November 2002	29/02
Genetic Learning as an Explanation of Stylized Facts of Foreign Exchange Markets	
Dezember 2002	30/02
Wechselkurszielzonen, wirtschaftlicher Aufholprozess und endogene Realignmentsrisiken	
Dezember 2002	31/02
Optimal factor taxation under wage bargaining – a dynamic perspective	
Januar 2003	01/03
Testing mean-variance efficiency in CAPM with possibly non-gaussian errors: an exact stimulation-based approach	
Januar 2003	02/03
Finite-sample distributions of self-normalized sums	

Januar 2003 03/03
The stock return-inflation puzzle and the asymmetric causality in stock returns, inflation and real activity

Februar 2003 04/03
Multiple equilibrium overnight rates in a dynamic interbank market game

Frühere Diskussionspapiere sind – zum Teil als Zusammenfassungen – im Internet verfügbar.

Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001³⁾
- 2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001³⁾
- 2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999³⁾
- 7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

Anmerkungen siehe S. 79*.